Tübingen 2007 – 2014 Tätigkeitsbericht der Stadtverwaltung



Inhalt

1

Inhalt

Verwaltungsbericht 2007 bis 2014

Vorwort des Oberbürgermeisters	3	Berichte aus den Fachbereichen und Stabsstellen	
Bericht des Ersten Bürgermeisters	5	Büro des Oberbürgermeisters	58
Bericht des Baubürgermeisters	7	Stabsstelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	62
		Stabsstelle Gleichstellung und Integration	65
Schwerpunkte der Stadtpolitik		Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz	68
Bürgerbeteiligung	9	Wirtschaftsförderung	70
Stadtentwicklung	14	Fachbereich Kunst und Kultur	73
Umwelt- und Klimaschutz	22	Fachbereich Personal, Organisation und	
Stärkung der Familie	26	Informationstechnik	78
Wirtschaft und Wissenschaft	30	Rechtsabteilung	83
Erhaltung der städtischen Infrastruktur	34	Rechnungsprüfungsamt	84
		Fachbereich Finanzen	85
Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürger	39	Fachbereich Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung	91
		Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales	98
Einträge in das Goldene Buch	41	Familienbeauftragte	107
		Koordinationsstelle für Senioren und Menschen	
Berichte aus den Stadtteilen	43	mit Behinderung	109
Bebenhausen	44	Fachbereich Bauen und Vermessen	113
Bühl	46	Fachbereich Planen, Entwickeln, Liegenschaften	118
Hagelloch	48	Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement	126
Hirschau	49	Fachbereich Tiefbau	133
Kilchberg	51		
Pfrondorf	53	Berichte der städtischen Gesellschaften	
Unterjesingen	54	und Eigenbetriebe	
Weilheim	56	Stadtwerke Tübingen	140
		Altenhilfe Tübingen	142
		GWG Tübingen	144
		Sporthallen betriebsgesellschaft	146
		Kommunale Servicebetriebe	148
		Bericht zu den Städtepartnerschaften	153
		Mitglieder des Gemeinderats 2007 bis 2014	155
		Wahlergebnisse 2007 bis 2014	157
		Zensusergebnisse 2011	158
		Haushalt	160
		Stadtchronik	161
		Impressum	192

Vorwort des Oberbürgermeisters



Liebe Tübingerinnen und Tübinger, liebe Interessierte,

unsere kleine große Stadt – so die unübertroffene Charakterisierung von Walter Jens – hat in den letzten acht Jahren in vielen Bereichen sehr dynamische Veränderungen erlebt und gestaltet. Darüber können Sie in diesem Verwaltungsbericht einiges erfahren. Einen solchen Bericht erstellt die Stadtverwaltung alle acht Jahre. Er zeichnet die wesentlichen Entwicklungen und Entscheidungen nach und versammelt auch die Ergebnisse, welche die Stadtverwaltung im Auftrag der Bürgerschaft und des Gemeinderates erreicht hat.

Diese zurückliegenden acht Jahre waren von einem weltpolitischen Ereignis geprägt: Die Weltfinanzkrise des Jahres 2008 hinterließ auch im städtischen Haushalt tiefe Spuren durch Einnahmeverluste. In der Folge kam es zu entsprechend harten Einsparungen bei den kommunalen Ausgaben. Umso erfreulicher ist es, dass wir über den gesamten Zeitraum die Nettoverschuldung der Stadt trotz dieser tiefen Zäsur senken konnten. Heute haben wir mehr Guthaben als Schulden bei Banken.

Unsere Stadt hat große Herausforderungen erfolgreich bewältigt: Gemeinsam haben wir die Kleinkindbetreuung ausgebaut, Schulen zu Ganztagsbetrieben und in einigen Fällen zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickelt, wir haben stark vernachlässigte Gebäude und Sportanlagen saniert, neuen Wohnraum geschaffen, Wachstum von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft unterstützt, unser Feuerwehrwesen ausgebaut und die städtebauliche Sanierung der Innenstadt vorangetrieben. In all diesen Themenfeldern kann Tübingen auch im Vergleich mit anderen Städten außerordentlich positive Resultate vorweisen. Und was mich persönlich

dabei besonders freut: Das starke ökonomische Wachstum in unserer Stadt wurde nicht durch mehr Naturzerstörung erkauft. Im Gegenteil, wir konnten den Flächenverbrauch fast auf Null reduzieren und haben den Kohlendioxidausstoß sehr viel stärker gesenkt als Deutschland insgesamt.

Über die ganze Vielfalt städtischer Handlungsfelder kann in einem Vorwort nicht berichtet werden. Dabei gäbe es so viel Erwähnenswertes: vom Beitritt der Stadt zur Erklärung von Barcelona über die erstmalige Erarbeitung eines Integrationskonzepts und die weit über die Stadtgrenzen hinaus beachteten Städtebauprojekte wie die Alte Weberei bis hin zu vorbildlichen Bürgerbeteiligungsprozessen wie dem B 27-Dialog. Beachtlich sind sicher auch die Sicherung der Finanzierung unseres Landestheaters, der Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und der erneuerbaren Energien. Diese Themen und eine Fülle weiterer Aspekte finden Sie in diesem 192 Seiten starken Verwaltungsbericht.

Die wichtigsten Schwerpunkte, die es in der Stadtpolitik der vergangenen acht Jahre gab, haben wir in sechs Einzelkapiteln herausgearbeitet:

Immer mehr Menschen engagieren sich und wollen mitreden bei der Gestaltung ihres politischen oder realen Umfelds. Die Stadtverwaltung unterstützt das auf vielfältige Weise. Im ersten Schwerpunkt ab Seite 9 geht es deshalb um die Bürgerbeteiligung.

Tübingen mit seiner malerischen Altstadt und den quirligen neuen Stadtvierteln schafft immer wieder auf ganz besondere Weise den Spagat zwischen Bewahren und Erneuern. Der Umgang mit Konversionsflächen, auf denen Baugruppen vorbildlich bauen, gehört ebenso dazu wie die behutsame Innenentwicklung und die Errungenschaften im sozialen Wohnungsbau. Im zweiten Schwerpunkt ab Seite 14 zeigen wir, welche Meilensteine in der Stadtentwicklung besonders wichtig waren.

Tübingen macht blau – das geflügelte Wort ist zum Synonym für erfolgreichen Klimaschutz geworden. Viele Kommunen haben seither Klima-Kampagnen nach dem Tübinger Vorbild gestartet. Kein Wunder, haben doch die Tübingerinnen und Tübinger zwischen 2006 und 2012 rund 15 Prozent Energie pro Kopf gespart. Wie der blaue Klimaschutz bei uns funktioniert, haben wir im Schwerpunkt ab Seite 22 zusammengefasst.

Nirgendwo in Baden-Württemberg gibt es mehr Krippenund Kindergartenplätze als bei uns. Familien werden in Tübingen ganz besonders gefördert. Dafür stehen unter anderem das Familienbündnis, die KinderCard sowie viele weitere Projekte und Netzwerke. Stärkung der Familien lautet deshalb der Themenschwerpunkt ab Seite 26.

2012 wurde ein neuer Rekord verzeichnet: Erstmals hatte Tübingen mehr als 40.000 Arbeitsplätze – ein stürmischer Zuwachs von zwölf Prozent zwischen 2006 und 2012. Tübinger Unternehmen schätzen das wirtschaftsfreundliche Klima der Stadt, während die Tübinger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ideale Arbeitsbedingungen vorfinden. Von Wirtschaft und Wissenschaft handelt der fünfte Schwerpunkt ab Seite 30.

Mehr Einwohner, mehr Arbeitsplätze, mehr Wohnraum: All das braucht eine solide Infrastruktur, die in den vergangenen Jahrzehnten sehr vernachlässigt wurde. Welche Anstrengungen die Stadt seit acht Jahren unternommen hat, um verdeckte Schulden nachhaltig abzubauen, wie marode Straßen, Schulen und Sportplätze sie verkörpern, das steht im sechsten Schwerpunktthema ab Seite 34.

Tübingen ist nicht denkbar ohne die Stadtteile. Gewachsene dörfliche Strukturen, moderne Infrastruktur und rege Vereinstätigkeiten prägen das Leben dort in besonderem Maße. Die Ortsvorsteherin und Ortsvorsteher haben ab Seite 43 zusammengetragen, was die Menschen in Weilheim, Kilchberg, Bühl, Hirschau, Unterjesingen, Hagelloch, Bebenhausen und Pfrondorf besonders bewegt hat.

Es kommen auch alle Fachbereiche und Stabsstellen der Stadtverwaltung zu Wort. Sie informieren anschaulich, nennen Zahlen und Beispiele für ihre Arbeit der vergangenen acht Jahre. Ihre Berichte ab Seite 58 zeigen, dass modernes Verwaltungshandeln immer am Gemeinwohl ausgerichtet ist. Ein besonders wichtiges und auch zeitraubendes Ehrenamt üben die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte aus. Ihre Entscheidungen, ihre Ideen und ihre Anregungen stecken hinter vielen Prozessen und Projekten, über die hier berichtet wird. Deshalb ist es ein besonderes Anliegen, alle diejenigen zu nennen, die dieses wichtige Amt seit 2007 ausgeübt haben. Sie sind ab Seite 155 zu finden. Den Abschluss bildet ab Seite 161 eine reich bebilderte Stadtchronik, die gut geeignet ist, die Jahre 2007 bis 2014 mit vielen spannenden, bedenkenswerten, mal glücklichen, mal ernsten Vorfällen und Begebenheiten noch einmal Revue passieren zu lassen.

Ich danke allen, die in den vergangenen acht Jahren daran mitgewirkt haben, die großen Aufgaben zum Wohle der Stadt zu bewältigen. Vieles ist auf einen guten Weg gebracht worden, manches erfolgreich abgeschlossen, und in anderen Feldern haben wir gerade erst die Weichen gestellt für künftige Aufgaben einer lebenswerten Zukunft. Immer geht es um das Gemeinwohl, für das in Tübingen so viele Menschen einen Beitrag leisten. Dazu zählen der Gemeinderat, die Ortschaftsräte und nicht zuletzt das wunderbare Team der rund 1.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Ihnen allen gebührt Dank und Anerkennung. Auch danke ich den Autorinnen und Autoren, die an diesem Verwaltungsbericht mitgewirkt und ihn zu einem lesenswerten Kompendium gemacht haben, sowie der Redaktion unter der Leitung von Sabine Schmincke, der Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich eine anregende Lektüre.

Mit herzlichen Grüßen

lhr

Boris Palmer Oberbürgermeister

Bericht des Ersten Bürgermeisters



Entwicklungen im Dezernat für Finanzen und Soziales

Weites Betätigungsfeld

Das Dezernat besteht aus den Fachbereichen für Finanzen, Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung, für Familien, Schule, Sport und Soziales sowie der Familienbeauftragten und dem Eigenbetrieb Kommunale Servicebetriebe. Daneben ist der Dezernent für die Altenhilfe Tübingen gGmbH und die Sporthallenbetriebsgesellschaft verantwortlich. Dieser Aufgabenzuschnitt war überaus reizvoll, zugleich aber eine ungewöhnliche Konstellation und wird bereits nach einer Amtszeit wieder aufgegeben. Vor allem, weil es nicht möglich war, in der Leitung ein klares Profil zu bilden.

Höhen und Tiefen

Die Jahre 2007 bis 2014 waren geprägt durch eine Vielzahl von konzeptionellen Entwicklungen. Sie umfassten alle Politikbereiche: Kinder, Jugendliche, Schulen, Behinderte, Senioren und etliche weitere Themen. Daneben wuchs die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einzelnen Bereichen um bis zu hundert Prozent. Auch für die Infrastruktur, zu der alle städtischen Gebäude zählen, hat die Verwaltung einiges getan: Der Bestand wurde instandgesetzt oder erhalten sowie durch zahlreiche Neubauten ergänzt. Die Quantität und Qualität vieler Dienstleistungen ist während der zurückliegenden Jahre entscheidend gestiegen, besonders in den Bereichen Bildung und Betreuung.

Dies alles war mit erheblichen Kosten verbunden. Die Weltwirtschaftskrise der Jahre 2009/2010 streifte auch die Stadt-

verwaltung. Diese steuerte mit dem Projekt "Minus 10 Prozent" gegen und erzielte eine nachhaltige Verbesserung des städtischen Haushalts. Das vom Gemeinderat beschlossene Projekt bestand aus mehreren Elementen wie Kostenreduzierungen und Erhöhungen der Einnahmen. Die Ziele wurden mehr als erreicht, auch weil sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bald wieder überaus positiv entwickelten. So gab es Überschüsse und Rücklagen im städtischen Haushalt, wie man sie sich weder 2006 noch in den Krisenjahren 2009/2010 hätte vorstellen können. Dies versetzte die Stadt in die Lage, das stürmische Wachstum der städtischen Infrastruktur ohne nennenswerte Neuverschuldung finanzieren zu können.

Die alles überragenden Themen:

Bildung und Betreuung sowie die Stärkung der Familien

Kein Thema hat die Verwaltung, dezernatsübergreifend in allen Abteilungen, mehr beschäftigt als der Ausbau der Kinder- und Schulkindbetreuung. Damit verbunden waren unzählige, zeitaufwändige Planungen und Konzepte, Workshops und Informationsveranstaltungen. Viele Beteiligte wurden umfassend und frühzeitig eingebunden: Eltern, Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Freie Träger, Behörden, Bürgerinnen und Bürger sowie Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Diese Einbindung war einer der Erfolgsfaktoren für den stürmischen Ausbau der Infrastruktur. Der partizipatorische Ansatz hat von Anfang an die Entwicklungen befördert: Die Entwicklung hin zu den Gemeinschaftsschulen wäre ohne die jahrelangen konzeptionellen Vorarbeiten in den drei Starterschulen nicht denkbar gewesen. Auch der rasche Ausbau der Kleinkindbetreuung wäre ohne die überaus engagierte Mitwirkung der freien Träger nicht möglich gewesen. Gesteuert wurden die Prozesse von einer Verwaltung, die allerdings nicht mit der rasant steigenden Aufgabenfülle wuchs, was zu vielen nicht bezahlten Überstunden führte.

Das Zusammenwirken vieler Beteiligter brachte Erfolge, von denen hier nur einige genannt werden sollen: Tübingen steht in allen Bereichen der Kinderbetreuung an der Spitze im Land Baden-Württemberg. Hier haben 55 Prozent der Kinder einen Ganztagsplatz an der Grundschule. Damit ist Tübingen vom Ziel der Landesregierung, 70 Prozent, nicht mehr weit entfernt. Der Bereich der weiterführenden Schulen ist durch die Erweiterungen und Sanierungen der städtischen Gymnasien und mit dem Aufbau der Gemeinschaftsschulen zukunftsfähig aufgestellt.

Die Schulsozialarbeit wurde entscheidend ausgebaut. Flächendeckend gibt es gesunde Essensverpflegung, die von der Stadt subventioniert wird und für alle Familien bezahlbar ist. Hinzu kommen vielfältige Konzepte und Angebote, die den Familien in ihrer Erziehungsarbeit helfen.

Das goldene Zeitalter des Sports

In den Jahren 2007 und 2008 startete ein kooperativer Sportentwicklungsprozess. Er setzte einen beispiellosen Boom für die Infrastruktur des Tübinger Sports in Gang. Am Ende dieses weit über 10 Millionen Euro teuren Prozesses werden die Sportvereine für viele Jahre beste Bedingungen haben, ihren Sport auszuüben. Auch alle Vereine haben mit vielen ehrenamtlichen Stunden und mit erheblichen Eigenmitteln dazu beigetragen, dass der Ausbau so gut gelang.

Leistungsfähige Feuerwehr

2012 wurde ein neuer Feuerwehrbedarfsplan beschlossen. Seine Eckpunkte: Das Ehrenamt wird gestärkt, die Feuerwehrhäuser in Lustnau und Pfrondorf werden erneuert, außerdem wird die hauptamtliche Abteilung um 11 auf 25 Stellen ausgebaut. Hinzu kommt ein Konzept, auf dessen Grundlage künftig jährlich Fahrzeuge und Ausrüstung beschafft werden. Eine wichtige Unterstützung für eine Ausnahme-Feuerwehr: Mit ihren 350 Ehrenamtlichen ist die Feuerwehr Tübingen weiterhin die einzige Feuerwehr in Deutschland, die ein Universitätsklinikum mit einer Maximalkrankenversorgung schützen kann, ohne dass dafür eine Berufsfeuerwehr benötigt wird. Dazu trägt auch bei, dass nach rund zwei Jahrzehnten intensiver Diskussion zwischen Feuerwehr, Deutschem Roten Kreuz und Landkreis eine Integrierte Leitstelle geschaffen werden konnte. Mit einer ungewöhnlichen Umsetzung: Sie bezieht die Standorte beider Partner des Rettungsdienstes mit ein, die erfolgreiche Zusammenarbeit wird noch besser.

Konzepte für viele Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt

In den Jahren 2008 und 2009 wurden der Seniorenplan und das Konzept Barrierefreie Stadt Tübingen erstellt. Für beide wurden Vorschläge entwickelt, wie das Leben und Wohnen in dieser Stadt für alle Menschen verbessert werden kann. An diesem Prozess haben hunderte interessierte und betroffene Bürgerinnen und Bürger mitgearbeitet. Vieles von dem, was dabei entwickelt wurde, ist heute bereits umgesetzt oder eingeleitet. Dazu gehören der Aufbau von Stadtteiltreffs oder die Ausweitung inklusiver Angebote bei den Sportvereinen. Dass die Belange von Menschen mit Behinderung in allen Lebenslagen besser berücksichtigt werden, ist eine große Aufgabe für die nächsten Jahre.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Entwicklung von Strategien, mit denen Armut vermieden oder gemindert werden kann. Für das Projekt "Gute Chancen für alle Kinder – mit Familien aktiv gegen Kinderarmut" wurden Betroffene von anderen Betroffenen interviewt. Es stellt nun eine gute Grundlage dar für den Kampf gegen die Kinderarmut.

Wenn von außen auf Tübingen geblickt wird, sehen viele hier eine hohe Lebensqualität. Das hat nicht nur mit dem Flair der Altstadt zu tun. Einige der sehr handfesten Gründe dafür sind in den vergangenen Jahren vom Dezernat für Finanzen und Soziales vorangebracht und vertieft worden. Dazu gehören neben der hervorragenden Kinderbetreuung auch vielseitige Bildungsmöglichkeiten, breite Unterstützung für Familien, besonders gute soziale Netze sowie Hilfen für verschiedenste Zielgruppen. Viele Weichen wurden in jüngster Zeit so gestellt, dass auch die kommenden Jahre noch gute Entwicklungen bringen werden.

Bericht des Baubürgermeisters



Schaut man aus dem Blickwinkel des Baudezernats auf die letzten Jahre zurück, ragen vier Spannungsfelder aus dem Alltag heraus, die sich – detaillierter und ausführlicher – auch in den Berichten der Fachbereiche wiederfinden.

Dynamische Entwicklungen und knappes Flächenangebot

Nur wenige Städte in Deutschland haben – bezogen auf ihre Fläche und Einwohnerzahl – in den letzten Jahren eine solch hohe Bau-Nachfrage und dynamische Entwicklung erlebt wie Tübingen. Die Entwicklung der Universitätsstadt ist derzeit vor allem durch eines begrenzt: das Angebot an Flächen. Dadurch steigen die Anforderungen an das Planen und Bauen fast exponentiell. Wo wenig Platz vorhanden ist, müssen andere Lösungen gefunden werden, spielt die Kommunikation mit der Umgebung eine besondere Rolle und müssen sich die Nutzungen begrenzen und anpassen, teils auch verändern.

Viele der intensiven Tübinger Diskussionen der letzten Jahre haben sich um die Frage gedreht, wie wir als Stadtgesellschaft die knappe Ressource Fläche nutzen wollen: Parkplatz oder Aufenthaltsraum? Konzertsaal oder Parkerweiterung? Wohnraum oder grüne Baulücke? Klinikerweiterung oder Landschaftsraum? Gleichzeitig sind diese Fragen auch das Salz in der Suppe kommunaler Entwicklung, denn selten hat unbegrenzter Platz zu vielschichtigen und interessanten städtischen Räumen geführt.

Diese Fragen bleiben Tübingen auch in den nächsten Jahren nicht erspart, zum Teil verschärfen sie sich noch: Die Brachflächen sind bald vollständig entwickelt, Umweltauflagen und Wassergesetz erschweren neue Ausweisungen. Tübingen

wird seine heutigen räumlichen Grenzen bald schon erreicht haben – und dann darüber diskutieren, wo und wie es seine Grenzen behutsam verschieben kann.

Starke Veränderungen und die Wahrung des Bestands

Tübingen hat viel an gebauter historischer Qualität vorzuweisen, auch außerhalb der Altstadt. Die Planung orientiert sich an Vorhandenem – heute viel mehr als noch vor drei, vier Jahrzehnten. Während in den Siebzigern Tübingens erste Bürgerinitiative erforderlich war, um das Schwabenhaus zu retten, ist heute der Respekt vor dem Bestand zum Standard geworden, Denkmalschutz zur Selbstverständlichkeit.

Dennoch geht die dynamische Entwicklung mit vielen räumlichen Veränderungen einher, die oft umstritten sind, weil sich das Bild des Stadtteils verändert und das Neue nicht immer auch neue Qualitäten mitbringt. Betrachtet man die überwiegende Zahl der Projekte, gibt es in der Stadt jedoch einen breiten Konsens für Veränderung: Der asphaltierten Mühlstraße und der Ruine an der Blauen Brücke trauert kaum jemand nach. Auch die Veränderungen des Zinser-Dreiecks und des Europaplatzes, die Entwicklungen des Mühlenviertels, der Alten Weberei oder des Güterbahnhofs werden überwiegend begrüßt. Sicher auch deshalb, weil – anders als noch vor einigen Jahrzehnten – das Bestehende hier nicht komplett ausgelöscht, sondern integriert wird. Und wohl auch deshalb, weil viele der Veränderungen den Bestand eher stärken: Hafengasse und Neue Straße passen nach dem Umbau viel besser zum historischen Bild unserer Altstadt, die Rathaussanierung beseitigt viele der baulichen Merkwürdigkeiten aus den 1960er-Jahren, die Schulbergsanierung erobert historische Räume der Stadt zurück.

Breite Beteiligung und zügige Entscheidungsfindung

Nicht erst mit Stuttgart 21 hat sich der gesellschaftliche Anspruch an Teilhabe und Diskussion verändert. Wenn sich auf knappem Raum in kurzer Zeit vieles verändern soll, gelingt dies nur, wenn die Entwicklungen transparent und auf Augenhöhe diskutiert werden. Bei Bauprojekten sind sowohl die vorgeschriebene formale als auch die niederschwellige und informelle Beteiligung der Bürgerschaft unverzichtbar. Ob auf dem Nachbargrundstück ein Dreifamilienhaus entsteht, die Schule erweitert oder das gesamte südliche Stadtzentrum umgebaut wird: Information, Aushandlung und Diskussion sind kein schmückendes Beiwerk mehr, sondern elementare Bestandteile von Planungsprozessen.

In Tübingen hat dies dazu geführt, dass sich besonders im Baubereich eine weitgefächerte Beteiligungspraxis etabliert hat – in den neuen Quartieren ebenso wie in der Altstadt, in der Gartenstraße oder im Wennfelder Garten. Manchmal werden Konflikte auf diese Weise gelöst, manchmal auch nur so konkretisiert, dass die Entscheidungsvarianten klar sind. Fast immer ist die Planung durch die Diskussionen besser geworden, auch wenn die Beteiligungsprozesse zunächst Zeit kosten. Mittelfristig bedeuten sie einen Zeitgewinn, weil die so getroffenen Entscheidungen Bestand haben. Breite Beteiligung und zügige Entscheidungsfindung sind deshalb nur scheinbare Gegensätze. In der kommunalen Praxis gehören sie zusammen.

Begrenzte Ressourcen und großzügige Spielräume

Nie hat Tübingen so viel Geld für seine Entwicklung zur Verfügung gehabt wie in den letzten Jahren, nie wurden gleichzeitig so viele Projekte diskutiert, geplant und realisiert. Und trotz dieser großen finanziellen Spielräume ist in allen Bereichen eine Ressource knapp: Zeit. Die Ansprüche an Flächensparsamkeit, der Wunsch nach sorgsamem Umgang mit der vorhandenen Bausubstanz sowie die Beteiligungskultur benötigen personelle Ressourcen in der Verwaltung. Hier hat die Bauverwaltung in den letzten acht Jahren drei Phasen erlebt: zunächst den Status quo langsamer Personalreduzierung, dann den starken Einschnitt durch die Finanzkrise und das Projekt Minus zehn Prozent, ab 2012 den Aufbau von Personal in strategischen Bereichen, weil ansonsten Investitionen und Projekte gar nicht realisierbar wären. Deshalb wurden in den letzten Jahren das Baurechtsamt, die Stadtplanung, der Hochbau und der Tiefbau personell verstärkt.

Im Personalbereich gibt es einen Unterschied zwischen freier Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung: Selbst in Krisenzeiten ist im öffentlichen Dienst nicht mit Entlassungen zu rechnen, während der Personalaufbau in Zeiten mit guter Konjunktur viel langsamer geschieht als in der freien Wirtschaft. Deshalb können nicht alle wünschenswerten Sanierungen oder Neubauten sofort realisiert werden, selbst wenn sie finanziert und politisch unumstritten sind – einfach weil es in der Verwaltung nach wie vor massive Engpässe gibt. Oft ist dies mit Konflikten verbunden, wenn beispielsweise im Bildungs- und Betreuungsbereich pädagogische Konzepte in Baumaßnahmen übersetzt werden müssen, diese aber vier Jahre bis zur Realisierung und damit fast eine Kindergeneration benötigen. Dieser Konflikt lässt sich nicht auflösen, sondern nur durch Prioritätensetzung steuern. Komplexe Projekte benötigen Zeit, wenn sie baulich, funktional und wirtschaftlich gelingen sollen.

Insgesamt sind die letzten acht Jahre in den genannten Spannungsfeldern Erfolge realisiert worden: Die Innenstadt ist wieder im Fokus, lange geplante Projekte wurden realisiert und der massive Instandhaltungsstau abgebaut. Sowohl Tiefbau als auch Hochbau stemmten die größten Bauvorhaben seit vielen Jahrzehnten, eine enorme Anzahl an Kindergärten, Schulen, Straßen, Radwegen und Brücken wurden und werden geplant, gebaut oder saniert. Viele neue Bebauungspläne und Konzepte sind entstanden, eine Höchstzahl an Bauanträgen wurde bearbeitet, der private Wohnungs- und Gewerbebau boomen.

Und trotzdem bleibt in Tübingen auch für die nächsten Jahre noch genug zu tun: Wer sich mit offenen Augen durch die Stadt bewegt, kann die vielen Herausforderungen und offenen "Baustellen" sehen, vom Grün über den Zustand der Straßen bis zu den großen Verkehrsprojekten. Stärker noch als in den vergangenen Jahren wird dabei auch eine soziale Frage in den zentralen Fokus rücken: Wie kann Tübingen bei aller Attraktivität auch noch für diejenigen als Wohnort bezahlbar bleiben, die nur durchschnittlich verdienen? Die Antwort wird eine vielschichtige sein, die den Besonderheiten dieser Stadt und ihrer Einwohnerschaft gerecht wird.

Bürgerbeteiligung als Schwerpunkt der Stadtpolitik

Bürgerbeteiligung spielt in Tübingen eine zentrale Rolle. Seitdem ein Leitbild und Leitlinien zur nachhaltigen Stadtentwicklung entstanden sind, richtet sich das Handeln der Verwaltung in allen Bereichen immer stärker nach dem Willen der Bürgerinnen und Bürger aus. In den letzten Jahren haben Gemeinderat und Verwaltung weitere Schritte getan, um die Bevölkerung systematisch mitwirken zu lassen. Weil das Thema immer wichtiger wird, wurde im Jahr 2011 der Umfang der Stabsstelle aufgestockt zu einer 80-Prozent-Stelle. Außerdem wurde sie innerhalb der Verwaltung neu zugeordnet: Bis Mitte 2012 war sie im Dezernat des Ersten Bürgermeisters, seither ist sie im Dezernat des Oberbürgermeisters angesiedelt.

Dahinter steht die Überzeugung, dass Bürgermitwirkung das Vertrauen zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik stärkt. So wird eine Kultur der Beteiligung bei der ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Stadtentwicklung möglich. Wenn man Entscheidungen auf dieser Basis trifft, sind sie besser, akzeptierter und führen zu größerer Zufriedenheit in der Bürgerschaft.

Heute können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger zu allen größeren und umfassenden Vorhaben der Stadtentwicklung informieren. Hierfür gibt es öffentliche Informationsveranstaltungen, bei denen man über die Projekte diskutieren, Fragen stellen und Anregungen einbringen kann. Vielfach werden Bürgerinnen und Bürger zur Beratung hinzugezogen, in Form von Planungswerkstätten, Runden Tischen oder Workshops. Wenn möglich, werden mit den Betroffenen gemeinsam Konzepte erarbeitet, wie dies beispielsweise bei der Entwicklung von Gemeinschaftsschulen geschehen ist. Die Entscheidung darüber, was im Einzelfall umgesetzt wird, trifft abschließend der Gemeinderat.

Das Ziel ist, bei allen Beteiligten eine größere Akzeptanz und Legitimität von Entscheidungen zu erreichen. Dafür sind diskursive Verfahren notwendig, wo wechselseitiges Überzeugen möglich ist und Handlungsalternativen diskutiert werden können. Wenn es zu einem Projekt Kritik aus der Bevölkerung oder von der jeweiligen Opposition gibt, kann dies in ein strukturiertes Beteiligungsverfahren münden. Dort können Argumente ernsthaft abgewogen werden, wie es beispielsweise bei der Planung des Uni-Campus und der neuen Mensa zu erleben war.

Dazu gehört auch, dass Entscheidungen transparenter werden. So sind seit 2007 die Sitzungs-Vorlagen des Gemeinderats auch für die Bürgerschaft zugänglich – von dem Zeitpunkt an, wenn die Mitglieder des Gemeinderats sie erhalten. Für die Ortsbeiräte, die bis 2008 unter Ausschluss der Bürgerschaft diskutierten, sind öffentliche Sitzungen inzwischen zur Regel geworden. Wer sich für den Stand aller Bebauungsplanverfahren interessiert oder wissen möchte, wie man sich daran beteiligen kann, dem bietet der Internetauftritt der Stadtverwaltung einige Möglichkeiten. Unter www.tuebingen.de/stadtplanung kann man seit Mitte 2010 zahlreiche Informationen abrufen. Einwände und Vorschläge kann man postalisch oder per E-Mail einbringen.

Bestandsaufnahme und Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung (2013, 2014)

Ein Team um die Beauftragte für Bürgerengagement hat 2013 die Tübinger Bürgerbeteiligung genauer unter die Lupe genommen: Wo stehen wir, und wo besteht noch Entwicklungsbedarf? Die Ergebnisse wurden mit Unterstützung der netzwerk stadt GmbH unter der Leitung von Prof. Dr. Klaus Selle erarbeitet. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, Vertretungen der Gemeinderatsfraktionen und 20 Schlüsselpersonen aus der Stadtgesellschaft waren daran beteiligt. Aus unterschiedlichen Perspektiven haben sie Erfahrungen, Einschätzungen, Verlauf und Wirkung von exemplarischen Handlungsfeldern der Bürgerbeteiligung zusammengetragen. "Was andernorts vielfach noch fernes Ziel ist, ist hier entstanden: eine Beteiligungskultur, die diesen Namen verdient", fasste Klaus Selle das positive Ergebnis zusammen.



Ein Team um die Beauftragte für Bürgerengagement befasste sich mit der Bestandsaufnahme und der Weiterentwicklung der Tübinger Bürgerbeteiligung. Bild: Klaus Selle

Aber es besteht auch Handlungsbedarf. Die Analyse lieferte die Grundlagen, um die bisher fehlende klare Richtschnur für Beteiligungsprozesse zu entwickeln, eine Art Spielregeln. Zudem soll geprüft werden, ob man neue Methoden für Beteiligungsprozesse braucht, um weitere Ziele erreichen zu können. Parallel wird bis Ende 2014 eine Handreichung erarbeitet. Sie soll die alltägliche Beteiligungspraxis der Verwaltung unterstützen und als Orientierungshilfe für die Politik und Öffentlichkeit dienen.

Bedeutsame Bürgerbeteiligungsprozesse zwischen 2008 und 2013

Wenn es um umfassende und weitreichende Bereiche der Stadtentwicklung geht, werden Betroffene, Interessensverbände und Bürgerinnen und Bürger frühzeitig einbezogen. Exemplarisch werden einige Beispiele für solche Beteiligungsverfahren beschrieben:

Entwicklung Alte Weberei:

Runder Tisch Lustnau und Forum Alte Weberei

Für das Gelände der ehemaligen Frotteeweberei Egeria hatte der Fachbereich Projektentwicklung ein gutes Vorbild – die Quartiersentwicklung des Mühlenviertels. Und deswegen wurde die Bürgerschaft seit Beginn der Planungen für das neue Stadtquartier "Alte Weberei" 2008 einbezogen. Ein Runder Tisch Lustnau begleitet die Entwicklung des ehemaligen Egeria-Geländes. Er setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Ortsbeirats Lustnau sowie Vertretern aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen im Stadtteil (Vereine, Stadtteilforum, Wirtschaft, Kirche, Schule und Kindergarten oder Anwohnervertreter). Der Runde Tisch vertrat in der Planungsphase die Belange von Anwohnenden, Bürgerinnen und Bürgern und bildet eine aktive Schnittstelle zwischen Stadtverwaltung und Bürgerschaft als beratendes Gremium. Bereits als der städtebauliche Realisierungswettbewerb ausgelobt wurde, war der Runde Tisch in die Planung einbezogen.

Im Herbst 2011 wurde mit den Erschließungsarbeiten begonnen, seit Sommer 2012 bauen die privaten Baugruppen, Bauträger und private Einzelbauherren. Die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner haben gemeinsam mit Mitgliedern des Runden Tisches im Jahr 2013 die neue Interessensvertretung "Forum Alte Weberei" gegründet. Das Forum ist zunächst in der Bauphase gefragt, insbesondere bei der Planung des öffentlichen Raums. Es bleibt aber auch darüber hinaus bestehen und hält bei Bedarf engen Kontakt zur Projektentwicklung und Stadtverwaltung.

Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung des Südlichen Stadtzentrums (seit 2011)

Die Entwicklungen, die im Bereich des südlichen Stadtzentrums anstehen, sind im Rahmen des Projekts "Innen:Stadt-Entwicklung" zusammengefasst. Dazu gehören die Teilprojekte Zinser-Dreieck, Europaplatz mit Busbahnhof und Baufeld, das Foyer, die Mühlstraße sowie die Verbindung des südlichen Stadtzentrums mit der historischen Altstadt. Weil all dies eine hohe Bedeutung für die gesamte Stadt hat, wurde dieser Stadtentwicklungsprozess mit breiter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt. Erster Schritt war, dass der Gemeinderat ein Beteiligungsprojekt und das Konzept dafür beschlossen hat. Dann lud die Stadt ein zu einer Bürgerversammlung im Juli 2011. Mehr als 300 Interessierte informierten sich über das Gesamtprojekt, die Form der Bürgerbeteiligung und ihre eigenen Möglichkeiten, sich für das Beteiligungsverfahren zu bewerben.

Für die Teilprojekte Zinser-Dreieck, Europaplatz und Verbindung mit der Altstadt wurden jeweils Runde Tische eingerichtet. Rund 30 Betroffene, Anwohnende, Interessenvertretungen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger nehmen daran teil. Sie arbeiten zusammen mit der Verwaltung und Vertretungen der Ratsfraktionen. Gemeinsam klären sie Fragen zur Aufwertung des öffentlichen Raums. Sie bemühen sich, für Menschen auf dem Fahrrad oder zu Fuß eine verbesserte Aufenthaltsqualität zu erreichen. Handel und Dienstleistungen sollen sinnvoll positioniert werden, Stärkung wird für Wohnen, Handel und die Nutzungsvielfalt im Quartier angestrebt. Die Vorschläge, Meinungen und Empfehlungen dieser Gruppen werden einbezogen in die Planung und die Entscheidungen des Gemeinderats. Weil die Beratungen und Empfehlungen der Runden Tische möglichst transparent sein sollen, kann jeder die Protokolle studieren unter www.tuebingen.de/zentrumsued. Dort werden auch die Gemeinderats-Unterlagen zur Verfügung gestellt. Wer das Ganze lieber auf Papier liest, kann alle Unterlagen in gedruckter Form in der Stadtbibliothek einsehen.

Die Stadt hat weitere Möglichkeiten geschaffen, damit sich die Öffentlichkeit über den Stand der Teilprojekte informieren kann. So gab es im Herbst 2012 eine öffentliche Informationsveranstaltung. Außerdem wurde vor dem Uhlandbad ein Infostand zu den anstehenden Veränderungen im Zinser-Dreieck eingerichtet. Betroffene Eigentümerinnen und Eigentümer und Anwohnende werden zu speziellen Informationsveranstaltungen zu anstehenden Bauphasen und Entwicklungen eingeladen.

Der Runde Tisch Zinser-Dreieck ist seit Juni 2013 abgeschlossen, dem Zeitpunkt, zu dem der Gemeinderat die Entwurfsplanung beschlossen hat. Von der Auswahl des beauftragten Planungsbüros bis zur Entwicklung der Gestaltungskonzeption hat der Runde Tisch an der Neugestaltung des Zinser-Dreiecks maßgeblich mitgewirkt.

Der Runde Tisch Altstadt/ Verbindung südliches Stadtzentrum läuft weiter. Er wird von Oberbürgermeister Boris Palmer geleitet. Alle wichtigen Themen zur Aufwertung der historischen Altstadt werden erörtert, ebenso wie die Anliegen der Teilnehmenden. Gemeinsam sucht man nach bestmöglichen und von allen akzeptierten Lösungen.

Die Planungswerkstatt zum Europaplatz 2011 beschäftigte sich mit der Jahrzehnte andauernden Vorgeschichte des Areals. Zum einen wurden die ursprünglichen Ziele für die beiden Bereiche Busbahnhof und Baufeld noch einmal diskutiert und bestätigt. Es lag auch schon Konkretes auf dem Tisch: der Entwurf des ersten Preisträgers im städtebaulichen Wettbewerb, der 1998 für den Europaplatz abgehalten worden war. Eine Prüfung dieses Konzepts zeigte, dass es auch aus heutiger Sicht die richtige Lösung ist und auf dieser Grundlage weiter gearbeitet werden kann. Der damals benannte neue Standort für den Busbahnhof soll also weiterverfolgt werden. Durch die Verlegung des Busbahnhofs wird eine Freifläche gewonnen, die bebaut werden soll. Bis Ende 2013 kümmerten sich die Beteiligten darum, herauszufinden,

welche unterschiedlichen Bedürfnisse dort berücksichtigt werden müssen: für den Tübinger Stadtverkehr, Regionalbusse, Touristenbusse und Taxen werden Flächen benötigt, und der Verkehrsfluss muss funktionieren. Hinzu kommen Fußwegebeziehungen, Fahrradabstellmöglichkeiten und Aufenthaltsräume. Wenn diese Punkte geklärt sind, kann an den Runden Tischen Europaplatz Busbahnhof und Europaplatz Baufeld weiter gearbeitet werden.

Repräsentative Bürgerbefragung zur Haushaltskonsolidierung (2010)

Die weltweite Wirtschaftskrise 2009 hatte auch Auswirkungen auf die Tübinger Stadtkasse. Zum einen gab es Einnahmenverluste, gleichzeitig stiegen die Kosten, beispielsweise für den Ausbau der Kinderbetreuung. Um einen genehmigungsfähigen Haushalt für das Jahr 2011 aufzustellen, wurde das Projekt "Minus 10 Prozent" aufgelegt. Sein Ziel war es, durch Erhöhung der Einnahmen und durch Senkung der Ausgaben insgesamt 6,2 Millionen Euro bis zum Jahr 2013 einzusparen. Die Bürgerinnen und Bürger wurden dazu eingeladen, an der Meinungsbildung teilzunehmen, wie die angestrebte Haushaltskonsolidierung funktionieren könnte. Informiert wurde die Öffentlichkeit bei einer Veranstaltung sowie über Faltblätter, in denen die Situation und die Gründe für die notwendigen Einsparungen dargestellt und erläutert wurden. Aufschlüsse brachte auch eine weitere Aktion im September 2010: Bürgerinnen und Bürger in 1.000 Haushalten wurden befragt, wie und wo sie



Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in der Planungswerkstatt zum Europaplatz. Bild: Universitätsstadt Tübingen

sparen würden. Diese Umfrage bei einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung realisierte die Beauftragte für Bürgerengagement mit dem Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer. Denselben Fragebogen konnten Interessierte auch im Internet ausfüllen. Das Ergebnis war komplex: Eine eindeutige Handlungsempfehlung, wie Verwaltung und Politik ihre Einsparungen umsetzen sollten, konnte auf diesem Weg nicht erzielt werden. Es gab aber klare Hinweise. Beispielsweise positionierte sich eine große Mehrheit gegen Kürzungen in den Bereichen Soziales, Kinder und Jugend. Nicht zuletzt war diese Befragung für die beteiligten Bürgerinnen und Bürger ein Einblick in den politischen Alltag: Sie erlebten selbst, welch hohe Komplexität der Haushalt und die Haushaltsplanung ihrer Stadt besitzen. Es ist stets viel Arbeit für Verwaltung und Gemeinderat, alle Interessen zu berücksichtigen, sie gegeneinander abzuwägen und dabei mit dem vorhandenen Geld auszukommen.

Entwicklung einer Kulturkonzeption (2010/2011)

Im Frühjahr 2010 wurde unter Federführung des Fachbereichs Kultur in einem breiten strukturierten Beteiligungsprozess eine Kulturkonzeption für die Universitätsstadt Tübingen erarbeitet. Ziel war es, damit einen kulturpolitischen Referenzrahmen zu schaffen. Zum einen ging es um Transparenz und somit auch um mehr Demokratie und Chancengleichheit in der städtischen Kulturpolitik und -förderung. Zum anderen sollte die Kultur selbstbewusst positioniert werden als ein Politikfeld neben anderen Feldern. Im ersten Schritt wurden für eine Bestandsaufnahme 250 Kultureinrichtungen angeschrieben. Im zweiten Schritt wurden 2010 in 23 Fach- und Spartengesprächen mit insgesamt 250 Akteurinnen und Akteuren des Tübinger Kulturlebens grundlegende kulturpolitische Fragestellungen diskutiert und bearbeitet. Auch die Öffentlichkeit wurde einbezogen: Interessierte konnten in sechs Workshops zu verschiedenen Themenbereichen und Fragestellungen diskutieren und ihre Sichtweise einbringen. Im dritten und letzten Schritt wurde 2011 mithilfe einer repräsentativen Bürgerbefragung die Meinung der Tübingerinnen und Tübinger zum kulturellen Angebot der Universitätsstadt ermittelt. Die Ergebnisse der Befragung sowie Anregungen, die in Workshops mit den Mitgliedern des Gemeinderates entstanden waren, wurden in der Kulturkonzeption berücksichtigt und flossen auch in die verbindlichen Kulturförderrichtlinien mit ein.

Schulentwicklung:

Einführung von drei Gemeinschaftsschulen (2011/2012)

Auch in Tübingen stand in den vergangenen Jahren die allgemeine Schulentwicklung im Fokus. Speziell die Entwicklung der Haupt- und Werkrealschulen hat eine strukturierte Planung für die Zukunft der Tübinger Schullandschaft erforderlich gemacht. Deswegen initiierte die Fachabteilung Schule und Sport in den Jahren 2007 und 2008 einen umfassenden Diskussionsprozess zu diesen Entwicklungen, bei dem alle Betroffenen einbezogen wurden. Dies führte an der Geschwister-Scholl-Schule zum Schulversuch ERKO (Erweiterte Kooperation). Nach dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg 2011 stand das Thema erneut auf der Agenda. Im Auftrag des Gemeinderats wurde in einem moderierten Prozess die Konzeption für Gemeinschaftsschulen an drei Standorten entwickelt. An jedem dieser Schulstandorte wurden dazu Projektgruppen eingerichtet: an der Französischen Schule, an der Werkrealschule Innenstadt in Kooperation mit der Albert-Schweitzer-Realschule sowie an der Geschwister-Scholl-Schule, bei der die Klassen 5 bis 10 aus der erweiterten Kooperation Hauptschule, Realschule und Gymnasium einbezogen waren. An jedem Standort wurden zudem Workshops und Elterninformationsveranstaltungen angeboten. Die Schulleitungen, Eltern, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler waren daran beteiligt, ebenso wie Schulund Stadtverwaltung sowie Vertretungen des Gemeinderats. Alle drei Gemeinschaftsschulen wurden inzwischen bewilligt und konnten im Schuljahr 2012/2013 mit der Klassenstufe 5 ihren Betrieb aufnehmen.

Bürgerdialog B 27 (2012)

Im Frühjahr 2012 rückte das Thema Straßenbau wieder ins öffentliche Interesse. Das Regierungspräsidium stellte erste Entwürfe für jene Knotenpunkte vor, mit denen der Schindhaubasistunnel, die Ortsumgehung für die B27, im Süden und Norden ans Straßennetz angeschlossen werden soll. Der eine Knotenpunkt im Süden, genannt "Bläsibad", mündet in die Hechinger Straße. Im Norden verknüpft das "Tübinger Kreuz" den Tunnel mit der B 28. Diese Entwürfe wurden zuerst dem Tübinger Gemeinderat und im Frühsommer 2012 dann auch der Öffentlichkeit präsentiert. Kritik kam auf an der Dimension und am Flächenverbrauch dieser Lösungen. Mit dem Unmut kam auch die Frage nach besseren Alternativen. Auf Initiative des Baudezernates wurden in einem "Bürgerdialog B 27" von fünf Workshops konkrete Alternativen erarbeitet

und geprüft. Daran beteiligt waren 25 interessierte Bürgerinnen und Bürger, die Stadtverwaltung, das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg, das Regierungspräsidium sowie Vertretungen der Industrie- und Handelskammer Reutlingen. Mit Unterstützung der Planer des Regierungspräsidiums Tübingen wurden die Alternativen der Workshops professionell durchgeplant – damit man sie mit dem ersten Entwurf vergleichen konnte. Es zeigte sich: Eine der Planungsalternativen bot einen deutlich verringerten Flächenverbrauch und auch niedrigere Kosten als der ursprüngliche Entwurf des Regierungspräsidiums. Am Ende war es diese Alternative, die von der großen Mehrheit der Beteiligten als Grundlage für die weitere Planung empfohlen wurde.

Mit einer Informationsveranstaltung im März 2013 endete der Bürgerdialog B27. Alle Beteiligten waren hoch zufrieden mit dem Beteiligungsprozess und seinen Ergebnissen. Der baden-württembergische Verkehrsminister Winfried Hermann sagte: "Dieser Bürgerdialog hat ein immer wieder angeführtes Vorurteil widerlegt: dass Bürgerbeteiligung immer zu höheren Projektkosten führt. Das Gegenteil ist hier der Fall: Die vorliegenden Lösungsansätze sind voraussichtlich billiger als die Eingangsvariante." (Zitat aus dem Reutlinger General-Anzeiger vom 23. März 2013).

Wie könnte der Schindhaubasistunnel ans Straßennetz angeschlossen werden? Mit dieser Frage beschäftigte sich der Bürgerdialog B 27.

Links im Bild: der Entwurf des Regierungspräsidiums vor der Bürgerbeteiligung.

Rechts im Bild: eine Planungsalternative, die aus der Bürgerbeteiligung hervorging. Bilder: Universitätsstadt Tübingen





Stadtentwicklung als Schwerpunkt der Stadtpolitik

Wohnraum schaffen

Eine der großen Aufgaben für die Stadtentwicklung war es in den zurückliegenden Jahren, mit der großen Nachfrage nach Wohnraum in der Stadt umzugehen. In den vorangegangenen Jahrzehnten war die Siedlungsentwicklung eher durch eine Abwanderung aus der Stadt in den Landkreis geprägt, zu dieser Zeit hatte der Kreis ein deutlich stärkeres Wachstum. Mittlerweile hat sich dieser Trend umgekehrt. Dies ist nicht nur ein spezifisches Thema für Tübingen, es betrifft viele größere Städte, die über eine entsprechende wirtschaftliche und wissenschaftliche Ausgangslage verfügen. Zwar hatte das statistische Landesamt für Tübingen einen leichten Rückgang der Bevölkerungszahlen prognostiziert. Doch das Gegenteil trat ein, die Einwohnerzahlen sind seit 2006 deutlich gestiegen. Diese an sich positive Entwicklung macht sich auf dem Wohnungsmarkt bemerkbar: Sie verursacht aufgrund der großen Nachfrage ein extrem hohes Preisniveau, sowohl im Eigentumsmarkt als auch bei der Wohnungsvermietung. Der relevanteste Faktor dafür ist das knappe Angebot. Ziel der Verwaltung war es daher, mit höchster Priorität Wohnraum zu schaffen.

Innenentwicklung

Gezielt wurden Flächenpotenziale innerhalb des bestehenden Siedlungsgebiets erschlossen. Ehrgeiziges Ziel der Verwaltungsspitze war es, die erforderlichen Wohnbauflächen im Stadtgebiet zur Verfügung zu stellen, ohne dafür weitere Natur und Landschaft in Anspruch zu nehmen. Dafür sprachen mehrere Argumente: Zum einen ging es um den ganz grundsätzlichen Schutz der freien Landschaft mit ihrer in Tübingen hohen naturschutzfachlichen Qualität und wichtigen Erholungsfunktionen. Gleichzeitig spielte auch die Auslastung von bestehender technischer und sozialer Infrastruktur eine wichtige Rolle. Im Hinblick auf die demographischen Veränderungen kann eine dauerhafte Finanzierung nur bei einer nachhaltigen und effizienten Nutzung der Infrastrukturen gewährleistet werden. Erfahrungen zeigen, dass die Entwicklung von Innenbereichspotenzialen auch erhebliche Auswirkungen auf die Energieeffizienz von Siedlungsstrukturen haben.

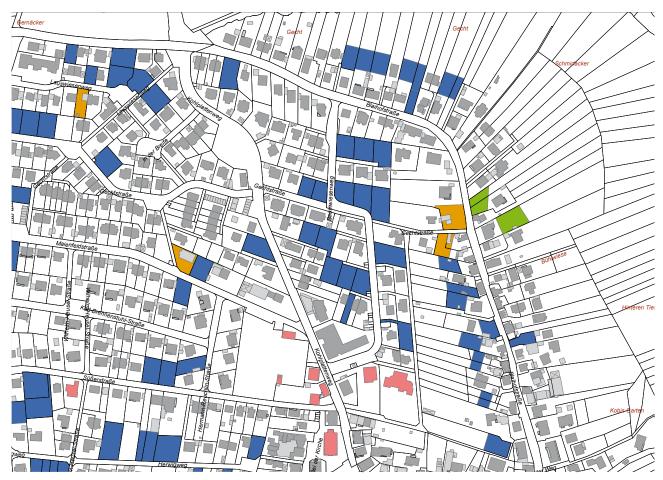
Der Verwaltung war bewusst, dass es nicht immer auf uneingeschränkte Zustimmung trifft, wenn man Flächen im direkten Umfeld von bestehenden Nachbarschaften aktiviert und bebaut. Deswegen wurden in einem umfangreichen Workshop-Verfahren Rahmenbedingungen dafür formuliert. Daran waren Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Die Bedingungen sollten eine neutrale Bewertung der Vorhaben ermöglichen, samt ihrer Auswirkungen auf die Umgebung. Zum wichtigen Grundsatz wurde dabei, dass eine Veränderung immer auch Vorteile für die Nachbarschaft mitbringen soll. Das können Aufwertungen im öffentlichen Raum sein, die Verbesserung von Infrastruktur und Wegeverbindungen, Beseitigung von Barrieren oder andere spürbare Zugewinne für die Lebensqualität im Viertel. Alle größeren Projekte wurden durch eine intensive Bürgerbeteiligung begleitet. Dies fand überwiegend in Form von Runden Tischen statt, zu denen die Anwohnerinnen und Anwohner ebenso eingeladen waren wie Personen aus relevanten Institutionen wie der Kirche, der sozialen Träger, Vereine oder Kindertagesstätten. Die Politik war überwiegend über die Ortsbeiräte eingebunden. Bei kleineren Projekten sorgte man bei öffentlichen Veranstaltungen für Austausch, Information und Diskussion.

Um die größeren Projekte zu koordinieren und steuern, wurden innerhalb der Verwaltung jeweils eigene Projektgruppen gebildet, in denen alle betroffenen Fachgebiete vertreten waren. Um auch die kleineren, meist nicht weniger komplexen Vorhaben zielführend umsetzen und evaluieren zu können, wurde eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingerichtet, geleitet von der Fachabteilung Stadtplanung. Beteiligt waren neben dem Referenten des Oberbürgermeisters auch die Fachabteilung Vermessung und die Fachabteilung Liegenschaften.

Um neue Flächen für städtisches Wohnen aktivieren zu können, setzte die Stadt folgende fünf grundsätzliche Schwerpunkte:

1. Aktivierung von Baulücken

Zur Jahresmitte 2007 hat die Stadt ein Baulücken-Kataster aufgestellt. Zu diesem Zeitpunkt gab es in Tübingen 712 Baulücken in Wohn- oder Mischgebieten, auf denen etwa 1.890 Wohneinheiten möglich waren, sowie 78 gewerbliche Baulücken. Anfang 2008 wurden die Eigentümerinnen und Eigentümer von sofort bebaubaren Baulücken angeschrieben: Sie wurden gebeten, der Stadt mitzuteilen, ob sie die Baulücke in nächster Zeit bebauen wollen oder ob sie das Grundstück möglicherweise verkaufen würden. Die Stadtverwaltung bot an, die Flächen in Form eines Zwischenerwerbs zu übernehmen. Außerdem gab es die Möglichkeit, die Fläche in einer von städtischer Seite organisierten Baulückenbörse im Internet vorzustellen. Seit 2007 konnten auf diesem Weg über 20 Prozent der damals vorhandenen Baulücken aktiviert werden, 165 Baulücken sind mit annähernd 400 Wohneinheiten bebaut worden.



Auf dem Bild sind Baulücken in Pfrondorf zu sehen. Blau gekennzeichnet sind Flächen, die sofort bebaut werden könnten. Grün sind Baulücken, bei denen noch eine Planung oder Einigung erforderlich ist. Braun sind Flächen, auf denen mehr gebaut werden kann als derzeit der Fall ist. Grafik: Universitätsstadt Tübingen

2. Kleinteilige städtebauliche Neuordnung von Bestandsquartieren

Die Verwaltung hat sich nicht nur mit großmaßstäblicheren Planungen befasst. Auf den Tisch kamen auch kleinere Bereiche, in denen eine Bebauung unmöglich war, weil die bestehenden Grundstückszuordnungen, das bestehende Planungsrecht oder andere einer Bebauung entgegenstehende Rahmenbedingungen dies nicht zuließen. Die Stadt kümmerte sich hier auch um aufwändige Fälle: Es folgten intensive Gespräche mit den verschiedenen Eigentümerinnen und Eigentümern, außerdem eine umfangreiche planerische und liegenschaftliche Vorbereitung durch die Verwaltung. So konnten Grundstücke neu aufgeteilt oder das Planungsrecht abgeändert werden. Damit wurden weitere kleinteilige Potenziale für die Innenentwicklung geschaffen. Beispiele hierfür sind der Bereich um die Ziegelhüttenstraße, der Fronländer in Bühl, der Bereich Hinter den Gärten in Kilchberg, Flächen westlich der Wilonstraße in Weilheim oder auch der Bereich Weinsteige / Saarstraße / Klemsenstraße sowie die Umnutzung einer historischen Scheune an der Jesinger Hauptstraße.



In Bühl konnte eine große Baulücke im Fronländer erfolgreich geschlossen werden. Grafik: Universitätsstadt Tübingen

3. Erleichterung von privaten Dachausbauten

Im Stadtgebiet gibt es eine große Anzahl von Bebauungsplänen, die eine einheitliche Dachgestaltung vorsehen. Der Ausbau von Dachgeschossen ist dort streng geregelt. Dazu gehören Einschränkungen für Dachneigungen, die einen Ausbau unmöglich machen, oder auch Verbote von Dachgauben. Um diese Einschränkungen zu lockern, hat die Verwaltung einen Leitfaden erarbeitet und vom Gemeinderat beschließen lassen. Er sollte als Ermessen lenkende Verwaltungsvorschrift dienen, damit Einzelvorhaben beurteilt werden können mit dem Ziel, den privaten Dachausbau zu ermöglichen. Hierzu kann unter bestimmten gestalterischen Rahmenbedingungen eine Erhöhung der Dachneigung ermöglicht oder der Einbau von Gauben erlaubt werden. Auf diese Weise konnte an vielen Stellen breit gestreut über das Stadtgebiet zusätzlicher Wohnraum realisiert werden. Speziell kleinere Wohngebäude wurden auf diese Weise kostengünstig an heutige Wohnungsansprüche angepasst.

4. Aufstockungen, Ergänzungen und Ersatzbebauung bei Objekten von Wohnungsbaugesellschaften

Die Verwaltung hat Flächen untersucht, auf denen größere Anlagen stehen, die Wohnungsbaugesellschaften gehören. Diese Bebauung stammt meist aus den 1950er- und 1960er-Jahren, als man mit einer vergleichsweise geringen Dichte baute. Aus heutiger Sicht ist dies ein Potenzial, um ergänzenden Wohnraum zu realisieren. Weil dort mehrere zusammenhängende Gebäude in der Hand eines Eigentümers liegen, erlaubt dies meist eine einfachere und zeitnahe Umsetzung von Veränderungen. Eines der Beispiele liegt im Brahmsweg: Dort konnte ein unattraktiver Garagenhof überbaut werden; außerdem wurden bestehende Gebäude aufgestockt. So bewirkte die Stadt eine umfeldverträgliche Entwicklung. Weil sich im Lauf der Arbeiten zeigte, dass die Bausubstanz unerwartet schlecht war, hat sich die Kreisbau im Nachhinein entschlossen, dort statt einer Aufstockung 2014 vollständig neu zu bauen.

Ein weiteres Beispiel liegt im Wennfelder Garten. Dort wurde ein städtebauliches Konzept erarbeitet, zusammen mit den Eigentümern GWG und GSW organisierte die Stadt ein umfangreiches Planungs- und Beteiligungsverfahren. Dieses Konzept kombiniert die bestehenden Qualitäten des Siedlungscharakters mit einer dichteren Bebauung, die einen Übergang herstellt zum benachbarten Französischen Viertel. Es gelang, eine große Zahl an Bestandsbäumen zu erhalten.

Drittes Beispiel ist die Sindelfinger Straße, wo die GWG ab 2014 drei nicht mehr sanierungsfähige Altbauten ersetzt durch fünf Neubauten.

5. Konversion von Brachflächen

Der Schwerpunkt der Innenentwicklung in den vergangenen Jahren war es, Brachflächen neu zu nutzen. Dazu gehörte sowohl die Weiterentwicklung des Entwicklungsbereichs "Stuttgarter Straße/ Französisches Viertel" als auch Flächen, die ehemals gewerblich genutzt oder untergenutzte Flächen waren. Hinzu kam die Umnutzung von früheren Sonderbauflächen wie dem ehemaligen Landratsamt oder dem ehemaligen Kreisaltenheim in der Hundskapfklinge.

Die Stadt fördert eine hohe Vielfalt an Wohnformen mit einem Mindestanteil an Nutzungsmischung sowie hohe Qualitäten im öffentlichen Freiraum. Die städtebaulichen Konzepte wurden ganz überwiegend durch Wettbewerbe oder Mehrfachbeauftragungen erarbeitet. Folgende Vorhaben wurden seit 2007 auf diese Weise realisiert:

- Alexanderpark
- Stuttgarter Straße
- Mühlenviertel
- · Wohnen am Österberg
- Herrenberger Straße/Dürrstraße
 (Gelände der früheren Firma Steinhilber)
- Doblerstraße

Weitere Projekte wurden planerisch und rechtlich vorbereitet und werden 2014 und in den kommenden Jahren realisiert:

- Alte Weberei
- Sidler-Areal
- · Lustnauer Mühle
- Güterbahnhof
- Foyer
- Ölmühle

Die Bilanz ist gut: Mit diesen verstärkten Aktivitäten zur Innenentwicklung wurden im Innenbereich von Tübingen seit 2007 Baugenehmigungen für insgesamt etwa 3.000 Wohneinheiten für über 6.000 Bewohnerinnen und Bewohner genehmigt, von denen ein großer Teil auch schon realisiert ist. Mit den geplanten und begonnenen Projekten werden sich diese Zahlen in den nächsten Jahren noch erhöhen.

Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten

Bei all diesen Projekten ist es das erklärte Ziel der Verwaltung, Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten zur Verfügung zu stellen. Die hohen Preise in Tübingen machen es für Menschen mit geringeren Einkommen oder für Familien besonders schwierig, in Tübingen geeigneten Wohnraum zu finden, egal ob es um Miete oder Eigentum geht. Deswegen war es nötig, dass die Verwaltung besonders zugunsten

dieser Zielgruppen Einfluss nimmt. Zur Strategie der Stadt gehörte es einerseits, den geförderten Wohnungsbau wieder aufzunehmen. Hinzu kam eine gezielte Einflussnahme auf Grundstückspreise und Gestehungskosten, ermöglicht durch eigene Projektentwicklungen mit Baugruppenprojekten. Erfahrungsgemäß können auf diese Weise rund zehn bis 15 Prozent der Kosten beim Bauen eingespart werden, wodurch Wohneigentum für eine größere Bevölkerungsgruppe möglich wird. Neben zwölf Baugruppenprojekten mit insgesamt 140 Wohnungen im Bereich Stuttgarter Straße und im Alexanderpark konnte mit dem Mühlenviertel ein erstes Quartier durch die städtische Projektentwicklungsgesellschaft WIT umgesetzt werden. Auch dieses Quartier wurde überwiegend in Form von Baugruppen entwickelt. In rund 35 Baugruppen und Reihenhausbauten sind etwa 250 Wohneinheiten entstanden. In der Alten Weberei werden in vergleichbarer Form im Jahr 2014 etwa 280 Wohneinheiten fertig gestellt und bezogen.

Sozialer Wohnungsbau

Ein besonderer Schwerpunkt lag in der Wiederaufnahme des geförderten Mietwohnungsbaus. In den vorangegangenen Jahren war eine deutliche Verringerung bei der Zahl von Sozialmietwohnungen zu beobachten. Hierfür gab es mehrere Gründe: erstens eine sehr geringe Bautätigkeit, weil die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dafür nicht gut waren, und zweitens das Auslaufen der Belegungsbindung von bestehenden Sozialmietwohnungen. Um hieran kurzfristig etwas ändern und eine hohe Anzahl von Bauvorhaben zu ermöglichen, hat die Universitätsstadt Tübingen im Jahr 2009 auf das neue Landeswohnraumfördergesetz reagiert. Sie hat städtische Grundstücke für Wohnungsbaugesellschaften und Investoren zur Verfügung gestellt, damit dort im Rahmen des Landeswohnraumförderungsprogramms mietreduzierte Mietwohnungen errichtet werden. Ziel der Verwaltung war dabei, die Einheiten kleinteilig auf verschiedene Orts- und Stadtteile zu verteilen, um eine Konzentration an einem Standort zu vermeiden.

Kurzfristig hat Tübingen so Landesfördermittel für fast 90 Wohneinheiten in neun Vorhaben erhalten. Bei einigen Projekten wurden die geförderten Wohnungen kombiniert mit Eigentumswohnungen. Partner hierbei waren die Wohnungsbaugesellschaften GWG Tübingen, Kreisbau, GSW Sigmaringen sowie ein privater Bauträger. Der Baubeginn aller Vorhaben war 2010.



Im rund vier Hektar großen Mühlenviertel in Derendingen ist ein lebendiges und gemischt genutztes Quartier für über 600 Bewohnerinnen und Bewohner entstanden. Luftbild: Manfred Grohe

Folgende Projekte wurden mit Fördergeldern aus dem Jahr 2009 realisiert:

- Tübingen, Biererstraße 3 (GWG, 6 Wohneinheiten)
- Kilchberg, Vormorgen (GWG, 6 WE)
- Hirschau, Fährenweg/ Heerweg (GWG, 11 WE)
- Tübingen, Schleifmühleweg (Huber Wohnkomfort, 9 WE)
- Derendingen, Derendinger Straße 92 (Kreisbau, 8 WE)
- Pfrondorf, Untere Höhbergstraße (Kreisbau, 12 WE)
- Wennfelder Garten (GSW, 22 WE)
- Tübingen, Brahmsweg (Kreisbau, 16 WE)

Über das Förderprogramm 2010 und 2011 wurden weitere Objekte möglich:

- Tübingen, Brahmsweg (Kreisbau, 7 WE mittels Aufstockung)
- Tübingen, Königsberger Straße Hof 2 (GWG, 8 WE)

Der Bestand an geförderten Mietwohnungen in Tübingen ist dadurch erstmals nach langer Zeit wieder angestiegen. Diese positive Entwicklung ist hauptsächlich auf die Umsetzung der Förderanträge der Jahre 2009 und 2010 zurückzuführen.

Die Verwaltung hat die Realisierung geförderter Wohnungen in weiteren Projekten verbindlich festgelegt. Einige wurden für das Förderprogramm 2011 eingereicht und stehen kurz vor ihrer Fertigstellung. So werden in der Alten Weberei von GWG und Kreisbau zusammen 30 geförderte Wohneinheiten realisiert, eine private Baugemeinschaft wird ergänzend zu

Sozialer Wohnungsbau im Brahmsweg. Bild: Peter Jammernegg

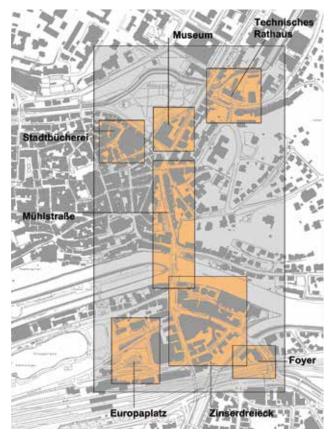
ihren eigenen Wohnungen zusätzlich sieben Wohnungen errichten, die später um 20 Prozent unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete vermietet werden sollen.

Darüber hinaus werden in den nächsten Jahren sowohl im Wennfelder Garten als auch im Bereich der Sindelfinger Straße bei der Ersatzbebauung geförderte Mietwohnungen entstehen, insgesamt rund 120 Wohnungen. Für das Areal am Güterbahnhof wurde die Realisierung von etwa 70 bis 100 Wohneinheiten vereinbart.

Innen:Stadt!

Wohnraum zu schaffen war nicht die einzige Aufgabe der Stadtentwicklung. Ein weiterer Fokus lag auf den Rändern und Eingangsbereichen der östlichen Altstadt. Nachdem in den 1980er-Jahren die Altstadt erfolgreich saniert worden war, sind an ihren Rändern inzwischen mehrere Bereiche identifizierbar, die erhebliche gestalterische und funktionale Mängel aufweisen. Diese Eingangsbereiche ins Stadtzentrum prägen das Bild der Universitätsstadt Tübingen wesentlich.

Somit hat die Aufwertung dieser Orte eine hohe gestalterische und wirtschaftliche Bedeutung für die Gesamtstadt. Unter dem Titel "Innen:Stadt!" wurden insgesamt sieben Vorhaben definiert.



Bausteine für die Innenstadt. Grafik: Universitätsstadt Tübingen

Mühlstraße

In der Mühlstraße ist es eng. Daran wird sich nicht viel ändern lassen, denn sie stellt für alle Verkehrsteilnehmer eine relevante Verbindung dar. Zudem brauchen die bestehenden Geschäfte eine Be- und Entlademöglichkeit. Die Stadt hatte seit vielen Jahren in unterschiedlichen Varianten versucht, den verschiedenen Verkehrsmitteln jeweils eigene Flächen zuzuweisen und diese mit Markierungen, Blumenkübeln und anderen Hilfsmitteln voneinander zu trennen. Im Ergebnis wurde jedoch mit keiner Lösung eine befriedigende Situation erreicht. Das führte dazu, dass die Mühlstraße über lange Jahre als reiner Durchgangsraum mit sehr geringer Qualität wahrgenommen wurde. Es kam zu einem sogenannten "trading down" der Ladengeschäfte. Ein neuer Anlauf wurde 2009 möglich, als die Eberhardsbrücke saniert und deswegen ohnehin der komplette Verkehr auf Tübingens innerstädtischer Nord-Süd-Achse umgeleitet werden musste. Der Gemeinderat beschloss vor diesem Hintergrund, auch die Mühlstraße umzugestalten. Wichtiges Element hierfür war ein heller Straßenbelag aus Beton – in der Fahrbahn aus Ortbeton und im Seitenbereich aus Betonplatten. Damit wurde ein heller und großzügiger Gesamteindruck erreicht. Die Trennung zwischen den einzelnen Verkehrsträgern wurde so gering wie möglich ausgebildet. Zwischen den Fahrradfahrenden sowie den Fußgängerinnen und Fußgängern definieren Baumpflanzungen, Straßenlaternen und kleine Bankelemente eine weiche Trennung. Um den Eingangsbereich der Straße von Süden zu verbessern, wurde nach einer intensiven Diskussion entschieden, ein Gebäude abzubrechen. Das Haus vom Anfang des 20. Jahrhunderts verengte den Straßenraum stark. Zudem war es in einem schlechten baulichen Zustand. Seine Sanierung wäre auch unabhängig von der städtebaulichen Aufwertung des Ortes sehr aufwändig geworden. Nach dem Abriss konnte an dieser Stelle eine kleine platzartige Aufweitung der Straße mit einem Solitärbaum eingerichtet werden.

Darüber hinaus wurde dort ein neuer Treppenaufgang gebaut. Über diese Treppen wird ein ebenfalls neuer Fußweg oberhalb der historischen Stadtmauer erschlossen, der parallel zur Straße verläuft. Am oberen Ende führt er in die Pfleghofstraße oder wieder auf die Mühlstraße. Mithilfe dieser Wegeverbindung können die Grünflächen am Schulberg besser genutzt und gepflegt werden. Sie wurden zu einem zusätzlichen Freiflächenangebot für Bewohnerinnen und Bewohner sowie Gäste der Altstadt. Die Herstellung der Wegeverbindung und insbesondere des Treppenaufgangs war sowohl innerhalb des Gemeinderats als auch in der Bürgerschaft umstritten und konnte schließlich nur mit geringer Mehrheit entschieden werden.

Nach diesen Veränderungen erfüllt die Mühlstraße immer noch ihre wichtige Funktion für den Verkehr. Sie hat dennoch deutlich an Aufenthaltsqualität gewonnen, was sich beispielsweise in einer positiven Änderung des Geschäftsbesatzes zeigt.



Die Mühlstraße wirkt nach dem Umbau heller und breiter. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Unterstützt wurden diese Maßnahmen durch das 2008 förmlich festgesetzte Sanierungsgebiet "Östlicher Altstadtrand" (siehe Seite 120, Bericht des Fachbereiches Planen Entwickeln Liegenschaften). Auf diese Weise war es möglich, auch private Gebäudemodernisierungen zu fördern, was von einigen Hauseigentümern in der Mühlstraße genutzt wurde und den Umgestaltungserfolg rund um die Mühlstraße noch steigern konnte. Eine wichtige Aufwertung wurde mit dem Abbruch und der Neubebauung des heruntergekommenen Gebäudes Pfleghofstraße 8 und der Sanierung des benachbarten Gebäudes Pfleghofstraße 6 erreicht. Indem Erdgeschossflächen zusammengelegt wurden und ein Anbau in den Hofbereich in Richtung Mühlstraße hinzukam, konnte eine große Ladeneinheit hergestellt werden. Dort hat sich ein Alnatura-Markt angesiedelt, was die Versorgungssituation innerhalb der Altstadt und die Standortqualität des östlichen Altstadtrands deutlich verbessert. Insgesamt wurden 12 private Modernisierungsmaßnahmen gefördert, darunter beispielsweise auch die stadtbildprägenden Gebäude der Alten Stadtpost in der Neuen Straße und das Museum. Auch an anderen Orten geschahen innerhalb des Förderrahmens Veränderungen: Mehrere Altstadtgassen wurden umgestaltet, und auf dem Schulberg neben dem Notariat hat die Stadt eine Freifläche

mit außergewöhnlicher Aussichtslage gestaltet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Technisches Rathaus

Am Standort des Technischen Rathauses in der Brunnenstraße sind viele Nutzungen denkbar. Nachdem ein Hotel mit Kongressnutzung sowie ergänzendem Wohnraum an diesem Standort ausschied und eine Machbarkeitsstudie zeigte, dass das Technische Rathaus saniert werden kann, fiel die Entscheidung zugunsten einer Sanierung und Erweiterung an Ort und Stelle. Dazu wurde ein europaweiter Architekturwettbewerb durchgeführt. Der Planungsbeschluss wurde im Dezember 2013 gefasst, ein Baubeschluss ist für Herbst 2014, der Baubeginn für 2015 vorgesehen.

Museum

Das Museum liegt an einer der wichtigsten Kreuzungen der Stadt. Dem prominenten Ort entsprechend sollte hier eine Nutzung mit einer hohen Öffentlichkeit und einer großen Publikumsintensität entstehen. Seit 2013 wurde untersucht, ob der Ort für die Ansiedlung eines Konzertsaales mit einer ergänzenden gemischten Nutzung aus Gastronomie, Einzelhandel, Büro und Wohnen geeignet wäre, da die Karl-Schlecht-Stiftung



Der Alnatura-Markt bringt Handel und Kundschaft in die Pfleghofstraße: Bild: Universitätsstadt Tübingen

beabsichtigte, der Stadt an diesem Ort einen Konzertsaal zum eigenen Betrieb zur Verfügung zu stellen. Nach kontroversen Diskussionen bei einer Bürgerversammlung im Januar 2014 zog der Stifter jedoch sein Angebot zurück.

Stadtbücherei

Um den Einzelhandel in der Altstadt zu stärken, könnten auf dem Grundstück der Stadtbücherei zusätzliche Einzelhandelsflächen angesiedelt werden. Damit könnte dieser Bereich der Innenstadt für die Kunden attraktiver werden und zugleich auch stärker an die zentralen Lagen angebunden. Die eigentliche Stadtbücherei könnte in einem Neubau am selben Ort in die oberen Geschosse verlagert werden. Diese Maßnahme wurde zunächst zurückgestellt.

Sanierungsgebiet südliches Stadtzentrum

Auch im südlichen Stadtzentrum stehen Veränderungen an. Sie werden durch ein 2013 förmlich festgesetztes Sanierungsgebiet gefördert. 2012 wurde die Maßnahme ins Förderprogramm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" aufgenommen, bewilligt ist ein Förderrahmen von 2 Millionen Euro. Die Förderung umfasst die Umgestaltung des Zinser-Dreiecks sowie die Freimachung des Grundstücks Foyer. Unterstützt werden auch private Ordnungs- und Modernisierungsmaßnahmen, beispielsweise der Abbruch des Gebäudes Uhlandstraße 5, wo ein Neubau zur Erweiterung des Hotels Krone entsteht.

Zinser-Dreieck

Das Zinser-Dreieck ist ein Knotenpunkt des städtischen Verkehrs. Viele attraktive Geschäfte, Cafés, Arztpraxen und andere Dienstleister haben ihren Sitz rund um das Zinser-Dreieck. Für sie bietet sich dort schon seit langer Zeit kein angemessenes Umfeld mehr. Der Einbahnstraßenring ist Ursache für viele Umwegfahrten. Viel Fläche nimmt der

motorisierte Verkehr ein, unter anderem, um den Bussen und Taxis freie Fahrt zu ermöglichen. Das Platzangebot für Fußgänger ist beschränkt und wenig attraktiv.

Um den Busverkehr zu beschleunigen und die öffentlichen Räume attraktiver zu gestalten, beschloss der Gemeinderat 2008, die Einbahnstraßenregelung aufzuheben. Der Busverkehr wird künftig in beiden Richtungen durch die Poststraße und um das Trautweineck geführt, und die Autos können die Poststraße und die Friedrichstraße in beide Richtungen befahren. Hierdurch wird es möglich, die Karlstraße zu einer verkehrsberuhigten Zone umzugestalten, in der die Fußgänger flanieren können. Für diese Maßnahme erhält die Stadt Zuschüsse aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Ein Teil der Maßnahmen wurde 2013 bereits umgesetzt: Poststraße und Friedrichstraße sind in beiden Richtungen befahrbar. Die geplante Verkehrsführung wurde zuvor in einem Expertenhearing und einem Sicherheitsaudit überprüft. Der Gestaltungsentwurf wurde in einem aufwändigen Planungsverfahren erarbeitet. Daran wirkten ein Runder Tisch sowie das Landschaftsarchitekturbüro Breimann & Bruun aus Hamburg mit. Ziel war es, die Dominanz des durchfahrenden Verkehrs und dessen Platzbedarf zu reduzieren. 2016 soll alles fertig sein.

Foyer

Im Jahr 2011 konnte die WIT nach zähen Verhandlungen mit der Gläubigerbank die langjährige Bauruine an der Blauen Brücke erwerben. Ein Durchbruch für Veränderungen: 2012 wurde die Ruine abgebrochen, die höher als das Grundstück liegende Friedrichsstraße musste gesichert werden. Zugleich begann die WIT mit der Vermarktung des Grundstücks. Ziel ist es, an dieser prominenten Stelle ein Hotel anzusiedeln, ergänzt durch gemischte Nutzungen einschließlich Wohnen.



Gestaltungskonzept Zinserdreieck.
Bild: Breimann und Bruun Landschaftsarchitekten



So könnte die neue Bebauung am Foyer aussehen. Bild: Architekturbüro Ackermann + Raff

Für das Hotel wurde über eine europaweite Ausschreibung ein Konsortium gesucht, das wirtschaftlich nachweislich fähig ist, ein Hotel im entsprechenden Segment mit architektonischer und städtebaulicher Qualität zu realisieren. Nachdem die erste ursprünglich positive Bewerbungsrunde keinen Bewerber mit ausreichender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ergab, ist es der Verwaltung und der Geschäftsführung der WIT in einem neuen Anlauf gelungen, einen solventen Investor zu finden, der Anfang 2015 mit dem Bau eines IBIS Styles Hotel beginnen möchte. Für die anderen Grundstücksteile bestehen Optionen mit einem Tübinger IT-Dienstleister und einer Baugruppe, die neben einer Sprachenschule auch Wohnungen für ältere Menschen in Wohnungsgemeinschaften errichten möchte. Auch für diese Bausteine soll mit dem Bau Anfang 2015 begonnen werden.

Europaplatz

Seit Jahrzehnten wird über Veränderungen am Europaplatz debattiert. Nun kommen sie voran. Das Projekt gliedert sich in zwei Teilbereiche: einerseits die Umgestaltung und Neuordnung des Busbahnhofes, wozu auch eine Aufwertung des Bahnhofs-Vorbereichs gehört. Das andere Teilprojekt beschäftigt sich mit der Neubebauung der freiwerdenden Flächen westlich der Postunfallkasse.

In einer öffentlichen Planungswerkstatt wurde 2013 bestätigt, dass das Ergebnis eines 1998 durchgeführten Wettbewerbs für das Areal noch aktuell ist. Derzeit diskutiert die Verwaltung mit weiteren Beteiligten an einem Runden Tisch, was im direkten Umfeld des Bahnhofs gebraucht wird. Geklärt wird auch, welche Organisationsform für die Wege der Fahrgäste und die Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes am besten ist. 2014 trifft der Gemeinderat die grundsätzlichen Entscheidungen über die Neugestaltung des Busbahnhofs.

An einem zweiten Runden Tisch wurden die Rahmenbedingungen für die künftige Neubebauung erarbeitet. Nach einer Machbarkeitsstudie durch das Büro Hähnig & Gemmeke konnte einvernehmlich festgehalten werden, dass die Bebauung möglichst von mehreren unterschiedlichen Vorhabenträgern realisiert werden soll. Gewünscht ist eine Mischung aus Einzelhandel, Büro und Dienstleistungen sowie Wohnen. Derzeit wird auch diskutiert, ob ein "Haus der Familie" in die Neubebauung integriert werden soll. Wenn die Rahmenbedingungen stehen, sollen sie Grundlage eines Planungswettbewerbs oder einer Mehrfachbeauftragung werden. Dieses Verfahren kann jedoch erst dann fortgesetzt werden, wenn die konkrete Planung für den Busbahnhof erarbeitet wurde.

Umwelt- und Klimaschutz als Schwerpunkt der Stadtpolitik

Die Universitätsstadt ist seit 1993 Mitglied des Europäischen Klimabündnisses e. V. Die Mitglieder dieses Bündnisses haben sich freiwillig verpflichtet, ihren Kohlendioxid-Ausstoß (CO₂) alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren. Um die Anstrengungen zum Klimaschutz zu intensivieren, startete die Verwaltung 2007 ihre Klimaschutzoffensive. Rückendeckung für die Umsetzung des breit angelegten Klimaschutzprogramms gab der Gemeinderat. Das Gremium beschloss Mitte 2007, dass in Tübingen binnen fünf Jahren das Ziel "Minus 10 Prozent CO₃" erreicht werden soll. Durch die Klimaschutzoffensive sollten die lokal verfügbaren Energiespar- und Klimaschutzpotenziale genutzt und eine Bürgerbewegung für den Klimaschutz initiiert werden. Zuallererst starteten rund 25 Teilprojekte, die Vorbild-Charakter haben sollten. Sie waren bei der Stadt und ihren Töchtern angesiedelt, den Stadtwerken (SWT) und der GWG. Zu diesen Teilprojekten gehörten beispielsweise das kommunale Energiemanagement, die Förderung von Solarenergie, General- und Teilsanierungen, Beleuchtungsumrüstungen, Umrüstungen auf Hocheffizienz-Heizungspumpen, schaltbare Steckerleisten, Radverkehrs- und Carsharing-Förderung, spezielle Vor-Ort-Beratung und Förderprogramme für finanzschwache Haushalte sowie eine professionelle Energie- und Mobilitätsberatung, die sich an Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und die Bürgerschaft richtete.

Klimaschutz-Baustein auf Klimaschutz-Baustein

Für die Klimaschutzoffensive wurde Klimaschutz-Baustein für Klimaschutz-Baustein modular umgesetzt. Erstes Modul: Im Sinne von Sokrates' "Wer etwas bewegen will, sollte erst sich



Für die Klimaschutzkampagne hat die Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ein eigenes Logo entwickeln lassen. Grafik: Universitätsstadt Tübingen selbst bewegen" setzten die Stadt und ihre Töchter um, was sie von Dritten erhoffen. Zweites Modul: Die Stadt suchte Mitstreiter, insbesondere Organisationen und Multiplikatoren, die dabei helfen, das Aktionsprogramm breitenwirksam zu machen. Drittes Modul: Die Bevölkerung wurde angesprochen. Hierfür entwickelte die Stadt konkrete, einfache Klimaschutz-Bausteine, die für jede Bürgerin und jeden Bürger umsetzbar sind. Dazu gehörte auch eine variantenreiche Kampagne, um den jeweiligen Klimaschutz-Baustein bekannt zu machen. Motivation und Aufklärung waren besonders wichtig.

So wurde "Tübingen macht blau" ins Leben gerufen. Blau etablierte sich als Farbe des Klimaschutzes in Tübingen. Blau steht hier für blau-schimmernde Photovoltaikanlagen. Blaumachen dürfen Elektrogeräte, wenn sie wirklich aus sind, Autos, wenn sie für Bus, Bahn, Fahrrad oder Fuß stehengelassen werden. Blau erscheinen gut gedämmte Gebäude in einer Thermografie, und ein blauer Himmel bedeutet gutes Wetter.

Viertes Modul: Die Kampagne sollte über Jahre ihren Schwung behalten. Also wurden Erfolge publik gemacht, indem man mögliche Indikatoren auswählte. Über Presse, Internet und weitere Kanäle erfuhr die Bevölkerung Neues über "ihre" Klimaschutzbeiträge. Weitere Mitmacher wurden auf diese Weise ebenfalls motiviert. 2011 ging die Klimaschutzoffensive auf in der Teilnahme der Stadt am European Energy Award (eea).

Seit 2007 wurden zahlreiche Klimaschutz-Bausteine umgesetzt, rund um Strom, Wärme, Mobilität und Konsum. Einige Bespiele dazu:

Gemeinsam in Sonnenstrom investieren

Anfang 2007 gab es in Tübingen 179 Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen), die es zusammen auf etwa 1 MWpeak installierte Leistung brachten – aber auch viele ungenutzte Dachflächen. Ende 2013 waren es rund 780 PV-Anlagen mit einer Leistung von 10 MWpeak. In knapp sechs Jahren hat sich die PV-Leistung also verzehnfacht. Ein Teil dieses Erfolgs konnte über Bürgersolargemeinschaften erreicht werden, denen die Stadt kostenlos Dachflächen auf städtischen Gebäuden zur Verfügung stellte. 2007 ließ die Stadt hierfür alle ihre Dächer daraufhin prüfen, ob sie sich für Photovoltaik eignen. Danach wurden die geeigneten Dächer über die eigens eingerichtete Online-Solardachbörse für Bürgergemeinschaften angeboten. Die Nachfrage war groß: Obwohl durch die städtischen Sanierungsmaßnahmen regelmäßig neue Dächer hinzu kamen, gab es immer mehr Anfragen als geeignete Dächer. Insgesamt erzeugen auf kommunalen Dächern nun 30 Bürger-PV-Anlagen mit einer Leistung von 830 kWpeak jährlich fast 800.000 kWh klimafreundlichen Strom. Daneben installierten auch die Töchter SWT und GWG weitere PV-Anlagen. Damit Bürgerbeteiligung an PV-Anlagen noch einfacher und auch mit kleinen finanziellen Einlagen machbar ist, wurde Ende 2009 die Bürgerenergie Tübingen eG gegründet. Dahinter stehen die SWT und die Volksbank.

Im Dienst der Energiewende

Neben den Investitionen in mehrere PV-Anlagen waren die SWT noch auf vielen anderen Wegen im Dienste der Energiewende unterwegs. In Horb am Neckar wurden ein Wasserkraftwerk und in Neunkirchen zwei Windräder gebaut, das Fernwärmenetz und die Tübinger Kraftwerke wurden aus-



Bürger-PV-Anlage auf dem Wildermuth-Gymnasium.
Bild: Solarstrom-Betreibergemeinschaft Wildermuth-Gymnasium Tübingen GbR

gebaut und umfangreich modernisiert. Die SWT investierten für erneuerbare Energien und Fernwärme zwischen 2007 und 2013 insgesamt 46,5 Millionen Euro. Außerdem haben die SWT Dienstleistungen entwickelt, die dem Klimaschutz dienen: für Kommunen ein kommunales Energiemanagement, für Unternehmen diverse Energieeffizienzdienstleistungen und für die Bürgerschaft zahlreiche Förderprogramme, beispielsweise für Erdgasheizungen oder einen Kühlschranktausch. Hinzu kommen Energiesparberatungen sowie ein leistungsfähiger und klimafreundlicher ÖPNV. 2010 wurde bei den Stadtwerken ein eigener Fachbereich für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz eingerichtet. Ein glaubwürdiges Engagement für die Energiewende also, das sicher dazu beigetragen hat, die Zahl der Ökostromkunden der SWT von Anfang 2007 bis Ende 2013 markant zu steigern: von 800 auf über 10.000.

Auto teilen statt Auto haben

Autos zu teilen gilt als sinnvoll. Ein Carsharing-Fahrzeug kann bis zu zehn Privatwagen ersetzen. Das hat einige positive Effekte: Wenn es weniger Privatfahrzeuge gibt, braucht man auch weniger Stellplätze. Zudem werden teilAutos meist seltener genutzt als direkt verfügbare Privatfahrzeuge. Die Nutzer buchen häufig ein Auto in der Größe, die zum aktuellen Vorhaben passt – Privatfahrzeuge hingegen werden oft nach dem Maximalbedarf beschafft, also so groß, dass sie beispielsweise für den jährlichen Familienurlaub passen. Durch Carsharing werden im Alltag also mehr kleinere Autos eingesetzt. Insgesamt ergeben sich Potenziale für eine bessere Aufenthaltsqualität und Stadtgestaltung, positive Veränderungen des Mobilitätsverhaltens und nicht zuletzt eine Verminderung der CO₂-Belastung.

Auch beim Carsharing ging die Stadtverwaltung voran. Sie musterte Dienstwagen aus und wurde statt dessen Mitglied beim lokalen Carsharing-Anbieter teilAuto. Außerdem stellte die Stadt für teilAuto etliche Stellplätze zur Verfügung,



Zwei teilAutos statt einem Dienstwagen von Oberbürgermeister Boris Palmer stehen auf dem Stellplatz hinter dem historischen Rathaus. Bild: Universitätsstadt Tübingen

beispielsweise vor dem technischen Rathaus. Bald zeigte sich, dass Carsharing weitaus mehr gut erreich- und sichtbare Stellplätze braucht, um voranzukommen und von der Bevölkerung angenommen zu werden. Deswegen begann die Stadt, gemeinsam mit teilAuto nach guten Stellplätzen zu suchen. Beispielsweise konnten direkt hinter dem historischen Rathaus zwei Stellplätze an teilAuto vermietet werden, da der Oberbürgermeister keinen Dienstwagen mehr hatte, sondern nur noch ein Dienstrad fuhr. Die Stadt wirbt aktiv für das Autoteilen. Mittlerweile werden die Erfolge deutlich: Die Zahl der Tübingerinnen und Tübinger, die bei teilAuto Mitglied sind, konnte seit 2007 mehr als verdoppelt werden. Und das, obwohl schon 2007 ein relativ hohes Mitgliederniveau erreicht war: Damals waren es 826 Mitglieder, Ende 2013 dann fast 1.800.

Komfort rauf, Heizungsrechnung runter

Die Stadt und die GWG starteten 2008 für ihren Gebäudebestand eine Sanierungsoffensive. Eine Analyse machte deutlich, welche Gebäude besonders marode sind, in welchem Zustand sich Gebäudehülle und Technik befinden, wie groß der Umfang der notwendigen Arbeiten sein würde und welche Energieeinsparungen zu erreichen wären. Als sich Ende 2008 die Vorboten der Wirtschafts- und Finanzkrise in Tübingen zeigten, reagierte die Stadt antizyklisch. Während auf Bundes- und Landesebene noch Details der Konjunkturpakete diskutiert wurden, beschloss der Gemeinderat ein eigenes Tübinger Konjunkturpaket. 2009 wurden 7 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, die vor allem dem örtlichen Handwerk zugute kamen. Dadurch hat die Stadt allein 2009 ebenso viel für die Erhaltung und Sanierung ihrer Gebäude ausgegeben wie zuvor in den Jahren 2003 bis 2006. Besonders viel wurde in Schulgebäude investiert.

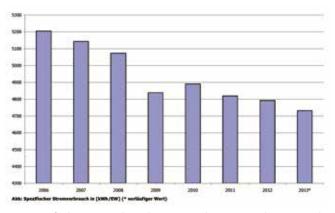
Auch die GWG hat in den Jahren 2007 bis 2013 rund 28 Millionen Euro investiert. Für diese Summe wurden 20 Wohngebäude mit insgesamt 209 Wohnungen saniert. Immer ging es dabei um zwei Ziele gleichzeitig: mehr Komfort und geringere Heizkostenrechnungen. Diese Strategie werden Stadt und GWG auch weiterhin mit hohen Investitionen verfolgen. Ziel der GWG ist es, bis 2020 fast 1.000 Wohnungen saniert zu haben.

Tübingen hat auf diese Weise eine sparsame Haushaltsführung verbinden können mit Wirtschaftsförderung, Bildungsinvestitionen und Klimaschutz. Die Bilanz der kommunalen Sanierungsmaßnahmen kann sich sehen lassen: Der witterungsbereinigte Wärmeenergiebedarf aller kommunalen Liegenschaften war 2012 deutlich niedriger als noch 2006, er sank um 27,5 Prozent, etwa 5,6 GWh. Dies wurde erreicht, obwohl zusätzliche Gebäude und Flächen hinzugekommen sind

und die Nutzungszeiten stark ausgeweitet wurden. Zu der positiven Entwicklung haben auch die Sensibilisierung der Nutzer und die Optimierung von Heizanlagen beigetragen.

Strom – zum Verschwenden zu schade

Stromsparen ist ein Schwerpunkt der Klimaschutzoffensive. Um weniger Strom zu verbrauchen, hat die Stadtverwaltung zahlreiche Pakete geschnürt. So wurden beispielsweise die kommunalen Heizzentralen umgerüstet auf neue Hocheffizienz-Umwälzpumpen, das brachte Ersparnisse von jährlich rund 142 MWh. Die Lampen in der Straßenbeleuchtung wurden ausgetauscht, anstelle von Quecksilberdampflampen traten Natriumdampf- oder LED-Lampen – ein Minus von jährlich 355 MWh. Auch 33 Ampeln haben jetzt LED-Technik, eine Senkung von 150 MWh pro Jahr. Lampentausch auf LEDoder Energiesparlampen war auch bei den Innenräumen des Stadtmuseums und in Parkhäusern der SWT auf dem Programm, weitere 130 MWh wurden so eingespart. Unterstützung gab es für finanzschwache Haushalte, die einen energieeffizienten Kühlschrank angeschafft haben. Hierfür hat die Stadt mit Caritas und SWT kooperiert, hierdurch werden pro Jahr 10,5 MWh Strom nicht verbraucht.



Der spezifische Stromverbrauch pro Person hat von 2006 bis 2013 stark abgenommen. Grafik: Universitätsstadt Tübingen

Öffentlichkeitswirksam warb "Tübingen macht blau" außerdem für LED-Lampen, schaltbare Steckerleisten sowie den Tausch von Heizungspumpen und Kühlschränken. Zudem wurde ein Netzwerk für den Verleih von Strommessgeräten eingerichtet, damit die Bürgerinnen und Bürger zuhause auf die Jagd nach Stromräubern gehen können. Zum 150. Firmenjubiläum legten die SWT eigens eine Kampagne auf: "Null-Komma-Strom – wir sparen uns ein Kraftwerk."

Die Kampagne bietet beispielsweise Förderprogramme für effiziente Kühl- und Gefriergeräte, Coaching und Beratung sowie eine neue Heizungspumpe, die über die Stromrechnung abbezahlt werden kann. Die Einspar-Rechnung ging auf: Der spezifische Stromverbrauch pro Einwohner (kWh/

EW) sank von 2006 bis 2013 um neun Prozent.

Mobilität 2030 Tübingen

Im September 2008 wurde das Tübinger Rathaus zum Radhaus. Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtverwaltung sowie zahlreiche Bürgerinnen und Bürger traten drei Wochen lang in die Pedale, um Tübingen beim bundesweiten Wettbewerb "Stadtradeln" nach vorne zu bringen. Die 248 Radaktiven schafften zusammen 53.000 Kilometer, damit ging Tübingen aus dem Wettbewerb als "radaktivste Kommune" hervor. Klimaschutz und Mobilität zusammenzubringen ist eine große Herausforderung. Um ihr begegnen zu können, startete 2009 die Aufstellung des Konzepts "Mobilität 2030 Tübingen". Auf diese Weise soll ein Weg erarbeitet werden, wie Tübingen bis zum Jahr 2030 seinen CO₂-Ausstoß im Bereich Verkehr um 50 Prozent senken kann.

Finanzielle Unterstützung kam aus der Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums. Ein wichtiger Schritt war eine große Stakeholder-Einbindung: Es wurden mehrere Workshops organisiert, zusammen mit zahlreichen Vertretern aus Organisationen vom ADAC bis zum ADFC sowie der örtlichen Arbeitgeber wie Universität und Universitätsklinikum. Beratung steuerte das Umweltbundesamt bei. So wurde ein Aktionsplan entwickelt, der seither engagiert umgesetzt wird. Erstes sichtbares Ergebnis waren die Umbauten, mit denen am Hauptbahnhof Barrierefreiheit erreicht wurde. 2012 waren beim Stadtradeln Tübingen bereits rund 2.500 Radaktive dabei, die zusammen 441.000 Kilometer in drei Wochen zurücklegten. Es gab weitere Schritte, um den Radverkehr zu fördern: Projekte wie RadCHECK, Spendenräder für BonusCard-Inhaberinnen und -inhaber sowie Pedelec-Testradeln. Zudem konnte ein JobTicket eingeführt werden, welches den gesamten Verkehsverbund naldo umfasste. Hinzu kam eine Beratungsstelle zum betrieblichen Mobilitätsmanagement, die in Form einer befristeten Stelle ermöglicht wurde. Derzeit wird das Altstadt-Bodenbelagskonzept umgesetzt.

Guter Rat muss nicht teuer sein

Wie geht Klimaschutz? Konkrete Beratung für Bürgerinnen und Bürger kann hier vieles bewirken. Diese gab es bei Energietagen und Klimatagen, an Beratungsständen, auf Ausstellungen wurde beispielsweise zu Solarenergie oder zu Passivhäusern informiert. Hinzu kamen Fachvorträge, StromSparChecks in finanzschwachen Haushalten, Impulsberatungen zur Gebäudesanierung und viele weitere kleinteilige Angebote. Dabei wirkten etliche Partner mit, darunter die Agentur für Klimaschutz, die Architektenkammer, der BUND, die Caritas, die Fahrradhändler, das Handwerk, die

SWT, teilAuto und das Umweltzentrum. Mit diesen Partnern wurden unzählige Veranstaltungen und kontinuierliche Beratungsstellen geschaffen, damit sich jede und jeder in Tübingen kompetent und kostenlos informieren kann über die Möglichkeiten der Energieeinsparung und des Klimaschutzes.

Unterm Strich

Die Klimaschutzinitiative hatte große Ziele: Sie wollte eine deutliche Senkung der Energieverbräuche und CO₂-Emissionen. Dafür setzte sie auf vielfältige Aktionen, Investitionen, Kooperationen und Klimaschutzbausteine. Und die Ziele wurden erreicht! Das zeigt die Energie- und CO₃-Bilanz, die mit Hilfe der Software ECORegion errechnet worden ist. Demnach liegen die Pro-Kopf-Emissionen von 2012 um 18 Prozent unter den Werten von 2006. Die absoluten CO₂-Emissionen sanken um elf Prozent, während im selben Zeitraum die Zahl der Arbeitsplätze um 14 Prozent und die der Einwohner um etwa sieben Prozent angestiegen sind. Gesunken sind auch der spezifische Verbrauch von Strom um acht Prozent sowie der von Wärme um etwa zehn bis 20 Prozent. Lediglich beim Verkehr ist noch keine Verbesserung zu erkennen. Tübingen hat für sein Vorgehen und sein Engagement beim Klimaschutz viel Anerkennung erhalten, außerdem auch einige Zuschüsse von Land und Bund.

Zusätzlich konnten Landes- und Bundesmittel eingeworben werden, die man beispielsweise für Beleuchtungs- und Ampel-Umrüstaktionen, die RadKULTUR, das Konzept Mobilität 2030 und für Mobilitätsberatungen einsetzte. Zudem wurde Tübingen mehrfach ausgezeichnet, mit dem EE Visionary Award, dem Agenda-Anerkennungspreis für Öffentlichkeitsarbeit vom Umweltministerium BW und im Bundeswettbewerb "Kommunaler Klimaschutz". Durch das Buch "Eine Stadt macht blau" von Oberbürgermeister Boris Palmer wurde die Tübinger Klimaschutzkampagne in fast 10.000 Exemplaren und drei Auflagen für viele andere Kommunen zur Blaupause.



Homepage für den Klimaschutz: www.tuebingen-macht-blau.de

Stärkung der Familie als Schwerpunkt der Stadtpolitik

Die Verwaltung hat in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Familien zu stärken, die Betreuungsangebote im Bereich Kindertageseinrichtungen auszubauen und die schulischen Angebote in Tübingen zu verbessern. Mit den guten Bildungs- und Betreuungsangeboten ist Tübingen für Familien, aber auch für Arbeitgeber äußerst attraktiv.

Schaffung der Stabsstelle der Familienbeauftragten

Zum 1. September 2009 wurde die Stabsstelle der Familienbeauftragten (70-Prozent-Stelle) neu geschaffen. Sie ist Ansprechpartnerin für Bürgerschaft, Vereine und Initiativen und vertritt familienbezogene Belange in der Stadtverwaltung und im Gemeinderat. Die Familienbeauftragte koordiniert das Bündnis für Familie Tübingen und initiiert Projekte zur Stärkung der Familien (siehe auch Abschnitt Familienbeauftragte, Seite 107).

Ausbau Bündnis für Familie Tübingen

Das Bündnis für Familie vernetzt seit 2006 alle ehrenamtlichen und hauptberuflichen Akteure, die sich für gute Lebensbedingungen für Familien stark machen. Über 100 Partnerinnen und Partner sind mittlerweile beteiligt in diesem Netzwerk, das Dreh- und Angelpunkt für die Umsetzung neuer Ideen und Projekte ist. Stadtverwaltung, Mitglieder des Gemeinderats, Bürgerschaft, Vereine und Träger sozialer Angebote arbeiten hier gemeinsam an Themen wie bezahlbarem Wohnraum, Spiel- und Freiflächen, Notfallbetreuung, Aufbau von Anlaufstellen und Familienzentren.

Einführung der Tübinger KinderCard

Die Teilhabe von Kindern aus Familien mit geringem Einkommen in den Bereichen Kultur, Bildung, Sport, Freizeit und Musik ist Ziel der Tübinger KinderCard, die 2010 auf Initiative des Bündnisses für Familie eingeführt wurde. Über 50 Partner stellen eine Vielzahl kostenfreier oder stark ermäßigter Angebote bereit. Viele Familien können so erreicht werden: 2013 hatten über 1.000 Kinder eine Tübinger KinderCard. Die Stadt selber fördert zahlreiche Angebote, zum Beispiel kostenfreie Schulkindbetreuung, um 50 Prozent ermäßigte Ferien- und Freizeitangebote, 50 Prozent Zuschuss für Musikunterricht oder eine stark ermäßigte Freibadsaisonkarte. Durch Spenden können besonders wichtige Maßnahmen ausgebaut werden, darunter kostenfreie Ferienangebote und Sprachkurse.

Gute Chancen für alle Kinder – mit Familien aktiv gegen Kinderarmut

Im Frühjahr 2013 startete dieses Projekt, in dem von Armut betroffene Familien als Expertinnen in eigener Sache einbezogen werden. Ziel ist, Kinderarmut wirkungsvoll zu bekämpfen, die Eltern zu stärken und das Zusammenspiel der Hilfen zu verbessern. In Erfahrung gebracht wird, welche Hilfen ankommen und nützen, wo Verbesserungen nötig sind und welche Ideen es dafür gibt. In einer Sozialraumanalyse beteiligten sich über 120 ehrenamtlich und hauptberuflich Engagierte aus Tübinger Institutionen und Vereinen. Gruppendiskussionen zu den Lebensbereichen Bildung und Lernen, Kultur und Freizeit, Erziehung, Gesundheit und Wohnen ergaben ein differenziertes Bild der Tübinger Situation und zahlreiche Verbesserungsansätze. Mit Hilfe von rund 50 ehrenamtlichen Interviewerpersonen gelang es, über 240 Tübinger Familien direkt zu befragen. Die Auswertung wird im Frühjahr 2014 vorliegen. Erste Ergebnisse: Die Wege und Informationen zu den Hilfen müssen deutlich verbessert werden. In den Stadtteilen braucht es Ansprechpersonen, allgemeine soziale Beratung durch "Allrounder", Anlaufstellen und Treffpunkte. Kindertagesstätten und Schulen sollen als Orte für die ganze Familie genutzt, Patenschaften, Sprachförderung und kostenfreie Nachhilfe ausgebaut werden. Wohnen, Arbeit und Nahverkehr sind weitere Brennpunkte. Die Engagementbereitschaft für das Thema ist ausgesprochen hoch. Ein großes Familienfest mit Vorstellung der Ergebnisse und eine Fachtagung mit der Sozialministerin schließen das Projekt ab. Der Gemeinderat wird über die Umsetzung wichtiger Verbesserungen entscheiden und der neue runde Tisch Kinderarmut deren nachhaltige Umsetzung voranbringen.

"Gute Chancen für alle Kinder – mit Familien aktiv gegen Kinderarmut" wird durch das Institut für angewandte Sozialwissenschaften der Dualen Hochschule Stuttgart wissenschaftlich begleitet und vom Sozialministerium Baden-Württemberg gefördert. Die Vorgehensweise der Stadt und die Ergebnisse des Projekts werden in den Landesarmutsbericht aufgenommen als Beispiel für eine gute kommunale Praxis zur Kinderarmutsbekämpfung. Für mehr Informationen: www.tuebingen.de/kinderarmut.

Tübinger Unternehmensnetzwerk Familie und Beruf

2012 wurde das Tübinger Unternehmensnetzwerk Familie und Beruf in Kooperation mit der Beruflichen Bildung gGmbH/ familyNET gegründet, um dieses für Familien zentrale Thema aufzugreifen. Es bietet eine Plattform um familiengerechte Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Unternehmen profitieren untereinander und können Maßnahmen gemeinsam angehen, wie zum Beispiel betrieblich

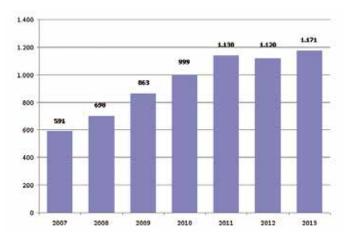
unterstützte Kinderbetreuung auch in den Ferien. Rund 40 Partnerinnen und Partner aus Industrie, Handel, Handwerk, Banken, Universität und Klinikum, Behörden und Verbänden nutzen die drei bis vier Mal jährlich stattfindenden Veranstaltungen ebenso wie die Fachimpulse, Kontakte und den Infoservice des Netzwerks. Durch die neue Kooperation zwischen Stadtverwaltung, Unternehmen sowie Dienstleistern aus dem Bündnis für Familie gewinnen alle Beteiligten und nicht zuletzt die Familien.

Ausbau der Kindertagesbetreuung

Bereits bevor der bundesweite Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für alle Kinder ab einem Jahr eingeführt wurde, hatte es sich die Universitätsstadt Tübingen zum Ziel gesetzt, die Kindertagesbetreuungsangebote bedarfsgerecht auszubauen. So sollen Familien die Chance bekommen, Erwerbstätigkeit und Familie in geschlechtergerechter Arbeitsteilung zu vereinbaren. Im Fokus standen die Krippenplätze für Kinder unter drei Jahren sowie die Ganztagsplätze für Kinder zwischen drei und sechs Jahren.

Ausbau der Krippenplätze

Enorm vorangekommen ist der Ausbau der Krippenplätze. Die Zahl der Betreuungsplätze für Kleinkinder wurde in den Jahren von 2007 bis 2013 mehr als verdoppelt, er stieg von 590 auf 1.170 Plätze. Grundlage war die jährlich fortgeschriebene Bedarfsplanung. Heute können 61 Prozent aller Kinder im Alter von zwei Monaten bis drei Jahren in Tübingen einen Betreuungsplatz bekommen, in der Altersgruppe der Ein- bis Dreijährigen sind es sogar 87 Prozent. Damit liegt Tübingen in Baden-Württemberg auf dem Spitzenplatz, und der seit August 2013 geltende Rechtsanspruch kann erfüllt werden.

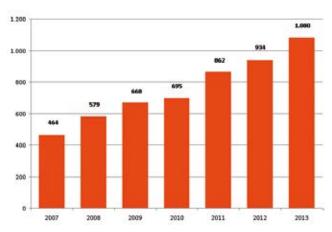


In Tübingen hat sich die Zahl der Krippenplätze von 2007 bis 2013 nahezu verdoppelt. Grafik: Universitätsstadt Tübingen

Das Angebot an Betreuungszeiten für die Kleinsten ist vielfältig und auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Familien abgestimmt. Die Hälfte der Plätze bietet Betreuungszeiten zwischen 15 und 30 Stunden pro Woche, die andere Hälfte ermöglicht durch Öffnungszeiten von 40 bis 50 Stunden pro Woche eine ganztägige Berufstätigkeit von Eltern. Tübingen bietet Eltern auch eine außergewöhnlich breite Auswahl an Einrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft: etwa 60 Prozent der Kleinkindplätze werden in freigemeinnütziger Trägerschaft und rund 40 Prozent in städtischer Trägerschaft geführt.

Ausbau der Ganztagsplätze für drei- bis sechsjährige Kinder

Parallel zum Krippenausbau hat die Verwaltung auch den bedarfsgerechten Umbau von Kindergartenplätzen gestemmt, um genügend Ganztagsplätze für die über Dreijährigen zu erreichen. Heute können mit einem Angebot von über 1.000 Plätzen bereits 47 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe einen Ganztagsplatz erhalten. Schon jetzt reichen die Planungen bis in die Jahre 2017/18, dann sollen knapp 50 Prozent aller Plätze eine ganztägige Betreuung anbieten. Dadurch ist der Bedarf gedeckt, den es derzeit real gibt. Der Übergang von ganztägigen Krippenplätzen in den Bereich des Kindergartens wird in aller Regel reibungslos möglich sein.



Seit 2006 wurden Jahr für Jahr 100 weitere Ganztagsplätze für Drei- bis Sechsjährige eingerichtet. Grafik: Universitätsstadt Tübingen

Der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze ist also weitgehend abgeschlossen. Zwei Themen werden die Verwaltung weiter beschäftigen. Das eine ist die Feinabstimmung der Angebote im Sozialraum. Da Räumlichkeiten dort genutzt werden mussten, wo sie vorhanden waren, passen die Angebote innerhalb einer Einrichtung nicht immer gut zusammen, zwischen den Einrichtungen im Stadtteil konnten oft noch keine Abstimmungen erreicht werden. Dies ist in den nächsten Jahren zu leisten, in zwei Ortsteilen wurden damit bereits gute Erfahrungen gemacht. Das andere Thema heißt "Qualität der Kindertagesbetreuung" und soll das Leitthema der nächsten Jahre werden.

Kosten des Ausbaus

Um ihre sehr gute Ausbaubilanz zu erreichen, hat die Stadt große Anstrengungen unternommen. Die jährlichen Ausgaben für Kinderbetreuung haben sich fast verdoppelt von 19 Millionen im Jahr 2007 auf aktuell 37 Millionen Euro im Jahr 2014. Die Anzahl der pädagogischen Fachkräfte hat sich ebenfalls erhöht: Allein in städtischen Einrichtungen ist sie von 2007 bis 2013 von 226 Stellen auf 354 Stellen angestiegen. Erfreulicherweise sind die Zuschüsse des Landes zur Finanzierung der Kinderbetreuung in den letzten Jahren ebenfalls stark gestiegen, von knapp 4 Millionen noch im Jahr 2007 auf 14 Millionen Euro heute.

Auch für die Bauverwaltung war das Ausbauprogramm ein Kraftakt. Investiert wurden insgesamt rund 20 Millionen Euro sowohl für Neubauten, Umbauten oder Anmietungen. Es wurden neun neue Kinderhäuser gebaut, darunter so große Einrichtungen wie die Kindervilla Alexanderpark mit 60 Plätzen, drei neue Kinderhäuser in Hirschau mit 140 Plätzen, das Kinderhaus Weststadt mit 100 Plätzen und die beiden neuen Einrichtungen in Lustnau mit zusammen ebenfalls über 100 Plätzen.

Bessere Personalausstattung, Verbesserung der Strukturqualität

Um in Tübinger Kitas eine noch bessere Betreuungsqualität zu ermöglichen, wird in den kommenden Jahren weiter investiert. Der Orientierungsplan soll umgesetzt und der Bildungsschwerpunkt gestärkt werden. Dazu werden in den nächsten drei Jahren 34 neue Stellen geschaffen, 20 davon in den städtischen Kitas. Die Stadt geht damit über die Mindestanforderungen des Landes hinaus. Im Krippenbereich liegt sie sogar weit darüber. Konkret werden die zusätzlichen Stunden dafür eingesetzt, den Leitungskräften wie bisher eine Freistellung und den pädagogischen Fachkräften die über den Mindestvorgaben des Kommunalverbandes für Jugend und Familie hinaus gewährten Verfügungszeiten zu erhalten.

Qualitätsmonitoring, Verbesserung der Prozessqualität

Damit die gute Personalausstattung auch spürbar als Qualitätsverbesserung bei den Kindern und ihren Eltern ankommt, wird das pädagogische Geschehen in den Blick genommen, insbesondere die Interaktion zwischen Erziehungskräften, Kindern und Eltern. Hierfür arbeitet die Stadtverwaltung mit dem Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Tübingen zusammen. Fragen werden etwa sein: Wie aufmerksam gehen Erziehungskräfte auf Äußerungen der Kinder ein? Welche Impulse zur Weiterentwicklung setzen sie? Wie einfühlsam reagieren sie auf emotionale Äußerungen? Die Ergebnisse werden mit den Einrichtungen diskutiert und sollen

Anregungen zu selbstgesteuerten Verbesserungen geben. Es ist ein ermutigendes Zeichen, dass sich mehr als elf Einrichtungen freiwillig gemeldet haben, um am Projekt teilzunehmen.

Sprachförderung

Ein weiterer Schwerpunkt der Qualitätsverbesserung ist die Sprachförderung. Zwölf Tübinger Kindertageseinrichtungen beteiligen sich als Schwerpunkt-Kitas am Bundesprogramm "Sprache und Integration". Alle diese Einrichtungen stellen die Förderung der Sprache in den Mittelpunkt und werden durch sechs zusätzliche Fachkräfte unterstützt, so dass jede beteiligte Einrichtung eine zusätzliche 50-Prozent-Kraft für Sprachförderung zur Verfügung hat. Die Expertinnen unterstützen fachlich das gesamte Team der jeweiligen Einrichtung zum Thema Sprachförderung.

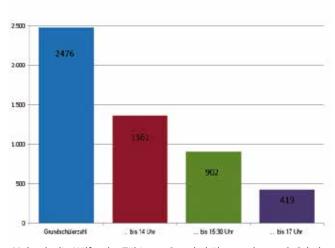
Bessere Bildungs- und Betreuungsangebote an den Schulen

Den Trend zur Ganztagsschule gestalten

Die ganztägige Betreuung in den Kitas findet ihre Fortsetzung an den Grundschulen. Auch wenn es derzeit nur eine vollgebundene Ganztagsgrundschule in Tübingen gibt, die Französische Schule, und eine teilgebundene am Standort Waldhäuser Ost: Die Zahl der betreuten Kinder und die Inanspruchnahme der Zeiten wächst rasant. Allein in den Jahren 2010 bis 2013 hat sich die Zahl der betreuten Kinder um 25 Prozent erhöht, mehr als 1.300 Kinder nehmen heute eine Betreuung an der Schule bis 14 Uhr wahr, das sind 55 Prozent aller Grundschülerinnen und Grundschüler. Ziel der Verwaltung ist es, das Angebot jährlich bedarfsgerecht anzupassen. An jeder Grundschule in der Kernstadt können Eltern heute ihre Kinder bis 17 Uhr betreuen lassen.

Die zeitlich sehr vielfältigen Betreuungsbausteine an Grundschulen können in drei Kategorien zusammengefasst werden:

- Betreuung über die Mittagszeit, mit dem Ziel, als Teil des Schulalltags eine gemeinschaftliche Mahlzeit zu gestalten.
- Bildung und Betreuung bis etwa 15.30 Uhr. Dies entspricht zeitlich einem Schulalltag einer gebundenen Ganztagsschule und bietet die Möglichkeit, einen ausgeglichenen Rhythmus von Lernen, Spiel und Bewegung zu entwickeln. Bereits jede dritte Schülerin und jeder dritte Schüler nehmen das Angebot von Bildung und Betreuung bis etwa 15.30 Uhr wahr.
- Spätbetreuung bis 17 Uhr ist ein pädagogisches Angebot für die Kinder, deren Eltern länger arbeiten. Dieses Angebot wird schon von jedem sechsten Tübinger Schulkind genutzt.



Mehr als die Hälfte der Tübinger Grundschüler werden nach Schulschluss betreut (Stand 2013). Jedes dritte Kind bleibt bis 15.30 Uhr, mehr als 400 Plätze gibt es für Kinder, die bis 17 Uhr beteut werden. Grafik: Universitätsstadt Tübingen

Für die Universitätsstadt Tübingen als Schulträger ist diese Entwicklung keine Kleinigkeit. An jeder Schule ist die Frage nach Essens- und Aufenthaltsmöglichkeiten zur Standardfrage geworden, Planungen sind erforderlich, Baumaßnahmen müssen initiiert werden.

Die Zahl der Personen, die im Betreuungsbereich der Tübinger Schulen von der Stadt beschäftigt werden, hat sich von 55 auf 108 erhöht. Die Personalausgaben hierfür sind von 1.094.300 Euro auf 3.251.700 Euro gestiegen. Da heute fast ausschließlich pädagogische Fachkräfte beschäftigt werden, ist die Konkurrenzsituation beim Werben um geeignete Kräfte erheblich, weil die Schulkindbetreuung ein neues Arbeitsfeld für Erzieherinnen ist, das an den Fachschulen noch nicht unterrichtet wird. Die Fachabteilung muss auch für Qualifizierung und die Entwicklung von Qualitätsstandards sorgen. Denn es gibt weder gesetzliche Vorgaben noch sonstige verbindliche Standards, und auch die Erzieherausbildung bereitet die Fachkräfte auf diesen Arbeitsbereich nicht vor. Die Verwaltung hat mit externer Unterstützung ein Projekt zur Qualitätsentwicklung begonnen, das von den Verantwortlichen in der Schulkindbetreuung sehr geschätzt wird und bereits erste Erfolge aufweisen kann.

Einführung von drei Gemeinschaftsschulen in Tübingen

Die Entwicklung der Hauptschule zur "Restschule" war in der bildungsorientierten Universitätsstadt Tübingen noch stärker zu spüren als sonst im Land: Bis zu 70 Prozent eines Jahrgangs wechselten von der Grundschule aufs Gymnasium. Zuerst wurde im Jahr 2007 die Hauptschule der Dorfackerschule auf Initiative der Universitätsstadt Tübingen geschlossen, die einzige Hauptschule, die noch mit einer Grundschule unter einem Dach war. Die Diskussion um die Schließung der Hauptschule an der Geschwister-Scholl-Schule hatte ebenfalls

schon begonnen. Das Land reagierte auf den Trend und führte im Jahr 2009 die Werkrealschule ein. Dadurch sollte die Hauptschule aufgewertet werden, weil nun ein mittlerer Bildungsabschluss angeboten wird. In Tübingen blieb dieser Versuch allerdings ohne Wirkung. Im Jahr 2007 hatte Tübingen noch zwei Werkrealschulen, die Schule in der Innenstadt und die Mörikeschule. Die Geschwister-Scholl-Schule führte weiterhin einen Hauptschulzug. Aber nur noch knapp zehn Prozent der Schülerschaft eines Jahrgangs kamen in diesen Schulen an. Das lag nicht an der Qualität der Schulen, denn man bescheinigte den Schulen hervorragende Leistungen: Die Werkrealschule Innenstadt erhielt zahllose Schulpreise, und die Mörikeschule überzeugte Schülerschaft und Eltern durch hohe Qualität und innovative Lernformen. Vielmehr lag es an den Eltern und Kindern, die erkannten, dass die Zukunftsaussichten mit einem Abschluss an diesen Schulen schlechter waren. Also gingen nur jene Schülerinnen und Schüler hin, die aufgrund ihrer Schulempfehlung keine andere Möglichkeit hatten. Der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund war auffallend hoch.

In dieser Situation wollte Tübingen ein Zeichen setzen und veranstaltete im Dezember 2007 ein Hearing zur Schulentwicklung. Dieses Verfahren sollte die Schulen und die Schulverwaltung ermutigen, neue Wege auszuprobieren. Es war Ausgangspunkt für intensive Diskussions- und Beteiligungsprozesse in der Stadt und ermöglichte den Schulen, schnell auf die Entwicklungen im Land zu reagieren.

Erweitere Kooperation an der Geschwister-Scholl-Schule

Ein erstes Ergebnis war der im Jahr 2009 vom Land genehmigte Schulversuch "ERKO – Erweiterte Kooperation Hauptschule, Realschule, Gymnasium". Es gelang der Verwaltungsspitze im direkten Gespräch mit dem damaligen Kultusminister Helmut Rau (CDU), die Zustimmung zum landesweit einzigen Schulversuch für gemeinsames Lernen von Schülerinnen und Schülern aller drei Schularten, also auch des Gymnasiums, zu gewinnen. Dieses Modell war der Vorläufer der Gemeinschaftsschulen, die hier erprobte Arbeit mit heterogenen Lerngruppen war beispielgebend für das ganze Land.

Gemeinschaftsschulen

Als es durch den Regierungswechsel im Jahr 2011 möglich war, Gemeinschaftsschulen zu gründen, an denen jeder Schulabschluss erworben werden kann, war Tübingen ganz vorne dabei. Zum frühest möglichen Zeitpunkt, also zum Schuljahr 2012/13, wurden drei Gemeinschaftsschulen gegründet – das war einzigartig in Baden-Württemberg. Das Modell "ERKO" entwickelte sich zur vierzügigen Gemeinschaftsschule weiter. Die Französische Schule konnte endlich ihren Wunsch realisieren, eine Sekundarstufe aufzubauen,

welche das Lernen in der Grundschule altersgemischt weiterführt. Aus einem Zusammenschluss der früheren Werkrealschule Innenstadt und der Albert-Schweitzer-Realschule wurde die Gemeinschaftsschule West. Insgesamt führen die drei Schulen zehn Züge. Was rückblickend so einfach klingt, wäre nicht möglich gewesen ohne das besondere Engagement der Stadtverwaltung, ohne die Kooperationsbereitschaft der Schulverwaltung und ohne die Diskussions- und Kooperationsbereitschaft aller, die am Tübinger Schulleben beteiligt sind. Auch der Mut des Gemeinderats war ein wichtiger Faktor. Die Verwaltung hatte angekündigt, dass allein etwa 6,6 Millionen Euro an Investitionen für die Umsetzung der Pläne notwendig wären. Trotzdem verlief der Prozess einvernehmlich und nahezu ohne Brüche. Dass die Universitätsstadt ihre neue Schulform aktiv unterstützen will, zeigt sich auch darin, dass sie den als gebundene Ganztagsschulen geführten inklusiven Schulen gute Lösungsmodelle geschaffen hat: Dort steht in jeder 5. Klasse eine halbe Stelle für eine Erziehungskraft zur Verfügung, die dabei hilft, den Ganztagsbetrieb gut zu gestalten. Auch dieses Engagement im Umfang von 300.000 Euro jährlich ist landesweit einzigartig.

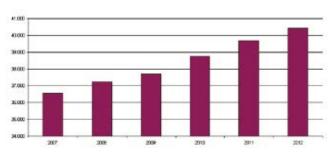
Wirtschaft und Wissenschaft als Schwerpunkt der Stadtpolitik

Dynamische Entwicklung

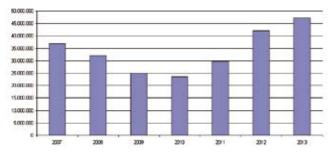
Ende des Jahres 2008 lösten spekulative Finanzgeschäfte die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg aus. Dies stellte die Unternehmen und Kommunen vor große Herausforderungen. Umso bemerkenswerter, dass sich die Wirtschaft in Tübingen in den Jahren 2007 bis 2014 sehr gut entwickelt hat. Zahlreiche Unternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen haben neue Arbeitsplätze geschaffen und am Standort Tübingen in neue Gebäude und Produktionsanlagen investiert. Zum einen waren es jene Branchen, die man für den Standort Tübingen bereits als klassisch bezeichnen könnte, beispielsweise die Metallverarbeitung und Werkzeugherstellung. Darüber hinaus wurde das Wachstum auch von jungen Branchen mit getragen, darunter Medizintechnik, Biotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnik oder auch Elektrotechnik. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm von 2006 bis 2012 um über 12 Prozent zu. In der amtlichen Statistik wurden zum Stichtag 31. Dezember 2012 insgesamt 40.423 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in der Universitätsstadt Tübingen gezählt. Damit wurde erstmals die Marke von 40.000 Arbeitsplätzen

mit einer Sozialversicherung durchbrochen. Ein weiteres Indiz für die hervorragende wirtschaftliche Entwicklung sind die Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Während Tübingen im 20. Jahrhundert im baden-württembergischen Vergleich immer als sehr finanzschwach galt, hat in den letzten Jahren auch in punkto Gewerbesteuer eine positive Dynamik eingesetzt. Noch im Jahr 2002 lagen die Gewerbesteuereinnahmen lediglich bei etwa 15 Millionen Euro. Dann aber begann die kontinuierliche Steigerung dieser kommunalen Einnahmequelle. Selbst die Finanzkrise 2008/2009 bedeutete einen im Vergleich zu anderen Kommunen nur moderaten Rückgang, ehe ab 2010 das Wachstum der Gewerbesteuereinnahmen nochmals zulegte. 2013 erreichten sie einen historischen Höhepunkt mit rund 47 Millionen Euro.

Dass diese positiven Trends nicht nur einer nationalen oder globalen Wirtschaftsentwicklung geschuldet sind, zeigt ein kurzer Blick auf die Nachbarstadt Reutlingen. Während Reutlingen in der Vergangenheit eigentlich immer mehr Gewerbesteuereinnahmen pro Einwohner hatte als Tübingen, zum Teil auch deutlich höhere, hat sich das Bild in den letzten Jahren geändert. In den Jahren 2012 und 2013 nimmt Tübingen pro Einwohner mehr Gewerbesteuer als Reutlingen ein, und dies, obwohl parallel auch die Einwohnerzahl in Tübingen stärker gestiegen ist. Die IHK Reutlingen sieht als eine der Ursachen für diese positive Entwicklung die wirtschaftsfreundliche Haltung der Stadtverwaltung (Schwäbisches Tagblatt vom 20. November 2013).



Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg 2012 erstmals auf über 40.000. Quelle Statistisches Landesamt. Grafik: Universitätsstadt Tübingen



2013 war ein neuer Höhepunkt erreicht; die Gewerbsteuereinnahmen der Universitätsstadt Tübingen lagen erstmals rund 47 Millionen Euro. Grafik: Universitätsstadt Tübingen

Erfolge und Investitionen für den Wissenschaftsstandort

Dass es in Tübingen immer mehr Beschäftigte gibt, liegt zum einen an der freien Wirtschaft, zum anderen auch an der Universität, dem Universitätsklinikum Tübingen sowie den Max-Planck-Instituten. Tübinger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler konnten in den vergangenen Jahren größere Summen an Fördermitteln einwerben, die zu einem weiteren Stellenzuwachs geführt haben. Einer der Höhepunkte war der Erfolg der Universität Tübingen in der zweiten Runde der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder im Jahr 2012. Dadurch erhält die Universität zusätzliche 110 Millionen Euro für die nächsten fünf Jahre und darf sich nun zum exklusiven Kreis der elf sogenannten Exzellenzuniversitäten in Deutschland zählen.

Die dynamische Entwicklung des Wissenschaftsstandorts Tübingen wird unterstrichen durch eine rege Bautätigkeit für neue und hochmoderne Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen. Insgesamt haben der Bund, das Land Baden-Württemberg, die Universität Tübingen, das Universitätsklinikum und die Max-Planck-Gesellschaft seit 2007 über 150 Millionen Euro in neue Gebäudekomplexe und Forschungseinrichtungen investiert. Weitere Bauten für über 100 Millionen Euro sind im Bau oder in einer fortgeschrittenen Planungsphase.

Dabei sind vor allem folgende abgeschlossene Großprojekte erwähnenswert:

Bereits 2007 stellte die Max-Planck-Gesellschaft die Erweiterung des Instituts für biologische Kybernetik sowie das dazugehörige Hochfeld-Magnetresonanz-Zentrum fertig, in dem inzwischen 260 internationale Forscherinnen und Forscher arbeiten. Das Universitätsklinikum weihte 2012 das neue Gesundheitszentrum und den zweiten Bauabschnitt des Forschungsgebäudes für Integrative Neurowissenschaften (FIN) ein. Zuletzt eröffnete die Universität Ende 2013 das neue Zentrum für Molekularbiologie der Pflanzen auf der Morgenstelle.

In der fortgeschrittenen Planungsphase befinden sich die Gebäude für das neue Institut für Intelligente Systeme der Max-Planck-Gesellschaft sowie seitens der Universität Tübingen das interfakultäre Zentrum für Biochemie und ein neues Geo- und Umweltzentrum. Bereits im Bau befindlich ist die neue Augenklinik mit angegliedertem Forschungsinstitut für Augenheilkunde sowie der Neubau des Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen. Der Stadtverwaltung ist es gelungen, Schritt zu halten mit diesen rasanten Entwicklungen, die vielfach neue planungsrechtliche Voraussetzungen und umfangreiche Baugenehmigungen erforderten. Die oft engen zeitlichen Vorgaben der Bauherren und Fördermittelgeber wurden stets erfüllt.

Gewerbeflächenstrategie 2020

Die dynamische Entwicklung der Wirtschaft hatte ähnliche Folgen wie die rege Bautätigkeit der Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen und Forschungsinstitute: Es gab einen stetigen Bedarf an Flächen. In den Jahren 2007 bis 2012 wurden etwa neun Hektar Gewerbeflächen neu bebaut. Infolgedessen haben sich die städtischen Reserven an Gewerbeflächen deutlich reduziert und drohen sich zu erschöpfen. Daher hat die Stadtverwaltung unter Federführung des Oberbürgermeisters eine Gewerbeflächenstrategie entwickelt. Ihr Ziel ist es, die Universitätsstadt Tübingen in die Lage zu versetzen, bis zum Jahr 2020 mit dem Flächenbedarf der Tübinger Wirtschaft und Wissenschaft umzugehen, und auch über diesen Zeitpunkt hinaus, sofern aus heutiger Sicht schon absehbar.

Die Nachfrage nach Gewerbeflächen hat unterschiedliche Aspekte. Um diese differenziert betrachten zu können, wurden die wirtschaftlichen Wachstumsfelder in Tübingen in vier Segmente eingeteilt:

- kleinteiliges Gewerbe und Büronutzungen
- produzierendes Gewerbe mit großen Flächenansprüchen
- Universität und Forschung
- Technologieunternehmen

Innerhalb dieser vier Kategorien hat die Verwaltung den bekannten oder absehbaren Bedarf an Gewerbeflächen den entsprechenden Flächenreserven gegenüber gestellt. Mit unterschiedlichen Resultaten: Für kleinteiliges Gewerbe und vor allem im Dienstleistungsbereich können auf mittlere Sicht ausreichend Flächen bereitgestellt werden. Dafür sorgen die aktuellen Innenentwicklungsprojekte wie Foyer, Güterbahnhof, Milchwerk oder Europaplatz, wo man im Sinne der Nutzungsmischung stets auch gewerbliche Flächenanteile einplant. Ein Engpass ist möglicherweise bei Handwerksbetrieben zu befürchten.

Im produzierenden Gewerbe waren in der Vergangenheit die größten Flächenzuwächse zu verzeichnen. Hier gibt es zwar noch Flächenreserven, doch viele sind bereits mit Optionen ansässiger Firmen belegt. Teils gibt es schon konkrete Planungen zur Bebauung, so dass sich diese Reserven in absehbarer Zeit erschöpfen werden. Um dem produzierenden Gewerbe dennoch auch künftig ein Wachstum am Standort Tübingen ermöglichen zu können, sind neue Erweiterungsflächen im Gespräch. Sie sollen im Zuge der Fortschreibung des Flächennutzungsplans diskutiert werden. Aufgrund der topographischen Gegebenheiten Tübingens bieten sich hier-



2012 wurde das neue Gesundheitszentrum am Universitätsklinikum Tübingen fertig gestellt. Bild: Universitätsklinikum Tübingen

für fast ausschließlich Areale im Neckartal an, einige davon in Form von Erweiterungen bestehender Gewerbegebiete: Aischbach, Vor dem Großholz, Rittweg Nord Hirschau, Innere Konzen Weilheim sowie Traufwiesen und der westliche Teil des Wasserschutzgebietes Au.

Auch die Universität und das Klinikum werden weitere Flächen brauchen, speziell im Bereich Schnarrenberg und Morgenstelle. In Abstimmungsgesprächen mit der Stadtverwaltung konkretisierten Universitäts- und Klinikumsleitung den Bedarf an Flächenreserven auf dem Steinenberg und im Bereich Rosenau. Diese Areale müssen in der Flächennutzungsplanung gesichert werden.

Durch den Entwicklungsbereich Obere Viehweide bestehen für die dort angesiedelten Technologieunternehmen noch ausreichend Flächenreserven, damit sie weiter wachsen können. Weil sich gerade diese Firmen sehr positiv entwickeln und das Biotechnologiezentrum (BTZ) derzeit voll belegt ist, hat die Stadtverwaltung die Verhandlungen mit dem Bund wieder intensiviert, um diese Erweiterungsflächen kaufen zu können.

Insgesamt soll die Gewerbeflächenstrategie 2020 sicherstellen, dass für alle Betriebe der vier Segmente in Tübingen ausreichend Erweiterungspotenziale bis zum Jahr 2020 geschaffen werden. Darüber hinaus geht es auch um Perspektiven für die Folgejahre. Generell sollen klare Prioritäten gelten: Innenentwicklung und Aktivierung von Bestandsflächen hat stets Vorrang vor Neuausweisungen. In den wichtigen Bereichen des produzierenden Gewerbes und der Universität, wo die Reserven aus Innenentwicklungsprojekten vermutlich nicht ausreichen, will die Stadt Lösungen finden. Sobald der Flächennutzungsplan fortgeschrieben wird, will die Verwaltung dem Gemeinderat Vorschläge machen, wo und wie künftige Erweiterungsflächen ausgewiesen werden können.

Technologieförderung und Technologiepark

Eine Schlüsselrolle hat der Technologiepark Tübingen-Reutlingen. Er ebnete den Weg für die erfolgreiche Entwicklung der Technologieunternehmen in den Bereichen der Biotechnologie sowie Medizin- und Umwelttechnik. Dahinter steht eine Kooperation der beiden Städte Reutlingen und Tübingen, beide investierten in den Technologiepark Tübingen-Reutlingen. Bereits 1999 gründeten die beiden Städte gemeinsam die Technologieförderung Reutlingen-Tübingen GmbH (TF R-T). Ihr erklärtes Ziel war und ist es, Unternehmen aus dem Raum Tübingen und Reutlingen zu fördern, die im Bereich Biotechnologie sowie Medizin- und Umwelttechnik

tätig sind. Dazu gehört in Tübingen auch die Förderung und Beratung von Existenzgründungen aus der Universität, den Kliniken und den Max-Planck-Instituten.

Um den Technologiepark Tübingen-Reutlingen zu realisieren, sind beide Städte eine Kooperation mit der L-Bank eingegangen, der Förderbank des Landes Baden-Württemberg. Dadurch hat die L-Bank sowohl die Rolle des Projektentwicklers als auch des Investors übernommen. Von der L-Bank hat die TF R-T das 8.500 Quadratmeter große Biotechnologiezentrum (BTZ) in der Paul-Ehrlich-Straße 15-17 auf der Oberen Viehweide angemietet. Es ist mit hochwertigen Laboren und Reinräumen ausgestattet. Außerdem ist die TF R-T der Generalmieter des Technologiezentrums Vor dem Kreuzberg 17 mit 1.800 Quadratmetern Labor- und Bürofläche. Zwei Standorte innerhalb Tübingens gehören also zum interkommunalen Technologiepark und haben dazu beigetragen, gute Rahmenbedingungen für die Wachstumsbranche Biotechnologie zu schaffen.

Seit 2009 hat sich die Nachfrage und somit der Belegungsgrad in den beiden Gebäuden sehr positiv entwickelt. Seit 2012 ist das BTZ voll belegt, weiterer Raumbedarf der Mieter kann dort nicht mehr befriedigt werden. Das Gebäude Vor dem Kreuzberg war Ende 2013 etwa zur Hälfte belegt, mit steigender Tendenz. Insgesamt sind in beiden Gebäuden 19 Mieter mit 370 Arbeitsplätzen untergebracht.

Hauptmieter im BTZ sind die Biotechnologie-Unternehmen CureVac GmbH und immatics biotechnologies GmbH, die zusammen über 50 Prozent der Gesamtfläche belegen. Beide sind Universitätsausgründungen und beschäftigen sich mit der Entwicklung neuer Medikamente und Impfstoffe gegen Krebs oder Infektionskrankheiten. Beide Firmen haben jeweils rund 140 Millionen Euro Wagniskapital eingeworben und befinden sich auf stetem Wachstums- und Erfolgskurs: Sie haben Kooperationsabkommen mit Pharmakonzernen wie Roche und Sanofi-Pasteur abgeschlossen.

Ein weiterer Mieter ist die 2009 gegründete Firma CeGaT GmbH, die 2011 mit dem Deutschen Gründerpreis und 2014 mit dem EU-Inovationspreis für Frauen ausgezeichnet wurde. CeGaT hat sich auf die molekulargenetische Diagnostik von Erbkrankheiten spezialisiert und revolutionierte in nur vier Jahren die Entschlüsselung von Erbinformationen und deren Interpretation. Als erstes Unternehmen wird CeGaT den Inkubator BTZ verlassen und mit seinen über 50 Mitarbeitern Mitte 2014 ein eigenes Gebäude beziehen. Direkt neben der Sternwarte baut das Unternehmen derzeit ein etwa 4.000 Quadratmeter großes Büro- und Laborgebäude und investiert eine Summe von 8 Millionen Euro.

Rund um die Sternwarte haben sich bereits die innovativen Unternehmen Cumdente GmbH und HB Technologies AG in eigenen Gebäuden angesiedelt. Im Technologiepark Tübingen arbeiteten zum Jahresende 2009 etwa 500 Beschäftigte. Um den Wissenschafts- und Technologiepark Obere Viehweide weiterzuentwickeln, wird der Gemeinderat voraussichtlich im April 2014 einen Beschluss fassen, ob eine sieben Hektar große Erweiterungsfläche für 4,1 Millionen Euro vom Bund erworben werden soll. Bei diesem Areal handelt es sich um Flächen der ehemaligen Bundesanstalt für Viruserkrankungen der Tiere, die seit 2012 brachliegen. Nach der Abwicklung des Kaufs muss der Bund vor Übergabe an die Stadt das Gelände noch freiräumen. Anschließend muss ein neuer Bebauungsplan unter frühzeitiger Bürgerbeteiligung erarbeitet werden, ehe mit den folgenden Erschließungsmaßnahmen den Unternehmen und Gründern der Life-Science-Branche dann geeignete Baugrundstücke, Büro- und Laborflächen angeboten werden können.

Geschäftsführer der TF R-T ist auf Tübinger Seite seit 2009 Wolfgang Kleinmann. Die Beratung und Betreuung von Technologieunternehmen und Existenzgründungsvorhaben liegt in den Händen von Christine Decker und Angela Lill. Das Ziel aller Aktivitäten ist es, den Standort des Wirtschaftszentrums Tübingen-Reutlingen zu sichern und die Technologieräume der betreuten Immobilien gut zu vermieten.



Dirk und Saskia Biskup von der CeGaT-Geschäftsführung stehen mit Oberbürgermeister Boris Palmer vor dem Bauschild. Der Neubau des CeGaT-Büro- und Laborgebäudes hat 2012 begonnen. Bild: CeGaT GmbH

Erhaltung der städtischen Infrastruktur als Schwerpunkt der Stadtpolitik

Städte brauchen Straßen und Plätze, Schulen und Kindertagesstätten, Sportplätze, Rathäuser, Theater – kurz: eine komplexe und teure Infrastruktur. Doch genau die konnten sich die meisten deutschen Städte nicht mehr leisten. Der Deutsche Städtetag schätzt, dass der Investitionsstau in der kommunalen Infrastruktur mittlerweile ein Volumen von 130 Milliarden Euro erreicht hat. Der Bundesdurchschnitt zeigt: Die Kommunen haben im Jahr 2013 etwa 20 Prozent weniger Geld für ihre Infrastruktur ausgegeben als noch 2002. Viele Städte leben von der Substanz vergangener Zeiten und haben nicht einmal mehr die Finanzkraft, ihr bauliches Vermögen zu erhalten.

Die Tübinger Stadtpolitik der vergangenen acht Jahre hat sich gegen diesen Trend gestemmt und die Erhaltung des städtischen Erbes ins Zentrum gerückt. Es galt, den Verfall der Infrastruktur zu stoppen. Außerdem hat man sich darum gekümmert, dass auch künftig genügend Mittel zur Verfügung stehen, um die Infrastruktur dauerhaft zu erhalten. Das machte sich in der Praxis deutlich bemerkbar: Neubauten waren die Ausnahme – und große Sanierungen die Regel.

Auch in Tübingen hatte man lange Zeit nur wenig Geld dafür ausgegeben, die Gebäude, Sportanlagen und Straßen in einem guten Zustand zu erhalten. Direkt nachdem ein Bauwerk fertig war, begann sein Verfall. Dafür waren fehlende Finanzen verantwortlich, aber nicht nur: In der kommunalen Finanzwirtschaft war es vielerorts üblich, keine Abschreibungen und Ersatzinvestitionen im Haushalt abzubilden. Dass Investitionen auch Folgekosten haben, wurde systematisch ausgeblendet. Der Gesetzgeber ist hier eingeschritten und hat verbindlich vorgeschrieben, dass die Kommunen bis zum Jahr 2020 die kaufmännische Buchführung einführen.

In Tübingen wurde 2006 damit begonnen, das städtische Vermögen bilanziell zu erfassen. Diese Bewertung des Vermögens ist im Frühjahr 2014 nahezu abgeschlossen. Unter den wenigen Resten sind die derzeit laufenden Bauvorhaben sowie einige Brücken und Stützmauern.

Das Vermögen der Universitätsstadt Tübingen betrug Ende 2012 rund 444 Millionen und gliederte sich folgendermaßen auf:

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände	272.100 Euro
Sachvermögen	
Unbebaute Grundstücke und	
grundstücksgleiche Rechte	55.725.032 Euro
Bebaute Grundstücke	82.891.562 Euro
Aufbauten	127.520.881 Euro
Infrastrukturvermögen	53.969.090 Euro
Bauten auf fremden Grundstücken	471.921 Euro
Kunstgegenstände/ Kunstdenkmäler	3.605.736 Euro
Maschinen und technische Anlagen,	
Fahrzeuge	6.763.564 Euro
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.986.158 Euro
Vorräte	– Euro
Geleistete Anzahlung, Anlagen im Bau	– Euro

337.206.044 Euro

Finanzvermögen

Summe Anlagevermögen

Summe Finanzvermögen	106.776.274 Euro
Liquide Mittel	1.403.213 Euro
Interne Forderungen aus inneren Darlehen	3.270.734 Euro
Haushaltseinnahmereste	10.616.713 Euro
Geldanlagen	32.530.000 Euro
Kasseneinnahmereste	8.872.595 Euro
Wertpapiere	– Euro
Ausleihungen	– Euro
Sondervermögen	– Euro
Sonstige Beteiligungen	– Euro
Anteile an verbunden Unternehmen	50.083.019 Euro

Gesamtes Vermögen	443.982.317 Euro
(+ Haushaltsausgabereste	
Vermögenshaushalt)	6.958.832 Euro

Das komplette Vermögen verursacht jährliche Abschreibungen in Höhe von acht Millionen Euro. In den 90er Jahren lagen die durchschnittlichen Ausgaben für die Gebäudeunterhaltung bei rund 2,6 Millionen Euro pro Jahr.

Hochbau

Im Jahr 2008 wurde der erste Gebäudezustandsbericht der Stadt vorgelegt. Er machte deutlich: Bei einem Großteil der 165 städtischen Gebäude war der Zustand miserabel. 17 Prozent erhielten eine Gesamtnote von 4 oder schlechter. Wenn man alle entdeckten Erhaltungsrückstände aufsummierte, ergab sich ein Bedarf von 67 Millionen Euro. Das war nicht nur ein abstraktes Problem. In vielen öffentlichen Gebäuden wurde buchstäblich zum Fenster hinaus geheizt, weil diese sich nicht mehr schließen ließen. Die Nutzer mussten mit erheblichen Einschränkungen zurechtkommen. Nur einige Beispiele: Es gab teilweise unzumutbare Toiletten in Schulen, fehlende Brandschutzeinrichtungen in vielen städtischen Gebäuden, heruntergekommene Fassaden und Bodenbeläge, Arbeitsplätze in Baracken aus den 1970ern. Es war höchste Zeit für Abhilfe.

Die Hochbauverwaltung setzte dabei zwei Strategien ein: Neben Generalsanierungen wurde auch die kontinuierliche Erhaltung deutlich verbessert. All das, was hierfür getan wurde, hat man bislang im städtischen Haushalt in Form eines so genannten Sammelnachweises gebucht. Dieser wurde neu strukturiert und deutlich aufgestockt. Außerdem wurden diese Gelder abgesichert. In früheren Haushaltskrisen war es üblich gewesen, die Erhaltungsmittel zu kürzen. Nun hat die Verwaltung festgelegt, dass derartige Lastenverschiebungen in die Zukunft unterbleiben müssen, weil sie teure Folgeschäden verursachen: Wenn man ein Fester nicht streicht, führt das dazu, dass man einige Jahre später das ganze Fenster tauschen muss.

Lagen die Aufwendungen im Sammelnachweis in den Krisenjahren 2002 noch bei 2,2 und 2003 bei 2,6 Millionen Euro, so konnten sie seit 2007 mehr als verdoppelt werden, im Schnitt auf 4,7 Millionen Euro jährlich. Selbst in der Haushaltskrise des Jahres 2009 blieben die Ausgaben für die Erhaltung nahezu ungeschmälert. Und dabei soll es künftig bleiben. Die Verwaltung hat ermittelt, dass der jährliche Erhaltungsaufwand derzeit tatsächlich bei etwa 4,7 Millionen Euro liegt. Mit dieser Summe kann man das Hochbauvermögen dauerhaft erhalten und obendrein Sanierungsrückstände fortlaufend beseitigen. Der Gemeinderat hat dies bestätigt. Somit ist dieser Wert in der Finanzplanung verankert, und es wurde sichergestellt, dass es nicht wieder zu Unterhaltungsrückständen mit teuren Folgekosten kommt.

Ist ein Gebäude zu lange vernachlässigt worden, muss es von Grund auf saniert werden. Darum hat sich die Hochbauverwaltung in den letzten Jahren bei zahlreichen städtischen Gebäuden gekümmert, vor allem bei Schulen und mittlerweile auch bei Rathäusern. Für die Nutzerinnen und Nutzer steht nach einer Generalsanierung ein nahezu neuwertiges Gebäude mit modernem Komfort zur Verfügung. Für die Stadtkasse sinken Energiekosten und Schadensbeseitigungskosten danach deutlich. Sanierungsmaßnahmen reduzieren also die Belastung künftiger Haushalte. Aus diesem Grund hat die Stadt die Sanierungen auch während der Haushaltskrise 2009/2010 beibehalten und im Rahmen eines Konjunkturprogramms über Kredite finanziert.

In den Jahren seit 2007 wurden die folgenden Gebäude generalsaniert:

Grundschule am Aischbach 1.8 Millionen Euro Kepler-Gymnasium 4,9 Millionen Euro Wildermuth-Gymnasium 3,4 Millionen Euro Kindervilla Alexanderpark 1,7 Millionen Euro Kinderhaus Mühlenviertel 1,3 Millionen Euro Grundschule Hirschau 0,7 Millionen Euro Walter-Erbe-Realschule 1,7 Millionen Euro Grundschule Wanne 0,7 Millionen Euro Grundschule Bühl 0,5 Millionen Euro Grundschule Unterjesingen 0,4 Millionen Euro **Grundschule Pfrondorf** 0,7 Millionen Euro Mörikeschule 0,6 Millionen Euro Turnhalle Hagelloch 0,8 Millionen Euro Zimmertheater 0,2 Millionen Euro Mehrzweckhalle Pfrondorf 0,2 Millionen Euro Dorfgemeinschaftshaus Kilchberg 0,6 Millionen Euro Turnhalle Waldhäuser Ost 3,8 Millionen Euro Rathaus Am Markt (begonnen) 9,5 Millionen Euro Kunsthalle (begonnen) 1,9 Millionen Euro Der Gesamtaufwand aller Sanierungsprojekte lag bei 35 Millionen Euro. Zusammen mit dem Mitteln aus dem Sammelnachweis wurden also 61 Millionen Euro in städtische Gebäude investiert. Damit konnten die Erhaltungsrückstände um rund 18 Millionen Euro reduziert werden. Der aktuelle Gebäudezustandsbericht aus dem Jahr 2014 belegt das: Er weist gegenüber dem Jahr 2008 eine deutlich verbesserte Gesamtsituation nach. Noch immer sind aber Investitionen erforderlich, um Rückstände wettzumachen. Rund 18 Millionen Euro werden für das technische Rathaus benötigt. Zahlreiche kleinere Kinderhäuser müssen saniert werden. Auch bei einigen Schulgebäuden besteht noch Investitionsbedarf. Insgesamt lässt sich jedoch feststellen, dass der Verfall der städtischen Gebäude gestoppt werden konnte. Große Teile des Gesamtbestands wurden in einen modernen Zustand versetzt.

Tiefbau

Das Straßennetz ist bilanziell mit 66 Millionen Euro das größte Vermögen der Stadt. Dabei sind der Wert der Kanäle sowie der Kläranlage nicht berücksichtigt, denn sie sind im städtischen Eigenbetrieb separat verbucht und umfassen ein Vermögen von weiteren 37,6 Millionen Euro. Heute ist dies der Kommunale Servicebetrieb (KST), der 2011 aus der Fusion von Entsorgungsbetrieb (EBT) und Stadtbaubetrieb (SBT) hervorging. Da der Eigenbetrieb seine Investitionen in die Stadtentwässerung schon seit 1997 mit Abschreibungen finanziert, wurde hier schon früher als bei der Stadt insgesamt auf nachhaltige Finanzierung und Erhaltung geachtet. Das städtische Kanalnetz wird regelmäßig inspiziert und befindet



Tübinger Kunsthalle. Bild: Ulrich Metz

sich in einem guten Zustand. Für das Straßennetz gilt dies nicht, es ist vielfach in einem maroden Zustand.

Einige stadtweit bekannte Holperstrecken konnten in den letzten acht Jahren saniert werden: So wurde die Steinlachallee von 2008 bis 2011 für rund 733.000 Euro von Grund auf neu hergestellt. Die lange Bauzeit und die hohen Kosten waren nicht nur Anlass für öffentliche Kritik, sie führten in der Verwaltung auch zu einer Diskussion über innovative Ansätze der Straßenerhaltung. Denn es war klar: Umgerechnet rund eine Million Euro Kosten für einen Kilometer Straßensanierung, so wie bei der Steinlachallee, sind unter keinen Umständen auf das gesamte Straßennetz übertragbar. Allein die Straßen des Tübinger Haupterschließungsnetzes haben eine Länge von 65,5 Kilometern Länge. Geht man davon aus, dass durchschnittlich alle 30 Jahre eine Generalsanierung erforderlich wird, so wären jährlich 1,7 Millionen Euro im Haushalt allein dafür notwendig. Tatsächlich konnten über viele Jahre kaum mehr als 500.000 Euro pro Jahr für solche Zwecke bereitgestellt werden.

Eine Straße grundhaft zu sanieren bedeutet, dass die Straße rund 50 Zentimeter tief ausgekoffert und komplett neu aufgebaut wird. Eine Alternative dazu war lange Zeit das Löcherflicken. Das ist zwar kurzfristig billiger, auf Dauer aber sehr teuer und führt in jedem Winter zu neuen Schlaglöchern, weil der Frost die Flicken immer wieder aufbricht. Eine klassische Sisyphos-Arbeit. Seit einigen Jahren steht mit der Dünnschicht-Technik ein neues Verfahren zur Verfügung, das gegenüber der grundhaften Sanierung und dem Löcherflicken deutliche Vorteile hat. Ist der Unterbau der Straße noch intakt, kann auch ein sehr löchriger Belag durch eine komplette Deckschicht aus Kalt-Asphalt für lange

Zeit wieder in einen guten Zustand versetzt werden. Weil der Frost keine Angriffsfläche mehr findet, kann eine solche Dünnschicht von nur etwa zwei Zentimetern Asphalt 15 Jahre überdauern, bevor sie rissig wird.

Das neue Sanierungsverfahren hat die Stadt erstmals in der Eisenbahnstraße im Jahr 2011 verwendet. Wegen der guten Erfahrungen wurde es auch am Stadtgraben eingesetzt, der zuvor vom harten Winter 2010 in eine Schlaglochpiste verwandelt worden war. Die seit vielen Jahren überfällige Sanierung der Haußerstraße und des Schönblicks konnte im Jahr 2013 in nur zwei Wochen durchgeführt werden. Dies kostete statt der 1,5 Millionen Euro für eine grundhafte Sanierung nun rund 220.000 Euro.

Die Verwaltung hat für die kommenden Jahre eine Strategie entwickelt, die darauf setzt, durch Dünnschichtsanierung die Straßen in einem gut befahrbaren Zustand zu halten und zugleich Deformationen des Unterbaus durch rechtzeitiges Eingreifen zu vermeiden. Grundhafte Sanierungen sollen nur noch im Hauptverkehrsnetz bei schweren Schäden durchgeführt werden, so wie derzeit im Zinser-Dreieck.

Anders als im Hochbau ist der Investitionsrückstand im Straßennetz bisher nicht wesentlich kleiner geworden. Immerhin ist mit der neuen Sanierungsstrategie und der Dünnschichttechnik ein Weg identifiziert, der das Straßennetz auch in den kommenden Jahrzehnten befahrbar erhalten wird, ohne die Stadt finanziell zu überfordern. Gleichwohl sind erheblich höhere Erhaltungsmittel als in der Vergangenheit erforderlich. In der Finanzplanung wurden deshalb bereits deutlich erhöhte Ansätze berücksichtigt.



Im Oktober 2013 wurde die Straße Im Schönblick mit dem neuen Dünnschichtverfahren saniert. Bild: Erich Sommer

Sportstätten

Sportstätten werden in Tübingen sehr stark beansprucht. Besonders die Sportplätze werden durch intensiven Spielbetrieb stark in Mitleidenschaft gezogen. Sie müssen regelmäßig gepflegt werden, um der Belastung standzuhalten. Das ist in der Vergangenheit aus finanziellen Gründen häufig unterlassen worden. Das Ergebnis waren vielfach sehr schlechte Platzbedingungen und teilweise unbenutzbare Anlagen. Tatsächlich mussten einige Sportstätten sogar wegen Sicherheitsmängeln geschlossen werden.

Die Stadtverwaltung hat mit dem Sportentwicklungsplan, der unter Leitung von Bürgermeister Michael Lucke erarbeitet wurde, Sanierung und Erhalt der vorhandenen Sportstätten in den Mittelpunkt gerückt. In den Jahren seit 2007 wurden zwölf Sportanlagen für insgesamt 3,74 Millionen Euro saniert. Zugleich wurde ein Pflegestandard definiert. Er soll für die Zukunft sichern, dass neu hergestellte Sportanlagen nicht durch mangelnde Pflege kaputt gehen. Die dafür notwendigen Erhaltungsmittel wurden von langjährig rund 100.000 Euro auf mittlerweile 475.000 Euro im Jahr 2014 erhöht und sind in der Finanzplanung berücksichtigt.

Verdeckte Verschuldung abgebaut

Die Erhaltungsoffensive der letzten Jahre hat sich doppelt bezahlt gemacht. In den Schulen und Kinderhäusern, in den Sporthallen und auf den Fußballplätzen, auf den Hauptstraßen und in den Verwaltungsgebäuden finden die Bürgerinnen und Bürger der Stadt heute eine modernisierte Infrastruktur und verbesserte Bedingungen vor.

Gleichzeitig wurden unterlassene Investitionen nachgeholt. Damit wurde die verdeckte, also im Haushalt gar nicht sichtbare Verschuldung deutlich gesenkt. Weil dies mit Ausnahme des Konjunkturprogramms ohne Kredite geschehen ist, hat die Stadt in den vergangenen Jahren ihr Erbe nicht nur erhalten, sondern neues Vermögen gebildet, das an kommende Generationen übergeben werden kann.

Es ist Verpflichtung und Herausforderung, auf diesem Weg weiter zu gehen.



In den Jahren seit 2007 wurden Sportanlagen für insgesamt 9,4 Millionen Euro saniert . Bild: Universitätsstadt Tübingen

Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürger

Die Universitätsstadt Tübingen hat im Zeitraum von 2007 bis 2013 vier Personen das Ehrenbürgerrecht verliehen. Damit würdigte der Gemeinderat die besonderen Verdienste um die Stadt.

Seit 2007 sind vier Ehrenbürger der Universitätsstadt verstorben:

Helmut Calgéer (1922 – 2010) Musikpädagoge und Dirigent ernannt am 19. September 2007

Alma Hämmerle, Jahrgang 1924 Hausfrau und Pionierin der offenen Altenarbeit in Stadt und Kreis ernannt am 9. Mai 2008

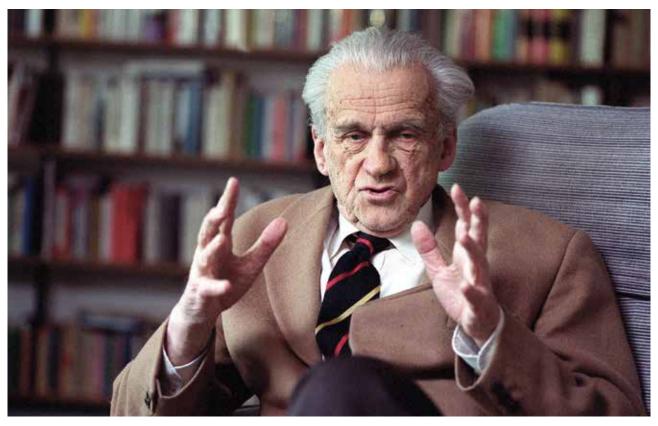
Dr. Götz Adriani, Jahrgang 1940 Kunsthistoriker und Leiter der Tübinger Kunsthalle von 1971 bis 2005 ernannt am 10. Februar 2012

Schwester Carlagnese Nanino, Jahrgang 1932 Leiterin des Carlo-Steeb-Heims von 1957 bis 2009, Pionierin der Kinderbetreuung ernannt am 8. Februar 2013 Helmut Calgéer (1922 – 2010) Musikpädagoge und Dirigent ernannt am 19. September 2007

Erwin Geist (1916 – 2012) Gewerkschaftssekretär ernannt am 12. Januar 1985

Dr. Dr. h. c. Walter Jens (1923 – 2013) Literaturwissenschaftler, Professor der Rhetorik ernannt am 1. Dezember 2002

Dr. h. c. mult. Adolf Theis (1933 – 2013) Universitätspräsident a. D. ernannt am 12. Januar 1996



Walter Jens, seit 2002 Ehrenbürger der Universitätsstadt Tübingen, ist 2013 gestorben. Bild: Manfred Grohe

Zwei bisherigen Ehrenbürgern wurde im Jahr 2013 die Ehrenbürgerwürde aberkannt:

Theodor Haering (1884 – 1964)

ernannt 1975

Theodor Haering war von 1919 bis 1945 Professor für Philosophie an der Universität Tübingen. Als erklärter Gegner der Weimarer Republik huldigte er schon früh dem nationalsozialistischen Führerkult. Theodor Haering war Angehöriger zahlreicher nationalsozialistischer Organisationen und führendes Mitglied des NS-Dozentenbundes. Er sah sich als Hochschullehrer der Ideologie der Nationalsozialisten verpflichtet und verstand Philosophie als "geistige Rassenkunde". Von 1953 bis 1957 war Theodor Haering Mitglied des Tübinger Gemeinderats und wurde 1957 von diesem zum Ehrenbürger ernannt. Aufgrund seiner Verstrickung in das nationalsozialistische Herrschaftssystem wurde Theodor Haering die Ehrenbürgerwürde wieder aberkannt – der Tübinger Gemeinderat traf diese Entscheidung am 17. Juni 2013.

Adolf Scheef (1874 - 1944)

ernannt 1939

Adolf Scheef war von 1927 bis zu seiner Pensionierung 1939 Oberbürgermeister von Tübingen. Nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten übte er sein Amt mit deren Unterstützung weiter aus und betrieb in vielen Fällen deren Politik. 1939 wurde Adolf Scheef vom damaligen, nicht demokratisch gewählten Gemeinderat die Ehrenbürgerschaft verliehen. Der Vorschlag dazu war von NS-Bürgermeister Ernst Weinmann ausgegangen, der 1946 als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt wurde. Auf Grund seiner Verstrickung in das nationalsozialistische Herrschaftssystem wurde Adolf Scheef die Ehrenbürgerwürde am 17. Juni 2013 vom Tübinger Gemeinderat wieder aberkannt.

Einträge in das Goldene Buch

30. Oktober 2006

Besuch des Emir von Sharjah S.H. Scheich Dr. Sultan bin Mohammed al Qasimi 16. April 2008

Besuch des peruanischen Botschafters Prof. Dr. Dr. Frederico Kauffmann-Doig

9. Februar 2007

Besuch des Präsidenten der Italienischen Republik Giorgio Napolitano und des Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler 5. Juni 2008

Besuch des slowenischen Europaabgeordneten Alojz Peterle

8. Mai 2007

Besuch des Alt-Bundeskanzlers Dr. h.c. Helmut Schmidt

19. November 2008

Besuch des ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Mesut Yilmaz

7. September 2007

Empfang des zweifachen Leichtathletik-Weltmeisters von 2007 Bernard Lagat

2. März 2009

Besuch des irakischen Botschafters S. E. Alaa Al-Hashimy



Der spätere Bundespräsident und ehemalige Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, Joachim Gauck, trägt sich im März 2010 in das Goldene Buch ein. Bild: Universitätsstadt Tübingen

15. Juli 2009

Besuch des Friedensnobelpreisträgers Desmond Tutu, Alterzbischof von Kapstadt

26. Juni 2009

Besuch des Bundesinnenministers Dr. Wolfgang Schäuble

19. November 2009

Besuch von Professor Dr. Ernest Callenbach, Berkeley (USA), dem Autor des Bestsellers "Ecotopia"

29. März 2010

Besuch von Joachim Gauck, dem früheren Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

7. Juni 2010

Besuch des Britischen Botschafters Sir Michael Arthur

29. Juni 2010

Besuch Ihrer Königlichen Hoheit Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn aus Thailand



Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn. Bild: Universitätsstadt Tübingen

8. September 2010

Besuch des Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika Philip D. Murphy

16. Dezember 2010

Besuch von Stephen K. Green, Baron Green of Hurstpierpoint, dem ehemaligen Verwaltungsvorsitzenden der HSBC Holdings plc und ab Januar 2011 Staatsminister für Handel und Investment in der britischen Regierung

21. Juli 2011

Erster Besuch der Delegation aus Moshi, Tansania unter der Leitung von Bürgermeister Raphael Japhary Michael, begleitet von Bernadette Acquilin Kinabo, Turmaini Mrango, Felix Shaban Mushi, Vincent Patrick Rimoy, Viane John Kombe und Prof. Dr. Egbert Malekia Kessi

10. November 2011

Besuch des Botschafters der Islamischen Republik Afghanistan S. E. Professor Dr. Abdul Rahman Ashraf

28. November 2011

Besuch des Spanischen Botschafters S.E.D. Rafael Dezcallar de Mazarredo

9. Februar 2012

Besuch des Präsidenten des Deutschen Städtetages Christian Ude, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München

19. April 2012

Besuch von Bundespräsident Joachim Gauck und Frau Daniele Schadt in Beisein von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Frau Gerlinde Kretschmann

13. Juni 2012

Besuch des Botschafters der Französischen Republik Maurice Gourdault- Montagne

8. September 2012

Besuch der Motorradweltmeister Giacomo Agostini, Jim Redman, Freddie Spencer, Luigi Taveri, Dieter Braun, Jon Ekerold, Marco Lucchinelli und Mario Lega

Berichte aus den Stadtteilen

Tübingen hat acht Stadtteile: Bebenhausen, Bühl, Hagelloch, Hirschau, Kilchberg, Pfrondorf, Unterjesingen und Weilheim. Dort leben gut 15.600 Einwohnerinnen und Einwohner, rund 18,8 Prozent der Tübinger Bevölkerung. Die Stadtteile haben ein starkes Eigenleben, rege Vereinsaktivitäten und einen großen Zusammenhalt. Sie bereichern Tübingen und tragen zur Vielfalt und Attraktivität der Stadt bei. Die Stärkung der Stadtteile ist ein zentrales Anliegen der Verwaltung und des Gemeinderats.

Seit 2007 fanden in vielen Teilorten erstmals seit Jahrzehnten wieder Bürgerversammlungen statt: In Hirschau am 19. Oktober 2007, in Bühl am 22. April 2008 und in Pfrondorf am 20. März 2009. Zudem wurde in Unterjesingen 2007 und 2010 in Informationsveranstaltungen mit dem Oberbürgermeister über die weitere Entwicklung des Ortes diskutiert. Darüber hinaus gab es nicht nur im Rathaus am Markt, sondern auch in den Rathäusern von Bühl, Kilchberg und Pfrondorf Bürgersprechstunden des Oberbürgermeisters. Seit 2012 haben die Ortschaften erstmals ein eigenes kleines Budget, über dessen Verwendung der Ortschaftsrat entscheiden kann.

Die Bevölkerung ist in den meisten Stadtteilen in den letzten Jahren gewachsen. Diese Zunahme konnte fast ausschließlich im Rahmen der Innenentwicklung ermöglicht werden. Beispielsweise wurden in Bühl durch die Entwicklungen im Fronländer und an der Ziegelhüttenstraße über 30 Wohneinheiten geschaffen. In Kilchberg hat man an der Weilheimer Straße und Hinter den Gärten neun Bauplätze realisiert. In Hirschau wurden in den Käppelesäckern und am Fährenweg/Heerweg 60 neue Wohneinheiten gebaut. In Pfrondorf entstand am Kohlplattenweg ein Seniorenzentrum, und in der Unteren Höhbergstraße wurden zwölf Wohnungen und ein Doppelhaus erstellt.

Ein Schwerpunkt der städtischen Investitionen in die Infrastruktur lag während der vergangenen Jahre in den Stadtteilen. Das ist wichtig, um die Zukunft der Stadtteile dauerhaft zu sichern.

Beispiel Schulen: Für die energetischen Sanierungen der Grundschulen in Bühl, Hirschau, Pfrondorf und Unterjesingen wurden von 2007 bis 2013 rund 2,4 Millionen Euro ausgegeben, dies entspricht rund 32,5 Prozent der Investitionen im Grundschulbereich.

Beispiel Sportanlagen: Für die energetische Sanierung der Turnhalle in Hagelloch, die Herstellung des Sportplatzes in Kilchberg, die Sanierung der Sportplätze in Bühl und Hirschau und die Erneuerung der Skateranlage in Bühl wurden in den Jahren 2007 bis 2013 mehr als 2,1 Millionen Euro im Haushalt veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von rund 23,4 Prozent an den Gesamtinvestitionen in Sporthallen und Schulen. Für 2014 ist, neben der Fertigstellung der Sanierungen in Bühl und Hirschau, die Sanierung des Sportplatzes in Pfrondorf für rund 720.000 Euro vorgesehen. Darüber hinaus wurden an den Kunstrasen Beregnungsanlagen installiert, um die Qualität der Sportflächen dauerhaft zu erhalten.

Beispiel Kindertageseinrichtungen: Das alte Schulhaus in Hirschau wurde umgebaut zu einer Kindertageseinrichtung für den freien Träger "Ein Ort für Kinder e. V.". Hinzu kam der Neubau des Katholischen Kinderhauses St. Martin in Hirschau. Für die Kinderhäuser in Hagelloch, Weilheim und Bebenhausen sind Erweiterungen geplant. Das bedeutet: In allen Tübinger Stadtteilen sind bedarfsdeckend Angebote für die Kinderbetreuung vorhanden. Um dies möglich zu machen, hat die Stadt gut 3,4 Millionen Euro für Baukosten bereitgestellt.

Damit ein Wohnort wettbewerbsfähig und attraktiv ist und bleibt, ist es heute erforderlich, ausreichend an die Infrastruktur von Breitband-Internet angeschlossen zu sein. Daran wurde im Rahmen des Konjunkturprogramms 2009 gearbeitet: Mit der Hilfe von Landeszuschüssen konnte die Breitbandinfrastruktur in Bühl, Hagelloch und Hirschau verbessert werden, für insgesamt rund 500.000 Euro. Heute sind alle Stadtteile mit DSL oder VDSL versorgt.

Bebenhausen



Blick über Bebenhausen. Foto: Alexander Gonschior

Das Klosterdorf Bebenhausen liegt umgeben vom "Wald des Jahres 2014", dem Naturpark Schönbuch. Eingebettet zwischen Streuobstwiesen und bewaldeten Hängen, dort, wo Goldersbach und Seebach zusammenfließen. Der malerische kleinste Teilort Tübingens steht unter Ensembleschutz, das verlangt seiner Bevölkerung einiges ab und verhindert, dass der Ort wächst. Die Schönheiten zu erhalten und zugleich den Ort vorsichtig weiterzuentwickeln, ist eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe – schließlich soll der Ort lebendig bleiben und darf nicht selbst zum Denkmal werden. In den vergangenen Jahren haben die Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte dies mit großer Kontinuität verfolgt. Auch die Gemeinschaftsinstitutionen tragen dazu bei: Neben der Evangelischen Kirchengemeinde sind das vor allem Kinderhaus, Freiwillige Feuerwehr, Bebenhäuser Verein und Verwaltungsstelle.

Bis 2009 war Rainer Pohl Ortsvorsteher. Eine Zeit, in die einige für Bebenhausen wichtige Änderungen gefallen sind. So wurde 2007 der Spielplatz am Schulhaus völlig neu hergerichtet, mit viel Eigeninitiative und Unterstützung von Sponsoren, desgleichen der Feuerwehr- und Jugendraum. Um Verkehrsgefahren zu entschärfen, wurden 2008 die Ortschilder gezielt aus der Ortschaft auf die Landstraße 1208 (alte B27) hinaus verlegt. Das erlaubt mehr Regulierung des fließenden Verkehrs: Es gilt Tempo 50, ein Blitzer verleiht dem Nachdruck.

Für die Grundstücke unterhalb des Mühlkanals wurde eine Drainage gebaut, zudem wurden Klostermauer, Klosterkirche und Dachreiter saniert, wofür das Land 2,5 Millionen Euro investierte. Der Rittweg, Bebenhausens Verbindung nach Waldhäuser Ost, wurde instandgesetzt und neu asphaltiert. Das Jahr 2008 endete mit einem mittelalterlichen Weihnachtsmarkt im Kloster.

2009 wurde weiter gebaut: Das Rathaus wurde energetisch saniert, eine gründliche Renovierung gab es für Kirchenraum, Sitzungssaal, Archiv und Treppenhaus. Unter energetischen Aspekten wurde das Dach am Schulhaus hergerichtet und seine Fassade instandgesetzt, zudem schloss man das Kinderhaus an die Heizanlage der Schule an. Der renovierte Gemeindesaal im Schulhaus bekam ein neues Beleuchtungskonzept.

Nach der Kommunalwahl 2009 gab es große personelle Wechsel, die sich bis 2012 fortgesetzt haben: 2009 wurde Werner König neuer Ortsvorsteher. Peter Halla und Wolfgang G. Wettach rückten für ausscheidende Ortschaftsräte nach. Im April des Jahres 2012, mit dem Ausscheiden Königs aus Altersgründen, wurde Wettach neuer Ortsvorsteher, seine Stellvertreterinnen sind Birgit Maurer und Lisa Bark. Der neue Ortschaftsrat nutzt das Internet als virtuellen Schaukasten des Ortes. Die Informationen im Internet ergänzen die Aushänge im Ort und das Mitteilungsblatt, welches inzwischen außerdem per E-Mail erhältlich ist.

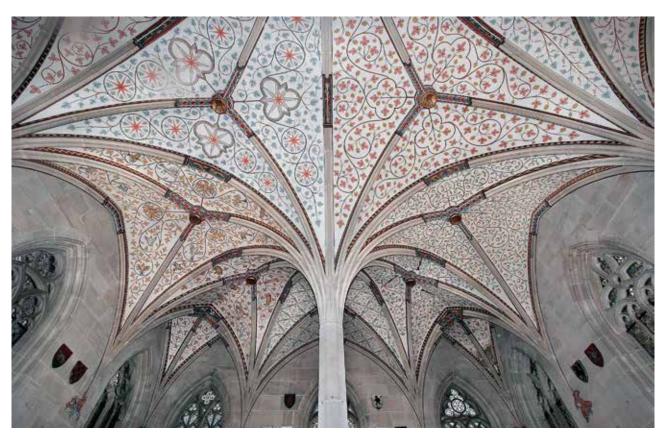
Die städtischen Einrichtungen sind alle erhalten geblieben: neben der Ortsverwaltung auch Feuerwehr, Kindergarten, Versammlungsraum im Schulhaus, Kinderspielplatz, Jugendraum und Backhaus. In der Verwaltungsstelle gab es neue Gesichter: 2009 bis 2012 war Barbara Hebe dort. Inzwischen wechseln sich Theresia Stopper und Michael Hassbecker ab in Bebenhausen wie in Kilchberg. Seit 2013 steht im Rathaus oben ein Trauzimmer zur Verfügung, seither sind in Bebenhausen auch standesamtliche Trauungen möglich.

2003 konnte das Kinderhaus Bebenhausen schon einmal erhalten werden, zehn Jahre später wurde weitere Rettung nötig. Eine Kooperation war die Lösung: Mit der Waldschul-Kindertagesstätte, die zuvor keine Kinder unter drei Jahren betreut hatte, arbeitet Bebenhausen jetzt zusammen im Kinderhaus Waldschule Bebenhausen. Neuerdings gibt es im Kinderhaus Bebenhausen einen naturpädagogischen Schwerpunkt, was Kinder aus ganz Tübingen anzieht.

Die Feuerwehr Bebenhausen tut sich schwer. Zwar wurde 2009 ein neues Staffel-Löschfahrzeug beschafft, doch die personellen Engpässe nehmen zu. Eine Kooperation mit einer

anderen Abteilung steht im Raum. Abteilungskommandant ist seit März 2004 Michael Scholz, sein Stellvertreter Michael Bark.

Es gilt, die Kommunikation im Ort zu fördern – erst recht, weil Läden, Post und immer mehr Vereine verschwunden sind. Wo und wie kann dies gelingen? Privatkontakte werden über Ehrenämter oder Kinder verstärkt. Dazu gibt es private Initiativen, den Bebenhäuser Verein mit seinen Ferienfreizeiten und Festangeboten, die Bürgerinitiative Bebenhausen für den Kindergarten sowie den Arbeitskreis Verkehr. Der ist sehr aktiv: Seine Vorschläge zur Verkehrsgestaltung wurden 2012 im Ortschaftsrat vorgestellt. 2013 wurde ein Konzept beschlossen, die Umsetzung soll 2014 gelingen. Ein teilAuto im Ort könnte die Busanbindung künftig ergänzen.



Im Kloster Bebenhausen gibt es ein Renaissancegewölbe. Bild: Anne Faden

Bühl

Wohnen und Leben in Bühl

Bühl ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen, vor allem durch die Erschließung der Baugebiete Grotthaus-Läninger. Zum 1. Januar 2007 hatte der Ort 2.260 Einwohnerinnen und Einwohner. Dabei hat Bühl seinen dörflichen Charakter erhalten und ist ein attraktiver Wohnort insbesondere für junge Familien, speziell durch die gute Anbindung an die Universitätsstadt Tübingen und die reizvolle Umgebung mit dem Naturschutzgebiet Bühlertal.

Für Familien mit Kindern gibt es umfangreiche Angebote für Betreuung, Bildung und Freizeit. Neben dem städtischen Kinderhaus in der Weilerburgstraße und dem katholischen Kindergarten St. Pankratius bereichert mit der "Wilden 16" auch ein Verein zur Förderung außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit das Betreuungsangebot in Bühl. Die Grundschule ist vor Ort und bietet auf Grundlage der Montessori-Pädagogik ein gutes Lern- und Arbeitsumfeld in jahrgangsübergreifenden Klassen. Das musikalische Angebot hat sich durch eine Kooperation mit dem Musikverein erweitert: An der Grundschule hat sich in den Jahren eine Bläserklasse etabliert.

Investitionen

Finanz- und Haushaltskrise haben in den Jahren 2007 bis 2010 nur wenig Spielraum für größere Projekte gelassen. Dennoch wurde im Jahr 2009 die umfassende Sanierung der Grundschule Bühl in Angriff genommen.



Die Grundschule Bühl macht seit fünf Jahren blau: Sie wurde 2009 umwelt- und klimafreundlich saniert Bild: Universitätsstadt Tübingen

Die energetische Sanierung des Gebäudes leistet heute einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Zudem wird langfristig der städtische Haushalt entlastet. Denn die Verbrauchseinsparungen an Wärme und beim Stromverbrauch der Heiz-

pumpen sind enorm. Der Wechsel des Energieträgers von Heizöl auf Erdgas sowie die solargestützte Warmwasserbereitung haben bewirkt, dass die Grundschule Bühl jedes Jahr 37,4 Tonnen weniger CO₂ ausstößt, das sind 56 Prozent Rückgang.

Parallel zur Gebäudesanierung wurde im Außenbereich für die Schülerinnen und Schüler ein Bewegungsparcours konzipiert und fertig gestellt. Eine Elterninitiative sowie Spenden von Vereinen und Initiativen aus dem Ort haben dazu beigetragen, dass auch der angrenzende Spielplatz an der Weilerburgstraße neu gestaltet und 2012 an die Kinder übergeben werden konnte.

Eine nahezu unendliche Geschichte fand im Mai 2013 ihren Abschluss: Der Breitbandausbau ist geschafft, auch in Bühl ist seither schnelles DSL verfügbar. Auf diese schnelle Internetverbindung hatten die Bürgerinnen und Bürger in Bühl lange Jahre gewartet. Fürs Verlegen von Glasfaserkabeln wurden insgesamt rund 570.000 Euro investiert, teilweise aus dem Landesförderprogramm "Ländlicher Raum".

Im Bereich Fronländer wurde der Bebauungsplan vorhabenbezogen geändert: So konnte Bühl dort den Bau einer generationsübergreifenden Wohnanlage mit 27 barrierefreien Wohnungen ermöglichen, die seit 2013 fertig ist. Die Stadtverwaltung hat zudem ein größeres Grundstück im Bereich Ziegelhütte angekauft – ein weiterer Schritt, um die Innenentwicklung voranzubringen. Eingebettet in die historische Baustruktur des Ortes kann hier familiengerechtes Wohnen in zwei Einfamilien- und zwei Doppelhäusern realisiert werden.



Gelungene Innenentwicklung in Bühl. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Im städtischen Haushalt wurde 2012 die notwendige und lang geplante Generalsanierung der Bühler Sportanlagen beschlossen: Ein Kunstrasenplatz wird gebaut, der witterungsunabhängig bespielbar ist. Zudem wird das Rasenspielfeld mit Drainage und Niveauangleichung vollkommen neu gestaltet. Für diese Förderung des Sports und die Jugendarbeit im Stadtteil Bühl hat Tübingen im Jahr 2013 somit rund 850.000 Euro investiert.

Verkehrssituation

Die Verkehrssituation im Bereich der Ortsdurchfahrt ist weiterhin eines der großen Probleme in Bühl. Täglich durchqueren auf der L 370 bis zu 16.000 Fahrzeuge den Ort. Durch Lärm und Abgase beeinträchtigen sie die Wohn- und Aufenthaltsqualität in der Bühler Ortsmitte. Sinnvolle Verkehrsberuhigung ist erst dann möglich, wenn die planfestgestellte Bundesstraße 28 am nördlichen Ortsrand gebaut wird. Die Frage, wann dies der Fall sein wird, konnte von den verantwortlichen Stellen bisher nicht konkret beantwortet werden. Die Landesregierung nannte im Jahr 2012 als Baubeginn die Jahre 2015/2016, doch das wurde vom zuständigen Bundesverkehrsministerium bisher nicht bestätigt. Um die Verkehrssicherheit entlang der Ortsdurchfahrt Bühl zu erhöhen, hat die Universitätsstadt Tübingen als untere Verkehrsbehörde Tempo 30 angeordnet. Damit wird auch der Lärm reduziert. Zudem wird die zentrale Fußgängerampel in der Ortsmitte auf Rotlichtverstöße überwacht.

Hochwasserschutz

Nach starkem Regen kommt es in Bühl immer wieder zu kritischen Situationen: Mehrfach musste Hochwasseralarm ausgelöst werden. Das zeigt deutlich, wie wichtig ein Hochwasserschutz für Bühl wäre. Nachdem alle Varianten ausgiebig geprüft wurden, konzentriert sich die Planung seit 2011 endgültig auf einen Hochwasserschutzdamm, der ortsnah in das bestehende Gelände integriert werden soll. Dadurch könnte ein größtmöglicher Hochwasserschutz erreicht und zugleich das Naturschutzgebiet Bühlertal geschont werden. Um eine entsprechende Planung umzusetzen, sind in der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt Tübingen 2,5 Millionen Euro vorgesehen.

Ortschaftsrat

Dem Ortschaftsrat gehörten 2004 bis 2009 folgende Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte an:

Renate Bodamer, Ute Bürger-Junger, Gert Faiß, Dr. Gabriele Hauber-Schwenk, Christa Huber, Matthias Müller, Gerhard Neth, Dr. Karl-Heinz Röder, Achim Sailer und Harald Schimpf. Ortsvorsteher war Achim Sailer. Seit 2009 gehören dem Ortschaftsrat folgende Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte an: Annelie Bauder, Ute Bürger-Junger, Peter Bosch, Gert Faiß, Martin Hönle, Christa Huber, Dr. Bertram Lohmüller, Matthias Müller, Gerhard Neth, Norman Primbs und Josef Schumann. Ortsvorsteher ist Gerhard Neth.

Hagelloch

Der Musikverein hat 2007 in Eigenleistung einen neuen Proberaum geschaffen. Die Stadtwerke Tübingen haben nach langem Zögern 2008 begonnen, Hagelloch ans Gasnetz anzuschließen, eine Erfolgsstory. Karlheinz Dominik spendete der Ortschaft in diesen Jahren mehrere tolle Skulpturen. Die energetische Sanierung der Turn- und Festhalle in den Jahren 2010 und 2011 ist durch und durch als gelungen zu bezeichnen.



Geschenkt: die Bogentor-Skulptur von Karlheinz Dominik. Bild: Universitätsstadt Tübingen

2012 wurde in Hagelloch flächendeckend Tempo 30 eingeführt – damit wurde ein Wunsch der Ortschaft aus dem Jahr 1989 endlich erfüllt. Ebenfalls schon lange Jahre, seit 1990, hatte sich der Ortschaftsrat für die Herstellung und Öffnung eines Häckselplatzes ausgesprochen. 2012 wurde der Platz realisiert.

Das "Hagellocher Modell" wurde zum zweiten Mal angewandt: Vor zehn Jahren hat man im Ort erstmals einen Spielplatz mit Hilfe der Eltern, Bürgerinnen und Bürger hergestellt, Hagelloch war damals Vorreiter fürs gesamte Tübinger Stadtgebiet. Im Jahr 2012 haben die Hagellocherinnen und Hagellocher dies nun ein zweites Mal ohne Schwierigkeiten umgesetzt. Mit Fördermitteln des Bundes sowie erheblichen Mitteln aus dem städtischen Etat wurden 2013 neue Leitungen für schnelles Internet verlegt. Die ASG baut einen neuen Wasserbehälter, um die Trinkwasserversorgung zu sichern.

Feste der Vereine stellen über das ganze Jahr hindurch die kulturellen und sportlichen Höhepunkte dar. Das Dorffest in der Ortsmitte ist ein Publikumsmagnet für Jung und Alt aus nah und fern, immer am Ende der Sommerferien. In den vergangenen sieben Jahren feierte man in Hagelloch eine ganze Reihe an Jubiläen: 100 Jahre TSV, 85 Jahre Musikverein, 50 Jahre Schützenverein, zehn Jahre Voice Cream.

Derzeit wird der Kindergarten neu gebaut. Die Kinder und ihre Betreuerinnen sind für die Übergangszeit bereits ins alte Schulhaus umgezogen. Dort finden sie es zwar etwas eng und ungewohnt, aber für die Übergangszeit nehmen das alle gerne in Kauf. Für die kommenden Jahre zeichnen sich schon einige wichtige Themen ab. Zum einen gilt es, dem Verlust von Infrastruktur entgegenzuwirken. Zuschüsse hierfür kann man aus dem Fördertopf für die Entwicklung des ländlichen Raumes erhalten. Konkretes Ziel wäre ein Kultur- und DorfTreff für alle im alten Schulhaus.

In Hagelloch fehlen betreute Wohnungen. Dass hier ein Angebot geschaffen werden soll, ist für den Ort ein wichtiger Punkt. Mit Hilfe einer großzügigen privaten Schenkung soll es hier bald voran gehen. Ein Baugebiet wird es in Hagelloch früher oder später auch wieder geben. Die Innenentwicklung ist erfolgreich gewesen, es gibt nur noch weniger als ein Dutzend Baulücken. Das neue kleine Baugebiet soll zeitnah realisiert werden, aber darüber wird noch diskutiert.



Das "Hagellocher Modell" diente 2012 zum zweiten Mal als Grundlage für den Bau eines Spielplatzes. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Hirschau



Hirschau zwischen Fluss und Reben. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Hirschau ist ein ehemaliges Weinbaudorf und heute mit 3.400 Einwohnerinnen und Einwohnern einer der größten Tübinger Teilorte.

Das Hauptproblem ist eine sehr hohe Verkehrsbelastung: Mitten durch die Ortschaft fahren über 15.000 Fahrzeuge pro Tag – ein Dauerthema in der Gemeinde.

2007

Der Hirschauer Musikverein feierte im Jahr 2007 sein 150-jähriges Bestehen. Der Kinderspielplatz Holzacker wurde durch eine Elterninitiative wiederbelebt. Auf einer Bürgerversammlung kamen zahlreiche aktuelle Themen zur Sprache: der geplante Neubau eines städtischen Kinderhauses, die Errichtung eines Ersatzbaus für das katholische Kinderhaus, die geplante Umsiedlung des freien Trägers "Ein Ort für Kinder" in das alte Schulhaus, die Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen sowie die Gestaltung der Flächen um den Baggersee. Der Kunstrasenplatz des TSV Hirschau wird für rund 330.000 Euro saniert.

2008

Im Jahr 2008 machte die Bürgerinitiative Neckartal mit einer großen Parkierungsaktion auf die unerträgliche Verkehrssituation in der Ortsdurchfahrt aufmerksam. Mit 93 Jahren starb der ehemalige katholische Pfarrer Josef Landsteiner. Ein Workshop, bei dem es um ein Förderprogramm für den Erhalt von Trockenmauern an den Steillagen des Spitzbergs ging, zog viele Interessierte an. Zum Jahresende kamen die ersten Bewohnerinnen und Bewohner in das Neubaugebiet Käppelesäcker.

2009

Im September wurde der Förderverein "Unser Hirschau e. V." gegründet. Wegen der wirtschaftlichen Schieflage Deutschlands und Europas wurden von der Bundesrepublik Konjunkturpakte für Infrastrukturmaßnahmen bereitgestellt. Es gab zwar unverhofft Mittel für die energetische Sanierung der Uhlandschule, doch die dringlich ersehnte Aufnahme der B 28 neu wurde wieder nicht berücksichtigt – also keine Entlastung für die Ortsdurchfahrt. Bei den Kommunalwahlen trat neben den etablierten Listen der UWV und der CDU auch erstmals die Liste "Pro Hirschau" an und konnte auf Anhieb drei der insgesamt elf Mandate gewinnen. Die UWV errang ebenfalls drei Sitze, die CDU wurde stärkste Liste mit fünf Sitzen. Ulrich Latus wurde erneut zum Ortsvorsteher gewählt.

2010

Das Jahr 2010 war ein Jahr der Jubiläen. So feierte die freiwillige Feuerwehr Abteilung Hirschau ihr 150-jähriges Bestehen. Der Albverein blickte auf 75, der Akkordeonclub auf 50 Jahre zurück.

2011

Anfang 2011 beschloss der Ortschaftsrat, die Ausweisung eines Schuppengebietes nicht weiter zu verfolgen. Die Verwaltungsstellen-Mitarbeiterin Elli Hartmann ging in den Ruhestand. Über 30 Rennradfahrer, unter ihnen auch Bürgermeister Joseph Spiegel, kamen in einer Etappe von der Partnergemeinde Kingersheim im Elsaß nach Hirschau gefahren, wo sie vom Ortschaftsrat begrüßt und am nächsten Tag zur Rückfahrt verabschiedet wurden. Im Juni wurde auf 40 Jahre Eingliederung in die Universitätsstadt Tübingen zurückgeblickt.

Das städtische Kinderhaus in der Schulstraße wurde bezogen, ebenso der Ersatzbau des katholischen Kindergartens St. Martin. Im Naturschutzgebiet Hirschauer Berg wurden Beschilderungstafeln aufgestellt, um die zahlreichen Besucher zu lenken. Die Tafeln hat das Land finanziert, beim Aufstellen halfen engagierte Bürgerinnen und Bürger. Bei einer Klausurtagung machte sich der Ortschaftsrat Gedanken über die künftigen Ziele der Ortsentwicklung. Die Trachtengruppe Hirschau löste sich nach 43 Jahren auf, da sich kein neuer Vorstand finden ließ. Der Pausenhof der Uhlandschule wurde neu gestaltet, finanziert durch städtische Mittel und Spenden.

2012

Eine Tradition ging zu Ende: Zum letzten Mal organisierte der scheidende Revierförster Herbert Kern in der Gaststätte Krone einen öffentlichen Brennholzverkauf. Sein Nachfolger, Förster Thomas Englisch, wird den Brennholzverkauf in anderer Form handhaben. Am selben Abend kam es zum Brand eines Wohnhauses am Kirchplatz. Neue Fahrzeuge hat die Feuerwehr erhalten: Das 25 Jahre alte Löschfahrzeug wurde ausgetauscht, hinzu kam ein Mannschaftstransportwagen. Ulrich Latus legte sein Gemeinderatsmandat als Fraktionsvorsitzender der CDU nach 22 Jahren nieder.

Erneut wurde mit einer Demonstration vor dem Rathaus auf die unerträgliche Verkehrssituation in der Kingersheimer Straße aufmerksam gemacht und der dringende Bau der B 28 neu gefordert. Der Kleinkindspielplatz Hakenweg wurde erneuert, was eine Elterninitiative mit finanzierte, indem sie Spenden sammelte. Die erste Mannschaft des TSV Hirschau stieg in die Fußball-Kreisliga A auf. Eine historische Gedenktafel erinnert an die Hirschauer Männer, die im napoleonischen Russland-

feldzug des Jahres 1812 gefallen sind. Als Nachfolger für den evangelischen Pfarrer Wolfgang Kocher wird das Pfarrer-Ehepaar Dr. Karoline und Frithjof Klaas-Rittberger eingesetzt.



Der Hirsch als Wegzeichen. Bild: Universitätsstadt Tübingen

2013

Das Jahr begann mit einem Tiermasken-Fasnetsumzug. Die kalabresische Gemeinde Bova in Italien fragte an, ob Hirschau eine Gemeindepartnerschaft beginnen möchte, erhielt aber eine Absage: Es fehlte an direktem Bezug und Interesse aus der Bevölkerung. Ganz anders steht es um die Gemeindepartnerschaft mit Kingersheim im Elsaß. Deren 50-jähriges Bestehen wird nach intensiver Vorbereitung mit der gesamten Bevölkerung ausgiebig gefeiert: bei einem Jubiläumswochenende samt Bürgerfest. Auch ein Gegenbesuch im September bekräftigt die Freundschaft. Manuela Heffner, Ortschaftsrätin und Gemeinderätin der SPD, verließ Hirschau und schied somit auch aus ihren politischen Ämtern aus. Der TSV Hirschau feierte sein 90-jähriges Bestehen.



Gemeindepartnerschaft mit Kingersheim im Elsaß seit 1963. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Kilchberg

Die Jahre 2007 bis 2014 waren geprägt von der Planung und Realisierung mehrerer Projekte, bei denen die Stadtverwaltung und der Förderverein PRO Kilchberg gut zusammenarbeiteten. Auch das sehr große Engagement der Bürgerinnen und Bürger und eine sehr hohe Spendenbereitschaft haben viel zum Gelingen beigetragen.

Als erstes Projekt konnte 2007 in rekordverdächtigen drei Monaten der Spielplatz am Keltengrab saniert und umgestaltet werden, so dass er attraktiv wurde für Kinder und auch Jugendliche. Dabei halfen die Aktion "Traumspielplätze" von Hitradio Antenne 1 sowie der Sponsor Eiszeitquell.

Der Lärmschutzwall entlang der L 370 wurde 2009 verbessert: Anwohner halfen mit, den Wall mit Erde zu erhöhen und neu zu bepflanzen, so dass er wieder funktionsfähig wurde.

Die 2007 begonnene Sportentwicklungsplanung griff auch beim maroden, nicht mehr für Fußball benötigten Kunstrasenplatz in Kilchberg. Daraus entstand der generationsübergreifende Sportpark Kilchberg mit Kleinspielfeld, Basketballkörben, Skatepark und Fitnessgeräten. Während der Haushaltskrise wurde das Projekt finanziell stark gekürzt, es konnte nur mithilfe zahlreicher Aktionen und Unterstützer vollendet werden. Jugendliche organisierten einen sonntäglichen Brötchendienst, es gab zahlreiche Spendenaktionen von Vereinen, Ortschaftsrat und Bevölkerung sowie viele

Arbeitseinsätze auf dem Gelände. Ein weiteres spannendes Projekt startete 2008: Die Stadt erwarb die Scheune gegenüber des Rathauses bei einer Zwangsversteigerung. Der Umbau zum Stadtteiltreff und die spätere Bewirtschaftung wurden an den Förderverein PRO Kilchberg übergeben. Mit vielen Spenden, darunter 7.000 ehrenamtliche Arbeitsstunden und rund 550.000 Euro aus dem städtischen Haushalt, wurde der Umbau möglich. Seit der Eröffnung im Juli 2012 ist die Scheune ein beliebter Stadtteiltreff, Raum für kulturelle Veranstaltungen und zudem ein attraktiver Standesamtsraum.

Infrastruktur

Dem Bedarf entsprechend werden seit 2007 Teilzeit-Krippenplätze im Kinderhaus angeboten. Leiterin ist Ursula Flad, seit Birgit Endriß-Burth im Jahr 2011 gestorben ist. Aufgrund der gesunkenen Schülerzahlen werden die Klassen 1 und 2 sowie 3 und 4 seit Herbst 2008 klassenübergreifend unterrichtet. Schulleiterin ist seit 2007 Ilse Bräkow, sie löste die an die Grundschule Hirschau gewechselte Heidi Schreiner ab. 2010 konnte das 50-jährige Jubiläum der Charlottenschule gefeiert werden.

Für den lange Zeit beliebten Jugendraum interessieren sich derzeit nur wenige Jugendliche. Rechtmäßig ist er: Dies bestätigte das Verwaltungsgericht Sigmaringen 2011 nach einem Rechtsstreit mit Nachbarn.



Der Sportpark Kilchberg für Jung und Alt. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Nach 17 Jahren verließ Pfarrer Friedemann Bresch die evangelische Kirchengemeinde, sein Nachfolger Burkhard Bartel wurde 2011 in sein Amt eingeführt.

Neuer Wohnraum für Familien und Senioren konnte Hinter den Gärten und Im Vormorgen geschaffen werden. Seitdem der Zuckerbeck geschlossen hat, bietet die Bäckerei Leins im Sozialraum des Rathauses ihre Backwaren an. Das Pflegeheim Core musste leider 2013 schließen. Mehrere städtische Gebäude, die Martinskirche und Schloss Kilchberg erlitten große Schäden beim Hagelunwetter am 28. Juli 2013. Die Verkehrssicherheit in Kilchberg verbesserte sich, nachdem an der Ortsdurchfahrt in der Bahnhofstraße eine Geschwindigkeitsmessanlage aufgestellt wurde, ergänzt durch eine Geschwindigkeitsanzeige an der Landesstraße L 370.

Es gab viele Gründe zum Feiern: drei Schlossgartenfeste, zahlreiche Vereinsfeste und -jubiläen, darunter 125 Jahre Freiwillige Feuerwehr und 100 Jahre Ortsgruppe des Schwäbischen Albyereins.

Mehrmals im Jahr werden Begegnungen mit der Partnergemeinde Kilchberg am Zürichsee organisiert, wobei der Höhepunkt im Jahr 2007 ein Bürgerausflug zum Schokoladenfestival in die Schweiz war.

Ortschaftsrat und Ehrungen

Im Ortschaftsrat rückte Alexander Baumann im März 2007 für Béatrice Bürker nach. Bei der Wahl 2009 wurden für die Freie Kilchberger Wählervereinigung Kurt Bellack, Roger Keller, Bruno Krauß, Reinhard Krauß, Wolfgang Krauß, Martin Möhle und Gundi Reichenmiller gewählt. Für das Kilchberger Forum kamen Alexander Baumann, Bernhard Lorch-Wonneberger, Justine Rehbronn und Karin Revellio ins Gremium. Gundi Reichenmiller trat ihre zweite Amtszeit als Ortsvorsteherin an. Verstorben sind die ehemaligen Ortschaftsräte Gerd Million (2010) und Werner Krauß (2012), ebenso wie 2011 der frühere Kantor der Stiftskirche Gerhard Steiff, der auch das Kilchberger Heimatlied vertont hat. Siegfried Bürker, langjähriger Vertrauensmann des Schwäbischen Albvereins, wurde 2007 mit der Ehrennadel des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet. Der Leiter der Gemeindeverwaltung unserer Partnergemeinde Beni Bürgisser erhielt 2011 die Hölderlinplakette für seine Verdienste um die Partnerschaft. Für Peter Suter, den 2012 verstorbenen Förderer der Partnerschaft, wurde eine Gedenktafel am Feuerwehrhaus aufgehängt und ein Maronenbaum gepflanzt.

Daniela Bernhard, die zwölf Jahre auf der Verwaltungsstelle gearbeitet hatte, ging Anfang 2011 in Elternzeit. Vertreten wurde sie von Barbara Hebe, seit Juni 2012 von Theresia Stopper sowie zusätzlich seit Juni 2013 von Michael Haßbecker. Die Zahl der Einwohner/-innen liegt Anfang 2014 bei etwa 1.235.



Die Scheune in Kilchberg bietet Raum für kulturelle Veranstaltungen und standesamtliche Trauungen. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Pfrondorf

Seit 2007 hat sich in Pfrondorf vieles getan. Die Grundschule ist saniert, mit der Sanierung der Schönbuchhalle wurde begonnen. Beide Kinderhäuser und die Grundschule bieten heute Ganztagsangebote mit Mittagessen an. Die Eltern haben für die Grundschule ehrenamtlich ein grünes Klassenzimmer erstellt. In den Kinderhäusern gibt es inzwischen Krippenplätze. Die Spielplätze bei der Schule und in der Süßerstraße wurden komplett erneuert.

Außerdem gibt es ein neues Seniorenzentrum mit 15 Pflegeplätzen und 19 betreuten Wohnungen. Der neu gegründete Förderverein Seniorenwohnen betreibt dort ein wöchentliches Dorfcafé und veranstaltet Freizeitangebote für die Senioren und den Ort. Der Musikverein erstellte ein neues Musikzentrum in der Dorfmitte. Mit Mitteln aus dem Landeswohnraumförderungsprogramm wurden zwölf Sozialmietwohnungen in der Unteren Höhbergstraße gebaut.

Erstmals gibt es in Pfrondorf einen kommunalen Jugendraum, er wird vom neu gegründeten Förderverein ehrenamtlich betrieben. Dorffest und Weihnachtsmarkt sind

nach wie vor die Höhepunkte des örtlichen Miteinanders. Die Mini-Fußball-WM und die Sommerolympiade des Sportvereins haben zahlreiche überregionale Preise erhalten.

Heute gibt es in Pfrondorf flächendeckend Gasanschluss und schnelles Internet. Einige wenige Straßen erhielten einen neuen Belag. Die Bushäuschen des Stadtverkehrs wurden erneuert und an wichtigen Haltestellen um neue ergänzt. Am Bronnen baut die GWG an der Stelle des alten Farrenstalls ein neues Wohn- und Geschäftshaus mit geförderten Wohnungen.

Zwei langersehnte Projekte, der Kunstrasenplatz und ein neues Feuerwehrhaus, wurden im Haushalt verankert. Die Planung läuft. In den Gansäckern hat die Stadt gut zwei Hektar Grundstücke aufgekauft, um das Gewerbegebiet zu erweitern. Hierfür wird inzwischen ein Bebauungsplan erstellt. Auch das Wohngebiet Weiher, für das bereits der Rahmenplan existiert, wird nun im Flächennutzungsplan verankert, und es werden Bebauungspläne entwickelt, damit hier junge Familien eine Zukunft haben.



Frisch saniert: die Grundschule Pfrondorf. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Unterjesingen

Die Einwohnerzahl von Unterjesingen ist in den letzten sieben Jahren konstant geblieben – trotz bester Infrastruktur mit drei Kinderhäusern, einer zweizügig ausgebauten Grundschule, Banken, Metzgerei, Bäckereien, Tankstellen, Hotels, vielen Läden, mehreren Gastwirtschaften, 22 Vereinen, sehr guter Verkehrs- und ÖPNV-Anbindung und 51 Gewerbebetrieben. Am 30. Juni 2013 hatte Unterjesingen 2.536 Einwohnerinnen und Einwohner, zuvor waren durch den Mikrozensus 300 Personen abgezogen worden. Es spricht vieles dafür, dass die mangelnden Neubauplätze Familien davon abhalten, nach Unterjesingen zu ziehen. Abschreckend könnte auch die Bundesstraße wirken, die das Dorf zerteilt und mit über 22.000 Fahrzeugen am Tag äußerst belastet.

Die Kommunalwahlen im Jahr 2009 führten Hans-Martin Dittus, Hermann Kaiser, Dr. Christian Mickeler, Heinz Möllers, Michael Rak, Claudia Reutter, Isolde Rock, Rüdiger Rodi, Ulrich Seibold, Eva Stolte und Jörg Stickel in den Ortschaftsrat, Hans-Martin Dittus zusätzlich in den Stadtrat. Als Ortsvorsteher einstimmig bestätigt wurde Michael Rak, seine Stellvertreter sind Heinz Möllers und Jörg Stickel. Nach dem familiär bedingten Ausscheiden von Eva Stolte rückte Cordula Rutz im Jahr 2012 nach.

Ereignisse und Entwicklungen von A bis Z

Eine neue Technik ermöglichte es im Jahr 2011, den Ammerkanal aufzustauen, zu reinigen und wieder zu fluten. Weitere Weiden wurden mit Patenschaften zu Kopfweiden

umgestaltet. Wenig erfreulich gestalten sich die Verfahren für neue Baugebiete. "Jesinger Loch" heißt ein geplantes Wohngebiet für junge Familien. Der Bebauungsplan entwickelte sich zögerlich, wurde nach dem Aufstellungsbeschluss durch das Regierungspräsidium gestoppt und liegt derzeit auf Eis. Ein Schuppengebiet, das aus dem Rahmenplan heraus entwickelt worden war, befindet sich derzeit beim Regierungspräsidium im Raumabweichungsverfahren. Neu angegangen wurde die Innenentwicklung im Bereich Weinsteige/ Saarstraße/ Bergstraße; dort wurde ein gesetzliches Umlegungsverfahren eingeleitet. Einige Fragen sind noch ungeklärt. In Unterjesingen gibt es innerorts etwa 35 Baulücken. Wenn nur diese bebaut werden können, ist dies zu wenig für den Bestandserhalt. In den letzten sieben Jahren wurden im Ort insgesamt nur zehn Einfamilienhäuser mit 17 Wohneinheiten neu gebaut, fünf davon waren Ersatzbauten.

Ein überdachter Anbau am Friedhof und viele neue Sitzgelegenheiten haben die Situation bei Beerdigungen etwas entspannt, eine neue Aussegnungshalle scheint in weite Ferne gerückt zu sein. Die Gashochdruckleitung ist fertig, seit 2007 wurden schon zahlreiche Gebäude an die Gasversorgung angeschlossen. Die Grundschule wurde im Rahmen des Konjunkturprogramms saniert. Nach dem Neubau eines Wohnhauses in Umfeld Kelter und Kirche konnte im Jahre 2013 die Außenflächengestaltung neu angegangen werden. Künstler und Bürger im Ehrenamt gestalten bei geringem städtischem Zuschuss alle zwei Jahre das Kunstdorf (2009,



Unterjesingens Ortsbild ist intakt: Eingerahmt von Weinbergen liegt der Ort am Schönbuchrand. Bild: Universitätsstadt Tübingen

2011 und 2013). In Scheunen und alten Gebäudeteilen im historischen Ortskern präsentiert sich hochwertiges künstlerisches Schaffen und prägt insoweit auch Unterjesingen.

Welche Probleme es an der Ortsdurchfahrt der Bundesstraße B 28 gibt und wie man sie lösen könnte, wurde in einem Lärmaktionsplan und einem Luftreinhalteaktionsplan zusammengefasst. Auch mit Fortschreibung der Pläne wurden Pförtnerampeln eingerichtet, seit 26. Juli 2012 gilt flächendeckend Tempo 30. Weitere Maßnahmen müssen folgen. Ein im Jahre 2010 gegründeter "Tunnelbauverein Unterjesingen" hat den Bau einer Ortsumfahrung, möglicherweise als Tunnel im Süden zwischen Ammertalbahn und Ammer, wieder ins Gespräch gebracht. Die im Dezember 2012 durchgeführte "Bürgerbefragung" bestätigte eindrucksvoll, für wie dringend die Bevölkerung dies hält. Der Gemeindrat hat Anfang 2013 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben.

Die 1955 gepflanzten 100 Pappeln an der "Neuen Ammer" bilden eine landschafts- und ortsbildprägende Pappelallee. Einzelne Bäume mussten ersetzt werden, doch die Versuche, die Lücken mit standortgerechten "Schwarzpappeln" zu füllen, blieben 2007 und 2012 erfolglos. Seit 2007 gab es mehrere Vereins-Neugründungen (Freundeskreis der Freiwilligen Feuerwehr, Bike- und Dirtclub, Tunnelbauverein). 22 Vereine sind eine starke Stütze und jeweils Kumulationspunkt der gesellschaftlichen Aktivitäten in Unterjesingen. Der vielfach prämierte Weinbau in Unterjesingen ist im Aufwind. Von 75 Hektar gesetzlicher Rebenaufbaufläche sind jetzt 13,5 Hektar bestockt, in den letzten sieben Jahren gab es einen Zuwachs von beinahe 2 Hektar. Die Weinbergflächen sorgen auch für Schwierigkeiten: Es droht Verbuschung, Rodungen sind vorgeschrieben, weil man so die Probleme mit Wildverbiss und Wildschweinen mindern kann. Um hier auch gemeinsam aktiv zu werden, haben sich Weinbauern und Jägerschaft erstmals an einen Tisch gesetzt.

Weilheim

Seit den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 sitzen im Ortschaftsrat Weilheim vier Frauen und sieben Männer: Jutta Goltz, Brigitte Jantzen, Bärbel Trescher, Katrin Trescher, Claus-Eckhard Bürker, Roland Glaser, Dr. Uwe Heldmaier, Werner Lauer, Thorsten Müller, Werner Schall und Gerhard Ulmer. Ende 2009 zog Thorsten Müller weg, Klaus Röscheisen rückte nach. Für den im Januar 2012 plötzlich verstorbenen Werner Schall rückte Felix Mildner nach. Der Ortschaftsrat tagte im Berichtszeitraum jedes Jahr acht bis zehn Mal. Gerhard Ulmer erhielt 2008 die silberne, Claus Bürker 2010 die goldene Ehrennadel des Städtetags Baden-Württemberg. Ulmer wurde für 20, Bürker für 30 Jahre Mitarbeit im Ortschaftsrat geehrt.

Pro Jahr werden beim Standesamt Weilheim durchschnittlich sieben Paare getraut. Nach über elf Jahren als Leiterin der Grundschule Weilheim wechselte Christine Wedel-Diekert am Beginn des Schuljahrs 2013/2014 an eine andere Schule. Ihre Nachfolge hat kommissarisch Kerstin Stahl übernommen. In Weilheim bilden Kinderhaus und Schule seit 2011 ein Bildungshaus für Drei- bis Zehnjährige, ein Projekt der Landesregierung.

Pfarrer Wolfgang Kocher verließ im September 2011 nach über neun Jahren die Kirchengemeinde Weilheim-Hirschau. Die Stelle blieb ein Jahr lang unbesetzt, bevor im September 2012 die Nachfolger kamen: Pfarrerin Dr. Karoline Klas-Rittberger und Pfarrer Frithjof Rittberger teilen sich als Ehepaar die Stelle.

Vereine und deren Aktivitäten

Der Obst- und Gartenbauverein Weilheim feierte 2010 sein 60-jähriges Jubiläum, der Musikverein Weilheim beging sein 85-jähriges Jubiläum im Jahr 2012. Beim Schützenverein steht 2015 das 110-jährige Jubiläum im Kalender. Bis dahin wollen die Vereinsmitglieder möglicherweise ihr Schützenhaus wieder aufbauen, das am 21. Juli 2013 bis auf die Grundmauern abgebrannt ist. Der Kirchenchor Weilheim konnte im Jahr 2009 auf 40 Jahre zurückblicken, ebenso 2011 das Jugendzentrum Schlupfloch.

Vollendete Vorhaben

Die Golfanlage des Golfclubs Schloss Kressbach ist mittlerweile fertig – ein Projekt mit einer langen Vorgeschichte. Bereits ab 2001 wurde in den Weilheimer Ortsteilen Kreßbach und Eckhof darüber diskutiert. Mit dem Raumordnungsverfahren

im Juni 2003 kam das Verfahren in Gang, nach dem Satzungsbeschluss des Bebauungsplans 2007 konnte die Anlage in den Folgejahren gebaut werden. Die 9-Loch-Übungsanlage war 2008 fertig, die ersten neun Bahnen der 18-Loch-Anlage werden seit 2012 bespielt, und im Mai 2013 war schließlich die komplette Golfanlage vollendet.

Die vorbildliche Sanierung der ehemals landwirtschaftlich genutzten Scheunen am Westrand zu hochwertigem Wohnraum ging rasant weiter. Nur wenige – insbesondere kleinere Scheunen – warten noch auf eine neue Nutzung.

Auf dem Gelände der ehemaligen Röhrenfabrik Möck gibt es neue Nutzer: Nach den nötigen Erschließungsschritten siedelte sich 2009 U.D.O. an, die Dienstleistungsorganisation des Tübinger Uniklinikums, die dort heute eine Großküche betreibt. 2012 kam die Firma Stolz Fernwärmeservice GmbH hinzu, und 2013 folgte die Firma Klaas, spezialisiert auf Schrägaufzüge.

In der ehemaligen Kläranlage Weilheim hat die Stadt 2012 einen Häckselplatz errichtet.

Auf dem Dach des Feuerwehrhauses wird seit 2010, auf der Rammerthalle seit 2012 umweltfreundlicher Strom erzeugt, die Stadtwerke betreiben dort Photovoltaikanlagen. Hinzu kam eine Biogas-Anlage in Nähe der U.D.O.-Großküche. Die 2011 zwischen Kreßbach und Eckhof geplanten Windräder werden wohl nicht gebaut: Nach einer Windmessung im April 2013, bei der zu wenig Wind nachgewiesen wurde, hat man das Projekt nicht weiter verfolgt.

Rund 1.500 Einwohnerinnen und Einwohner

Die Zahl der Einwohner Weilheims schwankte in den vergangenen sieben Jahren. Zum Jahresende 2007 waren es 1.497. In den Folgejahren stiegen die Zahlen kontinuierlich bis auf 1.598 zum Jahresende 2012. Nach dem Zensus musste korrigiert werden: Festgesetzt wurde die Zahl auf 1.493 Einwohnerinnen und Einwohner.

Am Sonntag, 28. Juli 2013, wurde auch Weilheim von einem Unwetter mit tennisballgroßen Hagelkörnern heimgesucht. An Autos, Fassaden, Dächern und Fenstern entstanden große Schäden. Besonders in Mitleidenschaft gezogen wurde das jährliche Straßenfest des Musikvereins, das in vollem Gange war, als das Unwetter losbrach.

In Weilheim gibt es seit vielen Jahren drei beliebte Bürgeraktionen: die Markungsputzete von Albverein und Narrenfreunden, die Großputzaktion in der Rammerthalle sowie den Baumschnitt der gemeindeeigenen Obstbäume, die beim Regenüberlaufbecken und am Fußweg nach Derendingen wachsen. 2008, im 25. Jahr des Baumschnitts, war Oberbürgermeister Boris Palmer zu Gast. Zu den wichtigen Terminen, die im Weilheimer Kalender fest verankert sind, gehören auch der Blumenschmuck-Wettbewerb, das Vereins-Pokalschießen des Schützenvereins, das Oktoberfest der Narrenfreunde, das Vatertags- und das Straßenfest. Zwei Mal im Jahr lädt der Musikverein zu seinen Konzerten ein, die seit über 30 Jahren von Jürgen Jubl dirigiert werden. Klassiker sind zudem die Tischtennis-Dorfmeisterschaften sowie die Albvereins-Wanderung "Rund ums Dorf" am 1. Mai, bei der der Ortsvorsteher jeweils rund 80 Mitwanderern Neues aus der Kommunalpolitik und dem Ort berichtet.



Rund um das Schloss Kressbach ist in den letzten Jahren ein Golfplatz entstanden. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Büro des Oberbürgermeisters

Vom Fachbereich Interne Dienste hin zum Büro des Oberbürgermeisters und dem Fachbereich Personal, Organisation und Informationstechnik

Das heutige Büro des Oberbürgermeisters entwickelte sich aus einigen Organisationsänderungen in den vergangenen Jahren. 2003 wurde im Zuge der Verwaltungsreform der Fachbereich Interne Dienste gebildet. 2007 wanderte der Aufgabenbereich Städtepartnerschaften wieder zurück zum Fachbereich Kultur, in dem diese bis 2005 angesiedelt waren.

2012 entstanden aus dem Fachbereich Interne Dienste zwei Organisationseinheiten: der Fachbereich Personal, Organisation und Informationstechnik und das Büro des Oberbürgermeisters. Für das Büro des Oberbürgermeisters wurden die Aufgaben der Fachabteilung Kommunales, der Stabsstelle für Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung sowie des Referenten des Oberbürgermeisters zusammengefügt. Damit unterstützt das Büro des Oberbürgermeisters die Verwaltungsspitze bei ihrer Arbeit, ist interner Dienstleister, betreut die politischen Gremien der Stadt und ist federführend bei der Entwicklung und Begleitung umfangreicher Bürgerbeteiligungsprozesse.

Das Büro des Oberbürgermeisters gliedert sich in mehrere Bereiche: Steuerung, Kommunales mit dem Kommunalrecht als wesentlicher Aufgabe, Geschäftsstelle des Gemeinderats und Zentrale Dienste. Hinzu kommt die Beauftragte für bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung.

Geschäftsstelle des Gemeinderats

Die Geschäftsstelle des Gemeinderats arbeitet den Mitgliedern des Gemeinderats zu, ebenso auch dem Oberbürgermeister als dem Vorsitzenden des Gemeinderats und Leiter der Stadtverwaltung. Die Größe des Gemeinderats hat sich geändert: Nachdem die unechte Teilortswahl 1996 abgeschafft worden war, hatte das Gremium in den zwei Amtsperioden von 1999 bis 2009 die erhöhte Zahl von 48 Mitgliedern neben der Verwaltungsspitze. Seit 2009 sind es noch 40 Mitglieder.

Die Geschäftsstelle sorgt für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Gremienarbeit: Sie legt den Sitzungskalender fest, stellt eine Tagesordnung auf und sichert die Beratungsergebnisse in Sitzungsprotokollen. Im Jahr 2013 wurde das Sitzungsmanagementprogramm Session eingeführt. Es erleichtert der Verwaltung die Sitzungsvorbereitungen und das Erstellen der Vorlagen. Gemeinderatsmitgliedern bietet es die Möglichkeit, Tagesordnungen und Gemeinderatsvorlagen online abzurufen. Seit dem Herbst 2013 erhalten einige Mitglieder des Gemeinderats ihre Unterlagen in erster Linie auf einem Tablet-PC. Ziel ist es, künftig den Druck und Versand von Vorlagen deutlich zu reduzieren.

Weil das Rathaus saniert wird, können die Gemeinderatsund Ausschusssitzungen seit September 2012 nicht mehr im großen Sitzungssaal des Rathauses stattfinden. Die Ausschusssitzungen fanden im Herbst 2012 im Weltethos-Institut in der Hinteren Grabenstraße statt, seit Januar 2013 beraten die Ausschüsse im Akademiesaal der Stadtwerke. Der Gemeinderat tagt im Sitzungssaal des Kreistags im Landratsamt.



Am 23. Juli 2012 tagte der Gemeinderat letztmals vor der Sanierung im Großen Saal des Rathauses. Bild: Universitätsstadt Tübingen



Oberbürgermeister Boris Palmer räumt sein Büro im Sommer 2012. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Zentrale Dienste

Die Zentralen Dienste sorgen für ein stabiles Grundgerüst der Stadtverwaltung. Sie übernehmen viele interne und auch gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben.

Die Poststelle wickelt den gesamten Briefverkehr der Stadtverwaltung ab. Die Statistik der ausgehenden Poststücke für 2012, ein Jahr ohne Wahlen: Rund 255.000 Briefe und etwa 320 Päckchen wurden versandt. Nachdem 2009 das Postmonopol weggefallen ist, haben die Städte Metzingen, Reutlingen, Rottenburg, Tübingen sowie die Landratsämter Reutlingen und Tübingen eine Interkommunale Einkaufskooperation (IKO) gebildet und führen regelmäßig gemeinsame EU-weite Ausschreibungen der Postdienstleistungen durch.

Zu den Aufgaben gehört es auch, die Geschäftsausgaben für die Verwaltung zu planen und zu finanzieren. Bürobedarf und Papier werden im Rahmen der IKO ausgeschrieben und beschafft, Portokosten finanziert und Rundfunkbeiträge bezahlt. Auch Stellenausschreibungen und Amtliche Bekanntmachungen laufen über diese Tische.

Fünf Hausmeister betreuen die Tübinger Verwaltungsgebäude: Rathaus, Technisches Rathaus, Kulturamt mit Stadtbücherei, Bürgeramt und die Gebäude des Fachbereichs Familie, Schule, Sport und Soziales. Seit 2012 gehören auch die im Blauen Turm untergebrachten Organisationseinheiten dazu.

Das Büro des Oberbürgermeisters ist zudem für Ehrungen und Empfänge der Universitätsstadt zuständig. Es organisiert Glückwünsche an Geburtstagsjubilare, den Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters, die Ehrung besonders verdienter Bürgerinnen und Bürger oder den festlichen Empfang besonderer Gäste der Stadt. Herausragend waren der zweimalige Besuch des damaligen Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler, des Alt-Bundeskanzlers Dr. h. c. Helmut Schmidt, des italienischen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano, des Friedensnobelpreisträgers Desmond Tutu und des amtierenden Bundespräsidenten Joachim Gauck.

Wahlen und Statistik

Das Team Wahlen und Statistik organisiert die Durchführung aller Wahlen. Außerdem bereitet es statistisches Datenmaterial für Bürgerschaft und Verwaltung auf und macht es zugänglich.

Zensus 2011

Im Frühjahr 2011 gab es im ganzen Bundesgebiet eine Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung: Zensus 2011. Die Gebäude- und Wohnungszählung wurde als Vollerhebung direkt vom Statistischen Landesamt durchgeführt. Sämtliche Gebäude- und Wohnungseigentümer wurden angeschrieben.

Die Bevölkerungszählung war als Stichprobe organisiert. Eigens dafür wurde in Tübingen eine abgeschottete Erhebungsstelle im Rathaus eingerichtet. Zu erheben waren etwa 8.000 Personen in Wohngebäuden (Stichprobe) und etwa 7.000 Personen in Wohnheimen (Vollerhebung). Dafür wurden etwa 140 Zählerinnen und Zähler benötigt. Diese mussten im Zeitraum Mai bis Mitte Juli 2011 tausende Menschen befragen. Hierfür gingen sie zu den vom Statistischen Landesamt vorgegebenen rund 1.000 Wohngebäuden sowie in alle Wohnheime Tübingens: in Studierendenwohnheime, Altenheime und Wohnheime für Beschäftigte am Klinikum, ins Männerwohnheim, in Verbindungshäuser und weitere Einrichtungen. Dort interviewten sie sämtliche Bewohnerinnen und Bewohner. Dabei wurde festgestellt, ob jemand beim Einwohnermeldeamt gemeldet oder nicht gemeldet ist. Außerdem wurden insbesondere Daten zu Migration, Schulbildung, Ausbildung und der aktuellen Berufstätigkeit erhoben. Die wichtigsten Ergebnisse des Zensus stehen auf Seite 158.

Als wichtigstes Ergebnis wurde im Mai 2013 die neue, rechnerisch ermittelte amtliche Einwohnerzahl bekannt gegeben, gültig zum Stichtag 9. Mai 2011. In Tübingen lag sie am Stichtag bei 82.511 Personen. Diese amtliche Einwohnerzahl ist eine wichtige Größe: Sie ist die Grundlage für alle Finanzzuweisungen zwischen dem Bund, den Ländern und den Kommunen. In Tübingen war sie um rund 5.800 Personen geringer als die seit der Volkszählung 1987 fortgeschriebene amtliche Einwohnerzahl.

Neben dieser amtlichen Einwohnerzahl des statistischen Landesamtes gibt es noch das Melderegister, in dem die Stadt alle Personen führt, die in Tübingen gemeldet sind. Zum Stichtag lag die Einwohnerzahl in diesem Verzeichnis um 1.700 Personen unterhalb der amtlichen Einwohnerzahl. Die Differenz entsteht aus den unterschiedlichen Vorgehensweisen, wie die Zahlen erhoben werden.

Datenschutz

Der behördliche Datenschutzbeauftragte der Stadtverwaltung kontrolliert, ob bei der Stadtverwaltung Tübingen die Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes eingehalten werden, ebenso andere Datenschutzregelungen wie das Sozialgeheimnis.

Arbeitssicherheit

Das Büro des Oberbürgermeisters kümmert sich auch um Arbeitsschutz und Unfallverhütung für die gesamte Verwaltung sowie die Eigenbetriebe. Es gibt eine Fachkraft für Arbeitssicherheit, deren Aufgabe es ist, den Arbeitgeber bei den erforderlichen Arbeitsschutzmaßnahmen zu beraten. Dazu gehören beispielsweise die Gestaltung der Arbeitsplätze, die Überwachung von Schutzmaßnahmen, die Auswahl von Schutzausrüstungen oder auch die Ermittlung von Unfallund sonstigen Gesundheitsgefahren.

Fairtrade-Stadt

Tübingen ist seit dem 1. Dezember 2010 Fairtrade-Stadt. Diese Auszeichnung hat der Verein Transfair e. V. im Rahmen der internationalen Kampagne Fairtrade Towns verliehen. Er hat damit das Engagement von Bürgerschaft, Handel und Gastronomie sowie Politik und Verwaltung gewürdigt, den fairen Handel in Tübingen voranzubringen. Ende 2012 wurde der Titel erneuert.

Eine Steuerungsgruppe aus Bürgerinnen und Bürgern sowie Verwaltungsmitgliedern arbeitet daran, den fairen Handel in Tübingen weiter voranzubringen. Beispiele dafür sind der Moshi-Kaffee, den es seit 2012 zu kaufen gibt. Dieser fair gehandelte Bio-Kaffee wird aus Bohnen von den Hängen des Kilimandscharo in der Region um Moshi geröstet. Erstmals gab es 2012 auch einen Fairen Markt, an dem Händlerinnen und Händler über faire Lebensmittel, fairen Schmuck und faire Kleidung informieren und diese verkaufen konnten.

Beauftragte für Bürgerengagement

Die Stelle der Beauftragten für Bürgerengagement ist seit Juli 2009 wieder besetzt, nach zweijähriger Vakanz. Sie ist eine zentrale Koordinierungs- und Anlaufstelle in der Stadtverwaltung, ein Ansprechpartner für Bürgerschaft, Vereine, Gruppen, Initiativen und Verbände. Zu ihren Aufgaben gehört es, Beteiligungsverfahren zu konzipieren und zu organisieren, die im Rahmen der Stadtentwicklung fachbereichsübergreifend von gesamtstädtischer Bedeutung sind. Außerdem fördert sie die Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen freiwilligen Engagements und kümmert sich um dessen Anerkennung.

In einem Workshop Anfang 2012 haben sich rund 80 Ehrenamtliche und Engagierte aus allen gesellschaftlichen Bereichen mit der Frage beschäftigt: Welche Unterstützung braucht Tübingen, damit sich freiwilliges, ehrenamtliches Engagement weiter entwickeln kann? Aus den vielen Anregungen, Ideen und Wünschen wurden einige neue Angebote erarbeitet, in Kooperation mit Teilnehmenden am Workshop, dem Sozialforum Tübingen e.V. und dem BüroAktiv Tübingen e.V.: Seit 2012 gibt es jährlich ein kostenloses Informationsund Weiterbildungsprogramm, speziell zugeschnitten auf die Interessen und den Bedarf der Engagierten. Es wurde eine Aufstellung mit Material- und Raumressourcen angelegt. Sie enthält alle städtischen Materialien, die ausgeliehen werden können, und die Räume, die zu mieten sind. Außerdem gibt es seit Juli 2013 einen mobilen Infostand, das Tübinger Info-Rad, das alle Vereine für ihre Öffentlichkeitsarbeit nutzen können. Eine Spalte der vierzehntägig erscheinenden Zeitschrift



An einem Infostand in der Karlstraße informierten sich Bürgerinnen und Bürger im Oktober 2012 über den geplanten Umbau des Zinser-Dreiecks. Bild: Universitätsstadt Tübingen

"Tübingen im Fokus" wird ab 2014 dazu dienen, allen Interessierten einen Überblick zu geben, wo sie sich einbringen, beteiligen, ihre Kompetenzen einsetzen und gemeinsam mit anderen gestalten können.

Anerkennung ist der beste Dank für Engagierte. Dafür ist es ganz wesentlich, das Engagement überhaupt wahrzunehmen, es ernst zu nehmen, zu würdigen und öffentlich sichtbar zu machen. Deswegen wurde gemeinsam mit dem BüroAktiv die erste Anerkennungsgala konzipiert und durchgeführt. Im April 2013 wurden 160 Personen, die sich über viele Jahre und oft im Verborgenen engagiert hatten, zu dieser Gala eingeladen. Hierfür waren sie zuvor von der Öffentlichkeit vorgeschlagen worden. Zum Abendprogramm gehörten Festessen, Unterhaltungsprogramm und Tanz. Den geladenen Gästen wurde deutlich gezeigt: Dies ist ein Dank für ihr großes Engagement. Einzelpersonen, Vereine, Betriebe und Unternehmen konnten zudem sogenannte "Ehren(amts) karten" verschenken und damit zur Finanzierung der Veranstaltung beitragen.

Die Engagierten waren begeistert und nutzten die Gelegenheit zum informellen Austausch, der für sie sehr bereichernd war. Diese neue Form der Anerkennung fand

viel Anklang. Künftig soll alle drei bis vier Jahre eine solche Gala stattfinden.

Seit 2006 gibt es eine Begrüßungs-Veranstaltung für alle neuen Tübingerinnen und Tübinger. Den Impuls dazu hatte das BüroAktiv gegeben, um ein Projekt der Willkommenskultur zu etablieren. Seither findet diese Begrüßung jährlich im Herbst statt. Pro Jahr werden etwa 6.000 neue Bürgerinnen und Bürger Tübingens zu einer Theatervorstellung ins Landestheater Tübingen eingeladen. Im Anschluss daran können sich die Neubürgerinnen und -bürger informieren über die Vielfalt an Freizeit- und Engagementmöglichkeiten in Tübingen. Für die rund 50 Vereine, die sich dabei präsentieren, ist dies mittlerweile ein wichtiger Baustein ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

Für Bürgerinnen und Bürger, die Spaß am Gärtnern haben, gibt es seit 2010 ein neues Projekt: "(M)ein Stück Tübingen" heißt es. Die Stadtverwaltung bietet all jenen, die gern gärtnern und vielleicht keinen eigenen Garten haben, eine Patenschaft für ein Stück öffentliches Grün an. Dazu gehören kleine öffentliche Grünflächen, Pflanzkübel oder auch Baum- und Blumenbeete, die im Rahmen einer Patenschaft verschönert und gestaltet werden können.



160 Menschen kamen zur ersten Anerkennungsgala im April 2013. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Stabsstelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Stabsstelle informiert die Medien über die Arbeit der gesamten Verwaltung und des Gemeinderats. Sie ist Servicestelle für alle Fachbereiche und Dienststellen, berät diese und hilft, deren Arbeitsprozesse und -resultate in der Öffentlichkeit darzustellen. Für die Kommunikation nutzt sie unterschiedliche Wege: Pressemitteilungen, Pressegespräche, Interviews und Broschüren. Die Pressestelle pflegt den Kontakt zu den Medien, plant und koordiniert die städtische Öffentlichkeitsarbeit, berät die Verwaltung und externe Partner zu Publikationen, organisiert die interne Kommunikation und informiert die Bürgerschaft über elektronische Medien.

Pressearbeit

Die Zahl der jährlich versandten Pressemitteilungen der Stadtverwaltung hat sich in den vergangenen acht Jahren nahezu verdoppelt. Im Jahr 2013 waren es 466 Mitteilungen an die regionalen und überregionalen Medien. Das inhaltliche Spektrum bildet die gesamte Vielfalt der städtischen Themen ab. Häufig werden Pressemitteilungen in Kooperation mit anderen Institutionen wie Universität, Regierungspräsidium oder Landratsamt verfasst. Zudem werden Entscheidungen der Verwaltung und des Gemeinderates transportiert und erläutert.

Versandt wird regelmäßig an rund 100 regionale Redaktionen, Journalisten und andere Multiplikatoren. Je nach Bedeutung des Themas werden die Mitteilungen zusätzlich an den Landespresseverteiler verschickt, das sind rund 80 Adressen in Baden-Württemberg, punktuell auch an ausgewählte Journalisten bundesweit.

In den vergangenen Jahren ist die Resonanz auf die städtische Pressearbeit stark gestiegen: 2006 wurden rund 70 Prozent der Mitteilungen von den Medien aufgegriffen; im ersten Halbjahr 2013 waren es 93 Prozent, die zu einem oder mehreren Artikeln verarbeitet wurden.

Soll die Presse über komplexe Zusammenhänge informiert werden, lädt die Stabsstelle zu Pressegesprächen oder Vor-Ort-Terminen ein. Pro Jahr werden rund 80 Termine organisiert. Vorab werden Presseeinladungen verschickt, Hintergründe recherchiert, Ablaufpläne erstellt, Pressemitteilungen verfasst und mit allen Beteiligten abgestimmt. Außerdem werden häufig im Nachgang zusätzliche Fragen von Journalisten beantwortet, die sich erst beim Termin ergeben haben.

Einige Ereignisse lösen ein hohes mediales Interesse aus. In solchen Fällen ist eine besonders umfangreiche, vorausschauende und koordinierende Pressearbeit im Vorfeld nötig, um unliebsame Überraschungen möglichst zu vermeiden. 2013 gehörten dazu die Bestattungen von Walter Jens und Joachim Vogel. In solchen Fällen müssen Medienpools organisiert werden, um die Medien-Präsenz in einem angemessenen Rahmen zu halten und dennoch das Recht der Presse auf Berichterstattung zu wahren und zu ermöglichen.

Die Stabsstelle beantwortet täglich Anfragen von Journalisten, Multiplikatoren und aus der Bürgerschaft. Bei Bedarf vermittelt die Pressestelle Expertinnen und Experten aus der Verwaltung als Interview- oder Ansprechpersonen.

Auftritte im Internet

Die Internetpräsenz www.tuebingen.de wurde im November 2011 von der Stabsstelle neu gestaltet: Design und Menüführung änderten sich. Seitdem sind die Besucherzahlen um knapp 50 Prozent gestiegen und liegen derzeit zwischen 90.000 und 100.000 unterschiedlichen Besuchern pro Monat.

Die Stabsstelle betreut fünf weitere deutschsprachige Microsites. Dies sind Webpräsenzen für das Stadtmuseum (27.000 Seitenansichten in 2013), die Stadtbücherei (106.000 Seitenansichten in 2013), die Alte Weberei Lustnau (20.000 Seitenansichten in 2013), Tübingen macht blau (16.000 Seitenansichten in 2013) und das Südliche Stadtzentrum (8.700 Seitenansichten in 2013). Die englische Seite www. tuebingen.de/en bietet Informationen zu Kultur und Freizeit, Hotels und Einkaufsmöglichkeiten (23.000 Seitenansichten in 2013).

Zu den nächsten Entwicklungsschritten gehören eine neue Datenbank mit Infos zu allen Tübinger Kindertagesstätten, eine Seite für die "Tübinger Talente" mit Kontaktformular sowie die Entwicklung weiterer Microsites. So braucht die WIT eine neue Homepage, ein Ratsinformationssystem ist geplant, außerdem eine Seite "Fahrrad fahren in Tübingen". Zudem soll das Lebenslagenprinzip eingeführt werden: Was tun bei Geburt, Umzug, Heirat oder wenn ein Angehöriger stirbt? Die Internetseite www.tuebingen-macht-blau.de wird technisch und grafisch überarbeitet.

Mobile Anwendung www.tuebingen.de/mobil

Für alle, die in Tübingen zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem Auto unterwegs sind, hat die Pressestelle eine Anwendung (= App) für mobile Endgeräte entwickelt, die seit September 2013 online ist. Grundlage der kostenlosen App ist ein Stadtplan, auf dem viele nützliche Infos eingetragen oder markiert sind: Parkhäuser mit aktuellem Füllstand, Sehenswürdigkeiten in der Altstadt, aktuelle Baustellen, E-Bike-Ladestationen und die Netten Toiletten. Auch den eigenen Standort kann man sich jederzeit auf der Karte anzeigen und sich so durch Tübingen leiten lassen. Zu den nächsten Entwicklungsschritten gehören literarische Streifzüge und eine Anzeige der Busse in Echtzeit. Dies kann umgesetzt werden, sobald das Anzeigesystem der Stadtwerke im Stadtgebiet vollständig funktioniert.

Interne Kommunikation

Für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Computer-Arbeitsplatz gibt es das städtische Intranet, über das kommuniziert wird. Für alle anderen werden einmal im Monat die Nachrichten des Intranets zu einer Broschüre zusammengefasst und in gedruckter Form verteilt. Eine Neugestaltung des Intranet ist aus technischen Gründen in den nächsten Jahren erforderlich. Eine stärkere redaktionelle Betreuung des Intranets und der Broschüre sind wünschenswert, aber mit den derzeitigen Personalressourcen nicht leistbar.

Broschüren, Faltblätter und Plakate

Die Stabsstelle ist Ansprechpartnerin für das Erstellen der städtischen Drucksachen wie Flyer, Faltblätter, Plakate und Broschüren. Sie berät zu den Inhalten, redigiert oder schreibt Texte, hilft bei der Bildersuche und überwacht die Umsetzung des städtischen Designs. So wurden beispielsweise seit 2008 rund 40 verschiedene Faltblätter im Rahmen der Klimaschutzkampagne Tübingen macht blau erstellt.

Sonderaktionen und Projekte

Zu den zahlreichen Sonderprojekten gehört die Kampagne Tübingen macht blau, die 2007 von der Stabsstelle ins Leben gerufen wurde. Dazu wurde ein Agenturen-Wettbewerb durchgeführt, das Kommunikationskonzept entwickelt, die Webseite erstellt, das Erscheinungsbild der Kampagne festgelegt und viele Bausteine zum Klimaschutz konzipiert. Vortragsreihen, Präsentationen und zahlreiche Aktionen stießen auf ein ungewöhnlich breites Echo in der Bevölkerung und in den Medien; der Claim "Tübingen macht blau!" wurde zum geflügelten Wort und trug maßgeblich zum Erfolg des Tübinger Klimaschutzprojekts bei (siehe Seite 22).

Zum Lustnauer Hochwasserschutz hat die Stabsstelle 2013 eine Ausstellung entworfen. Weitere Ausstellungen gab es unter anderem zum Partnerschaftsjubiläum mit



Im Juni 2009 hielt Joschka Fischer einen Vortrag in der vollbesetzten Mensa im Rahmen der Kampagne Tübingen macht blau. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Aix-en-Provence, zu Tübingen macht blau sowie zur Neubürgerbegrüßung.

Im Rahmen der RadKULTUR wurden Wettbewerbe, Kinowerbung, Rollups und andere Aktionen realisiert. Zu anderen Themen wurden Umfragen organisiert: beispielsweise zu Tempo 30/40 oder als Feedback zum Internetauftritt.

Namensschilder, Türschilder, Bauschilder, Wegweiser, Plakate, Transparente, Rollups, Beachflags und City-Cards werden von der Stabsstelle zu unterschiedlichen Themen und Anlässen hergestellt.

Organisation von Veranstaltungen

Auch bei zahlreichen Veranstaltungen wirkte die Stabsstelle mit. Dazu gehören die jährlichen Klimatage, die Luftballon-Aktion zum Erreichen der Betreuungsquote für Kleinkinder 2013, die Begrüßung der 90.000. Einwohnerin 2012 oder der Festakt zum 500-jährigen Jubiläum der astronomischen Rathausuhr 2011. Die Neubürgerbegrüßung wurde auf Vorschlag der Stabsstelle vor einigen Jahren neu konzipiert und findet seither im Landestheater Tübingen (LTT) statt.

Streuartikel

In begrenztem Umfang verschenkt die Stadt bei Veranstaltungen kleine Werbegeschenke. Entworfen und hergestellt wurden Papiertragetaschen, Schreibblöcke, Kugelschreiber, Radkultur-Gummibärchen, Tübingen-macht-blau-T-Shirts und -Kappen sowie diverse PVC-freie Aufkleber.

Anzeigen

14-tägig erscheint eine von der Stabsstelle gestaltete redaktionelle Seite in der kostenlosen Zeitung Tübingen im Fokus. Für viele Veranstaltungen erstellt die Stabsstelle Anzeigen, die in der Regel im Schwäbischen Tagblatt erscheinen.

Personal und Ausbildung

Für die Aufgaben der Stabsstelle stehen 2,1 Stellen zur Verfügung. Seit 2009 bietet die Stabsstelle zusätzlich ein zweijähriges Volontariat an, bei dem sehr viel Wert auf eine sorgfältige Ausbildung mit internen und externen Stationen gelegt wird. Die seither ausgebildeten Volontärinnen und Volontäre haben ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen und anschließend eine feste Anstellung in anderen Pressestellen gefunden. Seit August 2012 ist die Hausdruckerei an die Stabsstelle angegliedert und wird von der Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit geleitet.



Martin Boertzel (Mitte) und Wolfgang Binder (links) betreuen ehrenamtlich die astronomische Uhr und wurden bei einem Empfang zu deren 500. Geburtstag gemeinsam mit ihrem Vorgänger Karl Schmid (rechts) geehrt.

Bild: Universitätsstadt Tübingen



Im November 2009 erhielt Tübingen den Stadtmarketingpreis des Einzelhandelsverbandes aus der Hand des Wirtschaftsministers Ernst Pfister. Das Konzept hatte die Stabsstelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam mit dem Handel- und Gewerbeverein entwickelt. Bild: Einzelhandelsverband

Stabsstelle Gleichstellung und Integration

Im Jahre 2009 wurden die beiden Aufgabenfelder Gleichstellung und Integration in einer Stabsstelle zusammengefasst. Diese ist im Dezernat des Oberbürgermeisters angesiedelt. Geschlechtergerechtigkeit und Gleichheit für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind fachliche Querschnittsaufgaben und als kommunalpolitische Zielsetzung strategisch verankert.

Gleichstellung

Stärkung genderbezogener Maßnahmen und Gewaltprävention

Um bestehende Strukturen und Verhältnisse zu verändern und zu entwickeln, braucht es Akteurinnen und Akteure sowie förderliche Rahmenbedingungen. Die Stabsstelle baut Netzwerke auf und stellt städtische Zuschüsse zur Verfügung, damit die gleichstellungsorientierte Arbeit für Frauen, Mädchen und Männer mit den zuständigen Vereinen vorangebracht, vernetzt und sichergestellt werden kann. Zudem werden in Tübingen gemeinsam mit wechselnden Kooperationspartnern Vorträge, Workshops, Tagungen, Arbeitskreise und zahlreiche Veranstaltungsreihen organisiert. Dazu gehörte beispielsweise die Vorlesungsreihe "Spannungsfelder von Gender und Diversität" im Wintersemester 2010/2011, wo die politischen und wirtschaftlichen Konzepte "Gender Mainstreaming" und "Diversity Management" diskutiert wurden. Gemeinsam mit dem Verein Arabischer Studenten und Akademiker e.V. und der Volkshochschule Tübingen wurde die Vortragsreihe "Arabische Welten – Arabische TübingerInnen. Blicke auf die Heimat" veranstaltet. Mit dem Tübinger Frauenprojektehaus wurde 2012 die Vortragsreihe "Geschlechterperspektiven im Wandel" umgesetzt. Über fünf Jahre hinweg wurde mit dem Deutsch-Amerikanischen Institut ein Netzwerk "Women After Work" aufgebaut und etabliert. Darüber hinaus wurde gemeinsam mit Terre des Femmes das jährliche Filmfest "Frauenwelten" etabliert.

Häusliche Gewalt ist die am weitesten verbreitete Gewaltform. Hier setzt das Tübinger Interventionsprojekt "Häusliche Gewalt" an. Zahlreiche Akteurinnen und Akteure haben gemeinsam Schritte zur Prävention entwickelt: Polizei, Staatsanwaltschaft, die Jugendgerichtshilfe des Landratsamts, Stadtverwaltung, Amtsgericht, Frauen helfen Frauen, PfunzKerle, TIMA, Pro Familia und andere. Im Fokus der Projektarbeit steht das Platzverweisverfahren samt Beratung und Koordination. Kommune und Landkreis haben 2009 eine Stelle hierfür geschaffen.

Chancengleichheit in der Stadtverwaltung

Intern hat sich die Stadtverwaltung die Umsetzung des Chancengleichheitsplans von 2011 vorgenommen. Frauen sind nach wie vor in den niedrigeren Laufbahngruppen über- und in den höheren Laufbahngruppen unterrepräsentiert, sie haben deutlich weniger Führungspositionen inne. Teilzeitbeschäftigung hingegen wird überwiegend von Frauen wahrgenommen. Diesen Asymmetrien wirkt der Chancengleichheitsplan entgegen, aus dem zwei neue Projekte entwickelt wurden: Im Genderkompetenztraining werden Führungskräfte für geschlechterspezifische Besonderheiten im Arbeitsalltag sensibilisiert. Das Mentoringprojekt dient der Unterstützung und Förderung von potentiellen Nachwuchskräften durch Führungskräfte.

Berufliche Orientierung

Seit 2004 ist die Verwaltung am Girls' Day beteiligt: Etwa 4.000 Mädchen nutzen jedes Jahr diesen Zukunftstag an Tübinger Schulen. Bald darauf kam der Boys' Day hinzu. Von 2009 bis 2012 wurde zudem die Girls' Day Akademie Tübingen etabliert: Dabei wurden 140 Mädchen der Klassen 7 bis 9 im Rahmen einer gezielten Berufsorientierung an der Schule begleitet. Sie konnten Seminare, Workshops und Praktika auswählen, über 50 Unternehmen beteiligten sich. Dadurch erhielten die Mädchen in den Betrieben Einblicke in 17 Berufsbilder im Handwerk, zwölf im gewerblich-technischen Bereich und sechs im IT-Bereich.

2012 und 2013 wurde dieses Angebot mit Unterstützung der Tübinger Wirtschaft sowie neun regionaler Kooperationspartner fortgeführt, als nachhaltige Initiative in der "Regionalen Verantwortungspartnerschaft Berufswahl Generation Girls" (GeG). Ab 2014 gibt es eine kommunale Projektstelle, die sich um alle GeG-Projekte sowie Girls' Day und Boys' Day kümmert.

Integration

Integrationskonzept Tübingen 2010

In Tübingen leben Menschen aus 140 verschiedenen Ländern, etwa ein Viertel der Stadtbevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Je nach Herkunft sind allerdings ungleiche Soziallagen, soziokulturelle Milieus und Bildungschancen zu beobachten. Um hier aktiv werden zu können, beschloss der Gemeinderat 2009 die Stelle der Integrationsbeauftragten, die in der Verwaltung im Verbund mit der Dienststelle Gleichstellung eingerichtet wurde. Integration wurde zu einem Schlüsselthema der Kommunalpolitik.

Um die Prozesse der sozialen Integration zu fördern und umzusetzen, hat die Universitätsstadt Tübingen anschließend in einer Reihe von Gesprächsforen und Workshops ein Rahmenkonzept für die Integration erstellt. Integration wird darin als ein wechselseitiger Prozess verstanden, den ebenso die Migrantinnen und Migranten wie die Mehrheitsgesellschaft gestalten. Das Tübinger Integrationskonzept skizziert fünf kommunale Handlungsfelder mit Schlüsselprojekten und Maßnahmen: Bildung und Sprachförderung, interkulturelle Öffnung der Verwaltung, Kultur und Begegnung, soziale Partizipation und Erwerbsleben sowie Gesundheit und Sportförderung. Der Gemeinderat hat die beiden ersten Punkte als Priorität definiert.

Die deutsche Sprache zu beherrschen ist eine wichtige Voraussetzung, damit die soziale und berufliche Integration der Einwohnerschaft mit Migrationshintergrund gelingen kann. Deswegen ist der Bereich "Bildung und Sprachförderung" ein Kernpunkt des Integrationskonzepts. In diesem Rahmen werden zahlreiche Projekte an Schulen unterstützt und mit Laufzeiten von bis zu zwei Jahren gefördert. Hervorzuheben ist das Projekt "Stadt der Kinder", das in den Pfingstferien 2011 angeboten wurde in Kooperation mit der Universität, dem LTT und dem städtischen Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales. 66 Kinder im Alter von 8 bis 11 Jahren verbesserten ihre Sprachkompetenz dort deutlich. Während des Camps bauten die Kinder ein Hüttendorf und entwickelten ein Theaterstück. 2013 wurde die Maßnahme regulär ins städtische Programm aufgenommen.

Arbeits- und Gesprächskreise

Damit Integrationsbemühungen fruchten, ist eine Vernetzung zwischen Akteuren vor Ort und der Verwaltung un-

erlässlich. Daher werden die Arbeits- und Gesprächskreise fortgeführt. Beispielsweise gibt es das "Treffen der Internationalen Vereine" und den "Gesprächskreis Integration". Für kommunale Integrationsarbeit sind speziell die Migrantenvereine von großer Bedeutung. Deshalb werden diese Vereine von der Stabsstelle gezielt unterstützt: Sie erhalten Zuschüsse sowie regelmäßig angebotene Fortbildungen zur Professionalisierung der Vereinsarbeit.

Interkulturelle Elternbildung

Das seit 2010 aus Bundes- und Landesmitteln geförderte Projekt "Interkulturelles Netzwerk Elternbildung Tübingen" (INET) verbindet zwei Handlungsfelder des Integrationskonzepts: "Bildung und Sprachförderung" sowie "soziale Partizipation und Erwerbsleben".

INET soll ein Netzwerk aufbauen, in dem verschiedene Tübinger Bildungsträger nachhaltig und dauerhaft kooperieren. Zielgruppe sind Eltern mit Migrationshintergrund: Sie sollen ihre Kinder auf dem Bildungsweg unterstützen können, deswegen stärkt man ihre Erziehungskompetenzen in Bildungsfragen.

Mittlerweile beteiligen sich schon über 35 Kooperationspartner am Netzwerk. Zudem engagieren sich über 80 Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund an den Schulen: als Elternmentoren sowie als Tübinger Talente für Eltern und Kinder. Die Stabsstelle arbeitet eng zusammen mit Stadtverwaltung, Migrationserstberatungsstellen, Kindertageseinrichtungen und Schulen, Universität und Migrantenvereinen. Über mehrsprachige Flyer, Broschüren, Presseartikel sowie Veranstaltungen wird die Öffentlichkeit auf Themen und Inhalte des Projekts aufmerksam gemacht. 2012 fand der Fachtag "Vielfalt an der Schule im Dialog" statt. Mit einem Ende 2013 erschienenen Fotoband wurde das erfolgreiche Wirken von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Tübingen sichtbar gemacht. Um die bisherigen Erfolge des Projekts sicherzustellen, wird INET in 2014 im Rahmen einer kommunalen Projektstelle weitergeführt.

Integrationspreisverleihung

Um besonderes Engagement in der Integrationsarbeit zu honorieren, wurde 2011 der kommunale Integrationspreis ins Leben gerufen. Er wurde bislang zweimal an jeweils drei Projekte verliehen. Gestiftet wird der Preis über drei Jahre hinweg von der Kreissparkasse Tübingen, den Stadtwerken, der Walter AG sowie der Universitätsstadt Tübingen.

Integrationsbeirat

2012 hat der Gemeinderat die Konstituierung eines Integrationsbeirats (IB) beschlossen. Dieser Beirat soll für Menschen mit Migrationshintergrund gleichberechtigte Teilhabe- und Mitgestaltungschancen im politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben gewährleisten. Das beratende Gremium besteht aus fünf Gemeinderatsmitgliedern und zwölf vom Gemeinderat zu wählenden sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Leiterin der Stabsstelle Gleichstellung und Integration ist qua Amt Mitglied.

Im Oktober 2013 wurde die Geschäftsordnung des IB durch den Gemeinderat beschlossen. Im Frühjahr 2014 werden die zwölf Integrationsbeiräte gewählt, danach soll die konstituierende Sitzung stattfinden.



Im Juni 2011 besuchte die Ministerin für Integration Bilkay Öney gemeinsam mit Oberbürgermeister Boris Palmer das Pfingstcamp Stadt der Kinder. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz

Im Dienste einer liebens- und lebenswerten Umwelt

Der Amtsantritt von Oberbürgermeister Boris Palmer brachte eine Verlagerung der politischen Schwerpunkte. Aus dem "Kompetenz-Center Umweltbeauftragte" wurde die "Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz", sodass bereits im Namen der neue Schwerpunkt des kommunalen Klimaschutzes sichtbar wurde. Nachdem die langjährige Umweltbeauftragte Dr. Sybille Hartmann ins Baudezernat gewechselt war, wurde Mitte 2008 ein neuer Umwelt- und Klimaschutzbeauftragter eingestellt. Über eine Bundesförderung gelang es 2012, eine befristete Stelle zu schaffen, die sich seither um die Beratung von Arbeitgebern zum betrieblichen Mobilitätsmanagement kümmert. Durch die neue Schwerpunktsetzung änderte sich weder die Vielfalt noch die Bearbeitungstiefe der Aufgaben. Die Stabsstelle sorgt dafür, dass Umwelt- und Klimaschutzaufgaben problemgerecht wahrgenommen werden und fördert das Bewusstsein für den Umwelt- und Klimaschutz sowie für Nachhaltigkeitsaspekte. Zielgruppen sind die Stadtverwaltung und die Öffentlichkeit. Mit drei Vollzeitstellen, die sich derzeit vier Beschäftigte teilen, übernimmt die Stabsstelle konzeptionelle und moderierende Arbeit. Hinzu kommen Aufgaben des Controllings, der Datenerhebung und der Projektumsetzung. Hier einige Einblicke:

Umweltschutz

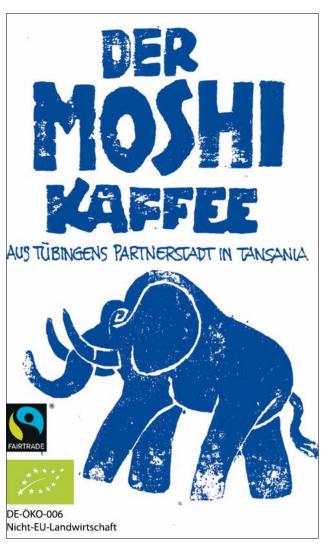
In Tübingen werden seit Langem gesetzlich festgelegte Grenzwerte für die Luftqualität überschritten, speziell für Feinstaub und Stickoxide. Als deutliche Reaktion hierauf wurden 2008 Umweltzonen eingerichtet. Durch die Umsetzung des Luftreinhalteplans wurde es zwar besser, aber die Grenzwerte zum Schutz der menschlichen Gesundheit wurden nach wie vor nicht eingehalten. Deshalb verlangte die EU im Jahr 2009 weitere Schritte vom Regierungspräsidium Tübingen. Hierfür arbeitete die Stabsstelle dem Regierungspräsidium zu. Es wurden Ideen entwickelt sowie Vorschläge gebündelt und bewertet. Auch bei den praktischen Schritten übernahm die Stabsstelle Aufgaben, beispielsweise setzte sie die Informationskampagne "Richtig heizen mit Holz" um. 2012 kam es zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans, 2014 wird es die zweite Fortschreibung geben. Doch auch damit werden die Grenzwerte noch immer nicht eingehalten werden können.

Nicht auf EU-Vorgaben, sondern auf einem Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 2002 beruht die Tübinger Vorsorgestrategie beim Mobilfunk. Der Gemeinderat legte in diesem Beschluss fest, dass die Stadtverwaltung innerhalb Tübingens eine geringe elektromagnetische Strahlenbelas-

tung anstreben und dafür auch mit den Mobilfunkanbietern zusammenarbeiten soll. Wie Messprogramme der Jahre 2007 bis 2009 zeigten, wird der Zielwert einer Leistungsflussdichte von 100 mW/m² im Freien flächendeckend eingehalten. Weil die Mobilfunknutzung in der Bevölkerung jedoch explosionsartig wächst, steigt auch der Bedarf an Sendeanlagen immer weiter. Das spiegelt sich im Aufwand der Stabsstelle für die Koordination und Vertragsabwicklung wider. Hatte die Stabsstelle 2008 lediglich vier Verfahren zu Änderungen und Erweiterungen von Sendeanlagen zu klären, gingen 2013 ganze 65 Anfragen ein.

Nachhaltigkeit

2010 bereitete sich Tübingen darauf vor, als Fairtrade-Stadt zertifiziert zu werden. Dabei entstand die Idee, einen speziellen Tübinger Stadtkaffee zu etablieren. Schnell kam



Der Tübinger Stadtkaffee aus Moshi: biologisch angebaut und fair gehandelt. Bild: Universitätsstadt Tübingen

dabei Moshi ins Spiel, ein bedeutender Kaffeehandelsplatz in Tansania. In der Praxis dauerte es noch eine Weile, bis es tatsächlich einen Tübinger Stadtkaffee zu kaufen gab. Denn es zeigte sich, dass es ein neues und herausforderndes Arbeitsfeld war, Rohkaffee von den Hängen des Kilimandscharos zu importieren. Nach über zwei Jahren kam der biologisch angebaute und fair gehandelte Kaffee "Der Moshi" auf den Markt. Während der Arbeit am Kaffee-Projekt hat Tübingen mit der Stadt Moshi eine Klimapartnerschaft geschlossen. Gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fand ein intensiver Austausch statt. Dabei wurde ein interkommunales Handlungsprogramm Klimaschutz und Klimaanpassung entwickelt. Bei einer Delegationsreise nach Moshi ergab sich auch die Gelegenheit, die Kleinbauerngenossenschaft Kilimanjaro National Coffee Union (KNCU) zu besuchen, die den Rohkaffee für den Stadtkaffee liefert.

Derzeit wirkt der Umwelt- und Klimaschutzbeauftragte bei der Aufstellung des Tourismuskonzeptes für Tübingen mit: Er ist Pate für das Themenfeld Lebensgefühl und Nachhaltigkeit. Zudem ist die Stabsstelle aktiv dabei, mit Öffentlichkeitsarbeit für Nachhaltigkeit zu werben. Beispielsweise hat sie an der "Langen Nacht der Nachhaltigkeit" teilgenommen und im Stadtmuseum Führungen und Ausstellungen angeboten.

Naturschutz

Zusammen mit Ehrenamtlichen und dem Naturschutzbund (Nabu) betreibt die Stabsstelle seit vielen Jahren Amphibienschutz in Unterjesingen. Dort wurden Fangzäune und eine Umleitung der Wanderungswege von Fröschen, Kröten und Lurchen eingerichtet, die nun unter der Landesstraße 375 hindurch führt. Inzwischen ist die alljährliche Wanderung eine sichere Angelegenheit für die Amphibien geworden. Zählungen bestätigen den Erfolg. Um Sicherheit und auch um Naturverständnis geht es bei der Wespen- und Hornissenberatung, die für Kindertageseinrichtungen und Schulen angeboten wird. Sie ist alljährlich im Sommer und Herbst sehr gefragt. Ziel der Beratung ist es, zu vermitteln, dass oft ein sicheres und friedliches Nebeneinander mit den Insekten möglich ist. Nur wenn dies nicht zu erwarten ist, sorgt die Stabsstelle dafür, dass die Insekten umgesiedelt werden. Außerdem hält die Stabsstelle den steten Kontakt zu den Tübinger Umwelt- und Naturschutzvereinen. Dabei geht es insbesondere um die städtischen Zuschüsse und um Abstimmungen der Tätigkeitsfelder. Zu den Aufgaben der Stabsstelle gehört es auch, städtische Interessen zu vertreten in den Vereinen Streuobst-Paradies, PLENUM und beim Landschaftserhaltungsverband (Vielfalt e.V.).

Klimaschutz

Zusammen mit dem Referenten des Oberbürgermeisters leitete der Umwelt- und Klimaschutzbeauftragte das Großprojekt "Tübinger Klimaschutzoffensive", zu dem 25 Teilprojekte gehörten. 2011 mündete das Projekt in die Teilnahme am European Energy Award (eea), so hatte es der Gemeinderat beschlossen. Seither obliegt dem Umwelt- und Klimaschutzbeauftragten die Leitung des eea-Energieteams. Die Anstrengungen haben sich gelohnt: Für 2014 steht die Auszeichnung mit dem eea in Silber an. Mehrere Teilprojekte der Klimaschutzoffensive wurden direkt vom Umwelt- und Klimaschutzbeauftragten geleitet:

Dazu zählten die Aufstellung des Konzepts "Mobilität 2030" sowie die Organisation zahlreicher Klimaschutzveranstaltungen, darunter die Energietage, Energieradtouren, Klimatage im Rathaus, Passivhaus- und Solarenergieausstellungen. Er kümmerte sich außerdem um Schwerpunktmaßnahmen zur Energieeffizienz und zur nachhaltigen Mobilität.

Die Stabsstelle etablierte ein 24-Stunden-Fahrradverleihsystem in Tübingen, initiierte zusammen mit den Stadtwerken den IHK-Effizienztisch Tübingen, führte mit über 500 Schülerinnen und Schülern Klimawerkstätten durch, organisierte die Teilnahme am Bundeswettbewerb Stadtradeln mit bis zu 2.500 Radaktiven in Tübingen und setzte Projekte um wie Radchecks oder den Händlerwettbewerb zur Radverkehrsförderung, wofür es Mittel aus dem Landesprogramm RadKULTUR gab.

Regelmäßig berät und vernetzt die Stabsstelle interessierte Unternehmen, wenn es um betriebliches Mobilitätsmanagement geht. Unterstützung für die Projekte bot ein Netzwerk aus Partnern in der Region. Größter dieser Partner sind die Stadtwerke, hinzu kommen die Agentur für Klimaschutz, Umweltvereine, Handwerker, Unternehmen und Händler.

Für die Kampagne Tübingen macht blau wurden alle Maßnahmen gebündelt, so dass ein starke Marke für den Klimaschutz entstand. Die Stabsstelle wurde zum "Blaumacher". Um die Leistungen und Erfolge der Kampagne zu evaluieren, erhebt die Stabsstelle Indikatoren und schreibt eine Energieund CO₃-Bilanz fort.

Die Stabsstelle erweiterte zudem den städtischen Fuhrpark um Pedelecs und ein Lastenfahrrad, wirkte an der kommunalen Energieleitlinie mit, führte das naldo-JobTicket im Konzern Stadt ein und leitet das verwaltungsinterne Projekt Mobilitätsmanagement.

Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung ist eine wichtige kommunale Aufgabe. In der Universitätsstadt Tübingen übernimmt dies die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Tübingen mbh (WIT). Die Universitätsstadt ist ihr Mehrheitsgesellschafter mit 98,73 Prozent der Gesellschaftsanteile. Die übrigen Anteile, 1,27 Prozent, hält der Verein Tübinger Wirtschaft e.V., ein Zusammenschluss Tübinger Unternehmen. Die WIT gliedert sich in zwei Geschäftsbereiche: allgemeine Wirtschaftsförderung und Projektentwicklung.

Seit 2007 hat es bei der WIT große personelle Änderungen gegeben. Nach dem Ausscheiden des Geschäftsführers Peter Wilke übernahm Michael Krtsch 2008 für ein Jahr die Geschäftsführung. Danach blieb diese Stelle für lange Zeit vakant, die Geschäfte der Gesellschaft wurden von nebenamtlichen Geschäftsführern gesteuert. Adam Fleischmann kümmerte sich um die allgemeine Wirtschaftsförderung, Cord Soehlke um die Projektentwicklung und Wolfgang Kleinmann um die Technologieförderung. Zentrale Aufgaben übernahm der Oberbürgermeister, in dessen Dezernat die WIT angesiedelt ist. Einige Projekte wurden in dieser Zeit von der Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betreut und weiterentwickelt (siehe Seite 62). Nachdem Cord Soehlke im Jahr 2010 zum neuen Baubürgermeister der Universitätsstadt Tübingen gewählt wurde, übernahm Uwe Wulfrath die Führung für den Geschäftsbereich Projektentwicklung. Zum 1. November 2012 wurde mit Thorsten Flink wieder ein hauptamtlicher Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt.

Allgemeine Wirtschaftsförderung

In der Zeit von 2007 bis Ende 2012 kümmerte sich die allgemeine Wirtschaftsförderung speziell um diese Projekte und Aufgaben:

- Beratung von Gewerbebetrieben
- · Vermittlung freier Gewerbeflächen
- Neuauflage der Gewerbeimmobilienbörse
- · Beratung für Existenzgründerinnen und Existenzgründer
- Mitwirkung bei der Gesundheitsregion Neckar-Alb
- Weihnachtsbeleuchtung
- · Gutscheinheft für Neubürgerinnen und Neubürger

Mit dem Handel- und Gewerbeverein Tübingen e.V. (HGV) und der Tübingen Erleben GmbH wurden Verträge abgeschlossen. Die Partner haben seither einen großen Teil des operativen Geschäfts im Bereich Stadtmarketing übernommen. Dazu zählen beispielsweise die Ausrichtung des Schokoladenfestivals "chocolART", ein Konzept für Bus- und Reiseveranstalter, der Tübinger Einkaufsgutschein, das Tübinger Gewerbeforum und die Betreuung verschiedener Märkte.

Der hauptamtliche Geschäftsführer Flink startete seit Ende 2012 weitere Projekte. Im Frühjahr 2013 wurde eine Unternehmensbefragung bei 1.230 Tübinger Unternehmen durchgeführt, an der sich 254 Unternehmen beteiligten. Mit dieser Befragung wurde die Datenbasis der WIT aktualisiert und erweitert. Im Mittelpunkt standen außerdem Fragen zur Standortzufriedenheit sowie zum künftigen Bedarf



Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Dietmar Hopp (links) und Oberbürgermeister Boris Palmer (rechts). Bild: Anne Faden/BioRegio STERN Management GmbH

an Arbeitskräften und Fläche. Auch die Erwartungen und Wünsche an eine städtische Wirtschaftsförderung wurden abgefragt.

Bei der Bewertung der Standortfaktoren zeigten sich die Unternehmen im Schnitt zufrieden mit den Voraussetzungen in Tübingen. Besonders gut bewertet wurden die weichen Standortfaktoren, darunter Kultur- und Freizeitangebot, Schulangebot und Kinderbetreuung. Als eher schlecht stuften sie die Verfügbarkeit von Wohn- und Gewerbeimmobilien ein. Zahlreiche Unternehmen gaben an, in den nächsten drei Jahren Arbeitskräfte einstellen zu wollen. Außerdem kündigten sie einen Flächenbedarf von insgesamt über sechs Hektar an, um geplante Erweiterungen umsetzen zu können. Als zentrale Aufgaben der Wirtschaftsförderung wurden die Imagewerbung für den Wirtschaftsstandort angegeben, ebenso die Rolle eines zentralen Ansprechpartners bei der Verwaltung, der Aufbau von Unternehmensnetzwerken sowie die Unterstützung bei der Suche nach Gewerbeimmobilien.

Um ihre Aufgaben optimal erfüllen zu können, hat die WIT im Juli 2013 eine neue Software eingeführt, das Kommunale Wirtschafts-Informations-System (KWIS). Damit lassen sich die Daten der über 1.300 Tübinger Unternehmen und auch Gewerbeimmobilien verwalten, filtern und auswerten. 56

Verlagerungs-, Erweiterungs- oder Ansiedlungsvorhaben wurden seither erfasst, dazu 21 weitere Unternehmensbetreuungen sowie zwölf Existenzgründungen, die von der WIT beraten werden (Stand Januar 2014). Erstmalig lud die WIT im Herbst 2013 ein zu einer Gewerbegebietsversammlung im Unteren Wert. Mehr als 25 Unternehmen nahmen teil. Das Veranstaltungsformat soll künftig in allen Tübinger Gewerbegebieten regelmäßig stattfinden. Gastgeber wird jeweils ein anderes lokales Unternehmen sein. Geplant sind Vorträge und Diskussionen. Es soll um Themen gehen, die speziell die Unternehmen in diesem Gebiet betreffen wie im Unteren Wert die neue Hochwassergesetzgebung.

Der Erste Bürgermeister Michael Lucke erarbeitet seit 2012 eine Tourismus-Konzeption für die Universitätsstadt Tübingen, an der die WIT gemeinsam mit anderen Akteuren beteiligt ist. Zur inhaltlichen Unterstützung wurde ein externes Beratungsunternehmen hinzugeholt. Es gab eine Kick-Off-Veranstaltung und mehrere Expertengespräche. Derzeit wird in zwei Markenwerkstätten das touristische Profil erarbeitet, und es entstehen zum Profil passende Konzepte, wie der Tübingen-Tourismus gestärkt werden soll. Wenn diese Konzeption steht, soll im ersten Halbjahr 2014 analog auch das Thema Stadtmarketing behandelt werden, in reduziertem Umfang.



Zuhörerinnen und Zuhörer bei der Gewerbegebietsversammlung Unterer Wert im Herbst 2013. Bild: Gudrun de Maddalena



Abriss der Bauruine am Foyer. Bild: Erich Sommer

Geschäftsbereich Projektentwicklung

Die Entwicklung des Wurster & Dietz-Areals zum Mühlenviertel war das erste Projekt dieses Geschäftsbereichs. Von den Bauprojekten profitierten Tübinger Unternehmen der Bauwirtschaft und des Handwerks. Zudem wurde ein Plus erwirtschaftet: Obwohl in Straßen, Plätze und grüne Freiräume viel investiert werden musste, blieb der Gesellschaft am Ende ein Gewinn von rund einer Million Euro.

Anknüpfend an diesen Erfolg hat die WIT 2008/ 2009 Grundstücke der ehemaligen Frottierweberei Egeria in Lustnau erworben. Diese Flächen wurden ebenfalls mit einem relevanten Anteil von gewerblichen und freiberuflichen Nutzungen entwickelt (siehe Seite 122). Auch dieses Projekt wird am Ende für die Gesellschaft Gewinn erwirtschaften. Dadurch hat die WIT genügend Substanz, um ein weniger profitables, aber für die Entwicklung der Universitätsstadt

umso wichtigeres Projekt umzusetzen, die Entwicklung des Foyer-Grundstücks an der Blauen Brücke (siehe Seite 122).

Weitere Projekte sind in Sicht. 2013 gab der Aufsichtsrat grünes Licht für den Kauf von Grundstücken in der Weststadt. Auch dort kann die Strategie, mit Grundstücksentwicklungen die Wirtschaft zu stärken, weitergeführt werden. Bei all diesen Projekten zeigt sich, dass die beiden WIT-Geschäftsbereiche der allgemeinen Wirtschaftsförderung und der Projektentwicklung einander sehr gut ergänzen: Einerseits profitiert die allgemeine Wirtschaftsförderung von den Flächen, welche die Projektentwicklung generiert. Umgekehrt hilft die allgemeine Wirtschaftsförderung dabei, in den neuen Quartieren Nutzungsmischung zu etablieren sowie sicherzustellen. So trägt die WIT viel dazu bei, ein urbanes Umfeld zu schaffen, das allen gleichermaßen dient, den Bewohnerinnen und Bewohnern, den Beschäftigten, Besucherinnen und Besuchern.

Fachbereich Kunst und Kultur

Strategische Neuausrichtung

Im Fachbereich Kunst und Kultur standen in der Zeit von 2007 bis 2014 neben vielfältigen Aktivitäten auch große Veränderungen auf der Tagesordnung. Die Fachbereichsleitung hat gewechselt, außerdem wurden kulturpolitische Ziele erstmals formuliert und ihre Umsetzung maßgeblich vorangetrieben.

Tübingen hat ein starkes Steuerinstrument eingeführt: die Tübinger Kulturkonzeption. Diese Konzeption soll einen kulturpolitischen Referenzrahmen schaffen. Dadurch entsteht zum einen Transparenz in der städtischen Kulturpolitik und -förderung, wodurch auch mehr Demokratie und Chancengleichheit möglich werden. Zum anderen verkörpert er eine selbstbewusste Positionierung der Kultur als einem Politikfeld neben anderen Feldern. Als die Konzeption erarbeitet wurde, legte der Fachbereich von Beginn an Wert darauf, das Projekt trotz der laufenden Arbeit selbst zu planen und umzusetzen und keinen externen Dienstleister mit dem Projekt zu beauftragen. Externe Aufträge wurden nur dann vergeben, wenn die Verwaltung an einzelnen Stellen keine eigene Expertise hatte oder aber eine entsprechende Distanz sinnvoll erschien – beispielsweise bei der Bürgerbefragung. Erarbeitet wurde das Konzept im Rahmen eines breiten Beteiligungsprozesses. Nach einer Reihe von Workshops mit der Kulturszene und Mitgliedern des Gemeinderats sowie einer Befragung der Bürgerinnen und Bürger konnte die Konzeption 2012 einstimmig verabschiedet werden, sie fußt auf einem breiten Konsens. Nachdem die Kulturkonzeption stand, wurden erstmals auch verbindliche Förderrichtlinien festgelegt, die dem Kulturleben der Universitätsstadt angepasst sind.

Seither wurden speziell die Schwerpunkte Literatur und kulturelle Bildung verfolgt, außerdem stand der Bau eines Konzertsaals im Fokus. Ein erster Höhepunkt war die Eröffnung des literarischen Erinnerungsortes Hesse-Kabinett, dessen Kauf und Einrichtung komplett aus Drittmitteln finanziert worden waren. 2014 startet ein Prozess, mit dem ein Konzept zur kulturellen Bildung geschaffen werden soll. Außerdem soll der Bau eine Konzertsaals mithilfe von Drittmitteln und Unterstützung der Bürgerschaft vorangetrieben werden.

Jährlich drei bis fünf Ausstellungen organisiert der Fachbereich Kunst und Kultur in der Tübinger Kulturhalle. Ein besonderer Glanzpunkt war die Ausstellung "Hannah Höch. Werden und Vergehen. Natur und Mensch", die 2012 in Zusammenarbeit mit dem Künstlerbund gezeigt wurde.

Das Kulturleben in Tübingen konnte nicht nur gesichert, sondern auch ausgebaut werden. Die Finanzierung des LTT wurde gemeinsam mit dem Land endgültig in eine verbindliche Langzeitperspektive überführt. Das Zimmertheater hat mehrere Sanierungsmaßnahmen umgesetzt, die Schauspielerinnen und Schauspieler werden seit 2012 nach Tarif bezahlt. Allen Kultureinrichtungen, die sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge vergeben, wurde ein Sonderzuschuss gewährt. Während der Konsolidierungsphase des Projekts "Minus 10 Prozent" musste auch der Kulturbereich einige Kürzungen hinnehmen. Seit der Verbesserung der städtischen Haushaltslage wurde dies wieder wettgemacht: Auf Antrag der Verwaltung wurde die Unterstützung der Kultureinrichtungen um rund 100.000 Euro angehoben.

Mit 15.000 Euro ist es gelungen, das alte Kino Löwen in der Kornhausgasse zu einer Kleinkunstbühne umzufunktionieren. Der fußläufig in der Innenstadt erreichbare Veranstaltungsort hat seither einen festen Besucherstamm. Außerdem können Kultureinrichtungen den Saal mit geringem Aufwand und zu günstigen Preisen mieten. Durch den ungewöhnlichen Charme des alten Kinos hat Tübingen einen Ort für ungewöhnliche Produktionen dazu gewonnen.

Die Verwaltung hat versucht, eine Konzertreihe im Innenhof des Schlosses zu etablieren. Damit konnte sie erreichen, dass die Zugangsbedingungen eindeutig geklärt wurden. Die Verwaltung wird nun Strategien entwickeln, um den Schlosshof mit Kultur wiederzubeleben.

Zu den strategischen Schritten, um das vielfältige Tübinger Kulturleben zu stärken, zählt auch eine Mediation im Bereich der Filmfestivals. Durch diese Gespräche in den Jahren 2011 und 2012 konnten die größten Differenzen ausgeräumt werden, die Filmfestivals erfreuen sich nach wie vor großer Beliebtheit.

Eine große kulturpolitische Entscheidung war es auch, die Tübinger Musikschule e.V. in einen kommunalen Eigenbetrieb umzuwandeln. Nachdem der Verein nicht mehr in der Lage war, die Musikschule neuen Anforderungen anzupassen, wurde die privat geführte Musikschule in eine städtische Rechtsform überführt – ein bundesweit einmaliger Vorgang. Er war nötig, um diese Kultureinrichtung zu retten, die maßgeblich zur Kulturidentität des Stadtlebens beiträgt. Der Fachbereich Kunst und Kultur hat dies federführend umgesetzt.

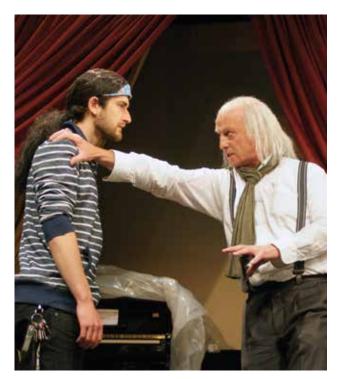
oben links: Johannes Karl und Harald Arnold geben den "Theatermacher" im ehemaligen Kino Löwen. Bild: Alexander Gonschior

oben rechts: 2012 zeigte der Fachbereich Kunst und Kultur gemeinsam mit dem Künstlerbund eine Werkschau mit Bildern von Hannah Höch

("Der Duft", 1937, Öl auf Leinwand, 80 x 70 cm, Privatsammlung)

unten: 2013 eröffnete am Tübinger Holzmarkt das Hesse-Kabinett seine Pforten. In diesen Räumen absolvierte Hermann Hesse seine

Buchhändlerlehre. Bild: Universitätsstadt Tübingen







Stadtmuseum Tübingen -

vom historisierenden Heimatmuseum zum Ort der Stadtgesellschaft

Das Stadtmuseum Tübingen versteht sich als offene Plattform des kulturellen Austauschs für alle Bürgerinnen und Bürger Tübingens sowie für ihre Gäste. Außerdem ist es ein Teil des kulturellen Gedächtnisses der Stadt. Inklusion, Teilhabe und aktive Vermittlung sind dabei wichtige Ziele. Aus der Perspektive der Gegenwart werden Themen der Stadtgeschichte erforscht, aufgearbeitet und durch Ausstellungen und Veranstaltungen vermittelt. Aktuelle gesellschaftliche Themen, die einen Bezug zu Tübingen haben, werden in Form von Ausstellungen und Veranstaltungen zur Diskussion gestellt. Seit 2012 wird das Vermittlungsangebot zielgruppengenau differenziert: Über das klassische bildungsbürgerliche Publikum hinaus werden gezielt auch bildungsferne Gruppen angesprochen wie Migranten, ältere Menschen oder Kinder.



Kinder lesen im Stadtmuseum im Buch zur Tübinger Stadtgeschichte. Bild: Anne Faden

Bis 2010 leitete Karlheinz Wiegmann das Museum. Obwohl die Verwaltung sparte, wurden in dieser Zeit die Sammlungen neu inventarisiert, und auch mit einem verminderten Personalstock hat das Museum kontinuierlich Wechselausstellungen organisiert. Von 2010 bis 2012 gab es keine Museumsleitung, dann wurde die Stelle mit Wiebke Ratzeburg neu besetzt. Seitdem öffnet sich das Museum in viele Richtungen: Mit speziellen Familienausstellungen wird gezielt ein junges Publikum angesprochen, die Themen werden über die reine Stadtgeschichte hinaus erweitert. Außerdem werden mehr Vermittlungsprogramme und Veranstaltungen angeboten, einschließlich Vermittlung an Schulen und Kindergärten. Ende 2013 wurde dauerhaft ein Kinderbereich eingerichtet, er heißt "KIDS im Stadtmuseum". In diesem Mitmachbereich dreht sich alles ums Thema Scherenschnitt und Schattenthe-

ater, angelehnt an Lotte Reiniger. Klassische stadtgeschichtliche Themen werden weiterhin erforscht und dargestellt, allerdings verstärkt unter übergeordneten Fragestellungen.

Pro Jahr gab es zuletzt vier bis sechs große Sonderausstellungen. Seit 2007 lockte das Angebot meist mehr als 20.000 Besucherinnen und Besucher pro Jahr ins Museum. 2013 waren es sogar 33.000 Gäste, welche die Ausstellungen und die Veranstaltungen im Begleitprogramm besuchten.

Stadtarchiv Tübingen – vom kulturellen Erbe zum Weltkulturerbe

Das Stadtarchiv ist verantwortlich für die schriftliche Überlieferung der Stadtgeschichte. Früher verstand man darunter die städtischen Urkunden, Akten und Amtsbücher. Heute gehören ebenso selbstverständlich auch moderne Medien wie Fotos, Filme, Computerdateien oder Webseiten dazu. Trotz der fortschreitenden Digitalisierung der Arbeitswelt spielt der traditionelle Informationsträger Papier im Tübinger Stadtarchiv immer noch die größte Rolle. Dies zeigte sich zuletzt, als 2012 das alte Rathaus für die notwendige Sanierung geräumt werden musste.

Eine Unterbringung des aus sieben Jahrhunderten stammenden kulturellen Erbes an einer zentralen Stelle ist seit Jahren ein dringendes Desiderat. Nun wird die Entscheidung akut, denn nach der Rathaussanierung wird das Archiv nicht mehr an seinen alten Ort zurückkehren. Es war auch das Gewicht der Archivbestände, das dem 500 Jahre alten Gebäude auf Dauer zu sehr zugesetzt hatte.



Urkundenbücher, Akten und Amtsbücher: ein Blick in das Magazin des Stadtarchivs, das bis 2012 auf der Rathausbühne untergebracht war. Bild: Fa. Zeutschel

In den letzten Jahren hat das Archiv wieder zahlreiche Unterlagen übernommen. Dazu zählten behördliche Akten sowie zahlreiche schriftliche Nachlässe von Einzelpersonen und Vereinen. Mit dabei waren kulturgeschichtlich bedeutende Archive wie etwa das des Landestheaters Tübingen. In dem 2009 übernommenen Bestand spiegeln sich über 50 Jahre Theatergeschichte und künstlerische Arbeit wieder. Er enthält Fotos, Filme, Korrespondenzen, Kritiken und Programmhefte zu mehr als 1.000 Inszenierungen seit 1945. Der Bestand ist mittlerweile verzeichnet und das Findbuch auf der Webseite des Stadtarchivs veröffentlicht. Nicht minder kulturgeschichtlich interessant ist der schriftliche Nachlass von Gudrun Schaal, der Mitbegründerin der Buchhandlung Gastl. Ihre Korrespondenzen mit zahlreichen Literaten der Nachkriegszeit wurden 2012 vom Stadtarchiv übernommen.

Bemerkenswerten Zuwachs erhielt auch die Fotosammlung des Stadtarchivs. Darunter waren die fotografischen Nachlässe von Alfred Göhner, der etwa ab 1932 bis 1970 insgesamt rund 133.000 Presseaufnahmen gemacht hatte, sowie von Walter Kleinfeldt, der 17.243 Aufnahmen aus der NS-Zeit hinterließ. Hinzu kamen Bestände von Peter Neumann, der seit den späten 1960er-Jahren mehrere hunderttausend Aufnahmen archiviert hatte, und von Otto Buchegger, der etwa 75.000 Aufnahmen aus der jüngsten Vergangenheit beisteuerte. Auch wenn längst nicht alle Bildbestände des Stadtarchivs digitalisiert sind, so hat sich doch der Bestand an digitalen Aufnahmen und Scans in den letzten Jahren stark vermehrt. Ende 2013 wurden von der Software Fotostation rund eine halbe Million Aufnahmen verwaltet. Der Zugriff auf das vorhandene Bildmaterial ist dadurch enorm erleichtert. Wichtiger noch: Die alten Original-Abzüge werden geschont und müssen in der Regel nicht mehr in die Hand genommen werden.

Neben seinen Kernaufgaben betreibt das Stadtarchiv kontinuierlich Öffentlichkeitsarbeit. Dabei werden stadtgeschichtlich interessante Quellen vorgestellt und geschichtliche Zusammenhänge vermittelt. So war das Stadtarchiv zum Beispiel regelmäßig mit eigenen Beiträgen an den historischen Publikationen des Fachbereichs Kultur beteiligt und hat den Tag des offenen Denkmals mitgestaltet. Großen Zuspruch und viel Interesse gab es für die Vortragsreihe "Archivblicke", die 2011 dem Werk und den Biografien der Tübinger Fotografen gewidmet war. Ein vielbeachtetes Projekt war "Tübingen – Der Film – Die Geschichte", das zusammen mit dem Haus des Dokumentarfilms in Stuttgart entstand. Aus mühsam zusammengetragenem historischem Filmmaterial wurde eine Dokumentation zur Tübinger Stadtgeschichte des 20. Jahrhunderts geschnitten. Der Film

hatte im November 2012 im Kino Museum Premiere. Die DVD wurde zum Kassenknüller im anschließenden Weihnachtsgeschäft. Auch das SWR-Fernsehen zeigte die Dokumentation. Rund 300.000 Zuschauerinnen und Zuschauer haben den Film gesehen, er erreichte eine bundesweite Quote von 10,5 Prozent.

Bei zahlreichen Fragen rund um die Stadtgeschichte war die Expertise des Stadtarchivs erforderlich. Häufig stand die NS-Zeit im Mittelpunkt. Es gab aber auch erfreulichere Forschungsgegenstände, das Spektrum war breit: vom ehemaligen Tübinger Opernhaus, das 1767 mit einer eigens dafür komponierten Oper von Niccolò Jommelli eröffnet wurde, über die Schwarzwälder Kirschtorte, die ihre Ursprünge wohl auch in Tübingen hat, bis hin zur altehrwürdigen Platanenallee, deren Pflanzung jetzt endlich exakt auf das Jahr 1828 datiert werden kann. Viel Beachtung fand zudem die Bewerbung Tübingens um den Status des Weltkulturerbes. Nach einem Beschluss des Gemeinderats wurden im Herbst 2012 die entsprechenden Anträge auf den Weg gebracht. Ob Tübingen mit seinem Konzept "Universitätsstadt als kultureller Raum" Erfolg hat, wird sich möglicherweise erst in den nächsten Jahren herausstellen.

Stadtbücherei Tübingen – auf dem Spitzenplatz

Die Stadtbücherei gehört zu den am besten genutzten Kultureinrichtungen der Stadt. Sie bietet ein breit gefächertes Angebot an Medien. Neben Belletristik in mehreren Sprachen und Sachliteratur für Schule, Weiterbildung, Information oder Alltagsgestaltung liegt ein Schwerpunkt im Bereich der Kinder- und Jugendliteratur.

Die Nutzung entwickelt sich positiv. In den Jahren 2007 bis 2013 stiegen die Ausleihzahlen um 30 Prozent, die Besucherzahlen um 29 Prozent. Im Jahr 2013 hat die Stadtbücherei exakt 1.075.022 Entleihungen verzeichnet und 408.400 Besucherinnen und Besucher erreicht. Zu bewältigen ist dieser Anstieg mit Hilfe der RFID-Technik. Ein eingeklebter elektronischer Sensor in jedem Medium ermöglicht es, dass die Besucherinnen und Besucher die gewünschten Bücher und CDs am Ausleih-Automaten per Selbstbedienung ausleihen können.

Beim bundesweiten Bibliotheksindex BIX erreicht die Stadtbücherei regelmäßig eine gute Platzierung. Das verdankt sie

ihren guten Nutzungszahlen und dem effizienten Einsatz von Ressourcen. Mit vier Sternen gehörte sie im Jahr 2013 zum ersten Mal zur Spitzengruppe der Bibliotheken Deutschlands.

Längst zum Standard geworden ist der Internetauftritt mit Online-Katalog (www.tuebingen.de/stadtbuecherei). Dort kann man recherchieren und das eigene Leihkonto verwalten. Wichtige Datenbanken und Online-Nachschlagewerke hat die Stadtbücherei so lizenziert, dass die Öffentlichkeit von zu Hause aus darauf zugreifen kann. Im Juli 2012 kam eine digitale Zweigstelle hinzu: die eAusleihe Neckar-Alb, über die der Download von eMedien (eBooks, eAudios, ePaper und eVideo) möglich ist.

Mit Kindern zu arbeiten und ihre Lese- und Informationskompetenz zu fördern ist ein Schwerpunkt der Arbeit, der kontinuierlich ausgebaut wird. Die Zahl der Klassenführungen konnte zwischen 2007 und 2012 verdoppelt werden, inzwischen sind es 160 Führungen pro Jahr. Dazu kommen etwa 120 Veranstaltungen und zahlreiche individuell zusammengestellte Themenkisten für Schulklassen oder Kindergartengruppen. Hierzu tragen die Zweigstellen in der Geschwister-Scholl-Schule und im Schulzentrum Feuerhägle sowie das 2008 eröffnete Medienzentrum Uhlandstraße bei, außerdem die ehrenamtlich geführte Bücherei in der Grundschule Wanne.



Im Medienzentrum Uhlandstraße finden Schülerinnen und Schüler jede Menge Lesestoff für Schule und Freizeit. Bild: Universitätsstadt Tübingen



 $Im Lese-Haus \, der \, Stadtbüchere i \, hören \, Kinder \, den \, Lese patinnen \, und \, -paten \, zu. \, Bild: \, Gudrun \, de \, Maddalena$

Die Tübinger Kinder- und Jugendbuchwoche tritt seit 1980 mit Lesungen, Theaterstücken und einer großen Buchausstellung an. 2012 wurde das Konzept noch stärker auf die Bedürfnisse der Schulen ausgerichtet. Außerdem erhielt das Projekt ein neues Logo und das Motto "Leselust".

Das Lese-Haus möchte Kinder ans Lesen heranführen und ihre Sprachentwicklung fördern. Das Vorlese-Projekt wurde 2008 von der Stadtbücherei und der Bürgerstiftung Tübingen ins Leben gerufen. Inzwischen sind über 100 ehrenamtliche Lesepatinnen und Lesepaten geschult und lesen in 40 Grundschulen und Kindergärten regelmäßig vor. Seit Januar 2013 ist das Lese-Haus fest bei der Stadtbücherei verankert, ein Förderverein unterstützt die Arbeit.

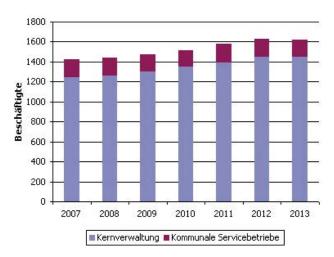
Trotz der Online-Angebote wächst die Bedeutung der Stadtbücherei als öffentlicher Ort, wie die steigenden Besucherzahlen belegen. Familien treffen sich im Kinderbereich, Gruppen und Einzelpersonen nutzen die Stadtbücherei zum Lernen, Lesen oder Arbeiten. Deren Anforderungen kann die Stadtbücherei bisher nicht ausreichend erfüllen. Eine Verlagerung der Stadtbücherei an den Europaplatz wurde diskutiert, aber letztendlich verworfen. Damit sie auch zukünftig den Bedürfnissen ihrer Benutzerinnen und Benutzer gerecht werden kann, braucht die seit 1985 in der Nonnengasse 19 angesiedelte Hauptstelle nun eine gründliche Sanierung und Erweiterung.

Fachbereich Personal, Organisation und Informationstechnik

Fachabteilung Personal und Organisation

Personalgewinnung

Die Personalgewinnung hat in der Verwaltung einen zentralen Stellenwert. Seit 2010 haben sich die Stellenbesetzungsverfahren verdoppelt. Der demografische Wandel und auch der Fachkräftemangel fordern die Fachabteilung: Es müssen die richtigen Weichen gestellt werden, damit die Stadt auch langfristig beim Personal gut aufgestellt ist. Ebenso wichtig ist, dass sie als Arbeitgeberin attraktiv bleibt. Die zunehmende Arbeit erfordert es, dass die Prozesse optimiert werden, beispielsweise durch die Einführung von E-Recruitment.



Entwicklung des Personalbestands von 2007 bis 2013. Grafik: Universitätsstadt Tübingen



Auch der Personalaufwand ist gestiegen. Grafik: Universitätsstadt Tübingen

Der Personalbestand ist gestiegen. Das liegt vor allem an den hinzu gekommenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Bereichen Kindertagesbetreuung und Ganztagsschule.

Ausbildung

Derzeit absolvieren 27 junge Menschen eine Ausbildung bei der Stadt Tübingen. 18 von ihnen arbeiten in der Verwaltung, sechs in der Bücherei, zwei im Bereich Vermessung und ein Auszubildender im Klärwerk. Auch Studierende sind bei der Stadt beschäftigt, meist im Rahmen von Praxisphasen ihrer Studienrichtungen: Derzeit sind es vier Studierende der Fächer Betriebswirtschaft, Informatik, Kinder- und Jugendarbeit sowie Elementarpädagogik. In der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und im Stadtmuseum gibt es je einen Platz für ein zweijähriges wissenschaftliches Volontariat. Hinzu kommen weitere vier junge Erwachsene, die das Einführungspraktikum zum Bachelor-Studiengang Public Management absolvieren. Auch für Praktika gibt es in verschiedenen Berufsfeldern Plätze bei der Stadtverwaltung, für das Berufspraktikum im Erziehungsbereich 22 Stellen und als Teil des Pädagogikstudiums zwei Plätze. 2013 wurden drei Plätze für die praxisintegrierte Erzieherausbildung (PIA) geschaffen. Die Teilnehmerzahl am Freiwilligen Sozialen Jahr im Erziehungsbereich steigerte sich seit 2006 von 17 auf 47. Im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes (BUFDI) werden weitere 14 Stellen vergeben. Deutlich zugenommen haben die Schülerpraktika (rund 30) sowie die Praktika im Rahmen des Bachelor-Studiengangs Public Management, die von zehn im Jahr 2006 auf etwa 25 im Jahr 2013 anwuchsen.

Regelmäßig präsentiert sich die Stadt bei örtlichen Ausbildungsmessen als attraktiver Ausbildungsbetrieb. Nicht zuletzt nutzt sie die städtische Homepage als Werbeplattform, um möglichst viele gute Auszubildende zu akquirieren. Durch die Mitarbeit in der Fachgruppe Arbeit und Ausbildung, die Bestandteil des vom Tübinger Gemeinderat befürworteten Maßnahmenkatalogs zur Umsetzung des Handlungskonzepts "Barrierefreie Stadt Tübingen" ist, hat sich außerdem die Zahl der Praktika (Arbeitserprobung und Wiedereingliederung) für Menschen mit Beeinträchtigungen deutlich erhöht.



Azubi bei der Fachabteilung Vermessung. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Kommunale Verwaltungsschule

An der Tübinger Bezirksschule nehmen je Semester bis zu 60 Auszubildende aus dem mittleren Neckarraum und dem Schwarzwald am Vorbereitungslehrgang für die Abschlussprüfungen der Verwaltungsfachangestellten teil. Zwei Auszubildende mit körperlichen Beeinträchtigungen absolvierten 2009/2010 erfolgreich die Abschlussprüfung. Zwischen 2007 und 2013 haben 40 Auszubildende der Universitätsstadt Tübingen die Abschlussprüfung und sechs Beschäftige die Angestelltenprüfung I bestanden.

TVöD

Am 27. Juli 2009 kam es zum Tarifabschluss für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst. Dadurch mussten rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt in die neue Entgeltordnung und die Entgelttabelle Sübergeleitet werden. Das Bundesarbeitsgericht hat 2012 festgestellt, dass eine Staffelung des Urlaubsanspruchs gegen das Verbot der Diskriminierung wegen Alters verstößt. Für das Jahr 2012 kam es daraufhin zu einer Übergangsregelung, seit 2013 gilt eine Neuregelung des Urlaubsanspruchs: 29 Arbeitstage für alle, ab Vollendung des 55. Lebensjahrs 30 Tage sowie eine Besitzstandsregelung.

Stellenbewertungen

Die Zusammensetzung der städtischen Bewertungskommission wurde neu geregelt. Um Transparenz und Ausgewogenheit zu sichern, nimmt je eine Vertretung der Dezernate an den Sitzungen teil. Es wurden Spielregeln für die Zusammenarbeit festgelegt.

Dienstvereinbarungen

Im Berichtszeitraum wurden in Arbeitsgruppen mehrere Dienstvereinbarungen erarbeitet. Sie regeln leistungsorientierte Bezahlung (2007) und deren Weiterentwicklung, Chancengleichheit (2008), WebWorkflow (2010) und die Arbeitszeit KST mit Winterdienst (2013). 2014 stehen Fortschreibungen von Dienstvereinbarungen auf der Agenda: zur Arbeitszeit in der Verwaltung und zur leistungsorientierten Bezahlung. Außerdem ist eine neue Dienstvereinbarung zur Arbeitszeit in Kindertageseinrichtungen geplant sowie eine Regelung zur Stufenlaufzeit.

Einführung der Software dvv.Personal

Das Personalabrechnungssystem PEWES wurde seit 2011 durch dvv. Personal ersetzt. dvv. Personal ist eine Personalabrechnungs- und -managementlösung für den öffentlichen Dienst, bestehend aus einer Basiskomponente und verschiedenen Ausbaukomponenten. 2011 wurden die Gehaltsabrechnung nach neuem System sowie das Organisations- und Stellenplanmanagement eingeführt, die Personalkostenplanung folgte 2012. In Zukunft soll die Funktion Reporting stärker genutzt werden.

Arbeitszeiterfassung und Zutrittskontrolle

Seit 2010 wird die Arbeitszeiterfassung in den Fachbereichen sukzessive auf ein elektronisches webbasiertes Verfahren umgestellt. Über WebWorkflow werden die Abwesenheits- und Korrekturanträge elektronisch gestellt und genehmigt. Dadurch entfallen der zeitintensive Genehmigungsweg in Papierform und die manuelle Dateneingabe in das System. Zeitkonto und Buchungen können tagesaktuell von den Beschäftigten abgerufen werden. Ein Konzept zur Zutrittsregelung für unterschiedliche Raum- und Zeitzonen wurde erstellt.

Personalentwicklung und Fortbildung

Bei der Personalentwicklung setzt die Stadt Akzente. Seit 2008 ist die Fort- und Weiterbildung in diesem Fachbereich angesiedelt. Es gibt ein umfassendes Angebot zu den Themen Führung, Kommunikation und Zusammenarbeit, Methoden und Fachwissen, Gleichstellung, Gesundheit und Arbeitsschutz, Medien sowie Umweltschutz. 2008 kam der Betriebssport UKFIT dazu. Alle Angebote werden von den Beschäftigten sehr gut angenommen. 2010 wurden im Rahmen der Personalentwicklung ein Mentoring-Programm sowie Qualifizierungszirkel für Nachwuchsführungskräfte eingeführt. Seit 2013 gibt es außerdem eine Kooperation mit der



Zwischen rund 70 Veranstaltungen im Fortbildungsprogramm können die Beschäftigten alljährlich wählen. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Stadtwerke Akademie. Derzeit wird das Thema Gesundheitsschutz ausgebaut und das Anmeldeverfahren modernisiert. Weitere Instrumente der Personalentwicklung sind Projektmanagement, Stellvertretung und Führungsklausuren.

Klimamanagement

Wie ist das Betriebsklima bei der Stadtverwaltung? Um dies zu erfahren, wurde 2012 ein betriebliches Klimamanagement ins Leben gerufen. Bis Ende 2014 soll das CGIFOS Institute Stuttgart insgesamt fünf Umfragen zum Betriebsklima durchführen. Ein Arbeitskreis entwickelte hierfür fünf Klimaregeln sowie einen Fragebogen.

Fünf Klimaregeln, erarbeitet im Rahmen des betrieblichen Klimamanagements

Bürger-/Kunden- orientierung	Wirtschaftlicher Umgang mit Ressourcen	Mitarbeiterorientierung	Führung	Ressourcen und Abläufe
Wir arbeiten engagiert für und mit den Menschen in unserer Stadt.	Wir erledigen unsere Aufgaben ziel- und ergebnisorientiert.	Unser Umgang untereinander ist offen und fair.	Unsere Führungskräfte sind kompetent und ihr Verhalten ist vorbildhaft.	Unsere personelle Ausstattung ist angemessen.
Wir sind dabei hilfsbereit und freundlich und nehmen Anregungen auf.	Wir gehen mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln verantwortungsvoll um.	Eigeninitiative und konstruktive Kritik sind erwünscht.	Sie entscheiden fundiert, handeln ausgewogen. Sie informieren rechtzeitig und kommunizieren klar.	Unsere technische Ausstattung und unsere Arbeitsmittel sind angemessen.
Wir vermitteln zeitnah unsere Entscheidungen verständlich und nachvollziehbar.	Wir arbeiten stetig an Verbesserungen und stellen uns neuen Anforderungen.	Unsere Fähigkeiten werden erkannt, genutzt und gefördert.	Unsere Leistung wird gefördert und gefordert.	Unsere Arbeitsabläufe sind gut gestaltet und aufeinander abgestimmt.

Gesundheitsmanagement

2012 gab es erstmals einen Gesundheitstag: Organisiert hatten ihn die Auszubildenden der Stadtverwaltung im Rahmen einer Projektarbeit. Möglich gemacht wurde er durch Kooperationen mit dem Betriebsarzt, der BAD Gesundheitsvorsorge und Sicherheitstechnik GmbH und dem Institut für Sportwissenschaften der Uni Tübingen. Alle Beschäftigten waren dazu eingeladen, verschiedene Stationen zu besuchen, Vorträge anzuhören und an sportlichen Aktivitäten teilzunehmen. Derzeit wird ein Konzept für das Gesundheitsmanagement erstellt. Sein Ziel soll es sein, die Arbeitszufriedenheit, Leistungsfähigkeit und Motivation der Mitarbeiter zu erhalten und zu steigern. Um dies umzusetzen, wird eine 50-Prozent-Stelle geschaffen.



Die Auszubildenden der Universitätsstadt Tübingen organisierten 2012 den ersten Gesundheitstag. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Bereich Organisation und Organisationsentwicklung

Nach der Wahl von Oberbürgermeister Boris Palmer gab es in der Stadtverwaltung 2008 eine Reorganisation. Die Führungsunterstützung und die Kompetenz-Center wurden aufgelöst. Einen weiteren Einschnitt brachte das Jahr 2012, als der bisherige Leiter des Fachbereichs (FB) 1 Interne Dienste in den Ruhestand ging. Zu diesem Zeitpunkt wurde der Fachbereich in seiner bisherigen Form aufgelöst. Neu entstanden ist die Organisationseinheit Büro des Oberbürgermeisters sowie ein verkleinerter FB 1 Personal, Organisation und Informationstechnik.

Das Büro des Oberbürgermeisters wurde aus der bisherigen Fachabteilung (FAB) 10 Kommunales, dem persönlichen Referenten und der Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement gebildet.

Der neue FB 1 setzt sich zusammen aus der FAB 11 Personal und Organisation sowie der FAB 12 Informationstechnik, die in ihrer bisherigen Form erhalten blieben.

Aufgelöst wurde außerdem die bisherige Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement, Familie, Senioren und Menschen mit Behinderung. Aus ihr ging die Stabsstelle Familie hervor, der Themenkomplex Senioren und Menschen mit Behinderung wurde dem FB 5 zugeordnet.

Die Verwaltung optimiert ihre Prozesse weiter und prüft laufend, inwiefern Aufgaben anderen Organisationseinheiten zugeordnet werden müssen. Weitere Veränderungen stehen ins Haus: Zum Jahresbeginn 2014 übernahm die Stadt die Tübinger Musikschule als städtischer Eigenbetrieb. Mit Ausscheiden des Ersten Bürgermeisters Michael Lucke werden ab Juli 2014 die Zuständigkeiten dezernatsübergreifend getauscht. Der Fachbereich Finanzen wird dann in das Dezernat 00 des Oberbürgermeisters eingegliedert (bisher Dezernat 01 des Ersten Bürgermeisters), während der Fachbereich Kunst und Kultur (bisher Dezernat 00) in das Dezernat 01 eingegliedert wird. Für die kommunalen Servicebetriebe (KST) war bislang der Erste Bürgermeister zuständig, ab Juli 2014 sind die KST im Baudezernat angesiedelt.

In mehreren Fachbereichen wurden Organisationsentwicklungsprozesse angestoßen – es ging darum, Arbeitsprozesse zu hinterfragen und zu optimieren, aber auch neue Organisationslösungen zu finden. Beteiligt waren FB 1 Personal,

Organisation und Informationstechnik, FB 2 Finanzen, FB 5 Familie, Schule, Sport und Soziales sowie FB 8 Hochbau und Gebäudewirtschaft. Es gab konkrete Ergebnisse: Beispielsweise wurde die Fachabteilung Personal und Organisation im Zuge dessen in die FAB Personal und FAB Organisation getrennt. Um Aufgaben effizienter erfüllen zu können, wurde ein überarbeiteter Leitfaden "Strukturierte Entscheidungsprozesse und Projektmanagement" erstellt.

Die Verwaltung muss flexibler werden in ihrem Umgang mit neuen Anforderungen wie der demografischen Entwicklung – ein Schritt auf ihrem Weg zu einem kundenorientierten Dienstleistungsunternehmen. Um die Verwaltung zukunftsfähig zu gestalten, spielt eine professionelle Organisationsentwicklung eine große Rolle. Hierfür wird ein neues Personal- und Organisationsentwicklungskonzept erstellt und systematisch umgesetzt. Eine neue Stelle soll die Fachbereichsleitung in der Umsetzung unterstützen.

Fachabteilung Informationstechnik

Die EDV ist heute für alle Verwaltungsvorgänge und auch für den internen und externen Schriftverkehr die technische Basis. Nach der Einführung der ersten computergestützten Systeme ist die EDV-Landschaft der Stadtverwaltung enorm gewachsen. Die Strukturen und verwendeten Systeme waren nicht mehr zukunftssicher und zunehmend zu leistungsschwach für die gestiegenen Anforderungen der Stadtverwaltung. Zudem wurde in Jahren knapper finanzieller Mittel nicht ausreichend in neue Ausstattung investiert, woraus sich ein Investitions- und Problemlösungsstau ergeben hat.

Seit 2007 haben die Fachleute der Stadtverwaltung daran gearbeitet, diese gewachsenen Systeme in eine einheitliche und homogene Struktur zu überführen und sie somit auch fit und sicher für die Zukunft zu machen. Den Rahmen dafür bildete ein IT-Infrastrukturprogramm, das von 2009 bis Mitte 2014 durchgeführt wurde. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 2,5 Millionen Euro in neue Technik und passende Strukturen investiert. Alle wichtigen zentralen Systeme wurden modernisiert und für kommende Anforderungen erweitert. Dazu gehören die zentrale Datenhaltung in einem Speichersystem, die Serverlandschaft und die Terminalserverfarm. Die Stadtverwaltung hat sich bereits in der Vergangenheit dafür entschieden, für die Mehrzahl der EDV-Arbeitsplätze sogenannte Thin-Clients einzusetzen: Die Computer in den Büros sind Benutzerschnittstellen, die

selbst nur einen geringen Anteil an der Datenverarbeitung haben. Im Hintergrund werden diese Arbeitsplätze durch einen zentralen Terminalserver bedient, der Software und Daten bereitstellt. Das bedeutet: Der administrative Aufwand an den jeweiligen Schreibtischen vor Ort konnte auf diese Weise stark reduziert werden.

Eine große Veränderung gab es auch im Bereich der Drucker und Kopierer: 2011 wurde ein neues Druckerkonzept eingeführt. Es vermeidet Arbeitsplatzdrucker größtenteils und setzt stattdessen auf gemeinsam verwendete Arbeitsgruppen- und Abteilungsdrucker. Dadurch konnte die Anzahl der Drucker und Kopierer von 750 auf 300 Geräte gesenkt werden. Der Service rund um die Drucker wurde vollständig an externe Dienstleister vergeben.

Der Einsatz von Terminalservern macht die Arbeitsweise der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr flexibel. Denn der Desktop mit allen Anwendungen kann auf jeden Rechner mit Internetanschluss übertragen werden. Das hat mehrere Vorteile: Telearbeitsplätze sind mit geringem Einrichtungs- und Administrationsaufwand möglich. Außerdem können neue Endgeräte, beispielsweise Tablet-PCs, mit dem Desktop versorgt werden. Parallel dazu wurde ein Managementsystem eingerichtet für die neuen mobilen Endgeräte wie Smartphones und Tablet-PCs.

Auch die Arbeit des Gemeinderats und weiterer Gremien wurde modernisiert. Schrittweise hat die Verwaltung ein digitales Sitzungsmanagement eingeführt. Das Ziel ist es, das Druckvolumen für Gemeinderatsdrucksachen immer weiter zu reduzieren und die Stadträtinnen und Stadträte mit Tablet-PCs auszurüsten.

Wie es die EU-Dienstleistungsrichtlinie fordert, haben Bürgerinnen und Bürger sowie Gewerbetreibende mittlerweile zahlreiche Zugangsmöglichkeiten zu Dienstleistungen der Stadtverwaltung. Auf digitalem Weg stehen viele Verwaltungsanträge und Vorgänge zur Verfügung. Unterstützt wurde die Stadtverwaltung bei diesem Service-Angebot durch die Landesverwaltung Baden-Württemberg, die ein einheitliches Internetportal für Bürgerinnen und Bürger, Gewerbetreibende und Behörden geschaffen hat.

Die EDV der Verwaltung steht vor weiteren Veränderungen. Eine Modernisierung der Office-Produkte steht an, ebenso die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems, das die bisherige Datei- und Dokumentenablage ersetzen soll. Zudem wird die städtische IT-Abteilung eine große Rolle spielen bei der Modernisierung und Neuausrichtung der EDV in den Tübinger Schulen. Auch hier ist die Einführung neuer Technologien geplant, wobei die pädagogischen Ziele und Anforderungen berücksichtigt werden müssen.

Ein Blick in die Zukunft zeigt den Ausbau des Bereichs eGovernment als Service für die Bürgerinnen und Bürger. Hierfür werden die mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie geschaffenen Möglichkeiten ausgebaut und erweitert. Ziel ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger alle Anliegen bei ihrer Stadtverwaltung auf digitalem Weg erledigen können.

Rechtsabteilung

Die Rechtsabteilung berät die Verwaltungsspitze, die städtischen Dienststellen sowie den Gemeinderat in allen rechtlichen Fragen. Die drei Justitiarinnen und Justitiare sind organisatorisch dem Oberbürgermeister direkt unterstellt.

Wenn Bürgerinnen und Bürger einen Konflikt mit einer städtischen Dienststelle haben, wenden sie sich oft direkt an die Rechtsabteilung der Stadt. Dort soll geklärt werden, ob die Entscheidung jener Fachabteilung rechtmäßig ist. Die Rechtsabteilung findet das heraus: Sie prüft den Fall gemeinsam mit der jeweiligen Abteilung und informiert anschließend die betroffene Bürgerin oder den betroffenen Bürger.

Die Rechtsabteilung ist außerdem bei Sühneverfahren die so genannte Sühnestelle. Wenn es Dienstaufsichtsbeschwerden gegen städtische Beschäftigte gibt, werden diese in der Rechtsabteilung geprüft und dem Oberbürgermeister zur Entscheidung vorgelegt.

Die Rechtsabteilung vertritt die Stadt vor Gericht:

- wenn gegen die Stadt Klage erhoben wurde, beispielsweise weil Betroffene mit einer Verwaltungsentscheidung nicht einverstanden sind,
- wenn die Stadt gerichtliche Hilfe in Anspruch nimmt, beispielsweise weil Schuldnerinnen und Schuldner der Stadt ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Jedes Jahr betreut die Rechtsabteilung 500 bis 600 Rechtsverfahren. Dazu zählen kleinere Beratungsfälle ebenso wie umfangreiche Prozessvertretungen. Die Rechtsabteilung bildet auch aus: Zwischen 2007 und 2014 haben 70 Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare dort Teile ihres Referendariats absolviert.

Einige Fälle, in denen die Rechtsabteilung beratend tätig wurde, waren für die Stadt im Zeitraum von 2007 bis 2014 von besonderer wirtschaftlicher oder politischer Bedeutung:

- Geprüft wurden Ausscheidungs- und Abfindungsurkunden vom Ende des 19. Jahrhunderts, mit denen die Trennung des Vermögens der Kirchengemeinden vom Vermögen der bürgerlichen Gemeinden geregelt wurde. Wichtig waren dabei die Rechtsfolgen.
- Beendet wurde der Pacht- und Betreibervertrag über den Rhätsandsteinbruch im Gewann Hägnach.
- Verhindert wurde ein Lebensmittelmarkt in Weilheim, der dem Bebauungsplan widersprochen hätte. Im Anschluss wurde außerdem die Schadensersatzklage erfolgreich abgewehrt, die wegen der Versagung der Baugenehmigung angestrengt worden war.
- Geklärt wurden die seit Jahrhunderten streitigen Rechtsverhältnisse an einer Stützmauer in der Clinicumsgasse.
- Geklärt wurden die städtischen Nutzungsrechte am Platz vor der Thiepvalkaserne.
- Erworben wurde das Bauruinen-Grundstück "Foyer an der Blauen Brücke" durch die städtische Wirtschaftsförderungsgesellschaft.
- Formuliert wurde ein Vorschlag an die Landesregierung: Es ging um eine Änderung des Nachbarrechts Baden-Württemberg, im Fokus standen dabei Wärmeschutzüberbauten in eng bebauten Innenstädten. Die Änderung des Nachbarrechtsgesetzes ist zwischenzeitlich erfolgt und im Februar 2014 in Kraft getreten.
- Neu geregelt wurden die Rechtsbeziehungen zwischen Stadt und der Stiftung Kunsthalle Tübingen.
- Umgesetzt wurde die sogenannte Europäische Dienstleistungsrichtlinie (Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt).
- Angepasst wurden die Abwassergebühren an die Rechtsprechung zur gesplitteten Abwassergebühr.
- Entwickelt wurden Baugebiete wie Mühlenviertel, Alte Weberei und Güterbahnhof-Areal.
- Abgerechnet wurden Kosten für Baugebiete, beispielsweise das Depot-Areal.
- Ausgebaut wurde die Kindertagesbetreuung.
- Ein Name für die Paul Horn-Arena wurde gefunden und eingeführt.
- Gewählt wurden Schöffinnen und Schöffen für die Strafgerichte und Strafkammern.

Rechnungsprüfungsamt

Vom Erbsenzähler zur Managementberatung

Das Rechnungsprüfungsamt prüft die städtische Finanzwirtschaft. Dazu gehören auch die ihr zugrunde liegenden Verwaltungsvorfälle. Damit ist die Arbeit des Amts mit der einer Innenrevision vergleichbar. Was genau die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamts sind, legt die Gemeindeordnung fest (§§ 110 bis 112): Geprüft wird, ob Haushaltsvollzug und Rechnungslegung rechtmäßig sind, ebenso auch die Organisation und Wirtschaftlichkeit der städtischen Verwaltung einschließlich der Eigenbetriebe. Das Rechnungsprüfungsamt ist Sachwalter für den Gemeinderat. Es kontrolliert, ob die Beschlüsse des Gemeinderats von der Verwaltung richtig, ordnungsgemäß und nach Beschlusslage umgesetzt werden.

Das Tübinger Rechnungsprüfungsamt hat einige Aufgaben mehr übernommen, als das Gesetz es vorgibt: Der Gemeinderat hat das Amt zusätzlich damit beauftragt, Ausschreibungsunterlagen und Vergabeverfahren zu prüfen, bevor die Stadt oder deren Eigenbetriebe Lieferungs- und Leistungsverträge abschließen. Außerdem prüft das Amt, wenn sich die Stadt als Gesellschafterin betätigt oder als Aktionärin in Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit. Weitere Aufgaben sind freiwillig übertragen worden: Jahresabschlüsse von Vereinen, dem Landestheater Tübingen und der Stiftung Kunsthalle Tübingen werden ebenfalls im Rechnungsprüfungsamt durchgearbeitet. Das Amt verfasst jährlich einen Prüfbericht, der dem Gemeinderat vorgelegt wird. Außerdem übernimmt das Rechnungsprüfungsamt die Rolle eines Korruptionsbeauftragten für die Stadtverwaltung.

Das Rechnungsprüfungsamt hat eine Sonderstellung innerhalb der Verwaltung. Diese erlaubt es ihm, seine Prüfungsaufgaben unabhängig zu erfüllen. Dabei ist es an Weisungen nicht gebunden. Es untersteht direkt dem Oberbürgermeister (§ 109 Gemeindeordnung). In der Vergangenheit war es ein Schwerpunkt, darauf zu achten, dass alle Rechtsvorschriften eingehalten worden sind, speziell die Formalien des Haushaltsrechts. Ein starker Fokus lag auch auf den Kontrollen, ob rechnerisch alles in Ordnung war. Mittlerweile hat sich die Aufgabenstellung entscheidend geändert. Das Amt prüft nun nicht mehr mit dem Hauptziel einer Fehlersuche. Es geht viel stärker darum, ob die zugrunde liegenden Verwaltungsabläufe richtig und sinnvoll sind. Nach wie vor werden bei Prüfungen Fehlleistungen aufgedeckt. Zugleich werden bei Prüfungen aber auch die Ursachen von Mängeln ergründet.

Außerdem macht das Amt Vorschläge, wie Verwaltungsabläufe verbessert werden können. Eine solche prozessbegleitende Prüfung gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Diese neuen Schwerpunkte haben Arbeitsprozesse grundlegend geändert. Heute wird das Rechnungsprüfungsamt bei neuen Verwaltungsvorhaben oder bei erheblichen Rechtsänderungen meist schon im Vorfeld einbezogen. Das Amt kann seine Erfahrung und Sachkenntnisse bereits im laufenden Prozess einbringen. Es berät und steuert wichtige Abläufe innerhalb der Verwaltung also schon im Vorfeld und prüft nicht nur nachgelagert. Davon profitieren ebenso die Prüfer wie auch die Geprüften, denn auf einem solchen Weg werden Handlungs- und damit auch Rechtssicherheiten vereinbart und festgelegt. Mit dieser Herangehensweise ist das Rechnungsprüfungsamt innerhalb der Stadtverwaltung ein wichtiger Berater für das Verwaltungsmanagement.

Was dabei stets beachtet wird: Trotz solcher vielfältigen Hilfestellungen darf das Rechnungsprüfungsamt seine Sonderstellung innerhalb der Verwaltung nicht aufgeben. Es darf nicht selbst zu einem operativen Teil der Verwaltung werden. Das Rechnungsprüfungsamt ist und bleibt eine unhabhängige Prüfungseinrichtung.

Während der vergangenen Jahre wurden in der Zusammenarbeit mit den benachbarten Rechnungsprüfungsämtern neue Wege eingeschlagen. Es gibt mittlerweile ein regelmäßiges Sprengel-Treffen der Rechnungsprüfungsämter in den Landkreisen Tübingen und Reutlingen. Es wurde ins Leben gerufen, damit sich die Fachleute dort fachlich und methodisch austauschen können zu Themen rund um Theorie und Praxis. Eine gute Kooperation mit der Stadt Reutlingen wirkt sowohl auf der Amtsleitungsebene als auch auf der Ebene der Sachprüfer: Man trifft sich regelmäßig, um Prüfungsthemen vorzubesprechen und gemeinsame Unternehmungen zu vereinbaren.

Im Rechnungsprüfungsamt gibt es 6,5 Vollzeitstellen, die mit acht Personen besetzt sind. Damit ist das Amt noch ausreichend ausgestattet. Aufgrund dieser Personalkapazität ist es aber nicht möglich, alle Prüfungsfelder jährlich abzudecken. Deshalb wird ein Prüfungsplan aufgestellt, der im Fünf-Jahres-Rhythmus alle wesentlichen Prüfungsfelder umfasst. So ist gewährleistet, dass letztlich die gesamte Stadtverwaltung mit ihren Verästelungen regelmäßig geprüft wird.

In der Zeit seit 2007 hat das Rechnungsprüfungsamt eine Sonderaufgabe erfüllt. Alle Kommunen müssen umstellen auf das NKHR (Neues kommunales Haushaltsrecht), das an die kaufmännische Buchführung angelehnt ist. Voraussetzung für die Einführung des NKHR ist es, dass alle Vermögenswerte der Stadt erfasst und bewertet werden müssen. Diese Bewertung ist Grundlage für die zu erstellende Eröffnungsbilanz. Eine Arbeitsgruppe der Verwaltung hat sich dieser Sonderaufgabe angenommen, sie wurde maßgeblich begleitet vom Rechnungsprüfungsamt.

Bis zum Jahresende 2012 wurden Vermögenswerte von über 800 Millionen Euro erfasst, die zum Stichtag 31. Dezember 2012 noch einen Buchwert von 337 Millionen Euro hatten. Weil das Rechnungsprüfungsamt an dieser Grundlagenarbeit beteiligt war, konnte die sachliche Richtigkeit dieser Arbeit festgestellt werden. Sie wurde zur Grundlage für die Prüfung der Eröffnungsbilanz.

Fachbereich Finanzen

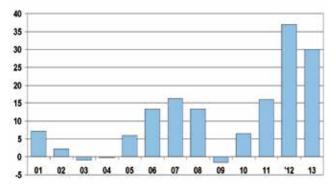
Der Fachbereich Finanzen, die frühere Stadtkämmerei, setzt sich aus drei Fachabteilungen zusammen: Haushalt und Beteiligungen, Stadtkasse und Steuern. Bis November 2008 war auch die Erschließungsabteilung beim Fachbereich Finanzen angesiedelt. Nach einer organisatorischen Neuordnung ging sie zum Fachbereich Tiefbau über.

Fachabteilung Haushalt und Beteiligungen

Allgemeine Finanzlage / Entwicklung der Zuführungsrate

Die Finanzlage der Stadt lässt sich für den Zeitraum von 2007 bis 2014 in drei Phasen einteilen: Nach mehreren teils drastischen Sparrunden in den Jahren vor 2006 präsentierte sich der städtische Haushalt von 2006 bis einschließlich 2008 zwar nicht üppig, aber doch zufriedenstellend. Die weltweite Wirtschaftskrise des Jahres 2009 machte sich auch in Tübingen bemerkbar. Sie zwang Verwaltung und Gemeinderat erneut dazu, alle nur denkbaren Mittel in Betracht zu ziehen, um Einnahmen zu erhöhen und Ausgaben zu senken. In den Jahren 2011, 2012 und 2013 änderte sich das Bild. Es gab wieder die Möglichkeit, Haushaltsmittel auszugeben, um die aufgelaufenen Rückstände in der städtischen Infrastruktur in Angriff zu nehmen. Das war der konsequenten Sparpolitik, den höheren Landeszuschüssen für die Kinderbetreuung und steigenden Steuereinnahmen zu verdanken.

An der Veränderung der Zuführungsrate im unten stehenden Schaubild lässt sich diese Entwicklung nachvollziehen:



Zuführungsrate (in Millionen Euro) zum Verwaltungshaushalt im Zeitraum 2001 bis 2013. Grafik: Universitätsstadt Tübingen

Finanzkrise 2009 / Haushaltskonsolidierung / Projekt "Minus 10 Prozent"

Die vergangenen Jahre waren geprägt von der weltweiten Wirtschaftskrise in den Jahren 2009 und 2010. Es bedurfte großer Anstrengungen der Verwaltung, um deren Auswirkungen auf die Stadt und den städtischen Haushalt in den Griff zu bekommen. Spätestens mit der Steuerschätzung vom Mai 2010 war klar, dass die Stadt nur dann genehmigungsfähige Haushalte für die Jahre ab 2011 aufstellen konnte, wenn sie vorab weitere Maßnahmen traf, um den Haushalt zu konsolidieren. Einen Baustein hierfür stellte das Projekt "Minus 10 Prozent" dar. Die Verwaltungsspitze stieß hierfür ein aufwändiges Verfahren an, unter Federführung des Fachbereichs Finanzen: Alle Fachbereiche und Dienststellen wurden aufgefordert, Vorschläge zu entwickeln, wie ihre Budgets um 10 Prozent pro Jahr entlastet werden können. Die volle Wirksamkeit dieser Einsparungen sollte im Jahr 2013 eintreten. Es funktionierte: Das Projekt "Minus 10 Prozent" war, zusammen mit den steigenden Steuereinnahmen, ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Die Ergebnisse des Projekts werden derzeit überprüft.

Personalsituation und Personalwechsel

Die finanzielle Achterbahnfahrt brachte für die Fachabteilung Haushalt und Beteiligungen viele Aufgaben und Verpflichtungen. Das schon in Normalbesetzung personell nicht sehr gut ausgestattete Team musste zudem verkraften, dass es in der Abteilungsleitung zwei Wechsel gab. Beide waren verbunden mit längeren Zeiträumen, in denen diese wichtige Leitungsposition unbesetzt blieb.

Einführung neuer Programme: SAP-Modul SD, SAP-Darlehensverwaltung

Trotzdem mussten in dieser Zeit neben der täglichen Arbeit auch Zusatzaufgaben abgedeckt werden. Dazu gehörte die Einführung neuer Software. Für manche Programme gab es gesetzliche Vorgaben, beispielsweise bei der Umstellung vom auslaufenden Fakturierungsprogramm FIWES Classic auf die SAP-Module SD (Sales & Distribution / Vertrieb) und KMV (Kommunalmaster Veranlagung). Außerdem nutzte die Abteilung die Chance, sich durch SAP die Arbeit zu vereinfachen. So wurde das Darlehens-Management, das seit Urzeiten in Form von Excel-Tabellen geführt worden war, umgestellt auf die SAP-Darlehensverwaltung. Eine Änderung, die neben der Kernverwaltung auch den Eigenbetrieb KST betraf.

Einführung der Doppik/Bewertung des Anlagevermögens

Am 22. April 2009 hat der Landtag von Baden-Württemberg das Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts beschlossen. Dieses Gesetz trat rückwirkend zum 1. Januar 2009 in Kraft. Damit wurden die rechtlichen Grundlagen für das Neue Kommunale Haushaltsrecht (NKHR) gelegt. Vorgesehen war eine Übergangsfrist von sieben Jahren. Das hätte bedeutet, dass spätestens ab 2016 alle Kommunen ihr Haushalts- und Rechnungswesen nach dem neuen Haushaltsrecht (Doppik) hätten führen müssen.

Zwischenzeitlich wurde diese Regelung aber in Frage gestellt. Der Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung im Jahr 2011 sieht vor, dass die Kommunen ein Wahlrecht erhalten, ob sie als Buchungsmethoden Kameralistik oder Doppik nutzen. Daraufhin verfügte der Oberbürgermeister im Juli 2011 eine Unterbrechung: In Tübingen sind seither viele Arbeiten, die mit der Umstellung der Buchungsmethode auf das doppische Buchungssystem zu tun hatten, ausgesetzt worden, bis die notwendigen Gesetze und Verordnungen erlassen sind. Ausgenommen hiervon wurden unter anderem die Vermögensbewertung und die Anlagenbuchhaltung. Mit einem Kabinettsbeschluss vom Juli 2012 kam die Klärung: Zwar wurde die Übergangsfrist um vier Jahre verlängert, also bis 2020. Doch ein Wahlrecht wurde nicht eingeführt. Ab 2021 gilt somit für ganz Baden-Württemberg eine einheitliche Handhabung. Daraus ergibt sich ein Handlungsbedarf für die kommenden Jahre.

Das neue Haushaltsrecht verlangt eine Eröffnungsbilanz. Grundlage für deren Erstellung ist eine abgeschlossene, vollständige Erfassung und Bewertung des beweglichen und des unbeweglichen Vermögens der Universitätsstadt Tübingen. Um die Umstellung vorzubereiten, wurde bereits Ende 2005 eine Projektgruppe für die Vermögensbewertung gebildet. Diese besteht aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs Finanzen und des Rechnungsprüfungsamtes. Mittlerweile hat diese Projektgruppe beinahe das gesamte Vermögen der Universitätsstadt Tübingen bewertet. Mit Wirkung zum 1. Januar 2006 wurde dazu die Anlagenbuchhaltung eingeführt.

Begonnen wurde 2006 damit, das bewegliche Anlagevermögen zu erfassen und zu bewerten. Darunter waren die Kunstgegenstände des Stadtmuseums, gefolgt von der Bewertung des Waldes, der Spielplätze und öffentlichen Gebäude. Nachdem 2009 die Projektgruppe auf zwei Mitglieder reduziert wurde, war die Projektarbeit zeitweise nur eingeschränkt möglich.

Ab 2010 lag der Schwerpunkt auf dem Infrastrukturvermögen, wofür sämtliche Straßen, Wege und Plätze vollständig bewertet wurden. Ermittelt wurden auch alle Zuschüsse, Zuweisungen, Spenden und Erschließungsbeiträge, die Tübingen erhalten hatte. Sie wurden entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer aufgelöst.

So stellt sich das ermittelte Sachanlagevermögen der Universitätsstadt Tübingen derzeit dar:

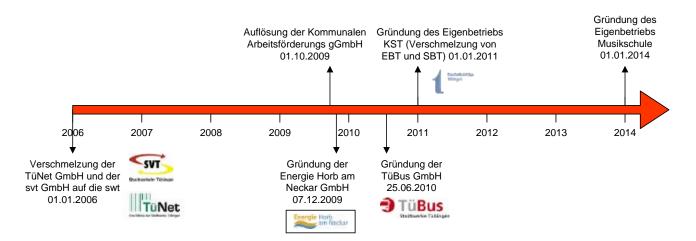
- · unbebaute Grundstücke: etwa 38 Prozent
- bebaute Grundstücke: etwa 38 Prozent
- · Infrastrukturvermögen: etwa 19 Prozent
- Maschinen, Fahrzeuge und technische Anlagen: etwa 2 Prozent
- Betriebs- und Geschäftsausstattung: etwa 2 Prozent
- Kunstgegenstände und -denkmäler: etwa 1 Prozent

Noch nicht erfasst wurden die aktuellen Bauvorhaben sowie der restliche Altbestand an Brücken und Stützmauern. Außerdem fehlen noch eine Bewertung von Neubauten und Sanierungsmaßnahmen, der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie sonstigen Beteiligungen.

Beteiligungsverwaltung

Die Beteiligungsverwaltung umfasst alle Vorgänge rund um die Verwaltung und Steuerung der Beteiligungsunternehmen. Hier geht es beispielsweise um die Wahrnehmung der Gesellschaftsrechte, die Überprüfung der Jahresabschlüsse oder die Erteilung von Weisungen an die Vertreter der Stadt in den Gesellschaftsorganen. All das wird entsprechend den gesetzlichen Vorgaben geprüft und aufbereitet. Als Beteiligungsunternehmen werden Unternehmen in Privatrechtsform bezeichnet, insbesondere GmbHs sowie Eigenbetriebe und Zweckverbände.

In der Beteiligungsverwaltung gibt es mehrere Steuerungsinstrumente. Dazu zählen ein Berichtswesen im laufenden Jahr, Kontraktmanagement sowie der Beteiligungsbericht. Die Gemeindeordnung für Baden-Württemberg regelt, dass die Stadt einen solchen Bericht jährlich erstellen muss. Er soll den Gemeinderat sowie die Einwohnerinnen und Einwohner informieren über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Stadt unmittelbar oder mit mehr als 50 Prozent mittelbar beteiligt ist. Dieser Beteiligungsbericht ergänzt den Haushaltsplan und macht den "Konzern" Universitätsstadt Tübingen transparent. Er vermittelt einen Überblick über die städtischen Beteiligungen und stellt dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit in komprimierter Form viele Informationen zur Lage der städtischen Beteiligungen zur Verfügung.



Entwicklung der städtischen Beteiligungen im Zeitraum 2006 bis 2014. Grafik: Universitätsstadt Tübingen

Fachabteilung Stadtkasse

In den Jahren von 2007 bis 2014 hat sich die Stadtkasse von der althergebrachten Kassenverwaltung zu einem modernen Dienstleister weiterentwickelt. In der Regel ist zwischen 6.30 und 18 Uhr stets eine kompetente Ansprechperson verfügbar.

Die Jahre nach 2006 waren zunächst noch geprägt von den Auswirkungen, welche die Umstellung des Buchhaltungssystems auf SAP nach sich zog, die 1999 und 2000 vollzogen worden war. Diese Umstellung war etwas Besonderes gewesen: Die Stadtkasse Tübingen hatte sie, zusammen mit der Landeshauptstadt Stuttgart, als Pilotprojekt durchgeführt, stellvertretend für alle interessierten Kommunen in Baden-Württemberg. Organisatorisch ist die Stadtkasse eine der drei Fachabteilungen des Fachbereichs Finanzen. Sie besteht aus drei Teams: dem Forderungsmanagement, der Einnahme- und Bilanzbuchhaltung sowie der Hauptkasse.

Entwicklung der Mitarbeiterzahlen laut Stellenplan

	2006	2012	2013	2014	
Beamte Angestellte	7,8 11,8	6,3 13,0	6,3 14,0	5,3 15,0	
Gesamt	19,6	19,3	20,3	20,3	_

Dass die Mitarbeiterzahl im Jahr 2012 nach unten ging, war eine Folge des Projekts "Minus 10 Prozent" aus dem Jahr 2010. Die Steigerungen in den Jahren 2013 und 2014 wiederum sind die Reaktion auf das enorm gestiegene Arbeitsvolumen. Insgesamt liegt die Personalsteigerung seit 2006 bei 0,7 Vollzeitstellen oder umgerechnet 4 Prozent.

Das gestiegene Arbeitsvolumen lässt sich an Kennzahlen festmachen. Beispielsweise kann man die Anzahl der Buchungen vergleichen, die im Rechenzentrum für den städtischen Buchungskreis berechnet wurden. Sie haben sich von 2006 bis 2013 um 24 Prozent erhöht, und zwar von 636.649 Buchungen auf 786.736 Buchungen. Darin sind Buchungen, welche die Eigenbetriebe betreffen, noch nicht enthalten.

Fallzahlentwicklung im Forderungsmanagement

Das Team Forderungsmanagement ist dafür zuständig, alle städtischen Forderungen einschließlich der Eigenbetriebe zu mahnen und beizutreiben. Auch hier hat die Arbeitsmenge deutlich zugenommen. Das lässt sich am Beispiel der Beitreibungen für den Bereich der Ordnungswidrigkeiten (OWi) zeigen. Laut einer im Jahr 2009 begonnenen Statistik hat sich hier eine gravierende Steigerung der Mahnungen und Vollstreckungen ergeben.

	2009	2012	2013	Steigerung 2006 – 2013
OWi-				
Mahnungen	5.340	6.767	8.221	54 %
OWi-				
Vollstreckungen	3.435	4.504	5.697	66 %

Trotz der erheblichen Steigerungen im gesamten Forderungsmanagement konnte eine hervorragende Beitreibungsquote erreicht werden. Das hat auch das Rechnungsprüfungsamt bestätigt. Dieser Zunahme an Arbeit hat der Stellenplan 2014 Rechnung getragen. Es wurde eine Stelle im Forderungsmanagement erneut eingerichtet, die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung einige Jahre zuvor weggefallen war. Die Stadtkasse hat damit wieder den Personalbestand des Jahres 2003.

Fallzahlentwicklung im Bereich der Einnahme- und Bilanzbuchhaltung

Das Team der Einnahmebuchhaltung verbucht alle städtischen Einnahmen im SAP-System. Außerdem erstellt es die Vermögensrechnung und führt den Geschäftsjahreswechsel sowie den kassenmäßigen Abschluss durch. Im Jahr 2006 mussten nach der Haushaltssatzung insgesamt 161.127.405 Euro Einnahmen verbucht werden; im Jahr 2013 waren es bereits 274.044.770 Euro.

2013 wurden in diesem Bereich zahlreiche zusätzliche Aufgaben geschultert: die Umstellung auf SEPA, die Integration der Musikschule als Eigenbetrieb, die Vorbereitung des NHKita-Programms auf der Kassenseite, die Ausweitung der digitalen Archivierung für die Lastschrift-Ermächtigungen (SEPA-Basis-Mandate) und die monatliche Verbuchung des Bildungs- und Teilhabe-Programms BUT.

Personalwechsel/ Auswirkungen des demografischen Wandels

2010 ging der bisherige Kassenleiter Karl-Heinz Pache in den Ruhestand. Damit begann eine dem demographischen Wandel geschuldete Entwicklung, die sich in den nächsten Jahren noch verstärken wird, wenn weitere ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufhören. Mehrere Stellen wurden neu besetzt, darunter die Kassenleitung, die Leitung der Hauptkasse und die Teamleitung der Einnahmebuchhaltung.

Projekt "Minus 10 Prozent"

Im Rahmen des "Minus-10-Prozent"-Projektes hat die Stadtkasse im Jahr 2011 auf zwei Vollzeitstellen verzichtet. Weil die Aufgaben zunahmen, während das Personal reduziert wurde, kam es zu Arbeitsrückständen. Hier musste nachgebessert werden, mittlerweile ist der alte Personalbestand wieder hergestellt. Es deutet sich allerdings an, dass auch dieser Personalstand knapp sein könnte: Die vielen neuen Projekte wie SEPA-Umstellung, NHKita, LEWIS Kasse oder Tübinger Musikschule sowie die Komplexität der neuen Programme werden zu ständigen Mehrbelastungen führen.

Fachabteilung Steuern

Die Steuerabteilung veranlagt die Gewerbe-, Grund-, Hunde-, Zweitwohnungs- und Vergnügungssteuer. Sie ist außerdem zuständig für die Umsatzsteuer-Angelegenheiten der städtischen Betriebe gewerblicher Art.

Gewerbesteuer

Die Anzahl der Gewerbesteuerzahler in Tübingen hat sich stetig nach oben entwickelt. Waren es in der Vergangenheit konstant etwa 900, so liegt die Zahl inzwischen bei etwa 1.200. Dazu kam es, weil im Berichtszeitraum neue Gebiete erschlossen und bebaut wurden, beispielsweise das Mühlenviertel. Dadurch sind zusätzliche gewerblich genutzte Flächen entstanden.

Der Hebesatz betrug in den Jahren 1990 bis 2010 stets 360 vom Hundert (v. H.). Im Jahr 2011 wurde der Hebesatz neu bestimmt, seither liegt er bei 380 v. H.. Zum Vergleich: In Reutlingen liegt der Hebesatz seit 2010 bei 380 v. H., in Stuttgart bei 420 v. H.

Im Jahr 2008 gab es in Deutschland eine Unternehmensteuerreform. Dadurch wurde die Gewerbesteuer zum 1. Januar 2008 grundlegend geändert. Eine wesentliche Änderung betraf die Gewerbesteuermesszahl. Diese beträgt nun für alle Gewerbebetriebe einheitlich 3,5 Prozent. Der bisher für Einzelunternehmen und Personengesellschaften angewandte Staffeltarif ist entfallen.

Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens

Der Haushaltsplan hatte für das Jahr 2013 ein Gewerbesteueraufkommen von 35 Millionen Euro vorhergesagt. Diese Summe wurde in der Praxis um mehr als 11,5 Millionen Euro überschritten. Gründe hierfür waren die sehr gute Wirtschaftslage sowie Nachzahlungen für Vorjahre. Für das Jahr 2014 beträgt der Planansatz 40 Millionen Euro und ist somit der höchste in der Geschichte der Universitätsstadt.

Grundsteuer

Tübingen hat in den vergangenen Jahren deutlich mehr Grundsteuern eingenommen als zuvor. Im Jahr 2006 waren es 11,1 Millionen Euro. Im Jahr 2013 verbuchte die Stadt Grundsteuern in Höhe von 15,5 Millionen Euro. Hierfür gibt es mehrere Gründe. Ein Faktor war die Anhebung des Hebesatzes zum 1. Januar 2010 von 475 v. H. auf 560 v. H. Andererseits hat auch die rege Bautätigkeit dazu beigetragen, beispielsweise im Mühlenviertel oder in der Hundskapfklinge. Das Grundsteueraufkommen ergibt sich aus etwa 35.000 Objekten und verteilt sich auf annähernd 27.000 Steuerschuldner. Der Hebesatz der Grundsteuer A für Flächen in der Land- und Forstwirtschaft blieb in den Jahren seit 2007 unverändert bei 360 v. H.

Hundesteuer

Der Steuersatz für den ersten und jeden weiteren Hund beträgt seit dem 1. Januar 2004 unverändert 144 Euro. Die Hundesteuer brachte im Jahr 2013 rund 230.000 Euro ein. Diese Summe verteilte sich auf etwa 1.750 Hundehaltungen.

Vergnügungssteuer

Seit Oktober 2010 gibt es in Tübingen eine spezielle Form der Vergnügungssteuer. Sie greift bei Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit. Für diese wird seither kein fixer Steuerbetrag mehr erhoben. Vielmehr wird das konkrete Einspielergebnis jedes einzelnen Geräts als Besteuerungsgrundlage herangezogen. Die Steuer für Spielgeräte ohne Gewinnmöglichkeit wird – wie in der Vergangenheit – nach dem Stückzahlmaßstab berechnet.

Dadurch sind die Vergnügungssteuer-Einnahmen deutlich angestiegen. Im Jahr 2007 lagen sie noch bei etwa 235.000 Euro. Im Jahr 2013 gingen rund 820.000 Euro bei der Stadt ein. Eine weitere Veränderung griff 2013: Der ursprüngliche Satz von 15 Prozent der Bruttokasse wurde zum 1. April 2013 auf 20 Prozent erhöht.

Zweitwohnungssteuer

Die Zweitwohnungssteuer wurde zum 1. Januar 2009 eingeführt, anfangs mit einem Steuersatz von fünf Prozent der Kaltmiete. Zum 1. April 2012 wurde der Steuersatz angehoben auf zehn Prozent. Im Jahr 2013 wurden über die Zweitwohnungsteuer rund 204.000 Euro eingenommen. Diese Einnahmen stammten von 520 offiziell gemeldeten Zweitwohnungs-Nutzern.

Steuerverbund Reutlingen/Tübingen

Die Städte Reutlingen und Tübingen betreiben einen gemeinsamen Wissenschafts- und Technologiepark an drei Standorten. Einer liegt im Wirtschaftsgebiet Reutlingen-West, zwei weitere in Tübingen an den Standorten Obere Viehweide und Vor dem Kreuzberg. Hierfür vereinbarten die beiden Städte am 6. Oktober 1999 einen Steuerverbund für das Realsteueraufkommen (Grundsteuer B und Gewerbesteuer). Alles, was in diesen Gebieten an Grundsteuer B und Gewerbesteuer anfällt, wird zwischen Reutlingen und Tübingen im Verhältnis ein zu eins aufgeteilt. Eine Vereinbarung,

von der vor allem Tübingen profitiert: In den Jahren 2007 bis 2013 wurden insgesamt etwa 210.000 Euro an die Stadt Reutlingen überwiesen. Der Betrag, den die Stadt Reutlingen im gleichen Zeitraum an Tübingen abgegeben hat, übertraf diese Summe um mehr als eine Million Euro.

Die Stadt als Steuerschuldnerin

Die Universitätsstadt Tübingen ist mit ihren Betrieben gewerblicher Art ebenfalls steuerpflichtig. Sie hat Umsatzsteuer und gegebenenfalls Ertragsteuer zu bezahlen. Unternehmerisch tätig ist die Stadt in einigen Bereichen: KST (Kommunale Servicebetriebe Tübingen, ehemals EBT und SBT), Vermessungsverwaltung, Tiefgarage Lange Gasse 54, Märkte, Sammelantenne WHO, Fest- und Messeplatz, Ratschreiber, Reinigung von Glascontainerstandplätzen für das Duale System, Stadtwald und Sporthalle Europastraße, neuerdings auch Sporthalle WHO. Für alle Umsätze in diesen Bereichen müssen monatliche Umsatzsteuervoranmeldungen und eine jährliche Umsatzsteuererklärung abgegeben sowie Umsatzsteuern an das Finanzamt abgeführt werden. Außerdem müssen für die Kfz-Werkstatt und die Grünpflege der KST Körperschaft- und Gewerbesteuererklärungen abgegeben werden.

Ausblick

Mit dem Ausscheiden von Finanzbürgermeister Michael Lucke im Sommer 2014 wird der Fachbereich Finanzen organisatorisch dem Dezernat des Oberbürgermeisters zugeordnet.

Fachbereich Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung

Zum Fachbereich gehören fünf Fachabteilungen mit derzeit 135 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einem Haushaltsvolumen von über 11 Millionen Euro. Der Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern steht an erster Stelle. Dies gilt auch dann, wenn die vielen hoheitlichen Aufgaben des Fachbereichs die eine oder den anderen belasten, wenn eine Genehmigung nicht erteilt oder gar ein "Knöllchen" ausgestellt wird. Auch solche Schritte sind sinnvoll, weil auf diese Weise dafür gesorgt wird, dass alle gleich behandelt und nicht in der Ausübung ihrer Rechte behindert werden. Augenmaß und Sensibilität im Umgang mit den Anliegen der Bürgerschaft sind hier ebenso gefragt wie freundliches, gelegentlich aber auch bestimmtes Auftreten, wenn es um die Einhaltung von Recht und Gesetz geht.

Fachabteilung Bürgeramt

Über 90.000 Kontakte mit Bürgerinnen und Bürgern werden jährlich allein im Bürgeramt gezählt – das sind mehr als die gesamte Einwohnerschaft der Universitätsstadt Tübingen.

Kompetent, bürgerfreundlich und hoch motiviert bieten unsere Kolleginnen (und seit Ende 2013 auch ein Kollege) im Schalterbereich ihre Dienstleistungen für die Bürgerschaft an.

Offenkundig hinterlassen sie dabei einen positiven Eindruck, was in vielen Lobes- und Dankesschreiben zum Ausdruck gebracht wird, die manchmal sogar ausdrücklich an den Oberbürgermeister adressiert sind.

Zur Fachabteilung Bürgeramt gehören die Bürgerbüros Stadtmitte, Derendingen und Lustnau sowie das Ausländeramt. In den Bürgerbüros sind 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, im Ausländeramt gibt es acht Beschäftigte. Ziel der Bürgerbüros ist es, möglichst viele Leistungen aus einer Hand anzubieten, die dort schnell zu erledigen sind. Das Ausländeramt entwickelt sich immer mehr zu einer Willkommens-Behörde. Es hat auch eine Ordnungsfunktion, verfolgt aber vorrangig das Ziel, Zuwanderinnen und Zuwanderer aus dem Ausland umfassend zu beraten zu Fragen rund um das Aufenthaltsrecht. Hauptklientel sind Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Immer häufiger wird Englisch zur Verhandlungssprache.

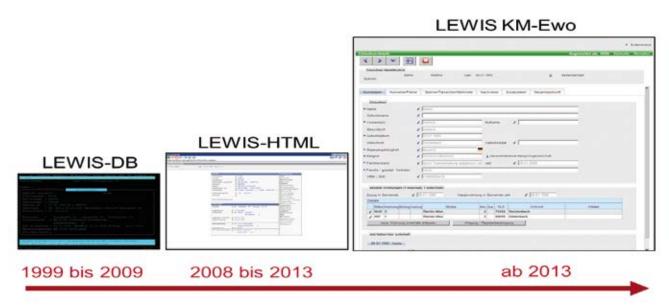
In Deutschland wurde der ePass im November 2005 eingeführt. Seit November 2007 werden in elektronischen Pässen zusätzlich zwei Fingerabdrücke gespeichert. Hierfür musste das Amt eine neue Technik einführen, die Fingerabdruck-Scanner. Am 26. Juni 2012 trat eine europäische Vorgabe in Kraft. Seither benötigen auch Kinder bei Auslandsreisen ein eigenes Reisedokument. Sie wie früher im Reisepass der Eltern einzutragen, ist seither nicht mehr möglich.

Zum 1. November 2010 wurde der Ausweis in Scheckkartenformat eingeführt. Auf diesem Ausweis ist ein elektronischer Chip eingearbeitet. Er bietet die technische Möglichkeit, eine Person bei Internetgeschäften zu authentifizieren. Außerdem kann man damit eine digitale Signatur abgeben. Für das Amt gestaltet sich das Verfahren gegenüber dem alten Personalausweis deutlich aufwändiger. In den letzten Jahren wurde LEWIS weiterentwickelt, das landeseinheitliche Einwohner-Informationssystem.



Reger Betrieb herrscht im Bürgerbüro Stadtmitte. Bild: Martin Schreier

Im Dezember 2009 gab es eine große System-Umstellung: Die zeichenorientierte, klassische Oberfläche der LEWIS-Datenbank wurde abgelöst von einer browserorientierten, grafischen Oberfläche, dem LEWIS-HTML.



Die Entwicklung der LEWIS-Maske. Grafik: KIRU

In einem nächsten Schritt wird Anfang 2014 die Technik im Hintergrund umgestellt, Server treten an die Stelle von Großrechnern. In diesem Zuge wird auch die Oberfläche überarbeitet und modernisiert.

Zum 1. September 2011 wurde der Aufenthaltstitel elektronisch, jenes Dokument, das sämtliche Informationen rund um die Aufenthaltserlaubnis enthält. Der neue eAufenthaltstitel ist im Kreditkartenformat und speichert die relevanten Daten auf einem Chip ab. Dieses EU-weit eingeführte Verfahren löst das bisherige Klebeetikett ab. Auch diese Umstellung ist mit einem erheblichen Mehraufwand bei der Antragstellung verbunden. Der eAufenthaltstitel wird wie der Personalausweis von der Bundesdruckerei hergestellt. Technisch entspricht der Chip dem des neuen Personalausweises.

Im August 2009 wurde für das Bürgerbüro und das Ausländeramt ein Aufrufsystem installiert, welches seither den Besucherstrom lenkt. Diese Umstellung entspannte die Wartesituation und hat sich im laufenden Betrieb bewährt.

Pro Jahr besuchen das Bürgerbüro Stadtmitte zwischen 60.000 und 65.000, das Ausländeramt zwischen 18.000 bis 19.000 Kundinnen und Kunden. Die mittleren Wartezeiten liegen im Bürgerbüro bei sechs Minuten, in stark frequentierten

Monaten bei zwölf Minuten. Beim Ausländeramt bewegen sich die mittleren Wartezeiten zu Semesterbeginn bei 15 Minuten, ansonsten bei etwa fünf Minuten. An einzelnen Tagen ist zu Semesterbeginn aber auch mit Wartezeiten von mehr als einer Stunde zu rechnen, obwohl in dieser Zeit alle verfügbaren Kräfte im Einsatz sind.

Mitte 2011 wechselte die Telefonzentrale der Stadtverwaltung vom Rathaus ins Bürgeramt und wurde dort mit dem Callcenter des Bürgeramts verschmolzen. Ein sinnvoller Schritt: Zuvor hatte die Telefonzentrale im Rathaus einen Großteil der dort eingehenden Anrufe ins Bürgeramt vermittelt. Daher ist davon auszugehen, dass hier Synergieeffekte erzielt wurden.

Die bisher dem Fachbereich Interne Dienste zugeordneten Geschäftsstellen wurden im August 2012 in die Fachabteilung Bürgeramt eingegliedert. Das Bürgeramt wurde umbenannt in Bürgerbüro Stadtmitte, die Geschäftsstelle Derendingen in Bürgerbüro Derendingen und die Geschäftsstelle Lustnau in Bürgerbüro Lustnau. Mit diesen neuen Bürgerbüros konnten die Servicezeiten für die Bürgerschaft erweitert werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben jetzt an vier Nachmittagen in der Woche die Möglichkeit, in einem der drei Bürgerbüros im Stadtgebiet ihre Angelegenheiten zu erledigen.

Fachabteilung Standesamt

Im Jahr 2009 wurde das Standesamt aus dem Bürgeramt ausgegliedert und ist seither eine selbständige Fachabteilung. Damit wurde die 2004 vollzogene Eingliederung rückgängig gemacht. Nicht nur für Trauungen ist das Standesamt zuständig: Sowohl die Geburt eines Babys als auch ein Todesfall werden dort beurkundet und die entsprechenden Urkunden ausgestellt. Namenserklärungen werden aufgenommen, Vaterschaftsanerkennungen und Kirchenaustritte beurkundet und natürlich Ehen geschlossen. Seit 2012 werden dort zudem gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften begründet.

Zum 1. Januar 2008 trat das Personenstandsrechtsreformgesetz in Kraft und damit auch der Einstieg der Standesämter in das elektronische Zeitalter. Seither gibt es elektronische Beurkundungen. Der Bundesgesetzgeber hatte eine Übergangsfrist für Beurkundungen auf Papier eingeräumt, die am 31. Dezember 2013 endete. Gleichzeitig wurde geregelt, dass die seit 1876 gepflegten Personenstandsbücher nicht mehr bei den Standesämtern aufzubewahren sind, sondern nach bestimmten Fristen an die zuständigen Archive abgegeben werden sollen. Entsprechend der Fortführungsfristen für Geburtenbücher (110 Jahre), Heiratsbücher (80 Jahre) und Sterbebücher (30 Jahre) hat das Stadtarchiv Anfang 2009 eine große Anzahl von Personenstandsbüchern erhalten. Seither wird jedes Jahr ein weiterer Jahrgang abgegeben. Heute erteilt das Archiv und nicht mehr das Standesamt Auskunft aus den Büchern; standesamtliche Urkunden können daher nicht mehr erstellt werden.



Im Fürstenzimmer von Schloss Hohentübingen können Paare den Bund fürs Leben schließen. Bild: Gudrun de Maddalena

Seit 1. Januar 2011 werden in Tübingen die Beurkundungen elektronisch durchgeführt. Die Unterschrift der Standesbeamten wird in den elektronischen Personenstandsregistern ersetzt durch die Benutzung einer persönlichen Signaturkarte. Zum gleichen Zeitpunkt entstand der neue Standesamtsbezirk Tübingen. Hierfür wurden die bisher eigenständigen zehn Standesamtsbezirke zusammengefasst: Tübingen Mitte und die Stadtteile außer Bebenhausen, das schon bisher keinen eigenen Standesamtsbezirk bildete. Damit konnte auch im Hinblick auf die Zusammengehörigkeit der Stadt und ihrer Stadtteile ein Beitrag zur Integration der früher selbständigen Teilorte geleistet werden. Die strikte Verteilung der Aufgaben auf die Zuständigkeit des jeweiligen Standesamtsbezirks innerhalb Tübingens ist damit entfallen. Jeder Tübinger Einwohner kann sich nun an zentrale Ansprechpersonen wenden, entweder an die Fachabteilung Standesamt, die Bürgerbüros Lustnau und Derendingen oder an eine der Verwaltungsstellen in den Stadtteilen.

Seit 1. Januar 2012 sind in Baden-Württemberg die Standesämter für die Eintragung von Lebenspartnerschaften zuständig. 2012 waren es 15 gleichgeschlechtliche Paare, die diesen Schritt vollzogen haben. Zum Vergleich: Im gleichen Jahr wurden im Stadtgebiet Tübingen 472 Ehen geschlossen. Zum Januar 2012 wurde auch verfügt, dass die Unterlagen und Nachweise über die seit 2001 begründeten Lebenspartnerschaften von den Landratsämtern abgegeben werden an das Standesamt. So befinden sich seither die Akten aller 87 Lebenspartnerschaften, die in rund elf Jahren beim Landratsamt geschlossen worden waren, beim Standesamt Tübingen.

Als im Herbst 2012 die Sanierung des Tübinger Rathauses begann, hatte dies auch Auswirkungen auf das Standesamt. Am Samstag, 28. Juli 2012, fanden dort die letzten 14 Trauungen vor der Sanierung statt. Das Standesamt hat rechtzeitig für Ersatz gesorgt: Im Brahmszimmer der Museumsgesellschaft Tübingen und in der Scheuer beim Salzstadel wird seither geheiratet. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, an fünf Samstagen im Jahr in den Fürstenzimmern des Schlosses Hohentübingen die Ehe zu schließen. Nach Abschluss der Rathaus-Sanierung 2015 soll der so genannte kleine Sitzungssaal im Rathaus zum neuen Trausaal werden, ein historischer Raum mit Holzvertäfelung und Wandbemalung, der einen würdigen Rahmen für die Eheschließung bieten wird. Es handelt sich hier um die ehemalige Große Gerichtsstube der Stadt Tübingen, die Ausstattung stammt aus dem Jahre 1596.

Fachabteilung Feuerwehr

2008 wurde das Sachgebiet Freiwillige Feuerwehr aus der Fachabteilung Ordnung und Gewerbe ausgegliedert und eine eigenständige Fachabteilung Feuerwehr gebildet. Die Leitung obliegt dem Feuerwehrkommandanten.

Die Einsatzzahlen sind im Berichtszeitraum stark gestiegen. 2007 waren es knapp 500, im Jahr 2013 wurden nahezu 800 Einsätze verzeichnet. Das lag auch an vermehrt auftretenden Unwettern wie dem verheerenden Hagel am 28. Juli 2013. Die Personalstärke der elf Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr lag zwischen 2007 und 2013 bei insgesamt rund 350 ehrenamtlich Tätigen. Der Jugendfeuerwehr gehören derzeit 74 Jungen und Mädchen an, die Altersabteilung ist zwischenzeitlich die größte Abteilung mit 130 Angehörigen, und die Musikabteilung besteht aus 16 Spielleuten.

Mit der Neufassung des Feuerwehrgesetzes im Jahre 2010 wurde auch eine Neufassung der Feuerwehrsatzung erforderlich, sie trat am 25. März 2012 in Kraft. Damit wurde aus der Freiwilligen Feuerwehr Tübingen die Feuerwehr Tübingen. Sie besteht aus der hauptamtlichen Einsatzabteilung, den elf Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehren Stadtmitte, Lustnau, Derendingen, Bebenhausen, Bühl, Hagelloch, Hirschau, Kilchberg, Pfrondorf, Unterjesingen und Weilheim, der aufgabenbezogenen Sondereinheit Tauchergruppe, der Jugendfeuerwehr, der Altersabteilung und der Musikabteilung.

2012 trat ein neuer Feuerwehrbedarfsplan für Tübingen in Kraft, der die besonderen Gefahrenpotenziale der Kliniken und Institute in Tübingen berücksichtigt. Schwerpunkt der festgestellten Bedarfe sind insbesondere eine annähernde Verdoppelung der hauptamtlichen Abteilung auf 25 Einsatzkräfte, oder ein Personalkostenplus von über einer halben Million Euro jährlich.

Der Feuerwehrbedarfsplan enthält folgende Eckpunkte:

- Der zusätzliche Personalbedarf in der hauptamtlichen Einsatzabteilung liegt bei elf Stellen, die neue Soll-Stärke sind also 25 Vollzeitstellen plus eine Verwaltungskraft.
- Einem Katalog zur Stärkung des Ehrenamts wird zugestimmt. Er bringt beispielsweise die Erhöhung der Einsatzpauschale, eine Entschädigung für Jugendgruppenleiter sowie Maßnahmen zur Anerkennungskultur.
- Das Fahrzeugkonzept wird fortgeschrieben, entsprechend dem Bedarf, den der Feuerwehrbedarfsplan nennt.
- Für die notwendigen baulichen Schritte werden folgende Zielvorgaben festgelegt: Das Feuerwehrhaus Lustnau soll bis 2015 neu gebaut sein, das neue Feuerwehrhaus Pfrondorf soll bis 2016 folgen, außerdem soll bereits 2013 begonnen werden, das Feuerwehrhaus Stadtmitte umzubauen.

2014 soll die hauptamtliche Einsatzabteilung ihre Sollstärke von 25 Kräften erreichen. Allerdings wird die Sollstärke neu berechnet werden müssen nach einem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg im Juni 2013 zur Rufbereitschaft. Dabei muss auch berücksichtigt werden,



Neue Fahrzeuge für die Feuerwehr. Bild: Universitätsstadt Tübingen

dass die Dienstrechtsreform zwei weitere Urlaubstage für den Schichtdienst gewährt hat und dass bei der Feuerwehr die Elternzeit für Väter Einzug gehalten hat.

Ein seit rund zwei Jahrzehnten diskutiertes Thema wurde 2013 abgeschlossen: die Integration der Feuerwehr- und Rettungsleitstelle. Im Juli 2013 ging die Integrierte Leitstelle (ILS) für Feuerwehr und Rettungsdienst im Rettungszentrum des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) im Steinlachwasen in Betrieb. Wesentlicher Bestandteil der ILS sind zwei abgesetzte Einsatzleitplätze im Feuerwehrhaus Stadtmitte, die über die gleiche Technik verfügen. Einsätze der Feuerwehr werden von dort gesteuert. Zugleich wurde auf diese Weise eine Redundanz für die hochkomplexe Technik geschaffen; ein technisch neuer Weg, der zukunftsfähig die Interessen und Belange der Feuerwehr und des Rettungsdienstes garantiert.

2007 wurde ein Fahrzeugkonzept verabschiedet. Seither wurden 3,8 Millionen Euro in neue Fahrzeuge investiert, darunter je ein Löschgruppenfahrzeug (LF 20) und Wechselladerfahrzeuge für Lustnau und Derendingen, ein Staffellöschfahrzeug für Bebenhausen, ein Löschgruppenfahrzeug (LF 10) und je ein Mannschaftstransportwagen für Hirschau und Hagelloch. Stadtmitte erhielt ein Hilfeleistungslöschfahrzeug (HLF 20), einen Einsatzleitwagen, einen Gerätewagen für die Wasserrettung, ein Wechselladerfahrzeug mit Kran sowie zwei Mannschaftstransportfahrzeuge. Die hauptamtliche Einsatzabteilung hat ein neues Hilfeleistungslöschfahrzeug (HLF 10) sowie zwei Kommandowagen bekommen. Mit dem Wechselladerkonzept sollen die Einsatzkräfte flexibler werden. Hierfür wurden elf Abrollbehälter gekauft. Der Landkreis wies der Universitätsstadt Tübingen 2011 ein Löschgruppenfahrzeug (LF-Kats) zu, das vom Katastrophenschutz des Bundes beschafft worden war. Es wurde an die Einsatzabteilung Unterjesingen übergeben. Dadurch musste ein Löschgruppenfahrzeug (LF 10) nicht beschafft werden, was 230.000 Euro einsparte.



Im August 2010 wurden vier neue Feuerwehrfahrzeuge für Lustnau und Derendingen übergeben. Bild: Anne Faden

Fachabteilung Ordnung und Gewerbe

Die Fachabteilung Ordnung und Gewerbe nimmt vorrangig die Aufgaben der Ortspolizeibehörde wahr. Sie setzt sich also mit allen polizei- und ordnungsrechtlichen Aufgaben einer Kommune auseinander. Gleichzeitig ist sie die zuständige untere Verwaltungsbehörde im Gewerbe- und im Gaststättenrecht sowie der Waffenbehörde. Das Spektrum reicht noch viel weiter: Sie ist quasi "Mädchen für alles", wann immer es um Störungen des gesellschaftlichen Miteinanders geht.



Cafés auf dem Tübinger Marktplatz laden zum Verweilen ein. Bild: Alexander Gonschior

In Tübingen befinden sich etwa 300 konzessionierte Gaststätten. Allein 100 dieser Gaststätten liegen in der Altstadt; dazu gibt es mehrere Diskotheken. Anwohnerinnen und Anwohner erleben dies immer mehr als Belastung: den damit verbundenen Lärm, die kommenden und gehenden Gäste, nach außen dringende Musik, offen stehende Fenster und Türen sowie Besucherinnen und Besucher, die sich vor den Gaststätten mit Getränken oder zum Rauchen aufhalten. Verstärkt wird das Ganze, weil sich das Ausgehverhalten in den letzten Jahren stark verändert hat. Das öffentliche Trinken von Alkohol gehört mittlerweile zum urbanen Stadtleben. Dem hat der Gesetzgeber inzwischen bereits Rechnung getragen, die Sperrzeiten wurden 2010 verkürzt auf nunmehr 3 Uhr unter der Woche und 5 Uhr in der Nacht auf Samstage sowie Sonn- und Feiertage.

In diesem Spannungsfeld der verschiedenen Interessen gilt es die Balance zu finden zwischen der Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner einerseits und den Interessen der Gastronomie und ihrer Gäste andererseits. Dies auch vor dem Hintergrund, dass Tübingen eine Studentenstadt ist mit derzeit über 28.000 Studierenden, für die entsprechende Locations ermöglicht werden müssen.

Vor diesem Hintergrund wurde 2008 ein kommunaler Ordnungsdienst eingerichtet. Tübingen hat so eine Vorreiterrolle für andere Städte wie Reutlingen oder auch Freiburg eingenommen. Zunächst bestand der Dienst aus zwei, jetzt aus vier Personen. Sie verrichten an drei oder vier Tagen Streifendienst und sind nachts bis 3 oder 4 Uhr im Einsatz. Die Anzahl der Ordnungsstörungen konnte eingedämmt werden, beispielsweise Nachtruhestörungen, Vermüllung, Vandalismus, Gewalt oder Urinieren im öffentlichen Raum. Präsenz vor Ort zeigt außerdem der Altstadtkümmerer, der speziell für die Belange der Altstadt eingesetzt wurde. Er soll vermitteln und auf ein gedeihliches Miteinander hinwirken.

Die städtischen Märkte bringen Leben in die Stadt. Montags, mittwochs, freitags und samstags gibt es den Wochenmarkt. Übers Jahr, zu Georgi und Martini, hat Tübingen seine Krämermärkte und zum Jahresende den Weihnachtsmarkt. Tradition hat auch der Umbrisch-Provenzalische Markt, vier Tage Essen, Trinken, Schauen und Kaufen – jedes Jahr im September.

Eine feste Größe im Veranstaltungskalender der Stadt sind der Markt der Möglichkeiten, der Kunstmarkt rund ums Nonnenhaus und der zweimal jährlich stattfindende Regionalmarkt. Außerdem wurde der Wochenmarkt auf dem Marktplatz bereits vor etlichen Jahren ergänzt um einen Samstagsmarkt rund um die Jakobuskirche. Auch dort gibt es ein komplettes Angebot an frischen und offenen Lebensmitteln. Die Zahl der von der Stadt veranstalteten Flohmärkte wurde wegen der großen Nachfrage seit 2009 von zwei auf drei erhöht.

Die Waffenbehörde ist seit 2009 verpflichtet, vor Ort zu kontrollieren, wie Waffen und Munition aufbewahrt werden. Diese Kontrollen sollen sicherstellen, dass Waffen und Munition sicher in ordnungsgemäßen Waffenschränken lagern, um unbefugten Zugriff zu verhindern. In Tübingen sind über 600 Waffenbesitzerinnern und -besitzer gemeldet, vorwiegend Sportschützen und Jäger. Sie verfügen insgesamt über mehr als 3.000 Waffen. Erfreulich ist, dass die Kontrollen bis dato zu wenigen Beanstandungen geführt haben. In der Regel konnte mit beratenden und aufklärenden Gesprächen für Abhilfe gesorgt werden.

Das Gesetz zur Errichtung eines Nationalen Waffenregisters ist am 1. Juli 2012 in Kraft getreten. Es berücksichtigt die föderalen Strukturen der deutschen Waffenrechtsverwaltung. Das neue System schafft die Voraussetzungen, um alle relevanten Informationen, die bislang in knapp 600 Waffenbehörden erfasst worden waren, zusammenzutragen in einer zentralen, computergestützten Datenbank.

Fachabteilung Verkehrsrecht und Ordnungswidrigkeiten

Die Fachabteilung Verkehrsrecht und Ordnungswidrigkeiten ist als untere Straßenverkehrsbehörde zuständig für die Umsetzung der straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften. Gleichzeitig bearbeitet sie alle Bußgeldverfahren der Gesamtverwaltung. Ein großes Team in der Abteilung bildet der städtische Vollzugsdienst, der ebenso den ruhenden wie auch den fließenden Verkehr überwacht. Hinzu kommt die Überwachung der örtlichen, durch den Gemeinderat erlassenen Vorschriften, insbesondere die polizeiliche Umweltverordnung.

Sie kann selbst verkehrsregelnde Maßnahmen anordnen, wenn Sicherheit und Ordnung des Verkehrs dies erforderlich machen. Die Fachabteilung kann die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenstrecken beschränken oder verbieten und den Verkehr umleiten, wenn Sicherheit und Ordnung dies erfordern. Dazu gehört beispielsweise auch die Anordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen, Vorfahrtsregelungen, Halt- und Parkverboten, Fußgängerüberwegen, Knotenpunkten mit und ohne Lichtzeichenanlagen, Wegweisern, innerörtlichen Hinweisen zu öffentlichen und privaten Einrichtungen, Tempo-30-Zonen und Parkzonen, verkehrsberuhigten Bereichen und Fußgängerzonen. Außerdem die Sicherung der Schul- und Kindergartenwege sowie Maßnahmen zur Busbeschleunigung, zur Förderung des Fahrradverkehrs oder zur Sicherung des Fußgängerverkehrs. Bei all diesen Schritten muss das Team darauf achten, dass solche Anordnungen tatsächlich auch erforderlich sein müssen im Sinne der Straßenverkehrsordnung (StVO) und dass sie außerdem dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen. Als oberster Grundsatz gilt, dass nicht mehr zu reglementieren ist, als es für die Verkehrsabwicklung grundsätzlich notwendig ist.

Eine weitere Aufgabe ist es, Ausnahmegenehmigungen zu erteilen. Diese sollen das Parken erleichtern oder ermöglichen, beispielsweise für Anwohner, Schwerbehinderte, Ärzte, soziale Dienste oder Handwerker. Außerdem werden Großraum- und Schwertransporte von, nach und durch Tübingen genehmigt. Darüber hinaus sichert die Fachabteilung Arbeitsstellen im öffentlichen Straßenraum, indem sie gegenüber den Bauunternehmen Anordnungen für die Einrichtung der Baustelle sowie die Verkehrsführung und den Umleitungsverkehr ausspricht. Besonders erwähnenswert und arbeitsintensiv waren die Sanierung der Mühlstraße in den Jahren 2009 und 2010, der im Jahr 2013 begonnene

Umbau des Zinser-Dreiecks, die Sanierung der Oströhre des Schlossbergtunnels im selben Jahr sowie der Umbau der Pfleghofstraße, der Hafengasse und Teile der Neuen Straße in der östlichen Altstadt.

Veranstaltungen auf öffentlichen Straßenflächen werden genehmigt und überwacht. Darunter waren auch mehrere Großveranstaltungen, beispielsweise die Tour de Ländle, der Stadtlauf mit seiner neuen Strecke und Märkte wie der Rosenmarkt in Bebenhausen. Jährlich kümmert sich die Fachabteilung um etwa 130 Veranstaltungen, 1.200 Groß- und Schwertransporte, etwa 300 verkehrsrechtliche Anordnungen und 600 Sondernutzungen.

In den Jahren 2007 bis 2014 hatte die Fachabteilung eine Vielzahl an verkehrsrechtlichen Maßnahmen zu bearbeiten. 2005 trat im Rahmen der Luftreinhaltung der erste Luftreinhalte- und Aktionsplan in Kraft. Ab 2006 wurde er umgesetzt: Ein Schwerpunkt war die Ausweisung einer Umweltzone, ergänzt durch verschiedene Maßnahmen, die den Verkehr besser fließen lassen sollten. 2012 folgte die erste Fortschreibung des Luftreinhalteplans mit weiteren Maßnahmen. Beispielsweise wurde die zulässige Höchstgeschwindigkeit in den Ortsdurchfahrten von Unterjesingen und Bühl von 50 auf 30 Stundenkilometer reduziert. Weitere innerörtliche Straßen folgten, darunter Streckenabschnitte rund um den Alten Botanischen Garten. Auch in der Ortsdurchfahrt von Hirschau wurde die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 30 Stundenkilometer gesenkt, allerdings nur für die Nachtstunden (22 bis 6 Uhr).

Außerdem hat die Abteilung gemeinsam mit den Kollegen von der Verkehrsplanung das Radwegenetz kontinuierlich erweitert, verändert, umgestaltet und entsprechend beschildert. Fahrrad-Schutzstreifen wurden angeordnet, die Benutzungspflicht für Radwege dagegen aufgehoben. Überall dort, wo entsprechende Umbaumaßnahmen dies zuließen, wurden verkehrsberuhigte Bereiche eingerichtet. Die Parkraumbewirtschaftung wurde in der Innenstadt, am Nordring und der Schnarrenbergstraße erweitert und in Derendingen neu eingeführt. Die Gebühren und die Bewirtschaftungszeit wurden dabei angepasst und vereinheitlicht.

Weil das Gebiet der Parkraumbewirtschaftung mehrfach erweitert wurde, sind heute 16 städtische Vollzugsbedienstete damit beschäftigt, den ruhenden Verkehr im gesamten Stadtgebiet zu überwachen. Zusätzlich entlasten sie auch den Polizeivollzugsdienst, beispielsweise wenn es um Verstöße gegen die polizeiliche Umweltschutzverordnung der Stadt geht, also um Lärm und Verschmutzungen, aber auch bei anderen Störungen der öffentlichen Ordnung.

Der fließende Verkehr wird durch sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit drei mobilen Messfahrzeugen überwacht. Außerdem betreiben sie mittlerweile dreizehn stationäre Messstellen, die wechselweise mit zehn Messeinsätzen bestückt werden. Dabei wurden auf Wunsch der Stadtteile vermehrt auch die Ortsdurchfahrten mit Messeinheiten bestückt. Auch aus der Bürgerschaft werden oft Forderungen nach verstärkten Kontrollen in der eigenen Nachbarschaft erhoben. An einigen Orten sind nach Prüfung der Rechtslage in den letzten Jahren neue Geschwindigkeitsmessanlagen und erstmalig auch zwei Rotlicht-Überwachungsanlagen installiert worden: in den Ortsdurchfahrten von Bebenhausen, Bühl, Kilchberg, Hirschau, in Tübingen an der Europastraße auf Höhe der Paul-Horn-Arena, an der Stuttgarter Straße und auf der B28 stadtauswärts in Fahrtrichtung Reutlingen. Zudem wurden drei Anzeigedisplays angeschafft, die alle Verkehrsteilnehmer auf die gefahrene Geschwindigkeit hinweisen sollen. Ein neues Verkehrszählgerät ist dazu da, statistische Daten zu erfassen, beispielsweise die Anzahl der Fahrzeuge oder die gefahrene Geschwindigkeit. Die vorhandenen Anlagen wurden fast komplett auf digitale Technik umgestellt und entsprechen somit dem aktuellen Stand.

In den vergangen Jahren wurden jährlich zwischen 140.000 und 200.000 Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten bearbeitet. Etwa 60 Prozent davon waren Geschwindigkeitsübertretungen, der Rest verteilte sich auf den ruhenden Verkehr und sonstige Ordnungswidrigkeiten. Die Einnahmen durch Geldbußen und Verwarngelder sind ebenfalls gestiegen. Sie lagen 2007 noch bei 2,75 Millionen Euro; im Haushalt 2014 sind dafür 3,2 Millionen Euro veranschlagt. Grund für die Steigerung ist auch die Anpassung der Bußgelder durch Bundesgesetz.

Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales

Der Fachbereich hatte in den letzten Jahren eine Vielzahl von Aufgaben zu bewältigen, und das in kurzer Zeit: den enormen Ausbau der Kindertagesbetreuung, die Weiterentwicklung der Schullandschaft in Richtung Ganztagsschule und Gemeinschaftsschule, die neuen Anforderungen einer inklusiven Pädagogik, insbesondere auch für Menschen mit Behinderung – alle diese Themen waren Schwerpunkte.

Die Vielzahl an Aufgaben und der enorme Handlungsdruck banden viele Kräfte. Die Zahl der städtischen Beschäftigten in Schulen und Kindertageseinrichtungen ist von 2007 bis 2013 stark angestiegen, von 301 Personen auf 597 Personen. Das entspricht einem Zuwachs von 98 Prozent. Im Verwaltungshaushalt stiegen die vom Fachbereich bewirtschafteten Ausgaben im gleichen Zeitraum von 29,9 Millionen Euro auf 46,6 Millionen Euro, also um rund 56 Prozent. Zusätzlich musste sich der Fachbereich immer wieder externen Sachverstand und Arbeitskapazitäten ins Haus holen, um die Aufgaben bewältigen zu können, etwa für die Stadtseniorenplanung, für die Kindertagesstättenbedarfsplanung, für die Schulplanung und die Sportentwicklungsplanung.

Über die Jahre wurde der Personalmangel im Fachbereich immer deutlicher. Zwar stieg die Zahl der Verwaltungs-Beschäftigten in den Abteilungen Kindertageseinrichtungen und Schule und Sport parallel von 17,5 Vollzeitstellen auf 21,1 Vollzeitstellen, also um 20 Prozent. Doch im Jahr 2010 wurde deutlich, dass die Vielzahl an Aufgaben mit dem vorhandenen Personal und den vorhandenen Strukturen nicht mehr zu bewältigen ist. Daraufhin wurde die Firma Imaka mit einer Organisationsuntersuchung beauftragt. Sie empfahl für die besonders betroffenen Abteilungen zwei zusätzliche Stellen sowie die Einrichtung einer Serviceabteilung, in der auch die Stelle für eine hauswirtschaftliche Betriebsleitung vorgesehen war. Diese Stelle ist jetzt im Besetzungsverfahren, die Strukturen werden Anfang des Jahres 2014 angepasst werden. Damit wird der Fachbereich für die nächsten Jahre gut gerüstet sein.

Die Erstellung einer Sozialkonzeption wurde im Jahr 2013 auf den Weg gebracht, die erste Sitzung des Fachbeirats fand im Dezember 2013 statt. Die Sozialkonzeption soll der Verwaltung und dem Gemeinderat künftig Grundlagen liefern: Sie ermöglicht es, Vereine und Initiativen gezielt zu unterstützen sowie Anregungen für eine zukunftsfähige Verbesserung der sozialen Infrastruktur zu liefern – und all das passend zu den Sozialstrukturen der Stadt. Das Planungsbüro Weeber und Partner ist damit beauftragt, die Konzeption zu erstellen.

Abteilung 51: Soziale Angebote

Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)

Im Berichtszeitraum sind die Fallzahlen derjenigen Menschen gestiegen, die finanzielle Unterstützung im Rahmen der Sozialhilfe für den täglichen Lebensunterhalt benötigen. Anfang 2007 waren es rund 490 Fälle, Ende 2013 dann 730. Das bedeutet eine Zunahme um rund 50 Prozent. Dabei wird unterschieden zwischen der Hilfe zum Lebensunterhalt (kurzfristige Hilfe) und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (langfristige Hilfe). Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung macht den größten Anteil aus; im Dezember 2013 benötigten etwa 650 Personen diese Art von Hilfe. Etwa 45 Prozent sind über 65 Jahre alt, 55 Prozent der Fälle sind Personen, die dauerhaft voll erwerbsgemindert sind.

Hilfe zur Pflege

Die vom Landkreis Tübingen auf die Universitätsstadt Tübingen delegierten Aufgaben der Hilfe zur Pflege in Pflegeheimen (stationäre Hilfe zur Pflege) wurden ab 1. Juli 2009 wieder vom Landkreis übernommen. Die Stadt ist weiterhin für die ambulante Hilfe zur Pflege zuständig. Hier ist der Bedarf in der Zeit von 2007 bis 2013 um rund 70 Prozent gestiegen, derzeit nehmen 66 Menschen diese Leistungen in Anspruch.

Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen

Zum 1. Juli 2013 änderten sich Regelungen rund um das Asylbewerberleistungsgesetz. Im August 1994 hatte die Universitätsstadt Tübingen eine Ausführungshilfe bei der Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes übernommen, Grundlage dafür war eine Vereinbarung zwischen dem Landratsamt Tübingen und der Stadt. Seit Juli 2013 ist diese Vereinbarung aufgehoben. Seither hat der Landkreis die Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und die Sozialbetreuung dieser Flüchtlinge selbst übernommen.

Einige Aufgaben sind bei der Stadt geblieben: Dazu gehören die Unterbringung und Wohnbetreuung von rund 130 Flüchtlingen in stadteigenen oder angemieteten Unterkünften und Wohnungen, geregelt im Rahmen der Anschlussunterbringung. Die Zahl der Flüchtlinge, die der Universitätsstadt Tübingen aufgrund dieser Regelung zugewiesen werden, hat sich zuletzt stark erhöht, denn die Asylbewerberzahlen steigen. Die Aufnahmequote lag im Jahr 2013 bei 36 Per-

sonen, in den Jahren davor waren es zwischen 10 und 20 Personen jährlich. Die Tendenz ist steigend. Die Mehrzahl der zugewiesenen Flüchtlinge sind Syrer sowie Angehörige von Minderheiten aus Serbien und Mazedonien. Im Vorgriff auf ein Landesgesetz hat die Stadt den Flüchtlingen mehrere größere Räume zur Verfügung gestellt.

Hilfen für Obdach- und Wohnungslose

Die Hilfen für Menschen in Wohnungsnot und sozialer Ausgrenzung (§ 67 SGB XII) werden von der Fachabteilung Soziale Angebote in Kooperation mit dem Landratsamt Tübingen und verschiedenen freien Trägern der Wohnungslosenhilfe geplant und angeboten.

In den vergangenen Jahren wurde erstmals eine Gesamtkonzeption für die Wohnungsnotfallhilfe in der Universitätsstadt Tübingen erstellt. Darin wurden auch Wege und Lösungen für die Zukunft festgelegt. Ein erstes Projekt ist das Wohnprojekt Anschlusswohnraum, das zusammen mit der GWG im Wennfelder Garten 46 realisiert wurde, Eröffnung war im Sommer 2013. Für 22 Männer stehen dort Einzelwohnungen zur Verfügung. Die Baukosten lagen bei 1,85 Millionen Euro. Die Bewohner werden sozialpädagogisch betreut und erhalten Hilfen zur Überwindung der Notsituation. Für wohnungslose Frauen wird derzeit ein Beratungs- und Unterstützungszentrum aufgebaut. Die Notunterkünfte wurden in den letzten Jahren Zug um Zug verbessert. Außerdem haben Helferinnen und Helfer unter der Regie des Vereins BüroAktiv e. V. im Jahr 2012 die Schutzhütten am Neckar saniert, die als Schwellenwohnangebot für Wohnungslose mit Hund fungieren.

Seit 2006 gibt es regelmäßige sozialpädagogische Betreuung nicht nur im Männerwohnheim, sondern auch in kleineren Gemeinschaftsunterkünften. Die Tagesangebote für Wohnungslose wurden ebenfalls verbessert. Seit 2008 öffnet das Hauscafe im Männerwohnheim auch an den Nachmittagen, seit November 2012 ist der Tagestreff Eberhardstraße ganzjährig geöffnet.

Außerdem wird mehr dafür getan, dass Menschen gar nicht erst in Obdachlosigkeit geraten. Es gibt eine aufsuchende soziale Betreuung von Mietschuldnern und Räumungsbeklagten. Diese Prävention von Wohnungsverlusten wurde gezielt intensiviert: Der Gemeinderat hat dafür eine zusätzliche 50-Prozent-Stelle bei der Fachabteilung Soziale Angebote geschaffen.

Wohnberechtigungsscheine und Wohnungsbindungsdatei Seit Februar 2011 hat die Fachabteilung Soziale Angebote ein weiteres Aufgabengebiet: Sie stellt Wohnberechtigungsscheine aus, überwacht die Zweckbindung geförderter Wohnungen, führt die Wohnungssucherdatei nach Dringlichkeit und meldet Wohnungssuchende an die Wohnungsbaugesellschaften. Diese Aufgaben lagen zuvor beim Service Center Bauen der Universitätsstadt Tübingen. Der Andrang wächst auch hier: Die Anzahl der ausgestellten Wohnberechtigungsscheine nahm in knapp drei Jahren um rund 30 Prozent zu, von 364 im Jahr 2011 auf 465 im Jahr 2013.

Kinder- und Jugendarbeit

Die Fachabteilung Jugendarbeit hat im Jahr 2012 ihr 40-jähriges Jubiläum gefeiert. Den Höhepunkt bildete ein Fachtag "Geschichte integrieren und weiterdenken", zu dem Fachkräfte aus Wissenschaft und Praxis eingeladen waren. Neben einem historischen Rückblick wurden aktuelle Themen und Herausforderungen in den Blick genommen: offene Jugendarbeit und Bildungsdiskurs, Jugendarbeit in der Kooperation mit Schulen, offene Jugendarbeit im Sozialraum.

Die Fachabteilung hat während der vergangenen Jahre die Angebote der offenen Jugendarbeit weiterentwickelt. Es ging vor allem darum, in allen Stadtteilen attraktive Jugendarbeit anzubieten sowie neue Angebotsformen zu entwickeln, beispielsweise die mobile Jugendarbeit. Außerdem wurden Schwerpunkte in der Prävention gesetzt. Die Leitungsstruktur konnte den wachsenden Aufgaben besser angepasst werden.



Kajakfahren ist ein beliebtes Angebot im städtischen Sommerferienprogramm. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Weststadt

Im Dezember 2010 wurde der Jugendtreff in der Weststadt eröffnet, nach einjährigen Umbauarbeiten. Dafür wurde ein städtisches Gebäude umgenutzt, das davor von den Stadtbaubetrieben belegt war. Mit den benachbarten Schulen, 2010 noch Werkrealschule und Realschule, heute Gemeinschaftsschule, bestand von Beginn an eine enge Kooperation. Auf Wunsch der Schulen wurden Öffnungszeiten auch über Mittag eingeführt, die von den Schülerinnen und Schülern rege genutzt werden.

Derendingen

Nach der Eröffnung des Jugendtreffs im Juli 2011 hat nun auch dieser Stadtteil endlich einen städtischen Jugendraum. Dafür hat sich der Jugendgemeinderat engagiert, ebenso wie Derendinger Bürgerinnen und Bürger. In Derendingen ist es gelungen, ehrenamtlich Engagierte in besonders hohem Maß einzubinden. Dadurch nimmt der Derendinger Treff eine Sonderrolle innerhalb der städtischen Jugendarbeit ein. Das ursprüngliche Vorhaben, die Beteiligung der Ehrenamtlichen regelmäßig zur Ausweitung der Angebote zu nutzen, ließ sich allerdings nur in geringem Maße umsetzen. Zur Stärkung des Angebots wird der männliche Pädagoge in 2014 eine Kollegin bekommen, die ebenfalls mit 50 Prozent angestellt sein wird.

Lustnau

Die in 2007 im Jugendtreff Lustnau mit einer halben Stelle begonnene Arbeit wurde zwei Jahre später durch eine weitere halbe Stelle aufgestockt. Dadurch ist auch hier ein geschlechterparitätisch besetztes Team für die Bedürfnisse der Jugendlichen präsent. Das Angebot in Lustnau wurde von Juni 2009 bis März 2010 vorübergehend erweitert: Das "Frottier-Lädle" im jetzigen Neubaugebiet Alte Weberei konnte bis zu seinem Abbruch genutzt werden. Für Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren war dieses Angebot sehr attraktiv. Die 12- bis 15-Jährigen nutzten und nutzen das verbliebene Angebot in der Neuhaldenstraße. Dort gibt es allerdings zu wenig Platz, als dass sich mehrere Gruppen gleichzeitig entspannt aufhalten könnten. Deswegen ist ein neues Jugendhaus im Gebiet der Alten Weberei in Planung.

Mobile Jugendarbeit

Um Jugendliche zu erreichen, die Ansprache und Begleitung benötigen, die aber nicht zu den Besucherinnen und Besuchern der Jugendhäuser gehören, hat die Stadt ihr Angebot erweitert um eine aufsuchende Arbeitsform. Die mobile Jugendarbeit mit Schwerpunkt in der Tübinger Innenstadt wurde im Frühjahr 2009 mit eineinhalb Planstellen eingerichtet. Die Stadt hat einen freien Träger damit beauftragt, den Verein



In der Panzerhalle findet der viel beachtete Breakdance-Wettbewerb Southside Battle statt. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Hilfe zur Selbsthilfe e.V. Die pädagogischen Fachkräfte helfen insbesondere Jugendlichen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, ihre Probleme zu beschreiben, zu besprechen und zu lösen, ohne sich und andere zu schädigen.

Einrichtung einer Kinder- und Jugendfarm

Freizeitangebote für ältere Kinder und jüngere Jugendliche waren in Tübingen bisher weitgehend im Umfeld der Schulen organisiert. Das wird sich jetzt ändern: Im Herbst 2013 hat der Gemeinderat die Weichen dafür gestellt, dass ab 2014 auf einem Gelände in Derendingen eine Kinder- und Jugendfarm errichtet werden kann. Sie soll in freier Trägerschaft eines Elternvereins organisiert sein, mit städtischer Unterstützung. Das Konzept: offen für alle, freiwillig zu besuchen und mit vielen Möglichkeiten zur freien Betätigung und Mitgestaltung. Die Einrichtung soll im Spätsommer 2014 in Betrieb genommen werden. Das Angebot richtet sich an Tübinger Kinder vor allem ab dem Grundschulalter.

Jugendtreffs in den Teilorten

Auch hier gab es Neues: Eine private Initiative, vor allem Eltern, gründete in Pfrondorf im Jahr 2010 den Verein Jugendraum Pfrondorf e.V. Seit 2011 organisiert der Verein jeden Samstagabend ein Angebot für Jugendliche ab 12 Jahren. Die Räume dafür stellt die Stadt zur Verfügung. Somit ist nun in jedem Tübinger Teilort ein Raum vorhanden, wo Angebote für Jugendliche stattfinden können, selbstorganisiert und beratend begleitet durch eine Fachkraft der Fachabteilung.

Aufgabe und Umbau von Angeboten

Wo so viel Neues geschaffen wird, muss auch über Bestehendes neu nachgedacht werden. Das galt insbesondere im Jahr 2010, als im Zuge der Haushaltskonsolidierung das Geld fehlte. Betroffen waren zwei Einrichtungen, der Jugendtreff Wanne und das Kidojo. Der Jugendtreff Wanne konnte nur noch wenige Besucherinnen und Besucher ansprechen, was auch mit der abnehmenden Zahl der Jugendlichen im Stadtteil zusammenhing. Außerdem gibt es in der Nordstadt mit dem Jugendforum Waldhäuser Ost ein weiteres attraktives Angebot. Das Kidojo wurde aus städtischer Trägerschaft in die Trägerschaft eines Vereins überführt. Es sollte eine Form gefunden werden, mit der große Teile des gewaltpräventiven Profils beibehalten werden. Ab 2013 wurde dem Verein für Kampfkunst und Gewaltprävention e.V. die Trägerschaft und die Verantwortung für Betrieb und Organisation des Hauses übergeben. Der Verein erhält dafür einen städtischen Zuschuss.

Neuer Schwerpunkt: Alkoholprävention

Auch in Tübingen ist das Thema Jugend und Alkohol präsent. Um es umfassender aufgreifen zu können, hat die Fachabteilung Jugendarbeit ab 2010 Alkoholprävention zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Als herausragendes Projekt wurde gemeinsam mit den Kooperationspartnern Jugendpflege Mössingen und dem Kreisjugendring Tübingen die trink:bar ins Leben gerufen, eine alkoholfreie Cocktailbar auf Rädern. Seit ihrer Eröffnung im Mai 2010 stößt sie auf sehr positive Resonanz und bereichert das Angebot vieler (Jugend-)Veranstaltungen in Stadt und Landkreis. Ziel des Projekts ist es, unter jungen Menschen eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Alkohol zu fördern und Jugendlichen zu ermöglichen, Alternativen zum Konsum von Alkohol für sich zu entdecken.



Bei der trink:bar gibt es leckere alkoholfreie Cocktails. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Jugendcafé

Eine Aufgabe für die Zukunft bleibt es, einen Standort für ein zentrales Jugendcafé zu finden. Obwohl vom Jugendgemeinderat schon seit 2008 vehement gefordert und auch vom Gemeinderat unterstützt, konnte ein solches Café bisher nicht realisiert werden. Das Jugendcafé soll ein für Jugendliche attraktiver und einladender Treffpunkt in der Innenstadt sein, offen für unterschiedliche Gruppierungen von Jugendlichen, anregend zur Mitgestaltung und Betätigung. Angedacht ist, ein Jugendcafé bei der Neubebauung des Europaplatzes zu realisieren. Doch das würde die Realisierung nach heutiger Schätzung bis ins Jahr 2019 verschieben. Daher sucht die Verwaltung weiter nach einer Lösung, die eine schnellere Umsetzung erlaubt. Aktuell wird als Interimslösung der Standort Europastraße 17, an dem sich bis vor Kurzem die Weinhandlung Jacques' Weindepot befand, geprüft. Wenn die Stadt das Gebäude erwerben kann, könnte hier eine Planung und Realisierung des Projekts gelingen. Diese Lösung wird vom Jugendgemeinderat sehr begrüßt.

Kindertageseinrichtungen

Neben dem enormen Ausbau der Betreuungsplätze (siehe Schwerpunkt Familie, Seite 26) stand in den letzten Jahren die Stärkung der pädagogischen Qualität im Zentrum der Arbeit. Zudem wurden die Zuschüsse für die freigemeinnützigen Träger (freie Träger) neu geordnet.

Stärkung der pädagogischen Qualität in den Kitas

In einer Qualifizierungsoffensive von 2007 bis 2009 wurden alle pädagogischen Fachkräfte der städtischen Einrichtungen geschult zu drei zentralen inhaltlichen Themen der Kindertagesbetreuung:

- Einführung und Umsetzung des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung für die baden-württembergischen Kindergärten und weitere Kindertageseinrichtungen.
- Einführung eines Qualitätsmanagements und Entwicklung eines Qualitätshandbuchs für die städtischen Kindertageseinrichtungen.
- Orientierung an Vielfalt und Diversität der Lebensformen als Schwerpunkte städtischer Einrichtungen.

Diese zweijährige Fortbildungsreihe, deren Bausteine alle als Teamfortbildungen konzipiert waren, hat das Profil der städtischen Kindertageseinrichtungen geschärft. Eine gute Grundlage für weitere inhaltliche Schwerpunkte, welche die Fachabteilung seit 2011 setzt:

Sprachförderung

Zwölf Kindertageseinrichtungen nehmen an der Bundesinitiative "Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration" von 2011 bis 2014 teil. Sie sind jeweils mit einer zusätzlichen Fachkraft ausgestattet, deren Stellenumfang bei 50 Prozent liegt.

Der Auftrag dieser Sprachexpertinnen ist es, sowohl die einzelnen Kinder sprachlich zu fördern als auch die Sprachbildungsarbeit der gesamten Einrichtung voran zu bringen. Insgesamt können durch die Teilnahme am Bundesprojekt über 800.000 Euro an Fördermitteln abgerufen werden.

Inklusion

Kinder haben unterschiedliche Ausgangslagen – sollen aber gerechte Bildungschancen erhalten. Diese Herausforderung zu bewältigen, haben die städtischen Kindertageseinrichtungen zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Kinder mit und ohne Behinderung, Kinder aus unterschiedlichen

sozialen Kontexten, mit unterschiedlichen Erstsprachen und aus unterschiedlichen Familiensituationen werden gemeinsam betreut. Jedes Kind soll dabei individuell gefördert und gestärkt werden. Ab 2014 soll die Arbeit mit dem "Index für Inklusion" diese Bemühungen noch verstärken und standardisieren. Das ist ein in Großbritannien entwickeltes Handbuch für inklusives Arbeiten in Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Verbesserung der Familienfreundlichkeit

Seit 2009 haben Eltern eine neue Ansprechpartnerin bei der Stadt: Mit ihr können sie alle Fragen zur Anmeldung und Vergabe städtischer Krippen- und Ganztagsplätze klären. Der Service soll im Jahr 2014 noch besser werden: Dann wird ein trägerübergreifendes Anmeldeverfahren mit Online-Angebot eingeführt.

Ein weiteres Ziel ist eine noch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dafür werden die städtischen Einrichtungen die Zahl ihrer jährlichen Schließtage von 30 auf 25 senken. Darüber hinaus sollen die Schließtage verschiedener Einrichtungen so aufeinander abgestimmt werden, dass Familien, deren Kinder unterschiedliche Tageseinrichtungen besuchen, auf eine möglichst einheitliche Ferienregelung treffen.

Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte in den Kitas

Die städtischen Sparprogramme im Konsolidierungsjahr griffen auch in den Kitas: Dort wurden die Verfügungszeiten reduziert. Um dies wettzumachen, hat die Verwaltung einiges unternommen, um die pädagogischen Fachkräfte fachlich gut zu unterstützen:

Unterstützung im hauswirtschaftlichen Bereich

In 80 Prozent der städtischen Kitas wird inzwischen eine warme Mahlzeit angeboten. Dieses Mittagessen in den Kitas ist sehr gefragt. Der zusätzliche Aufwand kann von den pädagogischen Fachkräften jedoch nicht mehr alleine bewältigt werden. Zur Unterstützung werden aktuell 15 hauswirtschaftliche Hilfskräfte mit unterschiedlichen Stundenkontingenten eingesetzt.

In den kommenden Jahren soll an dieser Stelle noch manches besser werden: Es gilt, ein zeitgemäßes Essenskonzept zu entwickeln und die dafür erforderliche Infrastruktur zu schaffen. Dafür wurden bereits die Weichen gestellt, indem eine hauswirtschaftliche Betriebsleitung eingestellt wurde und man ein externes Planungsbüro beauftragt hat, das Verpflegungskonzept zu erarbeiten.

Unterstützung bei Verwaltungsaufgaben

Um Verwaltungsarbeiten in den Kindertageseinrichtungen einfacher zu machen, wird eine Kita-Software eingeführt. Diese Software wird ab 2014 zunächst im Bereich der Verwaltung eingesetzt, voraussichtlich ab dem Jahr 2016 wird sie auch den Einrichtungen zur Verfügung stehen. Sie soll dabei helfen, bei vielen Tätigkeiten Zeit zu sparen.

Als der neue Orientierungsplan kam, wurde dies zum Anlass genommen für einen Vorstoß, die Personalausstattung wieder zu verbessern. Der Gemeinderat hat daraufhin beschlossen: Allein für die städtischen Kitas werden in den nächsten drei Jahren 20 neue Personalstellen geschaffen, um die Bildungsarbeit für die 3- bis 6-Jährigen zu verbessern. Der gute Standard der Krippenpädagogik, der weit über dem Soll liegt, bleibt erhalten.

Bezuschussung der freigemeinnützigen Träger von Kindertageseinrichtungen

Freigemeinnützige Träger bieten in Tübingen in 53 Einrichtungen 1.635 Plätze für Kinder zwischen null und zwölf Jahren an. Sie decken damit etwa 43 Prozent des Platzangebotes ab. Zuletzt existierten drei unterschiedliche Formen, wie Träger von Kindertageseinrichtungen bezuschusst wurden.

Als sich im März 2009 das Kindertagesbetreuungsgesetz in Baden-Württemberg änderte, musste die Bezuschussung neu geordnet werden.

Nach fast zweijähriger Projektgruppenarbeit hat der Gemeinderat im Jahr 2011 beschlossen, wie dies umgesetzt werden soll. Nun wird den kleinen freigemeinnützigen Trägern sowie den Kleinkindgruppen ein Zuschuss in Höhe von 95 Prozent ihres Abmangels gewährt. Große freie Träger erhalten einen Zuschuss in Höhe von 86 Prozent des Abmangels. Berechnet wird dies mithilfe eines vereinheitlichten Abrechnungsformulars. Alle aktuellen Verträge haben eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2014.

Seit November 2013 hat eine Projektgruppe begonnen, das Bezuschussungssystem weiter zu entwickeln, sodass rechtzeitig mit Ablauf der bisherigen Vereinbarungen neue Verträge abgeschlossen werden können.

Fachabteilung Schule und Sport

Schulen

Die Fachabteilung Schule und Sport hat sich in den vergangenen Jahren intensiv mit der Schulentwicklung befasst. Dazu gehörte es auch, zahlreiche breite Beteiligungsprozesse zu planen, zu organisieren und durchzuführen. Daran teilgenommen haben Schulvertreterinnen und -vertreter (Lehrkräfte, Schulleitungen), Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schulkindbetreuung, Elternvertretungen, Vertreterinnen und Vertreter der Schulverwaltung sowie Gemeinderäte. Einige der wichtigen Themen waren:

- Entwicklung der drei Gemeinschaftsschulen
- inhaltliche Weiterentwicklung der Ganztagsgrundschulen
- Implementierung des 9. Grundschulzuges-Südstadt im Anbau der Mörikeschule
- Weiterentwicklung des sozialpädagogischen Bereichs an Grundschulen
- Entwicklung eines neuen Gebührensystems für die Schulkindbetreuung
- Essensversorgung an Schulen
- Interimslösungen für Bauprojekte (Lindenbrunnenpavillon)

Was bei diesen Beteiligungsprozessen erarbeitet worden war, Ideen, Vorschläge und Priorisierungen, das prägte die Arbeit der vergangenen acht Jahre.

Begleitung der Bau- und Sanierungsmaßnahmen an Schulen

Insgesamt hat die Universitätsstadt Tübingen in die Sanierung und den Bau von Schulraum in den vergangenen Jahren rund 35 Millionen Euro investiert. Eine zentrale Aufgabe der Fachabteilung Schule und Sport war es, diese Bau- und Sanierungsmaßnahmen konzeptionell zu begleiten. Es gab mehrere Projektgruppen, in denen die durch die Schulentwicklung notwendigen räumlichen Veränderungen diskutiert wurden. Außerdem haben Schulen und Bauverwaltung dort gemeinsam Vorschläge erarbeitet und deren Umsetzung begleitet.

Neben zahlreichen energetischen Sanierungen standen seit 2007 folgende Projekte auf der Agenda:

2007	Die Grundschule Aischbachschule wird gene-
	rals a niert und zur Ganztags schule ausgebaut.
2007	Die Grundschule Hügelschule wird zur Ganz-
	tagsschule ausgebaut.
2007/2008	Das Kepler-Gymnasium erhält neu strukturier-
	te Räume für Naturwissenschaften.
2007/2008	Die Mensa Uhlandstraße wird neu gebaut.
2008	Die Walter-Erbe-Realschule wird zur Ganztags-
	schule ausgebaut.
2010	Die Grundschule Winkelwiese/WHO wird zur
	Ganztagsschule umgebaut und erhält neue
	Betreuungsräume.
2010	In Unterjesingen wird ein Schülerbetreuungs-
	raum eingerichtet.
2010 bis 2014	Das Uhland-Gymnasium bekommt einen
	Erweiterungsbau für Klassenzimmer und
	Fachräume.
2009/2010	Das Wildermuth-Gymnasium wird um zwei
	Klassenzimmer erweitert.
2012	Die Grundschule Hechinger Eck bekommt
	$zus \"{a}tzliche Betreuungsr\"{a}ume und eine Mensa$
	im ehemaligen Auto-Palazzo.
2012	Im Carlo-Schmid-Gymnasium werden die
	Räume für Naturwissenschaften umgebaut.
2013	Der Lindenbrunnen pa villon der Grundschule
	Innenstadt wird abgerissen, der Neubau am
	selben Ort beginnt.
ab 2013	Die Gemeinschaftsschule Französische Schu-
	le wird am eigenen Standort erweitert, der
	Standort Mörikeschule wird umgebaut.
ab 2013	Zwei Schulen in der Weststadt werden zur
	Gemeinschaftsschule West umgebaut. Vo-
	rübergehend wird das Mittagessen in der
	Hermann-Hepper-Halle serviert.

Ausbau der Schulsozialarbeit

Neben diesen Schwerpunkten wurde die Schulsozialarbeit an den Tübinger Schulen ausgebaut. Alle Tübinger Schulen der Kernstadt haben seit dem Jahr 2012 mindestens eine 50-Prozent-Stelle für Schulsozialarbeit. Diese Ausweitung des Angebots hat die Verwaltung im Jahr 2010 initiiert, Standards für die Stellenbemessung wurden erarbeitet. Weil das Land mittlerweile wieder Zuschüsse bezahlt, war es auch möglich, im Schuljahr 2012/2013 an allen Gymnasien Schulsozialarbeit zu implementieren, obwohl der Landkreis diese Stellen nicht bezuschusst.

Ausbau und Weiterentwicklung der Schulkindbetreuung

Für die Schulkindbetreuung, die seit dem Schuljahr 2009/2010 wieder der Fachabteilung Schule und Sport zugeordnet ist, wurden im Jahr 2010 Standards festgelegt. Diese umfassen ebenso die Personalausstattung wie die Aufgaben. Die Personalausstattung und die entsprechenden Organisationsstrukturen an den Schulen und auch in der Fachabteilung Schule und Sport wurden seither angepasst, denn sie müssen den qualitativ hohen Anforderungen entsprechen. Beides wird derzeit weiter entwickelt. Im Jahr 2013 wurden zudem fachliche Leitlinien für den sozialpädagogischen Bereich erarbeitet, die in den nächsten Jahren zu konkreten Handlungsempfehlungen ausformuliert werden sollen.

Inklusion

Inklusion an Schulen wurde in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Thema. Da das Land noch kein Inklusionsgesetz beschlossen hat, engagiert sich die Fachabteilung Schule und Sport, um die Schulen bei pragmatischen Lösungen zu unterstützen. So werden Schulbegleitungen bereitgestellt und auch nötige Umbauten möglich gemacht. Beispielsweise sind Wickelräume und Ruhezonen entstanden für Kinder und Jugendliche, die besonders gefördert oder sonderpädagogisch betreut werden.

Sport

Im Jahr 2007 hat die Verwaltung einen kooperativen Sportentwicklungsprozess initiiert. Am Anfang stand eine erste Beteiligungsphase von Juni 2007 bis April 2008. Dabei wurden Handlungsempfehlungen für zahlreiche Tübinger Sportthemen erarbeitet: Sportangebote, Sport- und Bewegungsräume, Organisationsstrukturen/ Sportförderung. Auf Grundlage dieser Handlungsempfehlungen wurden Umsetzungs- und Priorisierungsvorschläge erarbeitet und sukzessive umgesetzt. Eine zweite Beteiligungsphase folgte von Oktober 2011 bis Februar 2012. In diesem Rahmen wurde der aktuelle Stand der Umsetzungs- und Handlungsprioritäten diskutiert. Die Sportstättenbauprojekte wurden nach ihrer Dringlichkeit priorisiert. Außerdem haben die Beteiligten die inhaltliche Weiterentwicklung der Sportförderung konzipiert.

Änderung der Sportförderrichtlinien und der Entgeltrichtlinien 2010

Im Jahr 2010 wurden die Sportförderrichtlinien weiterentwickelt. Ein qualitatives Förderkriterium wurde eingeführt, außerdem eine innovative Sportförderung. Jugendleiterinnen und Jugendleiter erhalten nun mehr Übungsleiterzuschuss,



Bei SpaS – Sport am Samstag können Jungen und Mädchen Sport- und Spiel-Angebote wie Breakdance ausprobieren. Bild: Universitätsstadt Tübingen

es gibt Zuschüsse für Ausbildungen und Lizenzverlängerungen von Übungsleiterlehrgängen. Gestiegen sind zudem die Baukostenzuschüsse für Energiesparmaßnahmen, und es gibt mehr Grundförderung für Kinder und Jugendliche. Die Hallenentgeltrichtlinien wurden überarbeitet.

Weitere Sportprojekte

Die Stadt fördert Sportangebote für Zielgruppen mit besonderen Bedürfnissen. Hierfür hat die Verwaltung drei Projekte mit Kooperationspartnerinnen und -partnern initiiert. Seit 2010 gibt es zweimal wöchentlich das offene Angebot "Sport für Ältere im Botanischen Garten", es wird regelmäßig von rund 50 bis 60 Bürgerinnen und Bürgern genutzt. Das Projekt wird gemeinsam von der Stadt, dem Stadtseniorenrat und dem Stadtverband für Sport getragen.

Kinder brauchen Bewegung. Bewegungsarmut von Kindern und nachlassende Kompetenzen im Bewegungsbereich gelten als negative Trends unserer Zeit. Seit dem Jahr 2010 fördert die Universitätsstadt Tübingen deshalb drei Kooperationsprojekte zwischen Kindertageseinrichtungen und Sportvereinen. Lehrkräfte der Vereine kommen zu Bewegungsstunden in die Kitas, um dort kindgerechte Bewegungsanreize zu setzen.

Gemeinsam mit dem Stadtverband für Sport hat die Stadt im Jahr 2012 das Projekt "Sport und Inklusion" initiiert. Im Rahmen des Projektes werden Sportvereine beraten, es werden Inklusionssportprojekte gefördert und Netzwerke geschaffen.

Wichtigste Bauprojekte für Sport-Infrastruktur

Seit 2007 wurde in die Tübinger Sport-Infrastruktur kräftig investiert, insgesamt rund 9,4 Millionen Euro. Das waren die wichtigsten Projekte:

2007	
Bau Kunstrasenplatz Jahnallee	570.000 Euro
Sanierung Kunstrasenplatz Hirschau	330.000 Euro
2008 bis 2010	
Sanierung und Umbau SV 03-Stadion	1.900.000 Euro
2009/2010	
Energet is che Sanierung Turnhalle Hagelloch	821.000 Euro
2009 bis 2012	
Generalsanierung Sporthalle Waldhäuser Ost	3.100.000 Euro
2011	

Bau Kunstrasenplatz Holderfeld	1.080.000 Euro
--------------------------------	----------------

2012

Umbau Ballspielhalle für Walter Tigers	160.000 Euro
--	--------------

2012/2013

	Bau Kunstrasen	platz und Rase	nplatz Bühl	850.000 Euro
--	----------------	----------------	-------------	--------------

2013

Sanierung Rasenplatz Hirschau	
(2013 etatisiert, Umsetzung 2014)	280.000 Euro

Zusätzlich wurden im Jahr 2013 folgende Zuschüsse für Vereinsbauprojekte beschlossen oder in der Finanzplanung für 2014 vorgesehen:

2014

Boulder-und Kletterhalle des Deutschen Alpenvereins (DAV) sowie Einfeldsporthalle des Präventionssportvereins

160.000 Euro

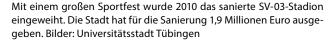
Sporthalle mit Bewegungslandschaft der TSG Tübingen

725.000 Euro

Kunstrasenplatz Pfrondorf 720.000 Euro
Kunstrasenplatz Lustnau 660.000 Euro

Konzept Sportplatzpflege- und Unterhaltung

Seit dem Jahr 2008 werden die städtischen Sportfreianlagen nach einem standardisierten Verfahren gepflegt. Jährlich werden hierfür von den Kommunalen Servicebetrieben rund 475.000 Euro aufgewendet. Die Sanierungsrückstände der Tübinger Sportfreianlagen werden seit dem Jahr 2008 bewertet, hierfür gibt es ein standardisiertes Verfahren. Mit einem Budget von 150.000 Euro pro Jahr werden die Anlagen sukzessive instandgesetzt.













Familienbeauftragte

Zum 1. September 2009 wurde die Stabsstelle einer Familienbeauftragten bei der Universitätsstadt Tübingen neu geschaffen. Die 70-Prozent-Stelle ist dem Ersten Bürgermeister zugeordnet. Dort gehen jährlich über 300 Anfragen unterschiedlicher Art ein: Informationsgesuche von Familien, von ehrenamtlich oder hauptberuflich Engagierten, Vorschläge für Projekte, Aktionen und Verbesserungen von und für Familien, Anfragen von Vereinen nach fachlicher Beratung. Eine zentrale Aufgabe der Stabsstelle ist es, familienfreundliche Lebensbedingungen weiterzuentwickeln und alle Akteure gut zu vernetzen. Hierfür organisiert sie zahlreiche Projekte, Veranstaltungen und Arbeitsgruppen (siehe Seite 26 Stärkung der Familie). An weiteren Themen arbeitet sie gemeinsam mit den städtischen Fachbereichen sowie dem Bündnis für Familie Tübingen.

Familientreffs an Kindertageseinrichtungen

Kindertageseinrichtungen erreichen nahezu alle Familien. Sie sind ein idealer Ort, um für die Familien einen niedrigschwelligen Zugang zu Rat und Hilfe anzubieten. Diese Überlegung war der Ausgangspunkt dafür, drei offene Familientreffs aufzubauen. Diese sind an Kindertagesstätten in städtischer, kirchlicher und freier Trägerschaft angesiedelt: in Hirschau bei "Ein Ort für Kinder e. V.", auf der Wanne im Kinderhaus



Ein beliebter Treffpunkt: die Tübinger Familientreffs. Zeichnung: Sepp Buchegger

Helene von Hügel sowie in der Südstadt im Kinderhaus Janusz Korczak. Angeboten werden wöchentliche Treffs, wo sich Mütter, Eltern und Familien aus dem Stadtteil begegnen können. Es gibt Austausch und Bildungsangebote nach Bedarf und Wunsch der Eltern. Schwangerschaftsberatungsstellen und weitere Partner unterstützen die Treffs, beraten und greifen Themen der Familien auf. Die Treffs werden überwiegend von freiwillig Engagierten organisiert und von der Zielgruppe sehr gut angenommen. Ein Grund dafür ist sicher, dass die Familien selbst bestimmen können, was stattfindet. Ausflüge, Freizeitunternehmungen, Turnkurse und Themenabende gehören zum Programm.

Drei weitere Familientreffs befinden sich im Aufbau; in Stadtteilen mit vermehrten sozialen Problemlagen sollen die Treffs zu Familienzentren mit umfassendem Beratungs- und Bildungsangebot ausgebaut werden. Fachlich begleitet wird das Projekt durch das Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Tübingen.

Projekt "wer hilft weiter"

Für Hilfesuchende ist es oft nicht leicht, den Weg zum passenden Angebot zu finden. Es fehlen gut zugängliche Informationen und Anlaufstellen, teilweise sind die Dienste auch nicht gut erreichbar. Mit dem Projekt "wer hilft weiter" wurde eine bundesweit neuartige Lösung entwickelt. Vier Bausteine ergänzen sich: Das Internet-Portal www.werhilftweiter.de des Schwäbischen Tagblatts bietet einen guten Überblick über alle sozialen Hilfen in Stadt und Landkreis. Zusätzlich erscheint halbjährlich ein Wegweiser in Druckform. Über das Soziale Hilfetelefon des DRK kann man rund um die Uhr jemanden erreichen, der an geeignete Stellen weiter vermittelt. Darüber hinaus gibt es ein Netz von sechs Infostellen, das eine schnelle persönliche Erstberatung ermöglicht. Am stärksten wird der Internet-Wegweiser in Anspruch genommen. Die gemeinsame, aktuelle Datenbank wird von allen genutzt, die Rat und Hilfe suchen, ebenso wie von den ehrenamtlich oder hauptberuflich Engagierten. Ab 2014 ist auch die mobile Nutzung durch eine neue App möglich. Besonders erfreulich ist, dass das Projekt die zahlreichen Akteure einander näher gebracht hat, das Zusammenspiel der sozialen Hilfeträger ist nachhaltig gestärkt. Eine Arbeitsgruppe kümmert sich fortlaufend darum, dass die Erreichbarkeit der Hilfen noch besser wird. Sie setzt sich dafür ein, dass Lücken geschlossen werden, die es nach wie vor gibt: Es fehlt vor allem an allgemeiner sozialer Beratung durch eine täglich erreichbare, mehrsprachige Anlaufstelle.

Wohnraum für Familien

Eine eigene Arbeitsgruppe befasst sich damit, dass bezahlbarer Wohnraum in Tübingen knapp ist, unter sozial benachteiligten Personengruppen eine Wohnungsnot herrscht und bedarfsgerechte Wohnformen gefördert werden. Dank der Mitwirkung des Baudezernats und des Fachbereichs Familie, Schule, Sport und Soziales wurden Verbesserungen erreicht: bei der Vergabepraxis für sozial geförderten Wohnraum, durch sozial gerechtere und transparente Vergabekriterien sowie über ein Rückmeldesystem zu den Vermittlungen. Die Sicherung von städtischen Belegungsrechten in Kooperation mit den Wohnungsbauträgern gehört ebenso dazu wie der Auf- und Ausbau von Beratung zur Wohnungssicherung. Die Arbeitsgruppe begleitet diese Prozesse beratend und benennt, was aus der Erfahrung der sozialen Dienste erforderlich ist. Weiteres Ziel: In Tübingen soll eine zentrale Wohnberatungsstelle geschaffen werden für alle Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für Gruppen, die einen erschwerten Zugang zu passendem Wohnraum oder einen besonderen Wohnbedarf haben. Die Wohnberatung soll Informationen bündeln und weitergeben sowie die sozialen Dienste unterstützen. Dort können auch innovative Konzepte wie eine Tauschbörse erprobt werden. Zudem soll die Stelle bedarfsgerechten Wohnungsbau fördern und so dem Thema Wohnen in Tübingen mehr Gewicht geben.

Naturnahe Frei- und Spielräume

Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, mehr Orte und Räume für Bewegung und freies Spiel zu schaffen, um eine gesunde Entwicklung von Kindern zu fördern. Durch die städtische Nachverdichtung ist es umso wichtiger geworden, solche Frei- und Spielräume zu erhalten oder neu anzulegen. Statt aufwändigen Spielgeräten reichen Naturmaterialien wie Sand, Kies, Erde und Wasser – Hauptsache, sie sind leicht veränderbar. Dieser Ansatz soll überall dort berücksichtigt werden, wo neue Quartiere oder bestehende Freiflächen in den Stadtteilen gestaltet werden. Vereine und Stadtteilinitiativen, die ähnliches voranbringen wollen, finden hier Unterstützung und eine gemeinsame Plattform.

Tübinger Familientage und -feste

Am 15. Mai 2011 fand der erste Tübinger Familientag mit großem Stadtspiel für Jung und Alt statt. Über 500 Familien nahmen daran teil, schätzungsweise über 1.000 kleine und große Kinder. An 14 Stationen konnten die Gäste alle Tübinger Familien- und Stadtteiltreffs sowie weitere Angebote erkunden, der TüBus war hierfür kostenlos, der Tag endete mit einer großen Verlosung auf dem Markplatz. Der zweite Familientag wird unter dem Motto "Kultur für alle" am 6. Juli 2014 stattfinden. Weil die Resonanz groß ist, soll

der Familientag nun alle zwei Jahre im Kalender stehen, im Wechsel mit dem Kinderfest, das zum Rahmen des Tübinger Stadtfests gehört. Jährlich wird zudem ein großes Kinderfest organisiert, bei dem das Kinder- und Jugendtheater des LTT und das Bündnis für Familie kooperieren.

Haus der Familie

Die Grundidee ist es, ein Haus der Familie in zentraler Lage zu schaffen. Dort können Kinder, Jugendliche, Mütter, Väter und Familienangehörige vielseitige Angebote finden und nutzen: Bildung, Beratung, Information und Begegnung. Mit diesem gemeinsamen Ziel haben sich verschiedene Träger von bereits bestehenden Familienangeboten zusammengetan. Sie wollen einander unter einem Dach nicht nur räumlich näher rücken, sondern ihre Arbeit auch inhaltlich stärker verknüpfen. Das Haus der Familie soll alle Nationen ansprechen und viele attraktive Angebote für Jung und Alt bieten. Dazu zählen ein offener Bereich mit Wickeltisch, ein Info-Bereich, eine Spielecke und eine Cafeteria, wo man sich beispielsweise vor oder nach dem Einkauf oder Besorgungen aufhalten kann. Auch Vereine und ehrenamtlich Engagierte sollen die Räume nutzen können. Eine Konzeption ist erarbeitet. Bald wird ein Raum- und Finanzierungsplan in den Gemeinderat eingebracht, der auch einen Vorschlag für einen Standort enthält.

Fahrradprojekt "Ein sicheres Rad für jedes Kind""

Im Jahr 2013 startete die Aktion "Ein sicheres Rad für jedes Kind". Erstmals haben Familien mit KinderCard mehr als 180 Fahrräder erhalten. Hierfür wurden Fahrräder instandgesetzt, die von der Bevölkerung nach einem Aufruf gespendet worden waren. Hinter der Aktion stehen als Kooperationspartner die Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz sowie das Projekt RadKULTUR. Zwei Radchecktage mit Reparaturgutscheinen machten es möglich, dass Kinder und Eltern funktionsfähige und sichere Räder erhalten haben – und damit eine weitere Voraussetzung, um am sozialen Leben teilzuhaben.



Der Nachwuchs freut sich schon auf das Familienfest. Bild: Universitätsstadt Tübingen

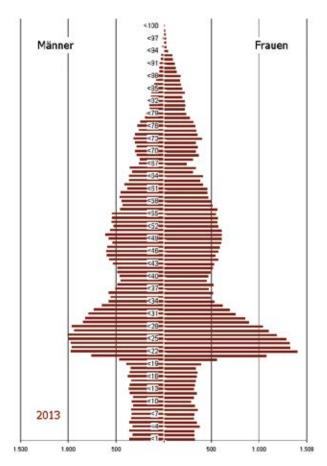
Koordinationsstelle für Senioren und Menschen mit Behinderung

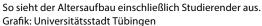
Demografie

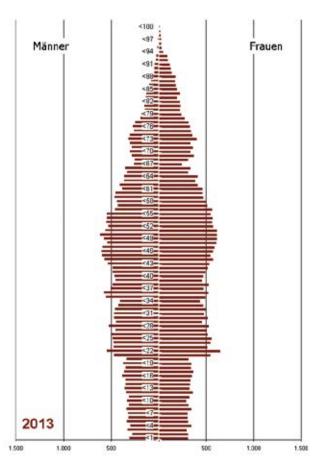
Am 30. Juni 2013 lebten in der Universitätsstadt Tübingen 11.948 Personen über 65 Jahren. Tübingen gilt als junge Stadt, da die über 65-Jährigen nur einen Anteil von 14,4 Prozent an den rund 83.000 Einwohnern haben. Diese ungewöhnliche Bevölkerungsstruktur gilt es zu bedenken. Tatsächlich ist unter den gemeldeten Einwohnern eine sehr große Anzahl von Studierenden, und sie werden die Stadt zumeist wieder verlassen. Das bedeutet: Diese Studierenden werden später keine Unterstützung und Fürsorge für die älteren Menschen in Tübingen übernehmen. Wenn man die Tübinger Statistiken um diese so genannte temporäre Bevölkerung bereinigt, hat die Stadt eine Einwohnerzahl von rund 70.000 Personen. Der Anteil der über 65-Jährigen läge dann bei 17,1 Prozent – also deutlich dichter beim Landesdurchschnitt, der 2011 bei 19,5 Prozent war. Spannend ist auch ein Blick in die fernere Zukunft: Die bereinigte Grafik lässt erkennen, dass es heute besonders viele Menschen zwischen 46 und 55 Jahren gibt und danach weniger jüngere Menschen nachkommen.

Stadtseniorenplan

Im Jahr 2008 erarbeitete die Verwaltung gemeinsam mit etwa 400 interessierten Bürgerinnen und Bürgern den ersten Stadtseniorenplan für Tübingen. Die Initiative dafür war vom Stadtseniorenrat, der Beratungsstelle für Ältere sowie der Begegnungsstätte HIRSCH ausgegangen. Ihr Anliegen war es, die Auswirkungen des demografischen Wandels in der Universitätsstadt rechtzeitig zu erkennen und entsprechende Vorsorge zu treffen. Das Stuttgarter Institut für Stadtplanung und Sozialforschung Weeber+Partner hat die Planung konzipiert und begleitet. Es war ein umfangreicher Beteiligungsprozess: Anfangs machten die Beteiligten gemeinsam eine Bestandsaufnahme, dann formulierten sie eine Agenda für die nächsten Jahre. Der Gemeinderat hat diese Agenda am 9. Juli 2009 zustimmend zur Kenntnis genommen. Zentrale Themen sind Information und Beratung, Barrierefreiheit und Mobilität, altersgerechtes Wohnen, Gesundheit und Pflege sowie ehrenamtliches Engagement (www.tuebingen.de/ senioren). Eine Schlüsselfunktion kommt dabei den Tübinger







Ohne temporäre Bevölkerung liegt Tübingen fast im Landesdurchschnitt. Grafik: Universitätsstadt Tübingen

Stadtteiltreffs zu. Bei allen Stadtteilerkundungen wurde ein wohnortnaher Treffpunkt für alle Generationen gewünscht. Dort soll neben dem professionellen Hilfesystem ein – professionell unterstütztes – bürgerschaftliches Selbsthilfezentrum entstehen. Gerade für ältere und alte Menschen mit geringerer Mobilität gewinnen das eigene Viertel und die Nachbarschaft zunehmend an Bedeutung, denn sie wollen so lange wie möglich selbständig zu Hause wohnen.

Koordinationsstelle für Senioren

Um den Stadtseniorenplan umzusetzen, richtete die Verwaltung im Jahr 2008 die Koordinationsstelle für Senioren und Menschen mit Behinderung ein. Diese Stelle ist dem Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales zugeordnet. Schwerpunkte der Öffentlichkeitsarbeit waren 2012 die Veranstaltungsreihe "Älter werden, anders wohnen?" und 2013/2014 die Informations- und Veranstaltungsreihe "Demenz – mitten unter uns". Seit 2009 läuft das sehr erfolgreiche Bewegungsangebot "Sport ab 50" im Alten Botanischen Garten, seit 2010 das Programm Wohnen mit Hilfe. An allen Projekten sind mehrere Kooperationspartner beteiligt. Die Koordinationsstelle vertritt die Verwaltung im Vorstand des Stadtseniorenrats Tübingen e.V.



Das städtische Bewegungsangebot Sport ab 50 im Botanischen Garten findet viel Anklang. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Tübinger Stadtteiltreffs

Nach Abschluss der Stadtseniorenplanung bildete sich unter der Leitung der Koordinationsstelle eine Arbeitsgruppe, die ein Konzept für die Tübinger Stadtteiltreffs entwickelte. Von 2009 bis 2013 sind Stadtteiltreffs in Derendingen, Waldhäuser Ost, in der Südstadt, in Kilchberg, Pfrondorf und Lustnau entstanden. Diese Treffs sind rein ehrenamtlich organisiert. Der Arbeitsgemeinschaft der Tübinger Stadtteiltreffs haben sich auch das Werkstadthaus und das interkulturelle Mehrgenerationenhaus angeschlossen, das von InFö e.V. angeboten wird. Gemeinsam mit der Beginenstiftung betreibt Infö eine Anlaufstelle für ältere Menschen. Ausstattung und Programm der Treffs werden bezuschusst aus Projektmitteln der Koordinationsstelle. Dafür standen 11.600 Euro im Haushalt 2010 bereit. 2013 sind es 16.000 Euro.

Beitritt zur Erklärung von Barcelona

In den Jahren 2008/ 2009 entwickelte die Verwaltung das Konzept Barrierefreie Stadt Tübingen. Einem Auftrag des Gemeinderats folgend, soll damit der Beitritt der Stadt zur Erklärung von Barcelona vorbereitet werden. An der Ausarbeitung des Handlungskonzepts waren Menschen mit Behinderung, das Koordinationstreffen der Tübinger Behindertengruppen (2012 umbenannt in FORUM & Fachstelle INKLUSION), Träger der Behindertenhilfe sowie Stadt- und Kreisseniorenrat beteiligt. Das Handlungskonzept enthält Leitlinien und insgesamt 136 Einzelvorschläge für 14 Handlungsfelder (siehe www.tuebingen.de/barrierefrei). Im Dezember 2009 beschloss der Gemeinderat den Beitritt zur Erklärung von Barcelona. Unterstützend kam hinzu, dass seit März 2009 die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ein in Deutschland geltendes Recht ist. Am 1. Februar 2010 unterzeichnete Oberbürgermeister Boris Palmer die Beitrittsurkunde.

Das Handlungskonzept wurde in die so genannte Inklusionslandkarte aufgenommen, eine Landkarte der inklusiven Beispiele, die der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen herausgibt. In den Jahren 2008 und 2012 erhielt die Stadt die Auszeichnung "Barrierefreie Gemeinde in Baden-Württemberg" des Landesverbandes für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung in Baden-Württemberg e.V.

Koordinationsstelle für Menschen mit Behinderung

Die Erarbeitung und Umsetzung des Handlungskonzepts Barrierefreie Stadt Tübingen gehörte zu den Aufgaben der 2008 neu eingerichteten Koordinationsstelle für Senioren und Menschen mit Behinderung. Um das Projekt auf eine breite Basis zu stellen, benannten alle beteiligten Bereiche der Verwaltung eine Ansprechperson für Themen der Barrierefreiheit und Inklusion. Die Koordinationsstelle bildete mehrere Fachgruppen, in denen die Umsetzung mit Betroffenen oder deren Interessenvertretungen regelmäßig besprochen und abgestimmt wird. Inklusionsfragen sind zudem ein fester Bestandteil des jährlichen Fortbildungsprogramms für städtische Beschäftigte.

Beteiligung von Menschen mit Behinderung

Die Beteiligung von und die Zusammenarbeit mit behinderten Menschen wurden ausgeweitet. Außer in den Fachgruppen bestehen folgende Beteiligungsmöglichkeiten:

- Die externen Interessenvertretungen haben direkten Kontakt zu ihren Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern in den Abteilungen der Stadtverwaltung: persönlich, telefonisch oder per Mail.
- Sie wirken mit im Arbeitskreis Barrierefreies Tübingen.
- Mitglieder des FORUMS INKLUSION sind in den Ausschüssen des Gemeinderats vertreten.
- Beteiligung bei Planungsvorhaben
- Beteiligung an Projekten der Fachabteilungen (runde Tische)

Projektförderung

Zahlreiche Einrichtungen tragen dazu bei, soziale Teilhabe und Inklusion zu verbessern. Die Koordinationsstelle fördert gezielt Projekte. Dafür standen 2010 im Verwaltungshaushalt 10.000 Euro zur Verfügung, 2011 bis 2013 waren es jeweils 20.000 Euro.

Inklusionsprojekte

Die Verwaltung unterstützt in den Jahren 2012 bis 2014 die Projekte "Tübingen – Kultur inklusiv" der Lebenshilfe Tübingen e.V. sowie "Inklusion durch Sport – wir sind dabei!" des Stadtverbandes für Sport Tübingen e.V. in Zusammenarbeit mit dem Referenten für Inklusionssport bei der Geschäftsstelle des Landesbehindertenbeauftragten. Diese Unterstützung geschieht durch aktive Mitarbeit und auch finanziell. Ziel der Projekte ist es, Menschen mit Behinderung die aktive Teilnahme am sportlichen und kulturellen Leben in der Stadt zu

ermöglichen. Indem behinderte Menschen ihre Bedürfnisse und Fähigkeiten einbringen, entsteht ein inklusiver Prozess. Die Gemeinsamkeiten von Menschen mit und ohne Behinderung werden zur Selbstverständlichkeit.

Beauftragter für barrierefreies Bauen

Seit den frühen 1980er-Jahren sind die älter werdende Gesellschaft sowie Menschen mit Behinderung ein Thema für die Stadtverwaltung. 1981 wurden die Stellen der beiden Behindertenbeauftragten geschaffen, die 2008/2009 ersetzt wurden durch die Koordinationsstelle für Senioren und Menschen mit Behinderung sowie einem Beauftragten für barrierefreies Bauen.

Der Grundsatz des Beauftragten für barrierefreies Bauen lautet: Hindernisse bei öffentlichen Neu-und Umbauten müssen vermieden und bereits bestehende möglichst schnell beseitigt werden. Im öffentlichen Raum und auch bei öffentlich zugänglichen Gebäuden haben der Beauftragte und seine Mitarbeiter zahlreiche Aufgaben.

Handlungsfelder

Der Beauftragte berät Menschen, die ihr Zuhause alters- oder behindertengerecht umbauen müssen, genauso wie angehende Bauherren mit Neubauplänen. Er ist Ansprechpartner für Architekten, die sich bei Fragen rund um das Thema barrierefreies Bauen an ihn wenden.

Die Universitätsstadt Tübingen hat 2010 den Beitritt zur Erklärung von Barcelona unterzeichnet. Alle beteiligten Städte haben sich darauf verständigt, dass Menschen mit Behinderungen ein Anrecht auf technische und soziale Beihilfen haben. Auf dieser Grundlage erfolgt die Koordination mit zahlreichen Behindertenverbänden, die gebündelt vom FORUM & Fachstelle INKLUSION vertreten werden. Beim jährlichen Fachgruppentreffen werden die Arbeitsergebnisse der jeweiligen Einrichtungen und Fachbereiche präsentiert und ausgewertet.

Die Universitätsstadt Tübingen soll in den nächsten 10 bis 15 Jahren barrierefrei werden. Das sieht das Handlungskonzept Barrierefreie Stadt Tübingen ebenso vor wie der Stadtseniorenplan. In den letzten Jahren wurden bereits zahlreiche Projekte realisiert. Ein Beispiel ist der Austausch von Straßenbelägen in mehreren Gassen und Straßen der Altstadt inklusive Gehwegabsenkungen. Auch der Umbau von Bushal-

testellen zählt dazu, ebenso wie Treppenmarkierungen sowie der Einbau von Leitsystemen für Sehbehinderte in der Stadt. Die Universitätsstadt Tübingen hat sich in den letzten Jahrzehnten auch massiv für einen barrierefreien Hauptbahnhof eingesetzt. Um diese Vision wirklich werden zu lassen, hat die Stadt eng mit der Deutschen Bahn zusammengearbeitet. Die Einweihung fand im September 2011 mit Bahnchef Rüdiger Grube statt. Anschließend baute die Stadt auf eigene Kosten einen Aufzug am Unterführungs-Eingang in der Hegelstraße, um den barrierefreien Zugang zum Bahnhof auch von Süden her zu gewährleisten.

Innerhalb der Verwaltung ist der Beauftragte dafür zuständig, dass bei allen städtischen Bauprojekten die Normen, Richtlinien und Vorschriften eingehalten werden, beim Planen und beim Bauen. Er kümmert sich um die Fortbildung städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und treibt nach und nach Planungsstandards für interne und externe Planer voran, ebenso wie eine vorschriftsmäßige Bauleitung.

In den kommenden Jahren wird es verstärkt um Projekte gehen, die den Erfordernissen von Menschen mit Sehbehinderung gerecht werden. Außerdem steht eine Bedarfserhebung an: Hierfür sollen sämtliche Punkte erfasst werden, an denen bis zum Jahr 2023 etwas getan werden muss, um Barrierefreiheit zu erlangen. Dazu zählen Ampelanlagen, Bushaltestellen oder auch Straßenüberquerungshilfen.



Der Aufzug in der Hegelstraße, den die Universitätsstadt Tübingen baute, ermöglicht seit Mai 2012 einen barrierefreien Zugang zum Bahnhof von Süden her. Bild: Ulrich Metz

Fachbereich Bauen und Vermessen

Fachabteilung Service-Center Bauen

Organisatorische Änderungen

Beim Service-Center Bauen gab es im Jahr 2013 größere Veränderungen: vor allem beim Personal, aber auch in der Organisation. Der bisherige Abteilungsleiter schied aus Altersgründen aus, außerdem haben eine Baurechtssachbearbeiterin und zwei Bauverständige die Stadt verlassen. Glücklicherweise konnten diese Stellen relativ schnell wieder besetzt werden.

Mit wenig baulichem Aufwand wurde im Erdgeschoss des Technischen Rathauses eine zentrale Anlaufstelle für Bauherren, Architekten und die Bürgerschaft eingerichtet. Hier werden seither die Baugesuche entgegengenommen. Sämtliche Bebauungspläne der Universitätsstadt Tübingen können eingesehen werden, auch findet hier ein großer Teil der Beratungen rund ums Baurecht statt. Nachbarn können Einsicht nehmen in Baupläne zu Baugesuchen und sich dazu offiziell äußern.

Mit der Eröffnung des Service-Centers wurden die Arbeiten neu strukturiert. Das Stadtgebiet wurde neu aufgeteilt, statt wie früher drei sind es nun zwei Baurechtsbezirke mit entsprechenden Teams. Eingegangene Anträge werden im sogenannten Backoffice von diesen beiden Teams bearbeitet. Die Teams bestehen jeweils aus Verwaltungssachbearbeitern, Bauverständigen, Baukontrolleuren und den dazugehörigen Sekretariaten.

Im Februar 2011 wurde das Sachgebiet Wohnraumförderung aufgelöst, das bis dahin im Service-Center Bauen angesiedelt war. Die Aufgaben haben seitdem andere Fachbereiche sowie das Landratsamt Tübingen übernommen.

Änderung gesetzlicher Vorschriften

Seit 2007 wurden einige neue Gesetze erlassen, viele haben den Klimaschutz zum Ziel. 2008 trat das Gesetz zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie in Baden Württemberg in Kraft (EWärmeG); 2009 folgte das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmebereich (EEWärmeG).

Seither prüft die Abteilung, ob die in diesen Gesetzen vorgeschriebenen Grenzwerte bei Bauvorhaben eingehalten werden. Dies kam als weitere Aufgabe auf die ohnehin schon stark belastete Abteilung zu.

Die Landesbauordnung wurde weitgehend überarbeitet und trat 2010 in Kraft. Hierbei wurden die Abstandsflächenregelungen vereinfacht, die Vorschriften zum Brandschutz sind von Grund auf neu geregelt und teilweise verschärft worden. Neu eingeführt wurde das vereinfachte Baugenehmigungsverfahren, in dem bauordnungsrechtlich nur noch die Abstandsflächen geprüft werden müssen, eine brandschutzrechtliche Prüfung der Vorhaben ist nicht mehr vorgesehen. Der Gesetzgeber hat sich von diesem Verfahren eine Vereinfachung erwartet, doch diese trat in der Praxis nicht ein – und somit auch keine Entlastung der Baurechtsbehörde.

2011 kam das "Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden", damit wurde das Baugesetzbuch (BauGB) geändert. Klimaschutz wird darin als Ziel der Bauleitplanung definiert. 2013 folgte eine weitere Änderung des Baugesetzbuches mit dem "Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts".

Bautätigkeit

In Tübingen wurde während der zurückliegenden Jahre mehr gebaut als zuvor. Dazu gehören unter anderem das Mühlenviertel und die Alte Weberei. Durch die rege Bautätigkeit hat die Stadt jährlich rund eine Million Baugenehmigungsgebühren eingenommen. Die Zahl der Bauanträge lag pro Jahr zwischen 600 und 700.

Wohnungsbau

Seit 2007 hat der Wohnungsbau in Tübingen deutlich zugenommen. Im Zeitraum von 2007 bis 2013 wurden rund 3.000 neue Wohnungen genehmigt, die Hälfte davon mit vier Zimmern oder mehr. Die Wohnungen verteilen sich auf 540 neue Wohngebäude mit einer Gesamtwohnfläche von 228.500 Quadratmeter und Baukosten von über 446 Millionen Euro.

Prüfung des Vorkaufsrechts

Bevor auf der Gemarkung Tübingen Grundstücke verkauft werden, müssen alle Kaufverträge der Baurechtsbehörde vorgelegt werden. Dort prüft die Stadt, ob sie ein Vorkaufsrecht ausüben möchte. Dies ist dann besonders interessant, wenn es um Straßen- und Wegebau geht oder um öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten. Macht die Kommune keinen Gebrauch vom Vorkaufsrecht, wird eine Negativbescheinigung ausgestellt, und der Kauf kann wie geplant vollzogen werden. Zwischen 2007 und 2013 wurden 2.477 Negativbescheinigungen ausgestellt.

Ablösung der Stellplatzverpflichtung

Viele Baugenehmigungen sehen vor, dass bei Bauvorhaben auch eine bestimmte Anzahl an Stellplätzen hergestellt werden muss. Ist dies für den Bauherrn bei einem gewerblichen Bauvorhaben nicht möglich, kann die Gemeinde ihm alternativ die finanzielle Ablösung ermöglichen. Bei privaten Bauvorhaben gibt es diese Alternative nicht. Grundlage für die Ablösung ist dann ein öffentlich-rechtlicher Vertrag. Bis März 2007 war in den städtischen Entwicklungsgebieten für eine solche Ablöse 1.533 Euro pro Stellplatz zu bezahlen, während im restlichen Stadtgebiet 7.500 Euro fällig wurden. Zum 1. April 2007 wurde die Summe für die gesamte Stadt einheitlich bei 4.000 Euro festgesetzt. Über die Ablösebeiträge kamen im Zeitraum von 2007 bis 2013 über 1,3 Millionen Euro in die Stadtkasse.

Bedeutende Baumaßnahmen

Seit 2007 wurden in Tübingen zahlreiche bedeutende Baumaßnahmen umgesetzt, die entweder auf Grund ihrer Größe und Komplexität oder aufgrund ihrer Menge eine Herausforderung darstellten. 2007 wurde das Mühlenviertel verwirklicht. Innerhalb von rund sieben Monaten wurden allein dafür 62 Bauanträge eingereicht, die beschleunigt in den darauffolgenden Monaten genehmigt wurden. Dabei handelte es sich um größere Wohnungs- und Gewerbebauten sowie ein Pflegeheim und eine Anlage für betreutes Wohnen. 2012 war die Herausforderung die Alte Weberei. Auch hier wurden innerhalb von etwa sechs Monaten 56 Bauvorhaben bearbeitet und genehmigt.

Universität und Klinikum

In den Jahren 2007 bis 2013 wurden zahlreiche Großprojekte bei Universitäts- und Klinikgebäuden bearbeitet. Zwei Konjunkturprogramme führten zwischen 2009 und 2011 zu einer ungewöhnlich hohen Bautätigkeit: das Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes und das Landesinfrastrukturprogramm. Durch diese beiden Programme waren zahlreiche Neu-, Um- und Anbauten wie auch Brandschutzund (Komplett-)Sanierungen möglich. Zu den realisierten Projekten gehören unter anderem der Neu- und Umbau der Hautklinik, der Neubau der Augenklinik, der Neubau des Zentrums für Molekularbiologie der Pflanzen (ZMBP), die Brandschutzsanierung des Hörsaalgebäudes Morgenstelle sowie die Sanierung der Alten Aula.

Fachabteilung Vermessung

Liegenschaftskataster

Die im Liegenschaftskataster geführten Geobasisdaten bilden die Grundlage für Planungs- und Weiterentwicklungsprozesse der Stadt. Sämtliche Flurstücke des Tübinger Stadtgebiets werden hier in ihrer Größe und Ausdehnung beschrieben, jede Veränderung an den Flurstücken wird eingearbeitet. Auch neu errichtete Gebäude werden zeitnah eingemessen, so dass das Liegenschaftskataster stets auf dem aktuellsten Stand ist. Dadurch hat die Stadt eine verlässliche Basis für alle planerischen Entscheidungen.

Das Liegenschaftskataster bietet auch Rechtssicherheit für Eigentümer. Beispielsweise in der Frage, wo genau und wie groß ein Grundstück ist. Das Aufzeigen von Grundstücksgrenzen vor Ort ist ebenfalls eine immer wiederkehrende Aufgabe. Dadurch werden bestehende Grenzstreitigkeiten zwischen Nachbarn geklärt oder gleich von vorne herein vermieden. Zu den umfangreichen Vermessungsaufgaben gehörte die Baulandumlegung Käppelesäcker in Hirschau sowie der Straßenanschluss der B27 im Bereich Bläsibad. In allen Fällen wurde das Liegenschaftskataster verändert und auf den neuesten Stand gebracht.

Vermessungsarbeiten bilden die Grundlage vieler Verträge. Indem neue Flurstücksgrenzen exakt festgelegt und neue Flurstücke gebildet werden, entsteht eine Vermessungsschrift, genannt Fortführungsnachweis. Nur auf dieser Grundlage können bereits geschlossene Kaufverträge endgültig vollzogen und die Grundstücke im Grundbuch eingetragen werden.

Aktuell sind im Liegenschaftskataster der Universitätsstadt Tübingen insgesamt 42.743 Flurstücke und 30.173 Gebäude beschrieben. In den Jahren 2007 bis 2013 wurden insgesamt rund 1.600 Flurstücke in ihrer Form verändert und knapp 1.700 Gebäude für das Liegenschaftskataster neu aufgemessen. Ungefähr zwanzig Prozent dieser Arbeiten wurden von öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren durchgeführt.

Technisch hat die Fachabteilung einen großen Schritt nach vorn getan. Moderne Messtechnik wurde 2011 angeschafft,

eine GPS-Ausrüstung. Damit kann die Stadt den gestiegenen Anforderungen an das moderne Vermessungswesen gerecht werden, zugleich ist es eine Investition in die Zukunft. Der Einstieg in diese neue Welt gelang sehr gut. Inzwischen ist die Messung mit diesem Gerät in den Arbeitsalltag fest integriert und auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr wegzudenken.

Das allbeherrschende Thema im Liegenschaftskataster war während der letzten Jahre das Programm ALKIS, also das amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem. Mit dieser Software wurde ein bundesweit einheitlicher Standard für die Vermessungsverwaltungen geschaffen. Für die Universitätsstadt Tübingen bedeutete das, die Daten des Liegenschaftskatasters aus bis dahin drei Datentöpfen zu überführen in einen einzigen Datentopf. Diese Arbeiten waren sehr zeitintensiv, sie konnten Anfang 2013 abgeschlossen werden. Im April 2013 wurde die Fortführung des Liegenschaftskatasters für knapp einen Monat gestoppt, in diesem Zeitraum wurde dann die Migration erfolgreich durchgeführt. Im Mai konnten die ersten Fortführungsnachweise im neuen Verfahren erstellt werden. Die Universitätsstadt Tübingen gehört damit in Baden-Württemberg zusammen mit Stuttgart und drei weiteren Städten zu den ersten, die das neue System erfolgreich eingeführt haben.

Als nächste große Herausforderung steht die Umstellung des Koordinatensystems an. Bisher wurde mit Gauß-Krüger gearbeitet, nun kommt ein anderes, europaweit einheitliches System namens ETRS89, was eine Abkürzung ist für Europäisches terrestrisches Referenzsystem 1989. Dieses System wird in Verbindung mit UTM-Koordinaten eingeführt. Die Vorarbeiten für diese Umstellung sind auf dem besten Weg, dank der Anschaffung der GPS-Ausrüstung und vielen bereits getätigten Messungen.

Ingenieurvermessung

Der Fachbereich fungiert als ein Vermessungsbüro der Universitätsstadt und ist als Dienstleister für die städtischen Ämter an vielen Projekten beteiligt. So wurden in den letzten Jahren an sämtlichen Flüssen und Bächen in regelmäßigen Abständen Profilaufnahmen gemacht und die überquerenden Brücken im Querschnitt aufgemessen. Aufgrund dieser Daten konnten hydraulische Berechnungen durchgeführt werden, aus denen wiederum die Hochwassergefahrenkarten entstanden sind. Ebenfalls um den Hochwasserschutz ging es bei der Aufnahme sämtlicher Hochwasserrückhaltebecken im Gemeindegebiet der Stadt.

Die Führung des Straßenkatasters mit Topographie im öffentlichen Raum, Verkehrszeichen und Fahrbahnmarkierungen wurde weiter vervollständigt. Dieses Kataster ist Grundlage für Verkehrsplanungen, aber auch für verkehrsrechtliche Anordnungen der Ortspolizeibehörde. Diese können nun über ein spezielles EDV-Programm automatisiert erstellt werden.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt waren die Aufnahmen und Bau begleitenden Absteckungen am östlichen Altstadtrand, im südlichen Stadtzentrum, in der Mühlstraße, im Zinser-Dreieck, am Foyer und bei der Umgestaltung der Altstadtstraßen. 2009 kam es in der Mühlstraße bei der Aufnahme der Stützmauer zu einem Messfehler von 15 Zentimetern. Dieser wurde in letzter Minute erkannt und führte dazu, dass die bereits begonnenen Ausbauarbeiten der Mühlstraße gestoppt und korrigiert wurden. Dadurch kamen die Vermesser, welche normalerweise überwiegend im Hintergrund und selbst im Millimeterbereich noch sehr pedantisch arbeiten, auf die Titelseite der örtlichen Presse. Auf diese Schlagzeile hätte die Fachabteilung gerne verzichtet.

Bei zahlreichen Projekten der Stadtplaner sowie der Tief- und Hochbauer hat der Fachbereich topografische Aufnahmen des Geländes hergestellt und hieraus digitale Geländemodelle entwickelt. Diese Daten dienen als Grundlage für entsprechende Planungen und Absteckungen während der Bauphase, ebenso auch für die Bestandsaufnahme nach dem Umbau. Außerdem wurden solche Aufnahmen auch für die Fortführung des Straßenkatasters benötigt. Sie helfen nicht zuletzt dabei, beim Abschluss von Straßenbaumaßnahmen die Abrechnungspläne zu erstellen.

Die Standsicherheit von Gebäuden, Brücken und Stützmauern ist ein Thema, mit dem sich das Tiefbauamt und zum Teil auch das Hochbauamt beschäftigen. In regelmäßigen Zeitabständen werden Kontrollmessungen an diesen Bauwerken durchgeführt, um selbst kleinste Veränderungen in der Lage und Höhe des Bauwerks festzustellen und zu dokumentieren. Seit kurzem führt die Ingenieurvermessung auch Messungen an den Stützmauern der Mühlstraße durch sowie am "schiefen Turm von Tübingen", dem Kirchturm der Stiftskirche.

Die Universitätsstadt Tübingen hat einen exakten Überblick über die Kanäle in ihrem Untergrund. Seit über 100 Jahren werden diese Kanäle eingemessen und dokumentiert. Damit hat Tübingen eines der ältesten Kanalkataster in Deutschland. Neben den Kanälen werden auch die Leitungen der

Stadtwerke von der Ingenieurvermessung aufgenommen. Im Berichtszeitraum waren dies über 800 Aufträge und etwa 30 Kilometer Leitung.

Ein weiteres Betätigungsfeld der Ingenieurvermessung ist die Bautechnik. Hier wurden rund 300 Lagepläne zu Baugesuchen privater und öffentlicher Bauherren gefertigt. Darunter waren zum Teil sehr umfangreiche Arbeiten wie in der Doblerstraße auf dem Areal des ehemaligen Landratsamts, im Wennfelder Garten für die Wohnbaugesellschaft GWG, in der Alten Weberei in den Höfen 3, 5 und 7, aber auch für die Umbauten und Neubauten an den Gymnasien in der Uhlandstraße.

Gutachterausschuss / Umlegungsausschuss

Die Geschäftsstellen des Gutachter- und Umlegungsausschusses haben Aufgaben, die im hoheitlichen Bereich liegen. Sie greifen stark in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger ein. Daher sind die Anforderungen sehr streng, was die Nachprüfbarkeit aller im Umlegungsausschuss und Gutachterausschuss gefassten Beschlüsse anbelangt.

Die Geschäftsstelle des Umlegungsausschusses gestaltet Wohnbaugrundstücke und überführt diese eigentumsrechtlich in das Grundbuch. Dies war beispielsweise beim Umlegungsverfahren Käppelesäcker in Hirschau die Aufgabe sowie bei Teil I der Bebauungsplanänderung Breite in Pfrondorf. Im Bereich der Gewerbeflächen wurde das vereinfachte Umlegungsverfahren angewandt, um zügig Grundstücke für die gewerbliche Nutzung zu schaffen, beispielsweise in Hirschau bei der Umsetzung des Bebauungsplans Rittweg Nord Teil I. Aktuell wird das Unterjesinger Innenentwicklungsverfahren für das Areal Weinsteige/ Saarstraße / Klemsenstraße als Umlegungsverfahren gemäß §§ 45 ff. Baugesetzbuch durchgeführt. Zuvor waren alle Bemühungen der Verwaltung gescheitert, die Grundstücke freiwillig und im Konsens mit den Grundstückseigentümern neu zu ordnen.

Die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses wertet alle Kaufverträge für Tübinger Immobilien und Grundstücke aus. Denn dort wird eine Kaufpreissammlung geführt. Hierfür senden alle beurkundenden Stellen die Verträge an die Geschäftsstelle. Seit 2007 wurden etwa 9.250 Kaufverträge mit einem Umsatzvolumen von rund 1,7 Milliarden Euro ausgewertet.

Diese Auswertung nutzt auch der Öffentlichkeit, indem ein Grundstücksmarktbericht sowie eine Bodenrichtwertkarte öffentlich zur Verfügung gestellt werden. So entsteht Markttransparenz. Sowohl der Bericht als auch die Karte bieten einen guten Überblick über das Immobilienmarktgeschehen in der Universitätsstadt Tübingen. Genutzt werden sie von kaufinteressierten Bürgerinnen und Bürgern, Banken, Maklern, Notaren und der Finanzverwaltung.

Der Gutachterausschuss ist ein unabhängiges Kollegialgremium. Seine Mitglieder sind sachkundig und erfahren in der Ermittlung von Grundstückswerten. Seit 2007 wurden 556 Verkehrswertgutachten erstellt. Derzeit werden die Aufträge dazu fast ausschließlich von Privatpersonen oder Eigentümergemeinschaften erteilt.

Im Jahr 2011 entstand der erste qualifizierte Mietspiegel für die Universitätsstadt Tübingen. Dieser Prozess wurde durch die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses betreut. Das brachte eine Reihe an Aufgaben mit sich: die Betreuung von Sitzungen der eigens eingerichteten Mietspiegelkommission, die Aufbereitung von Dateien, um Datensätze von nicht mietspiegelrelevanten Mietverhältnissen zu bereinigen, außerdem auch eine Wohnlagenkartierung des gesamten Gemeindegebiets als Diskussionsgrundlage. Der Mietspiegel zeigte: Der energetische Zustand hat einen Einfluss auf die Höhe des Mietpreises, ebenso wie die übrigen Merkmale, die eine ortsübliche Vergleichsmiete ausmachen, also Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage des Wohnraums. Der Mietspiegel wird gut angenommen von den am Wohnungsmarkt handelnden Akteuren. Es wurden bereits über 1.000 Mietspiegelbroschüren verkauft. Auf die digitale Version der Broschüre, die auf der Homepage der Universitätsstadt Tübingen hinterlegt ist, wurde über 17.000 Mal zugegriffen (www. tuebingen.de/mietspiegel). Lob und Anerkennung für den qualifizierten Mietspiegel gab es vom Mieterbund, vom Haus- und Grundbesitzerverein sowie durch das Amtsgericht. Im Herbst 2013 wurde der Mietspiegel fortgeschrieben und den neuen Entwicklungen auf dem Mietwohnungsmarkt angepasst.

Auf der Grundlage des qualifizierten Mietspiegels war es möglich, eine Satzung zu erarbeiten, welche die Höhe der zulässigen Mieten für öffentlich geförderte Wohnungen (Mietobergrenzensatzung) gemäß § 32 des Landeswohnraumförderungsgesetzes (LWoFG) definiert. Diese Satzung wurde mittlerweile durch den Gemeinderat beschlossen.

Fachabteilung Geoinformation und EDV

Geoinformationen sind für die öffentliche Verwaltung von großer Bedeutung, da sehr viele Vorgänge einen Raumbezug haben. Es ist daher wichtig, entscheidungsrelevante Daten so zu pflegen, dass sie stets aktuell, schnell abrufbar und gut lesbar in digitaler Form vorliegen. Die Hauptaufgabe der Fachabteilung ist es, die hierfür notwendige Software einzuführen und zu betreuen. Sie ist somit die zentrale Dienstleistungsstelle für alle Bereiche der Stadtverwaltung, die auf Geodaten angewiesen sind.

Gemeinsam mit zehn weiteren Städten in Baden-Württemberg hat sich Tübingen für die Basis-Software von AED-SI-CAD und ESRI entschieden. Mit dieser Software wurde eine weltweit verbreitete Basis-Software für möglichst alle GIS-Anwendungen innerhalb der Stadtverwaltung eingeführt. GIS steht für geografische Informationssysteme. Dies war zugleich auch die Grundlage für einen Neuaufbau des Geografischen Informationssystems innerhalb der Stadtverwaltung (TÜGIS). Inzwischen haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der technischen Ämter Zugriff auf TÜGIS. Hinzu kommen weitere Beschäftigte aus den unterschiedlichsten Fachbereichen, insgesamt etwa 300 Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung.

Aktuell wird eine Vielzahl an Geobasisdaten angeboten: eine Grundkarte, die dem Kataster entspricht, oft mit Informationen zu Eigentümern und Topografie. Außerdem aktuelle Luftbilder, verschiedene Übersichtskarten, die Bodenrichtwertkarte und Bebauungsplanübersichten mit allen 950 Bebauungsplänen und Ortsbauplänen. Aktuelle Beteiligungsverfahren sind so eingepflegt, dass ein Link zur aktuellen Verfahrens-Auskunft auf der Tübinger Homepage führt. Zu sehen sind außerdem Baulasten mit ihren Dokumenten und eine Übersicht der städtischen Bäume. Das Angebot wächst weiter: Zusätzliche Themen werden für eine Übernahme bearbeitet.

Eingebunden wurden auch sogenannte WMS-Dienste. WMS steht für Web Map Service. Nutzer des Auskunftssystems haben dadurch die Möglichkeit, die im Internet zur Verfügung gestellten Fachthemen verschiedener Landesbehörden aufzurufen, diese auf dem Hintergrund der städtischen Geobasisdaten der Universitätsstadt Tübingen darzustellen und weiter zu bearbeiten. Beispielhaft seien hier die Naturschutzgebiete, die Landschaftsschutzgebiete, die Solar- und Lärmkartierung und die Hochwassergefahrenkarte erwähnt. Zu jedem TÜGIS-Thema wurde ein Handbuch für die Anwendungen verfasst, es gab Schulungen mit den Anwendern. Das

langfristige Ziel ist, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung einen Zugriff erhalten und alle Geodaten über TÜGIS verfügbar sind. Der Fachbereich Geoinformation und EDV unterstützt andere städtische Fachbereiche. Er berät und unterstützt bei der Anschaffung neuer und beim Umgang mit vorhandener Software. Außerdem richtet er Schnittstellen zur Basissoftware der Fachabteilung Geoinformation ein.

Viele Projekte haben damit zu tun, Grundlagen für die Zukunft zu schaffen. So wurden die Vorarbeiten für den Aufbau eines digitalen Dokumentenmanagementsystems weiter vorangetrieben. Voran kommen auch die Vorbereitungen für ein Geodatenportal, das mittelfristig in die Homepage der Universitätsstadt Tübingen eingebunden werden soll. Dort können Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Fachleute dann Dienstleistungen und Geodaten abrufen und nutzen. Zugenommen haben in den letzten Jahren unterstützende Arbeiten rund um Scannen und Plotten. Immer mehr private Kunden, Architekten, Vereine und auch andere Behörden möchten Akten wie Bebauungsplänen und Bauakten in digitaler Form abgeben. Für Studierende, vor allem in den Bereichen Städtebau und Geografie, ist Tübingen ein interessantes Studienobjekt. Entsprechend zahlreich sind die Nachfragen nach digitalen Planunterlagen. Solche Unterlagen erhalten die Studierenden im Regelfall kostenlos, mit der Verpflichtung, die Daten nur zu Studienzwecken einzusetzen.

Kartografie

Kartografie hat eine hohe Aussagekraft. Anschauliche und vielfältige Karten und Pläne sind ebenso nützlich wie informativ. Der amtliche Tübinger Stadtplan wurde im Jahr 2001 erstmals digital erstellt und seitdem laufend fortgeführt. Im Jahr 2008 wurde erstmalig der kleine Stadtplan im Maßstab 1:6.500 veröffentlicht, in dem so genannten "Points of Interest" für den Bereich der Innenstadt vom Hauptbahnhof bis zur Kunsthalle eingezeichnet waren. Der digitale Innenstadtplan mit seinen Piktogrammen ist außerdem eine sehr beliebte Grundlage für Veranstaltungsflyer, beispielsweise beim Stadtfest oder im Flyer für die "Nette Toilette und Mobilität". Er wird für die verschiedensten von der Stadt herausgegebenen Faltblätter verwendet.

Der Internet-Stadtplan (www.tuebingen.de/stadtplan) wurde jährlich aktualisiert. Außerdem wurden thematische Karten wie Fahrradstadtplan, Bodenrichtwertkarte und Schulwegekarten veröffentlicht. Stadtteil-, Stadtviertelkarten, Wahlbezirkskarte, Schulbezirkskarte, Streukarten oder Schulwegekarten werden nach Bedarf hergestellt. Der Neudruck des aktuellen Tübinger Stadtplans ist im Februar 2014 erschienen.

Fachbereich Planen, Entwickeln, Liegenschaften

Nachdem der bisherige Fachbereichsleiter Erich Fritz in den Ruhestand ging, wurde zum Oktober 2007 Tim von Winning zu seinem Nachfolger ernannt. Zur selben Zeit wurde der Fachbereich umstrukturiert, so, wie es im 2006 entwickelten neuen Organisationsmodell der Stadtverwaltung Tübingen vorgesehen war: Das Stadtplanungsamt, das Stadtsanierungsamt sowie das Liegenschaftsamt wurden zusammengeführt zum Fachbereich Planen, Entwickeln, Liegenschaften. Alle betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahmen an einem intensiven internen Diskussionsprozess teil, an dessen Ende feststand: Der Fachbereich wurde 2008 aufgegliedert in vier eigenständige Fachabteilungen: Stadtplanung, Projektentwicklung, Liegenschaften und Verkehrsplanung.

Stadtplanung

Insgesamt 40 Bebauungspläne hat die Stadtplanung seit 2007 rechtskräftig auf den Weg gebracht.

Nach vielen Jahren bei der Universitätsstadt Tübingen wechselte die Fachabteilungsleiterin Angela Weiskopf zum Ende des Jahres 2011 nach Bremen. Als ihre Nachfolgerin und stellvertretende Fachbereichsleiterin wurde zum Mai 2012 Gabriele Dillmann eingestellt. Die Fachabteilung wurde durch zwei zusätzliche Stellen verstärkt, um die komplexen Aufgaben bei den nächsten Entwicklungsschritten der Stadt umzusetzen.

Schwerpunkte der Stadtentwicklung und Bauleitplanung

Die Tübinger Stadtplanung setzt einen Schwerpunkt bei der Entwicklung von Potenzialen im innerstädtischen Bereich. Das Hauptziel ist es, neuen Wohnraum zu schaffen. Dazu gehört es auch, unverträgliche Gemengelagen zu entflechten und Gewerbeflächen umzunutzen, die brach gefallen und für gewerbliche Nutzung nicht mehr sinnvoll oder wirtschaftlich sind. Es gelang, umfangreiche Flächenpotenziale zu aktivieren, ohne dabei relevante Flächen im bisher unbebauten Außenbereich heranzuziehen. Dafür geht die Stadt unterschiedliche Wege: Sie ermöglicht kleine Ergänzungsbauten und Dachausbauten, ordnet Quartiere neu und betreibt die Konversion größerer Flächen.

Beispiele für Wohngebietsentwicklungen sind die vorhabenbezogenen Bebauungspläne Dürrstraße 10-16, Herrenberger

Straße 55-59 oder der Bebauungsplan für Bismarck-, Schaffhausen- und Brückenstraße. Neue Wohnbaugrundstücke durch Grundstücksneuordnungen erreichte man im Burgunderweg oder dem Areal Weinsteige / Klemsenstraße / Saarstraße in Unterjesingen. Die Stadtplaner arbeiteten zudem an Bebauungsplänen, mit denen die bauliche Ausnutzbarkeit in die Jahre gekommener Siedlungshäuser verbessert werden konnte, ein Beispiel dafür ist der westliche Brahmsweg. Es gab zudem ganze Quartiersneuentwicklungen, wo schlechte Bausubstanz erneuert und dabei neuer Wohnraum geschaffen werden soll. Seit 2007 konnten auf diese Weise über 20 Bebauungspläne rechtskräftig gemacht werden, die allesamt den Schwerpunkt hatten, im Innenbereich Wohnraum zu schaffen. Weitere Bebauungspläne können voraussichtlich 2014 abgeschlossen werden, darunter die Sindelfinger Straße oder die Ölmühle.

Die städtebauliche und gestalterische Qualität der Projekte wurde dabei durch zahlreiche Wettbewerbsverfahren oder Mehrfachbeauftragungen gesichert. Wo kein derartiges Verfahren möglich war, unterstützte der Gestaltungsbeirat, indem er Optimierungen für die jeweiligen Entwürfe empfahl.

Bei allen Innenentwicklungsprojekten sucht die Stadt das enge Miteinander mit Anwohnerinnen und Anwohnern. Für die Planungsverfahren war eine intensive Begleitung und Diskussion mit der Bürgerschaft von zentraler Bedeutung. Es wurden Runde Tische eingerichtet, die es der Bürgerschaft ermöglichten, an der Stadtentwicklung eines Quartiers aktiv mitzuwirken. Außerdem wurden umfangreiche Informationsveranstaltungen angeboten. Auf diese Weise erreichte die Stadt häufig eine breite Akzeptanz der Planungen, in anderen Fällen zumindest eine Transparenz der Abwägungsprozesse.

Güterbahnhof-Areal

Das derzeit größte und bedeutendste zentrale Innenentwicklungspotenzial der Universitätsstadt Tübingen liegt auf dem Areal des ehemaligen Güterbahnhofs. Für dieses Projekt gab es einen umfangreichen Abstimmungsprozess, in dem die planerischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung festgelegt und 2010 in einer Kooperationsvereinbarung festgeschrieben wurden. Auf dieser Grundlage haben Eigentümer und Stadt gemeinsam einen städtebaulichen Realisierungswettbewerb ausgelobt. Sieger wurde im Frühjahr 2012 der Entwurf der Büros ANP und GTL aus Kassel. Ihr Wettbewerbsentwurf wurde überarbeitet, auch dies haben ein Runder Tisch und zahlreiche am Projekt

beteiligte Fachplaner begleitet. Ende 2012 beschloss der Gemeinderat auf dieser Grundlage die Aufstellung eines Bebauungsplans. Der Plan wird 2014 für die Offenlage vorbereitet. Das Güterbahnhof-Areal wird ein gemischtes Quartier, das Wohnraum für voraussichtlich über 1.000 Menschen bieten wird. Im östlichen Teil entstehen gewerbliche Flächen, die zu großen Teilen für Erweiterungen angrenzender Betriebe bereitstehen.



Rahmenplan für das Güterbahnhof-Areal. Bild: ANP Architektur- und Planungsgesellschaft / GTL Landschaftsarchitekten

Gewerbeflächen

Eine weitere Aufgabe des Fachbereichs ist es, Erweiterungsmöglichkeiten für ansässige Gewerbebetriebe zu schaffen. Es gilt, Lösungen planungsrechtlich abzusichern, damit die Betriebe am Wachstumsstandort Tübingen gehalten und Gebietsentwicklungen auf der grünen Wiese wirksam verzögert werden können. Solche Lösungen wurden beispielsweise für die Erbe Elektromedizin GmbH und die Hartmetall-Werkzeugfabrik Paul Horn GmbH gefunden: in Derendingen im Bebauungsplangebiet Steinlachwasen. In Hirschau wurden mit dem Bebauungsplan Rittweg Nord Flächen für Aicheler & Braun bereitgestellt. Dort sind zudem Ansiedlungsmöglichkeiten für kleinere Handwerksbetriebe entstanden. Für die Brennenstuhl GmbH & Co. KG in Pfrondorf wird 2014 ein Bebauungsplan für eine Betriebserweiterung vorbereitet.

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Obere Viehweide

2012 wurde das letzte städtische Grundstück im südlichen Teil des städtebaulichen Entwicklungsbereichs Obere Viehweide an die CeGaT GmbH verkauft, dort wird aktuell gebaut (siehe Schwerpunkt-Thema Wirtschaft und Wissenschaft, Seite 30). Um auch künftig universitären Ausgründungen sowie technologieaffinen Firmen eine Ansiedlung zu ermöglichen, wird die Gebietsentwicklung im nördlichen Teilbereich vorangetrieben. Zu diesem Zweck wurden intensive Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zum Erwerb der Flächen der ehemaligen Bundesanstalt für Viruserkrankungen der Tiere geführt. Über Rahmenbedingungen und Verkaufspreis haben Stadt und Bundesanstalt

im Frühjahr 2014 eine Einigung erzielt. Die Stadtplanung bereitet ein kompetitives Verfahren vor. Das Ziel: ein neuer Entwurf, der sich an den städtebaulichen Rahmenplan aus dem Jahr 2001 des Büros Janson & Wolfrum anlehnt, aber unter wirtschaftlichen Belangen optimiert ist. Auf dieser Basis soll ein Bebauungsplanverfahren durchgeführt werden, vermutlich bis 2015.

In direkter Nachbarschaft wurde für das Gelände der Max-Planck-Institute ein Rahmenplan erarbeitet, um für das neue Institut für Intelligente Systeme ein geeignetes Baufeld zu finden. Der Rahmenplan macht Entwicklungspotenziale deutlich und minimiert zugleich die Verkehrs-Belastungen für die Anwohnerschaft.

Universität

Ein weiterer gewichtiger Baustein der städtebaulichen Entwicklungsplanung ist es, für die Eberhard Karls Universität optimale Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Universität ist bestrebt, ihre Bedeutung als Forschungsuniversität zu festigen und auszubauen sowie die vielen über die Stadt verteilten Einzelstandorte zu wenigen konzentrierten Nutzungsclustern zusammenzuführen. Hierfür wurde auf der Grundlage einer Rahmenplanung der Bebauungsplan Campus Morgenstelle, Teil I aufgestellt, die Entwicklung soll mit der Planung zum Campus Morgenstelle, Teil II in 2014 weitergeführt werden. Auch für die Taluniversität stehen in den nächsten Jahren erhebliche Veränderungen an. Es fand eine Planungswerkstatt statt, an der das Amt Tübingen der Vermögen und Bau Baden-Württemberg (VBA) und die Universität beteiligt waren. Dort wurden verschiedene mögliche Szenarien diskutiert, ein Mensa-Neubau ebenso wie eine Sanierung der bestehenden Mensa.

Flächennutzungsplanung

Im Herbst 2013 gab es eine Einigung für den Flächennutzungsplan. Im Nachbarschaftsverband Reutlingen-Tübingen einigte man sich auf die Flächenverteilung von Wohnbaugebieten. Künftig werden wieder unter bestimmten Voraussetzungen Gebietsentwicklungen im Außenbereich möglich. Da für Tübingen auf absehbare Zeit weiteres Bevölkerungswachstum zu erwarten ist und die Potenziale im Innenbereich demnächst erschöpft sind, gibt es hierzu wenig Alternativen: Eine Entwicklung und neuer Wohnraum werden ganz ohne Inanspruchnahme von Landschaftsräumen nicht mehr möglich sein.

Für alle potenziellen Entwicklungsflächen wurden Steckbriefe erstellt, mit denen die Flächen wirtschaftlich, naturschutzfachlich und infrastrukturell beurteilt wurden. Für 2014 ist die Festlegung vorgesehen: Dann wird definiert, welche

Flächen auf Tübinger Gemarkung in den Flächennutzungsplan für die Entwicklung von Wohnungsbau und Gewerbe aufgenommen werden und auch, mit welcher Priorität sie entwickelt werden sollen.

Sanierungsgebiet Östlicher Altstadtrand

Der östliche Rand der Tübinger Altstadt ist ein Sanierungsgebiet. 2007 wurden hierzu vorbereitende Untersuchungen eingeleitet. 2008 wurde das Sanierungsgebiet mit folgenden Zielen formell festgesetzt: Gebäudesubstanz und öffentliche Räume sollen aufgewertet werden, um bessere Standortqualitäten insbesondere für den innerstädtischen Einzelhandel zu erreichen. Auch die anderen Funktionen wie Wohnen und Dienstleistung sollen profitieren. Bis 2014 wurden umfangreiche Modernisierungen an privaten Gebäuden gefördert, bisher waren es 14 Gebäude einschließlich Museum. Hinzu kommen Maßnahmen zur Aufwertung der öffentlichen Räume in der Mühlstraße, am Schulberg und in den Altstadtgassen (siehe Seite 14, Schwerpunktthema Stadtentwicklung). Insgesamt wurden bis Anfang 2014 über 8 Millionen Euro öffentliche Mittel investiert.



Die neu gestaltete Aussichtsterrasse am Schulberg. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Gestaltungsbeirat

Nach einer positiven Testphase in den Jahren 2006 und 2007 wurde 2008 ein Gestaltungsbeirat als fester Bestandteil der Tübinger Baukultur installiert. Das Gremium hat in insgesamt rund 30 Sitzungen annähernd 100 Vorhaben durch wertvolle Veränderungsvorschläge beraten und sich damit zu einer festen Institution entwickelt, die innerhalb von Architektenschaft, Bauherrschaft, Gemeinderat und Verwaltung anerkannt ist.

Landschaftsplanung und Landschaftspflege

Die Verwaltung hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Projekte in den Bereichen Naturschutz und Landschaftspflege umgesetzt. Ein besonderes Augenmerk ruhte dabei auf dem Ammertal als traditionellem Hotspot der Artenvielfalt. Ein erfolgreiches Maßnahmenbeispiel ist die Revitalisierung eines Tümpels am nördlichen Spitzbergfuß: Gleich im ersten Jahr konnten dort wieder Bergmolch, Kammmolch und sogar Gelbbauchunke festgestellt werden.

Weiter westlich im Gewann Wiesbrunnen wurden die Voraussetzungen für Brutvögel des Offenlandes wie den Kiebitz sowie für Arten der feuchten Lebensräume wie Gras- und Laubfrosch nachhaltig verbessert.

Eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen dem ehrenamtlichen Naturschutz, der Verwaltung und der KST haben hier ein dichtes Ineinandergreifen von Maßnahmen ermöglicht: Die KST halten Gehölze in Schach und pflegen schwer zugängliche Flächen, beides im Rahmen ihrer Patenschaft; die ehrenamtlichen Aktiven haben mehrere flache Tümpel, sogenannte Blänken angelegt; die Stadtverwaltung hat mit Geldern für Ökokonto-Maßnahmen Grundstücke erworben und einen künstlichen Erdwall entfernt.



Angelegte Wiesenblänke im Gewann Wiesbrunnen. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Solche und andere Projekte eignen sich zumindest teilweise als Ausgleichsmaßnahmen, beispielsweise für Eingriffe im Gefolge der Bauleitplanung. Sie werden dem städtischen Ökokonto gutgeschrieben. Derzeit stehen Ausgleichsmaßnahmen im Wert von rund 30.000 Euro zur Verfügung.

Ein weiteres Beispiel ist das Förderprogramm zur Sanierung von Trockenmauern am Hirschauer Berg, das 2007 vom Tübinger Gemeinderat beschlossen wurde, um damit den Bebauungsplan Käppelesäcker auszugleichen. Weil die Nachfrage hoch ist und das Projekt als Erfolg gilt, soll das Förderprogramm auf die Gesamtstadt Tübingen ausgedehnt werden.



Trockenmauer-Sanierung am Hirschauer Berg für das städtische Ökokonto. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Öffentlicher Raum

Für die Altstadt hat der Fachbereich ein Gestaltungskonzept für Bodenbeläge erarbeitet, das vom Gemeinderat beschlossen wurde. Auf dieser Basis wurden etliche Flächen in der Altstadt umgestaltet. Darunter sind die Gasse Bei der Fruchtschranne, der Platz vor der Burse, die Pfleghofstraße, die Hafengasse und Teile der Neuen Straße. Im Laufe des Jahres 2014 ist die Fertigstellung der Neuen Straße sowie der Metzgergasse vorgesehen.



Die sanierte Hafengasse hat ein gehfreundliches Pflaster bekommen. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Für Mühlstraße und Zinser-Dreieck wurde das Planungskonzept für die Umgestaltung erarbeitet (siehe auch Schwerpunktthema Stadtentwickung, Seite 14). In Derendingen wurden die Derendinger und die Heinlenstraße umgestaltet und durch die Pflanzung von Bäumen aufgewertet. In der Südstadt wurden Abschnitte der Christoph-, Ebert- und Memmingerstraße umgestaltet und verkehrsberuhigte Bereiche eingerichtet. Für die Nürtinger Straße, einen Abschnitt der Herrenberger Straße und einen weiteren in der Schulstraße Hirschau wurden Umgestaltungskonzepte erarbeitet, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen, sobald die technischen und finanziellen Möglichkeiten da sind.

Projektentwicklung

Die Fachabteilung Projektentwicklung befasst sich in Abgrenzung dazu mit der ganzheitlichen Entwicklung von städtischen Liegenschaften oder Liegenschaften der WIT. Dazu gehören auch Erwerb, Baufreimachung, Erschließung und Vermarktung der dadurch entstandenen Baugrundstücke.



Auf dem ehemaligen Betriebsgelände der Firma Egeria im Stadtteil Lustnau entsteht das neue Quartier Alte Weberei. Bild: Manfred Grohe

Nachdem Cord Soehlke 2010 zum neuen Baubürgermeister der Universitätsstadt gewählt worden war, übernahm Uwe Wulfrath die Leitung der Fachabteilung. Eine Stelle wurde zur Stärkung dieses Bereiches neu geschaffen. Zwei Team-Mitglieder wechselten in die Altersteilzeit, zwei weitere haben die Stadtverwaltung verlassen, ihre Stellen wurden neu besetzt. Das bedeutet, dass seit 2007 die gesamte Abteilung neu besetzt wurde.

Projekte der Jahre 2007 bis 2014

In den Jahren seit 2007 hat die Fachabteilung Projektentwicklung überwiegend Projekte für die WIT betreut, darunter Mühlenviertel, Alte Weberei und Foyer. Parallel arbeitete sie kontinuierlich am Entwicklungsbereich Stuttgarter Straße/Französisches Viertel. Dort wurden die Teilgebiete Alexanderpark und Stuttgarter Straße/Königsberger Straße entwickelt.

Im Mühlenviertel haben die Projektentwicklerinnen und -entwickler Erfahrungen aus den erfolgreichen Quartiersentwicklungen im Französischen Viertel und im Loretto-Areal aufgegriffen. Auf der Gewerbebrache von Wurster & Dietz konnte nach einem kurzen Entwicklungszeitraum Wohnraum für etwa 600 Menschen geschaffen werden, außerdem etwa 100 Arbeitsplätze.

2007 kaufte die WIT die Flächen, es folgte ein städtebaulicher Wettbewerb, das erforderliche Baurecht wurde geschaffen. Schon 2008 konnten erste Grundstücke an Bewerberinnen und Bewerber vergeben werden. Es gab ein größeres Projekt für Mietwohnungsbau, das die Arbeitsgemeinschaft Tübinger Wohnungsbauträger verwirklichte. Die übrigen Flächen wurden überwiegend an Baugruppen und Einzelbauherren vergeben. Im Quartier entstand ein Altenpflegeheim mit angeschlossenem betreutem Wohnen. Im alten Maschinenmagazin gibt es eine städtische Kita, eine Altenpflegeschule und Wohnungen für Menschen mit Behinderungen. Im Sinne der Nutzungsmischung wurde im südlichen Teil ein eingeschränktes Gewerbegebiet eingerichtet, außerdem werden die Erdgeschosse um den zentralen Platzbereich gewerblich genutzt. Die meisten Gebäude wurden 2009 bezogen, der öffentliche Raum wurde im Anschluss hergestellt.

Im Alexanderpark wurde 2008 der Bebauungsplan rechtskräftig, im Februar desselben Jahres begann die Vermarktung. Private Baugruppen erstellten zehn Gebäude mit zusammen 60 Wohnungen und vier gewerblichen Einheiten. Der öffentliche Raum wurde 2013 fertig gestellt.

In den Jahren 2008 und 2009 verhandelte die WIT intensiv mit dem Insolvenzverwalter über die brachliegende Betriebsfläche der Firma Egeria und konnte das Areal schließlich auch kaufen. Die Grundstücke wurden freigelegt, die betrieblichen Altlastenflächen saniert, danach wurde auch hier über ein Wettbewerbsverfahren ein städtebauliches Konzept gefunden. Die Alte Weberei, wie das Quartier künftig heißen wird, ist derzeit im Bau. Die etwa 280 Wohneinheiten für 700 Menschen werden ganz überwiegend im Jahr 2014 bezogen, voraussichtlich entstehen rund 100 Arbeitsplätze. Neben der Nutzungsmischung war die soziale Mischung der Bewohnerschaft hier

im Fokus. Deshalb wurden die Baugrundstücke sowohl an Baugruppenprojekte und Einzelbauherren vergeben als auch an Bauträger, die dort geförderte Mietwohnungen bauen.

Auch das Foyer-Gelände mit der seit Jahren bestehenden Bauruine wurde durch die WIT erworben und für eine Bebauung vorbereitet. Das Grundstück musste freigelegt werden, zudem wurde in enger Abstimmung mit den Bewerbern ein passender städtebaulicher Rahmen entwickelt. Ziel ist es, ein Hotel anzusiedeln sowie ergänzende innerstädtische, vor allem gewerbliche Nutzungen. Der Baubeginn ist 2014 vorgesehen.

Projekt mit besonderer sozialen Verantwortung: Stuttgarter Straße

Nach Abzug der französischen Streitkräfte wurden die ehemaligen Mannschaftsgebäude an der Stuttgarter Straße insbesondere an Menschen vermietet, die an anderen Orten der Stadt keinen Wohnraum finden konnten. Als die drei Höfe saniert werden sollten, galt es zugleich, einen sozialen Brennpunkt zu entschärfen. Durch intensive Beteiligung der Bewohnerschaft konnte ein Konzept entwickelt werden, das die soziale Mischung verbesserte, ohne die bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner zu verdrängen. Alle sechs Mannschaftsgebäude sind heute saniert. Drei der Gebäude werden von der GWG an Menschen mit Wohnberechtigungsschein vermietet. Die drei anderen Altbauten wurden saniert, in Teileigentum aufgeteilt und verkauft. Weil besonders kostensparend geplant und gebaut wurde, konnten hier auch Menschen Wohneigentum erwerben, die früher selbst in geförderten Wohnungen wohnten. Zusätzlich zur Sanierung des Bestands wurden vier Neubauten und eine Tiefgarage errichtet. Alle drei Innenhöfe sind mittlerweile deutlich aufgewertet. Insgesamt sind in diesem Quartier ein Kindergarten, ein Stadtteiltreff und 16 geförderte Mietwohnungen entstanden, außerdem drei Wohnungen, welche die LWV Eingliederungshilfe e. V. angemietet hat für eine Wohngruppe für Menschen mit Behinderung.

Ausblick

Solange die B 27 noch nicht verlegt ist, können nur noch zwei weitere Teile des Entwicklungsbereichs vorangebracht werden, das Hechinger Eck und das Gebiet Marienburger Straße. Mit den Vorarbeiten wurde begonnen: Im Fokus beim Hechinger Eck soll der Bau bezahlbarer Wohnungen stehen. Zur Vorbereitung der Entwicklung um die Marienburger Straße wurde der bestehende Rahmenplan den heutigen Gegebenheiten angepasst und so aufgestellt, dass eine Entwicklung in Phasen möglich wird. So kann auch schon vor der Verlegung der B 27 ein Lückenschluss zwischen Französischem Viertel und Königsberger Straße gelingen.

Liegenschaften

Die Fachabteilung Liegenschaften ist zuständig für die Verwaltung des unbebauten Grundvermögens der Universitätsstadt Tübingen. Sie stellt für viele Aktivitäten der Stadt den Grund und Boden bereit: Sie kauft, verkauft, tauscht und verwaltet Grundstücke je nach Lage des Einzelfalls und der Zielsetzung.

Grundstücksverkehr

In den Jahren 2007 bis 2013 wurden insgesamt 500 Kauf- und Tauschverträge abgeschlossen. Erworben wurden insgesamt 78,4 Hektar für 12,16 Millionen Euro. Im Einzelnen handelt es sich um:

- 7,8 Hektar gewerbliches Bauerwartungsland, beispielsweise für die Erweiterung des Handwerkerparks Aischbach sowie der Gewerbegebiete Rittweg im Stadtteil Hirschau und Gansäcker im Stadtteil Pfrondorf;
- 4,4 Hektar Bauland und bebaute Grundstücke, teils im Rahmen der Innenentwicklung (ehemaliges Molkereigelände in der Rappstraße) sowie gewerbliches Bauland in der Sindelfinger Straße und im Schelmen im Stadtteil Weilheim;
- 28,5 Hektar landwirtschaftliche Fläche zur Arrondierung des städtischen Grundbesitzes oder zu Tauschzwecken;
- 4,5 Hektar Verkehrsfläche, darunter 1,1 Hektar für die Errichtung eines Erdschutzwalls und von Begleitwegen im Zusammenhang mit dem Ausbau der B 28a Tübingen-Weilheim;
- 18,3 Hektar Wald, beispielsweise Ankauf und Tauschaktion mit dem Land Baden-Württemberg zur Arrondierung aufgesplitterter Waldbesitzstrukturen überwiegend im Stadtteil Bühl;
- 14,9 Hektar für Regenüberlaufbecken, Friedhofserweiterungen, Spielplatzflächen und dergleichen.

Verkauft wurden im selben Zeitraum 18 Hektar Bauplatzgelände und bebaute Grundstücke im Wert von 27,5 Millionen Euro. Darunter fallen:

- 49 Wohngebäude an die GWG sowie für den Umbau zu Wohnzwecken das Verwaltungsgebäude Brunnenstraße 1 und die Alte Silcherschule;
- 8 Wohnbauplätze in den Käppelesäckern im Stadtteil Hirschau, 5 Wohnbauplätze Hinter den Gärten im Stadtteil Kilchberg, 10 Einzelhausbauplätze im Stadtgebiet und 0,4 Hektar Wohnbaugelände am Schleifmühleweg;
- 1 Hektar gewerbliches Bauland im Technologiepark Obere Viehweide zur Ansiedlung der Firmen Cumdente, HB Technologies und CeGaT;

- 2,2 Hektar Erweiterungsfläche für die Firmen Hartmetall-Werkzeugfabrik Paul Horn GmbH, Kemmler Baustoffe GmbH, Möck GmbH und Autohaus Heim;
- 3,4 Hektar im Gewerbepark Neckaraue für die Erweiterung oder Ansiedlung der Firmen Zeltwanger Maschinenbau GmbH, Manz GmbH und Himmelwerk;
- 1 Hektar gewerbliches Bauland für die Ansiedlung von drei Betrieben, darunter die Großküche des Universitätsklinikums, im Stadtteil Weilheim;
- 1,4 Hektar gewerbliches Bauland für die Ansiedlung der Firmen Kanal-Beck und Fensterbau Schmid sowie eine Erweiterung der Firma OTT LKW-Service GmbH im Stadtteil Bühl:
- 1,4 Hektar im Gewerbegebiet Rittweg im Stadtteil Hirschau für die Ansiedlung oder Erweiterung von mehreren Betrieben, darunter die Firma Aicheler und Braun.

Äcker, Wiesen und Kleingärten

Die Stadt betreut 490 Hektar Pachtflächen. Davon sind 450 Hektar Ackerland und 40 Hektar Gärten. Diese Flächen werden mit rund 3.000 Pachtverträgen verwaltet. Seit 2007 wurden etwa 1.200 Pachtverträge abgeschlossen, darunter jene für 62 neu hergestellte Kleingärten am Galgenberg.

Mehrere Großpächter, darunter der Sophienhof in Lustnau, haben ihre landwirtschaftlichen Betriebe aufgegeben. Dies hat zur Neuverpachtung der freigewordenen Flächen geführt.

Die Pächter von gärtnerisch und landwirtschaftlich genutzten Flächen mussten sich verpflichten, auf die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen zu verzichten.

Die gemeindlichen Fischwasser mit 65 Hektar sind überwiegend an den Kreisfischereiverein verpachtet, sie liegen beispielsweise an Neckar, Mühlbach und Anlagensee.

Jagdverpachtung

Die 13 Jagdbögen des gemeinschaftlichen Jagdbezirks Tübingen wurden 2007 nach einer öffentlichen Ausschreibung auf die Dauer von neun Jahren neu verpachtet. Insgesamt 51 Jäger bejagen eine Jagdfläche von 7.300 Hektar Wald und Feld.

Stadtwald

Bei der Forstwirtschaft im Stadtwald Tübingen geht es vor allem darum, eine Vielzahl von Waldfunktionen zu sichern: Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen. Diese sind dargestellt in den Leitlinien zum Stadtwald Tübingen und im Forsteinrichtungswerk. An vielen Stellen überlagern sich die ausgewiesenen Waldfunktionen – auf gleicher Fläche sollen also mehrere Funktionen harmonieren. Über 40 Prozent der Stadtwald-Flächen sind FFH-Gebiete, also Naturschutzgebiete nach den Bestimmungen der EU. Rund die Hälfte des Stadtwalds liegt im Naturpark Schönbuch. Von zunehmender Bedeutung wird es sein, den Waldnaturschutz weiterzuentwickeln und ihn in die Bewirtschaftung des Walds zu integrieren. Ein Waldnaturschutzkonzept wird derzeit erstellt.



Im Stadtwald Tübingen wird schwächeres Holz boden- und ressourcenschonend mit Pferden aus dem Wald gezogen. Bild: Jürgen Schneider, Landratsamt Tübingen

Der Stadtwald ist sowohl nach den weltweit geltenden Kriterien des Forest Stewardship Council (FSC-Weltforstwirtschaft) als auch nach den in Europa entwickelten Kriterien des PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) zertifiziert. Die Zertifizierung des städtischen Waldbestands zeigt, dass hier eine umweltschonende und nachhaltige Waldbewirtschaftung gelingt. Im Jahr 2008 wurde in Zusammenarbeit mit der Forstdirektion das Forsteinrichtungswerk für den Zeitraum bis 2017 erarbeitet und vom Gemeinderat beschlossen. Auf dieser Grundlage wurden im Berichtszeitraum jährlich etwa 12.500 Festmeter Holz eingeschlagen.

Im Stadtwald Tübingen ist die Waldpädagogik auch ein Thema. Hier wird der im Landeswaldgesetz festgeschriebene Auftrag zur Waldpädagogik umgesetzt. Hierfür gibt es ein umfangreiches Veranstaltungsangebot sowie Kooperationen mit Kindergärten und Schulen. Inhaltlich geht es um praktische Umweltbildung und die Vermittlung des Nachhaltigkeitsgedankens. In den Jahren 2008 bis 2013 haben etwa 7.500 Kinder und Jugendliche an 155 Veranstaltungen teilgenommen.

Verkehrsplanung

Der langjährige Leiter der Abteilung Verkehrsplanung, Gunter Koch, ist Mitte 2012 in die Freizeitphase der Altersteilzeit eingetreten. Für eine Übergangszeit wurde die Leitung der Abteilung kommissarisch an Karin Meyer und Mirco Sarcoli übertragen.

Verkehrentwicklungsplanung 2008

Der letzte Gesamtverkehrsplan für Tübingen basierte auf einer Datengrundlage aus dem Jahr 1989. Für die Verkehrsentwicklungsplanung 2008 wurde eine neue Datenbasis gebraucht, welche die aktuellen Tübinger Verkehrsverhältnisse abbildet. Ein Planungsbüro wurde mit der Erarbeitung eines Verkehrsgutachtens beauftragt. Als Datengrundlage wurden Informationen aus einer bereits vorhandenen Haushaltsbefragung zum Mobilitätsverhalten der Tübinger Einwohnerschaft und verschiedene Verkehrszählungen verwendet, ergänzt durch umfangreiche Verkehrserhebungen im Sommer 2008. Diese Daten bilden die Grundlage für ein computergestütztes Verkehrsmodell, das die Autofahrten innerhalb der Stadt und in der Verflechtung mit dem Umland für einen durchschnittlichen Werktag abbildet. Das Verkehrsmodell bietet die Möglichkeit, die verkehrliche Wirkung von Maßnahmen im Tübinger Straßennetz aufzuzeigen, beispielsweise die veränderte Verkehrsführung bei der Umgestaltung des Zinser-Dreiecks, aber auch verkehrliche Auswirkungen von neuen Baugebieten. Das Verkehrsmodell kann bei Bedarf ergänzt und aktualisiert werden.

Regionalstadtbahn

Im März 2008 haben die Städte Tübingen und Reutlingen, der Regionalverband Neckar-Alb und die Landkreise Tübingen, Reutlingen und Zollernalbkreis als Planungsgemeinschaft ein Büro mit der Ausarbeitung einer standardisierten Bewertung für die Regionalstadtbahn beauftragt, in Verbindung mit einer vertieften Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Projekts. Das Ergebnis 2012 hat gezeigt, dass das Projekt volkswirtschaftlich sinnvoll und förderfähig ist. Die Projektgröße und das Kostenvolumen verlangen separat umsetzbare Module. Der Einstieg in die Realisierung bildet das Modul 1, das unter Berücksichtigung des vom Bund vorgegebenen Fertigstellungstermins 2019 entwickelt wurde. Auf der Gemarkung von Tübingen umfasst es die Elektrifizierung der Ammertalbahn sowie zwei neue Haltepunkte (Güterbahnhof und Unterer Wert). Die Innenstadtstrecke von Tübingen bildet ein eigenes Teilnetz. Für die Erarbeitung der Planungen für diesen Bereich wurden insgesamt 700.000 Euro im Haushalt bereitgestellt. Mit diesem Geld sollen 2014 geeignete Querschnittsvarianten in Alternativen erarbeitet werden als Diskussionsgrundlage für die Beteiligung und Einbindung der Bürger in den Planungsprozess.

Busbevorrechtigung

Zur Verbesserung der Bedingungen für den ÖPNV wurde auf den zentralen Streckenabschnitten nahezu vollumfänglich eine Busbevorrechtigung eingeführt. Bis 2013 wurden – gefördert durch Bund und Land – 68 Lichtsignalanlagen umgestellt, weitere elf Anlagen sind beauftragt. Über umfangreiche Erhebungen von realisierten Reise-, Fahrund Verlustzeiten konnte nachgewiesen werden, dass die Verlustzeiten auf sämtlichen Nachweisstrecken sowohl in der Spitzen- als auch in der Normalzeit signifikant verringert werden konnten.

Parken

Die Parkraumbewirtschaftung im Stadtgebiet wurde in den letzten Jahren ausgeweitet. Zu den bereits bewirtschafteten Gebieten sind seit 2007 die Bereiche Mühlbachäcker, Weilheimer Wiesen, Ebenhalde und Breiter Weg hinzugekommen, ebenso Teile der Südstadt. In Derendingen wird der Bereich um das Schulzentrum Feuerhägle und das Mühlenviertel bewirtschaftet. 2014 wird die Parkraumbewirtschaftung auf das Gebiet um die Galgenbergstraße ausgedehnt.

In den Jahren 2011 und 2012 wurden die Parkscheinautomaten in Tübingen erneuert. Die neuen Geräte sind mit einem System zur Datenfernübertragung ausgerüstet. Das erleichtert den Betrieb und die Wartung und macht die Prozesse wesentlich kostengünstiger. Die Bewirtschaftungszeiten, die zuvor innerhalb der Stadt sehr unterschiedlich waren, wurden mittlerweile angeglichen, das System der Gebührenzonen ist vereinfacht worden.

Parkleitsystem

Das derzeitige Parkleitsystem ist statisch. Es soll so bald wie möglich durch ein dynamisches Parkleitsystem ersetzt werden. Voraussetzung war die Übernahme der Straßenbaulast an den Bundesstraßen durch die Stadt, die Anfang 2014 erfolgt ist. Ein Antrag auf Förderung durch den Bund (GVFG) ist gestellt, die Umsetzung ist 2014 oder 2015 vorgesehen.

Radverkehr

Für die Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur wurde der jährliche Etat von 50.000 auf 500.000 Euro erhöht. Dadurch konnten auch einige aufwändigere Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept aus dem Jahr 2010 und weitere Verbesserungen umgesetzt werden. Seit dem Ausbau des Radwegs in der Reutlinger Straße 2011 besteht eine durchgängige Verbindung zwischen dem Französischen Viertel und der Innenstadt. Mit der Einrichtung des Zweirichtungsradweges in der Rümelinstraße 2007 besteht ein Angebot zwischen der Schnarrenbergstraße und der Universität. Neu für Tübingen sind Schutzstreifen für Radfahrende, die in der Europastraße und Kelternstraße eingerichtet wurden. In der Wilhelmstraße sorgt der Schutzstreifen jetzt für eine durchgehende Verbindung von Lustnau zur Universität.

2014 wurde der Ammerbegleitweg zwischen der Kölle- und Freiackerstraße eingeweiht und damit die Lücke innerhalb der intensiv genutzten Verbindung aus dem Ammertal in die Innenstadt geschlossen. 2014 soll auch mit dem Umbau und der Umwidmung von Fürststraße, Eberhardstraße und Max-Eyth-Straße in eine Fahrradstraße auf zentralen Achsen der Radverkehr bevorrechtigt werden. Viele Radwege in die Stadtteile wurden mit einer neuen Oberfläche versehen. Mit der erfolgreichen Bewerbung um die landesweite Initiative RadKULTUR wurde die Öffentlichkeitsarbeit für den Radverkehr verstärkt, kostenlose RadCHECKs wurden eingeführt. Am Bahnhof Derendingen wurde eine Fahrrad-Kleingarage errichtet, die 2014 in Betrieb gehen soll.



2013 wurde ein Schutzstreifen für Radfahrende in der Kelternstraße eingerichtet. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement

In den zurückliegenden Jahren war die Arbeit im Bereich der städtischen Gebäude sehr dynamisch. Nachdem der Fachbereich im Zuge der Verwaltungsreform 2007 neu gegründet worden war, stieß 2008 der neue Fachbereichsleiter dazu. Seither wurden drei Leitthemen intensiv bearbeitet:

- Der Energieverbrauch der Gebäude wurde gesenkt.
- Der langjährige Verfall des Gebäudebestands konnte durch umfangreiche Sanierungen gestoppt werden.
- Die Sicherheit in den Gebäuden wurde erhöht, speziell im Hinblick auf Brände oder einen Amokfall.

Es gab nicht nur technische Arbeitsfelder: Die politischen Rahmenbedingungen für Kinderbetreuung und Schulen haben sich nachhaltig verändert. Es werden heute viel mehr Räume gebraucht, das hatte weitreichende bauliche Auswirkungen. Auch in Zukunft sind noch weitere Investitionen nötig, vor allem in Schulgebäude.

Erstmals seit Jahrzehnten konnten auch Verwaltungsgebäude saniert werden, nachdem sich die Lage des städtischen Haushalts verbessert hatte. Zwei Großprojekte sind in umfangreichen Planungen bis zur Baureife entwickelt worden: die Sanierung

des Tübinger Rathauses Am Markt sowie die Sanierung und Erweiterung des Technischen Rathauses. Am Rathaus wird bereits gebaut, das Technische Rathaus steht in der Planungsphase. Hierfür werden alleine 27 Millionen Euro gebraucht, die seit 2010 im städtischen Haushalt bereitgestellt werden.

Die Stadt hat nicht nur vermögenswirksam investiert, sie konnte auch den Finanzrahmen deutlich erweitern, der für den Unterhalt von Gebäuden zur Verfügung steht. In den letzten Jahren waren hierfür Mittel von bis zu 4,5 Millionen Euro jährlich verfügbar, was nach derzeitiger Erkenntnis einen verlustfreien Erhalt der städtischen Gebäude ermöglicht.

Der Gebäudebetrieb hat sich in vielen Bereichen weiterentwickelt. Durch das kommunale Energiemanagement wurden die Energieverbräuche erheblich gesenkt. Auch die Reinigungsdienste wurden optimiert, was nicht nur deren Qualität verbessert hat, sondern auch erhebliche Summen einsparte: etwa 700.000 Euro, der größte Einzelposten, der beim Projekt "Minus 10 Prozent" erwirtschaftet wurde.

Insgesamt hat der Fachbereich Finanzmittel in folgender Höhe bewirtschaftet:

	Hochbau Vermögenshaushalt	Unterhalt Sammelnachweis 2	Gebäudebetrieb	Mieteinnahmen
	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro
2007	3.664.000	2.908.000	4.688.000	672.000
2008	5.650.000	4.372.000	5.178.000	653.000
2009	10.742.000	3.607.000	5.662.000	685.000
2010	4.982.000	2.991.000	5.620.000	969.000
2011	9.575.000	3.357.000	5.289.000	816.000
2012	8.420.000	4.203.000	5.760.000	848.000
2013	26.642.000 (Ansatz)	4.487.000	6.502.000	922.000
Gesamt	69.675.000	25.925.000	38.699.000	5.565.000

Die Steigerungsraten stellen den Fachbereich vor große Herausforderungen. Um ihnen zu begegnen, verfolgt der Fachbereich mehrere Lösungsansätze: Um dem mehr als verdoppelten Aufgabenvolumen gewachsen zu sein, wurde die Organisation des Fachbereichs verbessert, indem eine neue Abteilung gegründet und das Personal in unterbesetzten Bereichen verstärkt wurde. Zur Organisationsentwicklung

gehörte auch, dass geeignete Controlling-Methoden eingeführt wurden, mit denen eine Absicherung der Mittelbewirtschaftung und eine transparente Haushaltsführung möglich sind.

Optimierung der Gebäudereinigung

Seit Jahren bemüht sich die Stadtverwaltung, die Gebäudereinigung zu optimieren. Dadurch soll sie einerseits wirtschaftlicher werden und andererseits auf Dauer bessere Reinigungsergebnisse erzielen. Als ein Schritt in diese Richtung wurde der Bereich Eigenreinigung umstrukturiert. Die Stadt wollte dadurch mehrere Ziele erreichen: zusätzliche Vertretungskosten vermeiden und das soziale Klima bei den Eigenreinigungskräften verbessern, indem Teams gebildet werden und eine engere Anbindung an die Verwaltung stattfindet. Die gesamte Reinigungsqualität sollte besser werden. Heute gibt es zwei interne Objektbetreuerinnen, die allen Eigenreinigungskräften mit Rat und Tat zur Seite stehen. Sie stellen auch Kontakte sicher zwischen dem Personal vor Ort und der Verwaltung. Missstände werden sofort festgestellt und beseitigt, es gibt fortlaufende Kontrollen zusammen mit den Hausmeisterinnen und Hausmeistern.

Die Gebäudereinigung musste in den vergangenen Jahren mit einigen neuen Herausforderungen zurechtkommen: deutlich mehr zu reinigende Flächen, die Ausdehnung von Nutzungszeiten und die Einführung von Kleinkindbetreuung. Dass die Zeitfenster immer kürzer werden, macht die Organisation der Reinigung immer komplizierter. Bisher ist es aber gelungen, damit umzugehen und gute Ergebnisse in der Wirtschaftlichkeit und Qualität zu erzielen. Die jährlichen Gesamtkosten der Gebäudereinigung konnten gegenüber 2007 um 370.000 Euro gesenkt, während die Tariflöhne um mehr als 17 Prozent stiegen.

Energiemanagement

Energieeffizienz ist aus ökonomischen und ökologischen Gründen ein zentrales politisches Thema des Oberbürgermeisters und der Stadt. Indem ein effektives und schlagkräftiges Energiemanagement aufgebaut wurde, konnten für die städtischen Gebäude deutliche Verbesserungen erreicht werden: Der CO₂-Ausstoß wurde ebenso reduziert wie der Energieverbrauch bei der Wärmeerzeugung. Hinzu kamen zahlreiche Einzelprojekte: darunter Pumpentausch, Umstellung auf LED, Raumtemperaturkontrolle, Hausmeisterschulung, Nutzeraktivierung, das Projekt Fifty-Fifty und die Solardachbörse. Mit all diesen Schritten wurden die Themen Energieeinsparung und Effizienzsteigerung tief in den Gebäuden und ihren Nutzerinnen und Nutzern verankert. Als wichtigste Werkzeuge haben sich der Energiebericht und die

Dienstanweisung Energie sehr bewährt.

Projekt "Minus 10 Prozent"

Beim Kostensenkungsprojekt "Minus 10 Prozent" lag ein großes Potenzial darin, die Betriebsausgaben der Gebäude zu verringern. Deswegen hat die Stadtverwaltung organisatorische und technische Verbesserungen bei der Gebäudereinigung dezidiert auch dazu genutzt, Kosten erheblich zu senken, während zugleich eine Verbesserung der Qualität angestrebt wurde. Unwirtschaftliche Altverträge in der Fremdreinigung wurden neu ausgeschrieben, die Reinigungsintensität detailliert neu festgelegt, Vertretungsreinigung durch intelligente Teambildung weitestgehend vermieden und dadurch entstehende Mehrarbeitszeiten in den Ferien abgebaut. Eingeplant waren Einsparungen in Höhe von 685.000 Euro jährlich. Dieses Ziel konnte deutlich übertroffen werden. Bemerkenswert ist, dass dies ohne Kündigungen und ohne Qualitätsverlust erreicht werden konnte, alleine durch konsequente Nutzung aller zur Verfügung stehender Spielräume.

Konjunkturprogramm 2009/2010

Tübingen hat sich mit einem Gesamtvolumen von 10,8 Millionen Euro am Konjunkturprogramm II des Bundes zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt. 8,14 Millionen Euro flossen in Hochbau-Projekte der Infrastruktur und Bildung. Gebaut wurde an Schulen, Kinderhäusern, Turnhallen und dem Zimmertheater in den Jahren 2009 und 2010. Von diesem wirksamen wirtschaftlichen Impuls profitierte auch durch die veränderten Schwellenwerte bei den Auftragsvergaben vor allem die lokale Handwerkerschaft. Gleichzeitig konnte die Energieeffizienz der sanierten Gebäude auf aktuellen Stand gebracht werden.

Gebäudeunterhaltung

Die Struktur der Gebäudeunterhaltung hat sich in den zurückliegenden Jahren nachhaltig verändert. Bisher war die Unterhaltung der Gebäude eher ein Reparaturbetrieb, nun sind die Weichen in Richtung Nachhaltigkeit, Prävention, Sicherheit und Hygiene gestellt. Ziel ist es, die Gebäudesubstanz dauerhaft zu erhalten. Dies kann durch die Umstellung der Finanzierung, die eine Stärkung des Budgetprinzips war, sichergestellt werden. Neue Themen sind in die Agenda aufgenommen worden: Hygiene in Küchen, Behinderteneinrichtungen, Ausstattungen für Kleinkinder und eine generelle erhebliche Ausweitung der technischen Ausbaustandards. Um all dies kompetent und ohne Schnittstellenprobleme bearbeiten zu können, wurde eine eigene Abteilung Gebäudeunterhalt im Fachbereich gegründet und das Personal aufgestockt.

Brandschutz

Ein Schwerpunktthema ist, den baulichen Brandschutz in den öffentlichen Gebäuden zu verbessern. In Kinderhäuser, Schulen und Jugendhäuser wurden hierfür insgesamt 2,6 Millionen Euro investiert. Dabei ist in den meisten Fällen ein Spagat gelungen: An den großenteils älteren, architektonisch wertvollen und unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden wurden die Verbesserungen so umgesetzt, dass baurechtliche, gestalterische und nutzungsspezifische Belange in Einklang gebracht werden konnten.

Hierfür wurden zahlreiche konkrete Schritte getan: Die Stadt hat flächendeckend zweite Flucht- und Rettungswege ein- und angebaut und Brandabschnitte gebildet durch Einbau von qualifizierten Türen sowie Rauch- und Wärmeabzugsanlagen. Außerdem wurden die notwendigen Alarmierungseinrichtungen geschaffen, indem Brandmeldeanlagen installiert wurden, und die Rettungs- und Bestuhlungspläne aller Gebäude auf den aktuellen Stand gebracht. All diese Schritte haben die Sicherheit in den Gebäuden deutlich verbessert. Derzeit sind kaum noch Projekte offen. Was noch fehlt, kann meist im Rahmen von Umbauten oder Generalsanierungen optimiert werden.

Kinderhaus Hirschau

In Hirschau wurde neben dem kirchlichen Projekt auch ein dreigruppiges städtisches Kinderhaus neu gebaut. Hierfür wurden in den Baujahren 2009 und 2010 etwa 1,5 Millionen Euro investiert. Das Erdgeschoss des alten Schulhauses wurde für 650.000 Euro erweitert und saniert. 2013 wurde es an einen privaten Träger übergeben, der dort ein Kinderhaus einrichtet.

Kinderhaus Alexanderpark

Für die Bewohnerinnen und Bewohner der städtebaulichen Entwicklungsflächen rund um das Französische Viertel wurde ein sechsgruppiges Kinderhaus mit besonders umfangreicher Betreuung eingerichtet. Hierfür wurde in den Jahren 2009 und 2010 ein Bestandsgebäude umgebaut. Insgesamt wurden über 1.6 Millionen Euro investiert.

Kinderhaus Weststadt

Das bestehende Kinderhaus Weststadt konnte in den Jahren 2009 und 2010 für 1,5 Millionen Euro in seiner Fläche nahezu verdoppelt werden – das sechsgruppige Haus bildet nun ein Schwerpunkt der Kinderbetreuung in der Weststadt. Dort wurde ein sehr innovatives Gesamt-Energiekonzept verwirklicht: durch Passivhaus-Standard und einen Anschluss an das energieeffiziente Versorgungsnetz der Aischbachschule. Zudem ist das hochfunktionale Haus barrierefrei.

Kinderhaus Mühlenviertel



Das Kinderhaus Mühlenviertel, der Mittelpunkt des neuen Quartiers, untergebracht in einem sanierten Industriegebäude. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Im Mühlenviertel wurde im Erdgeschoss eines ehemaligen Firmengebäudes ein dreigruppiges Kinderhaus eingerichtet. Für insgesamt 1,4 Millionen Euro wurde das historische Industriegebäude wieder nutzbar gemacht. Zusammen mit anderen Einrichtungen bildet das Kinderhaus einen sozialen Mittelpunkt und ein städtebauliches Zentrum des neuen Stadtquartiers.

Integratives Kinderhaus Alte Weberei

Auch Lustnau wächst. Um den Bedarf an Kinder- und Kleinkindplätzen zu decken, wurde an mehreren Stellen investiert: Die GWG hat das alte Schulhaus umgenutzt, so dass dort ein privat geführtes Kinderhaus eingerichtet werden konnte. Außerdem wurde auf der städtebaulichen Entwicklungsfläche Alte Weberei eine integrative fünfgruppige Kindertageseinrichtung geschaffen. Behinderte und nichtbehinderte Kinder werden hier künftig gemeinsam betreut. Der städtische Finanzierungsanteil liegt bei 1,5 Millionen Euro, die Eröffnung ist für Mai 2014 geplant.

Kinderhaus Hagelloch

Das Kinderhaus in Hagelloch kann nicht mehr saniert werden, deswegen muss dort neu gebaut werden. Ein kompakter Baukörper bietet künftig für Kinder unter und über drei Jahren ganztägig alle Voraussetzungen für eine optimale naturnahe Betreuung. Das Gebäude wird im Passivhausstandard erstellt und etwa 1,3 Millionen Euro kosten.

Energetische Sanierungen

Die Energieeffizienz städtischer Gebäude spielt eine zentrale Rolle für die Klimaschutzkampagne der Universitätsstadt Tübingen. Hierfür wurde an mehreren Schrauben gedreht: Die Stadt hat Neubauten im Passiyhaus-Standard errichtet. Im Rahmen des kommunalen Energiemanagements wurde zudem ab 2008 systematisch damit begonnen, bestehende Gebäude energetisch zu sanieren.

Der Altbau des Wildermuth-Gymnasiums wurde in architektonisch vorbildlicher Weise energetisch saniert. Dafür hat die Stadt insgesamt 3,4 Millionen Euro ausgegeben, Energieverbrauch und CO₂-Emissionen wurden um 62 Prozent gesenkt. Ebenso wurden das Kepler-Gymnasium für 4,8 Millionen Euro und die Aischbachschule um 1,8 Millionen Euro energetisch auf den neuesten Stand gebracht. Bemerkenswert ist die Lüftung des Kepler-Gymnasiums: Technisch aufwendig wurde nachträglich eine flächendeckende Lüftungsanlage eingebaut, um die Luftqualität zu verbessern. Eine überregionale Besonderheit ist die Wärmeversorgung der Aischbachschule, für die Wärme aus Abwasser aus einem städtischen Abwasserkanal genutzt wird.

Uhland-Gymnasium

Bauliche Mängel im Hauptgebäude und der abbruchreife Pavillon am Neckar machten eine Sanierung des Uhland-Gymnasiums unumgänglich. Hinzu kam ein großer Mangel an Fachräumen. Der Fachbereich führte nach dem Planungsbeschluss des Gemeinderates 2009 einen europaweiten Realisierungswettbewerb durch. Neben dem Bestandsgebäude entsteht derzeit ein hochwertiger Neubau mit naturwissenschaftlichen und musischen Fachräumen sowie großzügige Bereichen für die Lehrerschaft. Die bestehende Turnhalle wurde funktional in den Gesamtkomplex integriert, ergänzt durch eine Gymnastikhalle und neue Umkleidebereiche. Eine Besonderheit ist die großzügige Mediathek mit Stillarbeitsbereich und direktem Zugang zu einer Dachterrasse.



Der sanierungsbedürftige Altbau des Uhland-Gymnasiums in einer Aufnahme von 2007. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Mit einem Investitionsvolumen von 10,8 Millionen Euro werden der Erweiterungsbau und auch alle neubaubedingten Veränderungen im Altbau finanziert. Dort geht es vor allem um den Einbau der notwendigen Rettungswege und des Aufzugs. Der Neubau wird zum Schuljahr 2014/2015 übergeben. Schon heute kann man die wunderbare räumliche Qualität in den neuen Räumen erleben, beispielsweise durch die unterschiedlichen Ausblicke in Richtung Neckar oder Anlagensee.



Der Erweiterungsbau für das Uhland-Gymnasium steht 2013 im Rohbau. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Bildungshaus am Lindenbrunnen

Der Neubau des Bildungshauses am Lindenbrunnen ist ebenfalls Ergebnis eines europaweiten Wettbewerbs: Die zweizügige Ganztagsgrundschule und das dreigruppige Kinderhaus werden jeweils in einem eigenen Haus untergebracht. Insbesondere eine kindgerechte Architektursprache, die zurückhaltenden Baumassen und in beiden Gebäuden ein sehr funktionales Raumkonzept konnten die Jury überzeugen.



So soll das Bildungshaus am Lindenbrunnen nach der Fertigstellung aussehen. Animation: (se)arch Architekten BDA Stuttgart

Die Planung wurde im Dialog mit den unterschiedlichen Nutzerinteressen weiterentwickelt. So entstand ein trag- und umsetzungsfähiges Gesamtkonzept, das vom Gemeinderat 2012 bestätigt wurde. 2013 starteten die Bauarbeiten. Bis Herbst 2015 soll alles fertig sein, insgesamt werden rund 8,2 Millionen Euro investiert. Um die Schule während der Bauphase unterzubringen, hat die Stadt nach konfliktreichen

Diskussionen Container im Anlagenpark aufgestellt. Diese belasten den Verwaltungshaushalt mit 0,7 Millionen Euro.

Sporthalle Waldhäuser Ost

Die Sporthalle Waldhäuser Ost wurde im Jahr 1972 errichtet und gehört zum Schulkomplex der Geschwister-Scholl-Schule. Die Halle wurde bei laufendem Sportbetrieb zwischen 2009 und 2012 in drei Bauabschnitten saniert. Die Fassaden sind erneuert, ebenso Sanitäreinrichtungen, Innenausstattung und Haustechnik. So konnte mit einem Gesamtaufwand von 3,25 Millionen Euro nicht nur ein optisches Highlight geschaffen werden, sondern eine technisch und funktional nahezu neuwertige Gesamtsituation.



Die Sporthalle Waldhäuser Ost nach der Sanierungsphase 2009 bis 2012, Ostansicht. Bild: Dominik Hatt, Danner Yildiz Architekten Tübingen

Französische Schule

Seit 2007 entwickelt die Verwaltung Pläne für die Erweiterung der Französischen Schule. 2012 beschloss der Gemeinderat die Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule mit jahrgangsübergreifenden Klassen von Stufe eins bis zehn. Hierfür sind zusätzliche Flächen und umfangreiche Grundrissveränderungen vor allem im Ostflügel der Schule erforderlich. Diese werden in einem Anbau zum Schulhof realisiert. Außerdem wird die Haustechnik erneuert, auch eine Lüftungsanlage wird eingebaut. 2013 waren die Planungen fertig. Bis 2016 soll nun gebaut werden: Für die Erweiterung und die anschließende Sanierung des Bestandsgebäudes investiert die Stadt über 6 Millionen Euro.

Gemeinschaftsschule an der Geschwister-Scholl-Schule

Zum Schuljahr 2012/2013 wurde der Schulversuch ERKO umgewandelt in eine Gemeinschaftsschule. Durch Umbauten wurden Räume für neue Lernformen geschaffen. Weil die Ausstattung in den Fachsammlungsräumen und im Lehrerclub verbessert wurde, ergaben sich zusätzliche Arbeitsplätze und Besprechungsmöglichkeiten für die Leh-

rerinnen und Lehrer. Ergänzend hat die Verwaltung auch die Ausstattung ausgewählter Klassenzimmer deutlich aufgewertet. Die Gesamtkosten für Umbau und Ausstattung lagen bei 600.000 Euro.

Gemeinschaftsschule West

Zum Schuljahr 2012/2013 wurden die Albert-Schweitzer-Realschule und die Werkrealschule Innenstadt zur vierzügigen Gemeinschaftsschule West zusammengeschlossen. Beide Gebäude werden in Zukunft gemeinsam genutzt, sodass das Raumprogramm insgesamt auf eine vierzügige Gemeinschaftsschule zugeschnitten werden muss. Die Essensversorgung wird für die Interimszeit im Foyer der Hermann-Hepper-Turnhalle eingerichtet.

Hesse-Kabinett

Die Stadtverwaltung ergriff 2012 die einmalige Gelegenheit, im ehemaligen Antiquariat Heckenhauer ein Hesse-Kabinett einzurichten. Der kleine Raum lädt die Besucherinnen und Besucher dazu ein, jener Zeit nachzuspüren, in der Hermann Hesse in Tübingen eine Buchhändlerlehre absolvierte. Dazu trägt auch die Museumskonzeption bei. Weil es umfangreiche Zuschüsse und Sponsorengelder gab, lag der städtische Anteil am Gesamtbudget unter 150.000 Euro.

Kunsthalle

Die Kunsthalle klagte schon lange über technische und räumliche Probleme. Neben undichten Dächern waren vor allem die defekten Behinderteneinrichtungen und die veralteten sanitären Anlagen nicht mehr akzeptabel. Mit einem finanziellen Aufwand von etwa 1,9 Millionen Euro kann dieses weit über Tübingen hinaus bedeutende Museumsgebäude bis 2015 wieder in einen guten technischen und optischen Zustand versetzt werden.

Sudhaus

Die mögliche Erweiterung des Sudhauses ist nach einer umfangreichen und erfolgreichen Planungsphase Anfang 2014 in unsicheres Fahrwasser geraten. Einsprüche im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens brachten rechtliche Schwierigkeiten zu Tage. Ob sich die zum Jahresende 2013 entwickelte Realisierungsperspektive halten wird, kann deshalb noch nicht mit Sicherheit beurteilt werden.

Dorfgemeinschaftshaus Kilchberg

In der Kilchberger Ortsmitte hat die Stadt aus einem landwirtschaftlichen Gebäude eine Begegnungsstätte entwickelt, in Kombination mit Flächen für ein Dorfmuseum. Dahinter stand eine vorbildliche Kooperation aus Ortschaftsverwaltung, dem Verein Pro Kilchberg und einem Architekturbüro. Zu Spenden und umfangreichen Eigenleistungen der Kilchberger Bürgerinnen und Bürger steuerte die Stadt einen Finanzierungsanteil von 600.000 Euro bei.

Feuerwehr Stadtmitte

In das Gebäude der Feuerwehr Stadtmitte hat die Stadt 690.000 Euro investiert. Diese flossen in eine umfassende Modernisierung insbesondere der Leitstelle und der Sozialbereiche. Die Funk- und Leittechnik wurde komplett erneuert, die Aufenthalts- und Schlafbereiche wurden in einer Erweiterungsfläche im selben Gebäude realisiert.

Feuerwehren Lustnau und Pfrondorf

Bauliche Veränderungen für beide Standorte sind derzeit in Vorplanung. Sobald alle planungsrechtlichen Fragen geklärt sind, soll ab 2015 gebaut werden.

Rathaus am Markt

Das Rathaus am Markt ist eines der bedeutendsten historischen Gebäude Tübingens. Zuletzt wurde es zusammen mit dem Anbau in der Haaggasse in den 1960er-Jahren saniert. In den letzten Jahren wurden mehr und mehr Mängel offenkundig, die Nutzung wurde dadurch immer schwieriger. Beispielsweise fielen nahezu alle Lüftungs- und Heizungssysteme aus. Die Raumabschlüsse waren großflächig ungedämmt. Besonders schwerwiegend waren die umfangreichen Defizite im Brandschutz, wodurch das Gebäude für seine öffentliche Nutzung nicht mehr zu verantworten war. Diese Probleme waren über reguläre Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen im Rahmen des Bauunterhalts nicht zu beheben. Die Verwaltung musste feststellen: Es gab keine Alternative zu einer umfassenden Sanierung.

Nach ersten Planungen für alle sieben Gebäudeteile definierte man aus finanziellen Gründen ein reduziertes Konzept zur Sanierung des historischen Hauptgebäudes und des Anbaus in der Haaggasse. Folgende Ziele wurden dafür formuliert:

- den erforderlichen Brandschutz und Rettungswege erstellen
- die gesamte Haustechnik erneuern: Sanitär, Heizung, Lüftung, Elektro, Regelungstechnik
- das Tragwerk im historischen Rathaus sanieren
- Mängel der allgemeinen Baukonstruktion beseitigen
- räumlich-funktionale Verbesserungen erzielen
- ein offenes Foyer schaffen.

Im Mai 2012 hat der Gemeinderat diese Konzeption beschlossen, er bewilligte ein Budget von 8,65 Millionen Euro. Um die Stadtverwaltung für die Phase der Sanierung unterzubringen, hat die Stadt Teile des Blauen Turms in der Friedrichstraße angemietet.

Während der ersten Bauphase machte man hochinteressante Entdeckungen über historische, bauliche und landesgeschichtliche Zusammenhänge. Die Sanierung musste fortlaufend an die neuen Erkenntnisse angepasst werden. Flexibilität war nötig, weil statische Probleme in erheblichem Umfang festgestellt wurden, die im Rahmen der Sanierung ebenfalls beseitigt werden müssen. Der Gemeinderat beschloss, den historischen Hofgerichtssaal im dritten Obergeschoss wieder herstellen zu lassen, ebenso gab er grünes Licht für die Sanierung einer zentralen Stütze im Erdgeschoss. Das Raumprogramm für die künftige Nutzung des Rathauses wird den Veränderungen fortlaufend angepasst.



So soll das Rathaus am Markt nach der Sanierung ab 2015 aussehen. Zeichnung: weinbrenner.single.arabzadeh. Architektenwerkgemeinschaft

Technisches Rathaus



Das Technische Rathaus soll nach einem Entwurf des Architekturbüros Ackermann und Raff saniert werden. Zeichnung: Ackermann und Raff

Das Technische Rathaus an der Brunnenstraße ist der größte Verwaltungsstandort der Stadtverwaltung und als solcher deutlich in die Jahre gekommen. Das Gebäude entspricht nicht mehr den Anforderungen an ein zeitgemäßes Dienstleistungszentrum. Zudem reichen die vorhandenen Flächen nicht mehr aus, so dass Teile des Baudezernats in angemieteten Räumen untergebracht sind.

Der Realisierungswettbewerb wurde 2013 erfolgreich abgeschlossen. Der siegreiche Entwurf des Tübinger Architekturbüros Ackermann und Raff sieht eine Gebäudeerweiterung Richtung Brunnenstraße vor und schafft dadurch einen starken städtebaulichen Akzent. Das Gebäude und damit auch die Verwaltung öffnen sich symbolstark in Richtung Stadt und verbindet im Inneren gekonnt Bestand und Neubau zu einem spannenden Ganzen. Mit einem Gesamtbudget von 18 Millionen Euro soll dieses Bauprojekt 2018 abgeschlossen werden.

Ausblick

Die meisten der derzeit laufenden Projekte werden erst in einigen Jahren abgeschlossen sein. Viele der planerisch begonnen Projekte werden erst noch in die Realisierungsphase überführt, Dazu gehören Hölderlinturm, Sudhaus, Technisches Rathaus, die Feuerwehren Lustnau und Pfrondorf sowie die Gemeinschaftsschule West.

Ein weiterer baulicher Schwerpunkt wird die Schulentwicklung in der Südstadt sein. Hier sind Strukturen zu schaffen, die eine Ganztagsbetreuung für alle Schulen bieten, samt Neubau einer Mensa, sowie eine standortnahe und bedarfsgerechte Grundschulversorgung. Auf Grundlage des Schulentwicklungsplans werden insbesondere die Gebäude

der Mörike-Schule und der Ludwig-Krapf-Schule baulich verändert und erweitert werden müssen.

Zahlreiche Gebäude stehen zur Sanierung an: der östliche Teil der Französischen Schule, die Walter-Erbe-Realschule, die Musikschule, die evangelische Kirchenmusikschule, das Männerwohnheim und andere.

Die Grundschule Winkelwiese ist nicht mehr sanierungswürdig und muss ebenso wie der dortige Kindergarten neu gebaut werden. Ähnliches gilt für das Kinderhaus Sofie Haug, das an anderer Stelle auf demselben Grundstück neu gebaut werden soll, zusammen mit einer Wohnbebauung. Für das Stadtarchiv muss eine bauliche Lösung mit deutlich weniger Standorten als bisher gefunden werden, die bisherigen Flächen im historischen Rathaus Am Markt stehen nicht mehr zur Verfügung.

Weitere Gebäude stehen zum Umbau oder zur Erweiterung auf der Agenda: Kinderhaus Weilheim, Kinderhaus Feuerhägle, Kinderhaus Bebenhausen, Grundschule Wanne sowie die Geschwister-Scholl-Schule.

Der Organisationsprozess wird sich weit in die kommenden Jahre ziehen. Es gibt etliche Schwerpunktthemen für die Zukunft: Die neue Struktur soll in gelebte Arbeitsprozesse umgesetzt werden. Personelle Konsolidierung ist wichtig für die Absicherung der Projektarbeit und die qualitative Erledigung der gestellten Aufgaben. Auch die Wiedereinführung der Eigenplanung rückt in den Fokus. Handlungsbedarf sieht der Fachbereich zudem im Bereich der Verkehrssicherheit, der Hygiene und dem weiteren Ausbau der Barrierefreiheit.

Fachbereich Tiefbau

Rahmenbedingungen und Organisationsentwicklung

In den Jahren seit 2007 prägten einige Schwerpunkte die Arbeit des Fachbereichs Tiefbau: die Konzentration auf die Innenentwicklung sowie die hohe Priorität für Bildung und Betreuung. Neu war auch der wachsende Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Teilhabe. Durch diese Rahmenbedingungen hat sich das Arbeitsumfeld des städtischen Tiefbaus geändert. Innenentwicklung ist wesentlich komplexer als Projekte und Erschließungen auf der grünen Wiese. Sehr viel mehr Koordination und Abstimmungen werden bereits im Planungsprozess nötig. Deshalb hat der Fachbereich 2013 eine dritte Fachabteilung geschaffen, die sich seither um Planung und Projektabwicklung kümmert.

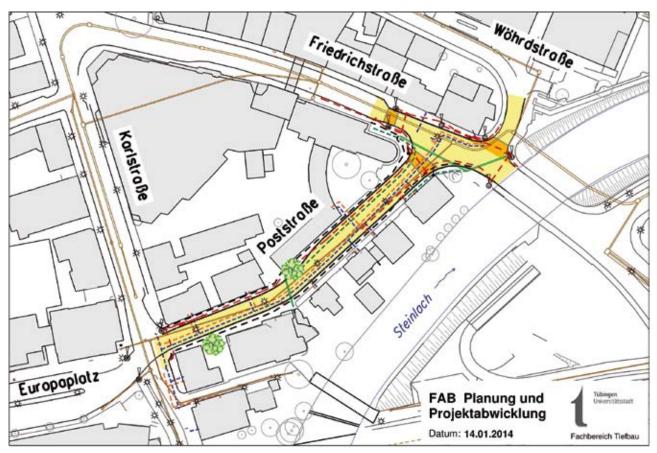
Weil sich die Stadt gezielt auf Bauprojekte zugunsten von Bildung und Betreuung konzentrierte, während es zugleich 2008 und 2009 zu wirtschaftlichen Einbrüchen kam, musste die Unterhaltung der übrigen öffentlichen Infrastruktur etwas zurückstehen. Umso wichtiger wurde es, mit den geringeren Ressourcen trotzdem das Bestmögliche zu erreichen. Hierfür wurde eine ganze Reihe an Aufgaben im Fachbereich Tiefbau

gebündelt: die Zuständigkeit für die (Objekt-)Planung, Bau und Unterhalt des gesamten öffentlichen Raumes sowie die Zuständigkeit für die Refinanzierung über Abwasser- und Erschließungsbeiträge. Das brachte neue Strukturen mit sich: Im Juli 2007 wurde die Grünabteilung des Hochbauamts dem Tiefbau zugeordnet, 2008 die Erschließungsabteilung der Kämmerei.

Eine weitere Änderung hängt damit zusammen, dass Tübingen inzwischen deutlich mehr als 80.000 Einwohnerinnen und Einwohner hat: Alle Städte mit mehr als 80.000 Einwohnern müssen selbst für die Instandhaltung von Bundesstraßen in ihrem Stadtgebiet sorgen. Diese so genannte Straßenbaulast für Abschnitte der B 27 und B 28 ist zum 1. Januar 2014 an die Stadt übertragen worden. Die Verwaltung hat hierfür ein neues Sachgebiet gebildet, das ausschließlich für diese Straßenunterhaltung zuständig ist.

Planungsbeispiel Poststraße

Ein Beispiel soll zeigen, wie viele Beteiligte es bei einem Planungsprozess des städtischen Tiefbaus gibt: die neu gestaltete Poststraße.



Plan für den Umbau der Poststraße 2013

Beteiligt waren die Stadtwerke mit ihren Versorgungsleitungen für Gas, Wasser, Strom; der städtische Eigenbetrieb KST für die Entwässerung; die Telekom sowie die Stadtwerke-Tochter TüNet für Glasfaserleitungen und die Telekommunikation; erneut die Stadtwerke, weil sie sich im Auftrag des Fachbereichs Tiefbau um die Straßenbeleuchtung kümmerten; zudem die Anlieger mit Grundstückszufahrten, Hauszugängen, Ver- und Entsorgung. Der Fachbereich Tiefbau befasste sich mit Verkehrstechnik und Signaltechnik, mit Grünplanung und Baumquartieren, mit der eigentlichen Straßenplanung mit Höhe, Breite und Verlauf sowie auch mit dem konkreten Straßenbau selbst, also Unterbau, Oberbau sowie der Bauleitung vor Ort. Hinzu kamen Fachbüros für Landschaftsplanung, Fachingenieure für Straßenplanung, Fachingenieure für Materialwesen (halbstarrer Belag), Vermesser, eine Fachfirma für Verkehrssicherung, Baufirmen mit Vorlieferanten für Bitumen, Steine, Pflaster und Pflanzen. Außerdem waren auch eine Fachfirma für Signaltechnik involviert, Stadtplaner und Verkehrsplaner plus die Verkehrsbehörde.

Herausragende Bauprojekte

Während der zurückliegenden Jahre gab es unter den Tiefbauprojekten einige, die technisch besonders anspruchsvoll waren und im Zentrum des öffentlichen Interesses standen:

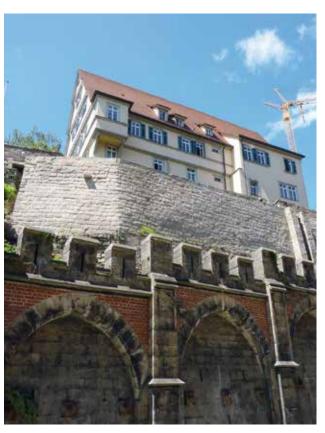
Die Bauarbeiter bereiten den Untergrund für den Gehweg in der Mühlstraße vor. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Umgestaltung der Mühlstraße

Dieses Projekt war während der Bauphase stark im Fokus der Öffentlichkeit, weil hierfür die zentrale Verkehrsachse Tübingens gesperrt werden musste. Noch mehr Aufmerksamkeit bewirkte ein Übertragungsfehler eines beauftragten Vermessungsbüros, der es erforderlich machte, bereits gesetzte Randsteine zu entfernen und neu einzubauen. Tatsächlich war an dieser Stelle durch den Fehler die Fahrbahn zu eng geworden – in der Außenwirkung besonders fatal, weil die Öffentlichkeit zuvor schon vermutet hatte, dass die neue Fahrbahn generell zu schmal sei für Busse im Begegnungsverkehr. Dennoch wurde das Gesamtvorhaben mit seiner innovativen Fahrbahn aus eingefärbtem Beton termingerecht Ende November 2009 fertig. Der Kostenrahmen konnte mit Gesamtkosten für die Straße selber von 1.845.000 Euro eingehalten werden. Die Kosten für das Versetzen der Randsteine wurden von der Versicherung des Auftragnehmers voll übernommen. Zusätzlich konnte im Rahmen der Umgestaltung der untere Bereich der gründerzeitlichen Stützmauer, über der sich die historischen Schulbergmauern aufbauen, gegen Einsturz gesichert werden. Technisch hat sich die neue Fahrbahn bestens bewährt, und auch der Busverkehr funktioniert reibungslos.

Sicherung der Schulbergmauern

Gemeinsam haben Stadt und Land das Bauprojekt "Sicherung der Schulbergmauern" umgesetzt. Neu hinzu kamen

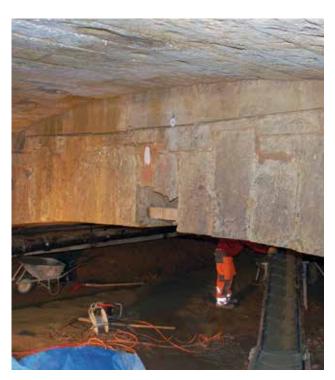


Die Stützmauern am Schulberg oberhalb der Mühlstraße wurden erneuert. Bild: Universitätsstadt Tübingen

eine Treppe von der Mühlstraße zum Schulberg und ein neuer Weg oberhalb der gründerzeitlichen Stützmauer. Dieses Projekt wurde öffentlich ebenfalls sehr beachtet, die Treppe war teils heftig umkämpft. Die alten Trockenmauern mussten mit über zehn Meter langen Erdankern nachträglich gesichert werden. Das war technisch und organisatorisch anspruchsvoll, da der Bau des Erschließungsweges oberhalb der Mauer wegen des starken Busverkehrs überwiegend nachts vorangetrieben werden musste. Am 6. Juli 2013 wurden die neue Treppe und die Neuerschließung des Schulbergs offiziell ihrer Bestimmung übergeben, wobei die Treppe abzüglich der Zuschüsse des Landes mit rund 80.000 Euro weniger als eine bauliche Lösung ohne Treppe gekostet hat.

Verfüllung der Kronenlache

Direkt vor dem Uhlandbad beschäftigte eine außergewöhnliche Baustelle den Fachbereich: Dort lag unter der Straße eine historische Gewölbebrücke, die Mitte des 18. Jahrhunderts errichtet und vor etwa 100 Jahren quasi vergraben worden war. Ihr Gewölbe musste verfüllt werden, um die darüber liegende Straße zu stabilisieren. Über das Uhlandbad war das Brückengewölbe noch zugänglich. Es wurde von oben durch eine kleine Öffnung ausgeräumt und danach mit einer speziellen Suspension kraftschlüssig verfüllt. Damit ist gesichert, dass der gesamte Verkehr der nächsten Jahre und



Unter der Friedrichstraße entdeckten Bauarbeiter ein vergessenes Gewölbe aus dem 18 Jahrhundert. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Jahrzehnte problemlos über die fest verpackte historische Gewölbebrücke geführt werden kann.

Hochwasserschutz für Lustnau

Nach einer gut 50-jährigen Planungsgeschichte wurde 2011 ein Hochwasserschutz für Lustnau realisiert. Hierfür wurden insgesamt rund 3,5 Millionen Euro verbaut. Das neue Dammbauwerk liegt am Tübinger Ortsrand in Richtung Bebenhausen. Es hat ein Volumen von 135.000 Kubikmetern und fügt sich recht harmonisch in die Landschaft ein. Die Landesstraße zwischen Lustnau und Bebenhausen kann im Alarmierungsfall durch ein Dammtor abgesperrt werden, es lässt sich innerhalb von weniger als 30 Minuten schließen. Seit es den Damm gibt, wurde das Tor bereits zweimal vorsorglich geschlossen, zuletzt am 1. Juni 2013.



Ein Jahrhunderbauwerk, das sich harmonisch in die Landschaft einfügt: Der Hochwasserschutz zwischen Bebenhausen und Lustnau. Bild: Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung, www.lgl-bw.de

Sportplatzbauprogramm

Seit 2007 hat die Universitätstadt Tübingen fast jeden Sportplatz in irgendeiner Weise saniert oder größere Unterhaltungsarbeiten ausgeführt. Im Verwaltungshaushalt und im Vermögenshaushalt wurden fast zehn Millionen Euro für den Sport eingesetzt. Größere Einzelmaßnahmen waren:

- Das SV-03-Stadion wurde zwischen 2008 und 2010 für 1,9 Millionen Euro generalsaniert.
- Der Sportplatz Holderfeld wurde zwischen 2011 und 2013 neu gebaut. Die Baukosten betrugen gut 900.000 Euro.
- Der Sportplatz Bühl wurde 2014 fertig und kostete 1
 Million Furo
- Die Sportplätze Hirschau, Lustnau und Pfrondorf werden im Lauf des Jahres 2014 realisiert, die Planungen wurden bereits 2013 abgeschlossen.



Der Sportplatz Holderfeld wurde zwischen 2011 und 2013 neu gebaut. Die Baukosten betrugen gut 900.000 Euro. Bild: Universitätsstadt Tübingen



Der Sportplatz Bühl wurde 2014 fertig und kostete 1 Million Euro. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Kinderspielplätze, Schulhöfe, Außenanlagen von Kinderhäusern und Sportanlagen

Im Bereich Sport wurde im Jahr 2006 eine Bestandsaufnahme aller Anlagen mit Bewertung und Pflegekonzept erarbeitet. Mit diesem Konzept wurde auch jeweils eine Haushaltsstelle für Sanierungsrückstände, Bewässerungsanlagen und Kunstrasenpflege eingerichtet. Gebündelt bewirkte dies eine deutliche Verbesserung der Standards für Rasenplätze sowie Kunstrasen- und Kunststoffbeläge. Kinderspielplätze werden seit 2006 nach den "Matching Fond"-Richtlinien entwickelt und umgesetzt: mit großem bürgerschaftliches Engagement und finanziellem Aufwand, gepaart mit städtischem Fachwissen und nach aktuellsten pädagogischen Gesichtspunkten. Kindergärten und Kinderhäuser nehmen nun auch Kinder unter drei Jahren auf und werden für ihre neuen Anforderungen umgestaltet. Schulhöfe werden schrittweise in Bewegungslandschaften umgebaut. Dadurch sollen sich Motorik und Gleichgewicht der Kinder ebenso verbessern wie ihre Konzentrationsfähigkeit.

Modernisierung der Straßenbeleuchtung

Auch bei der Straßenbeleuchtung hat die Stadt Energie und damit CO₂-Emissionen eingespart. Hierfür wurden in den Jah-

ren 2010 bis 2013 insgesamt rund 1.900 Quecksilberdampflampen umgerüstet auf Natriumdampflampen. So werden nun jährlich 300 MWh Energie gespart, die CO₂-Emissionen sinken um 190 Tonnen. Gekostet hat diese Umrüstung 1.074.000 Euro, die mit gut 200.000 Euro bezuschusst werden, wobei der Zuschuss noch nicht abgerechnet ist. Zwischenzeitlich werden nur noch die nun technisch ausgereiften LED-Leuchten eingesetzt.

Mit der abgeschlossenen Umrüstung der Straßenbeleuchtung entsprechen damit alle rund 11.000 Lichtpunkte im Stadtgebiet der europäischen Vorgabe für die Energieeffizienz, womit Tübingen in Deutschland führend ist.

Seit neuem wird auch versucht, den Stromverbrauch mit innovativen Konzepten zu reduzieren. Dazu gehört beispielsweise Beleuchtung mit Anforderungsdrücker.

Erneuerung der Signaltechnik im Zusammenhang mit Busbevorrechtigung

Busse sollen möglichst pünktlich fahren können, auch wenn sich der restliche Verkehr staut. Hierfür gibt es neben speziellen Bus-Spuren auch Busbevorrechtigungen an Ampeln, damit ein Bus grün bekommt und nicht an den Ampeln warten muss. Gekostet hat dieses Vorhaben die Stadtwerke



Die Tübinger Ampeln signalisieren jetzt mit LED-Technik. Das weiße A oberhalb der roten Ampel zeigt dem Busfahrer, ob er freie Fahrt hat. Bild: Universitätsstadt Tübingen

gut 2.000.000 Euro, die vom Land bezuschusst wurden. Gemeinsam mit dem Stadtverkehr und den Stadtwerken wurden an insgesamt 46 Lichtsignalanlagen die Steuergeräte entsprechend erweitert. An der B 28 wurden an acht Ampeln die Steuergeräte erneuert, gleichzeitig wurden sie im Jahr 2010 auf LED-Technik umgerüstet. Für 200.000 Euro sollen weitere 25 Lichtsignalanlagen auf LED-Technik umgerüstet werden. Dies wird aus dem Förderprogramm Klimaschutz-Plus bezuschusst mit 42.000 Euro. Insgesamt hat Tübingen mit der Umrüstung der Lichtsignalanlagen eine jährliche Stromersparnis von rund 150 MWh erreicht sowie eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um rund 95 Tonnen.

Straßenunterhaltung

Straßen sind unter den Einwirkungen von Wetter und Verkehr erheblichen Beanspruchungen ausgesetzt. Insbesondere der stetig wachsende Schwerlastverkehr mit zunehmenden Tonnagen bewirkt Ermüdungs- und Verschleißprozesse in der Bausubstanz, die zur Zerstörung führen. Zudem befinden sich im Bett der Straße eine Vielzahl an Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen. Dafür müssen Straßen häufig aufgegraben werden, das führt zu einer deutlichen Reduzierung ihrer Lebensdauer.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die Stadt regelhaft deutlich weniger in das Straßennetz investiert, als zu dessen Erhaltung notwendig gewesen wäre. Tübingen unterscheidet sich darin nicht von den meisten anderen Städten. Das sichtbare Ergebnis sind zunehmend mehr Schlaglöcher und schlecht befahrbare Straßen. Weil die erheblichen finanziellen Mittel, die nötig wären, um den aufgelaufenen Investitionsstau abzuarbeiten, auf absehbare Zeit nicht zur Verfügung stehen, hat die der Fachbereich Tiefbau im Jahr 2012 eine neue, kostensparende Strategie zur Straßenerhaltung entwickelt, die auf innovative Verfahren setzt.

Zu Grunde liegt der neuen Strategie eine Analyse der Kosten und spezifischen Eigenschaften der drei alternativen Möglichkeiten der Straßensanierung: Vollausbau, Deckenerneuerung, punktuelle Sanierungen und Dünnschichtbelag.

Der Vollausbau verursacht sehr hohe Kosten, weil die Straße tief abgegraben und komplett neu hergestellt werden muss. Auch wenn dann wieder von einer Nutzbarkeit von etwa 30 Jahren ausgegangen werden kann, bedeutet dies pro Jahr und Quadratmeter einen Aufwand von mehr als acht Euro.

Deckenerneuerung, also Abfräsen der obersten Schicht und Einbau einer neuen Fahrbahn, sind deutlich günstiger als ein Vollausbau, müssen jedoch nach etwa zehn bis 15 Jahren wiederholt werden. Die Kosten pro Quadratmeter und Jahr liegen bei etwa 3,50 Euro.

Punktuelle Sanierungen sind hingegen zunächst kostengünstig, jedoch bilden Risse und Nähte Angriffspunkte für Wasserzutritt und damit für Folgeschäden durch Frostaufbrüche. Dies reduziert die Haltbarkeit auf etwa fünf bis acht Jahre. Dadurch ergibt sich ein Aufwand von etwa drei Euro pro Jahr und Quadratmeter.

Ein relativ neues Verfahren ist das Aufbringen eines Dünnschichtbelags von nur etwa 2 cm auf eine schadhafte Straße. Dies ist sehr schnell möglich, hält wie eine Deckenerneuerung etwa zehn bis 15 Jahre und verursacht pro Jahr und Quadratmeter Kosten von nur 1,50 Euro.



Im Untergrund der Straßen verlaufen viele Leitungen. Wenn aufgegraben werden muss, werden die Arbeiten mit den Stadtwerken abgestimmt, die für Strom- und Gasleitungen verantwortlich sind.
Bild: Universitätsstadt Tübingen

In der Vergangenheit blieb dem Fachbereich Tiefbau angesichts der knappen Mittel keine andere Wahl, als punktuell zu sanieren, umgangssprachlich also die Löcher zu flicken. Denn das war kurzfristig und langfristig die billigste Methode. Der Preis war allerdings ein Flickenteppich in vielen Straßen. Künftig soll durch den gezielten Einsatz der jeweils besten Methode das Straßennetz in einen besseren Zustand versetzt und günstiger erhalten werden:

- Hauptstraßennetz ohne Verformungen. Die Decke wird regelmäßig alle zehn bis 15 Jahre erneuert.
- Wohnsammelstraßen mit ÖPNV-Verkehr, sofern Verformungen vorliegen. Diese Straßen werden punktuell saniert, damit sie wieder eben sind. Falls nötig, wird am Ende noch ein Dünnschichtbelag aufgebracht.
- Anwohnerstraßen, sofern Schlaglöcher vorhanden sind.
 Hier wird nur ein Dünnschichtbelag aufgebracht.

Bei Straßenbauarbeiten arbeitet der Fachbereich Tiefbau im Übrigen eng mit den Stadtwerken zusammen. Kurz- und mittelfristige Investitionsvorhaben sowie die Bauvorhaben an der städtischen Verkehrsinfrastruktur werden abgestimmt, außerdem werden Baumaßnahmen sehr häufig gemeinsam ausgeführt.

Übergang der Straßenbaulast an den Ortsdurchfahrten der Bundesstraßen

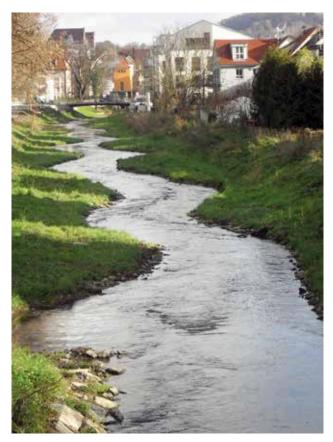
Laut Straßengesetz haben Gemeinden mit mehr als 80.000 Einwohnern die Baulast an Bundesstraßen auf ihrem Gebiet zu tragen. Weil die Universitätsstadt Tübingen beim letzten Mikrozensus über dieser Schwelle lag, hat sie zum 1. Januar 2014 die Baulast an den Ortsdurchfahrten der Bundesstraßen B 27 und B 28 übernommen. Im Detail hat die Stadt Folgendes übernommen: rund 100.000 Quadratmeter Straßenfläche der B 28, etwa 15.000 Quadratmeter Straßenfläche der B 27, rund 1.000 Quadratmeter Brücken, rund 20.000 Quadratmeter Stützmauern, etwa 500 Quadratmeter Lärmschutzwand, Lichtsignalanlagen mit 123 Signalgebern sowie den Schlossbergtunnel mit zwei Röhren, jeweils 300 Meter lang.

Der Wiederbeschaffungswert für all diese Bauwerke, den Schlossbergtunnel ausgenommen, liegt bei rund 200 Millionen Euro. Die Übergabe hat laut Straßengesetz in einem ordnungsgemäßen baulichen Zustand zu erfolgen. Deshalb werden der Schlossbergtunnel und die drei damit zusammenhängenden Brücken in den Jahren 2013 und 2014 vom vorherigen Baulastträger, dem Bund, saniert.

Gewässerunterhaltung

Die Konzeption zur naturnahen Umgestaltung der Gewässer aus den vergangenen Jahren wurde fortgesetzt. Zuletzt waren die Wanderungshindernisse in der Ammer beseitigt worden, um den Lebensraum für heimische Fische zu verbessern. Seit 2007 hat die Stadt die Querbauwerke an der Steinlach in raue Rampen umgebaut. Es waren insgesamt drei Bauprojekte, für die etwa 185.000 Euro ausgegeben wurden. Hierzu gab es 50 Prozent Zuschüsse von der Europäischen Union.

Bei der Gewässerunterhaltung geht es verstärkt darum, die Gewässerstruktur zu verbessern. Realisiert wurde ein erster Abschnitt am Arbach: Der ehemals verdolte Mühlbach auf dem Gelände der ehemaligen Sägerei Wurster & Dietz wurde geöffnet und renaturiert. Naturnah umgestaltet wurde auch ein 400 Meter langer Gewässerabschnitt der Ammer im Bereich des ehemaligen Sägewerks zwischen Rheinland- und Rappstraße. Hier wurde nicht nur am Gewässer gebaut: Die Stadt hat dort auch einen Radweg, einen neuen Fußgängerüberweg und verschiede Sitzstufen an der Ammer eingerichtet, um die Aufenthaltsqualität am Wasser zu erhöhen.



Zwischen Rheinland- und Rappstraße hat die Ammer ein neues, schönes Bett bekommen. Bild: Universitätsstadt Tübingen

Finanzierung und Kosten

Die Aufgaben des Fachbereichs Tiefbau werden weitestgehend über den städtischen Haushalt finanziert. Nur wenn Erschließungsanlagen erstmalig hergestellt werden, darf dies laut Kommunalabgabenrecht refinanziert werden über Erschließungsbeiträge. Dasselbe gilt für die öffentliche Abwasserbeseitigung, die sowohl über Abwassergebühren als auch über Abwasserbeiträge nach Kommunalabgabenrecht finanziert wird.

Erschließungsbeiträge spielen heute keine so große Rolle mehr, denn immer häufiger werden Erschließungskosten durch den Investor finanziert, dem die gesamten Kosten auferlegt werden.

Im Berichtszeitraum wurden 275 Bescheide erlassen mit einem Volumen von rund 640.000 Euro. Zu den größeren Paketen gehörten dabei der Herwigweg in Pfrondorf und die Käppelesäcker in Hirschau. Über Ablöse- und Erschließungsverträge wurden zusätzlich knapp 200.000 Euro eingenommen. Gelegentlich wurden Widersprüche eingelegt gegen die Erschließungsbeitragsbescheide. Mehrheitlich konnten die Fälle durch mündliche oder schriftliche Auskunft geklärt werden, so dass die Widersprüche zurückgenommen wurden. Nur vereinzelt mussten förmliche Widerspruchsbescheide erlassen werden.

Weitere Maßnahmen im Berichtszeitraum

- Zum Jahresbeginn 2013 wurde beim Fachbereich ein Beschwerdemanagement eingerichtet, das sicherstellt, dass alle Anfragen, Hinweise und Anregungen aus der Bürgerschaft erfasst und bearbeitet werden.
- Barrierefreie Maßnahmen wurden im Gesamtwert von 540.000 Euro realisiert, Schwerpunkt waren dabei Randsteinabsenkungen sowie die städtische Kostenbeteiligung an den Aufzügen am Hauptbahnhof.
- Für den ÖPNV wurden Haltestellen im Gesamtwert von 751.000 Euro umgebaut, erneuert und barrierefrei umgestaltet.
- Ein weiterer Schwerpunkt der letzten Jahre war die Realisierung von Radwege, für die rund eine Million Euro investiert wurde.
- Eine sehr aufwändige Maßnahme, von der die breite Öffentlichkeit faktisch nichts mitbekommen hat, war die komplette Umrüstung der Rundfunkverteilanlage für 3.700 Wohneinheiten auf Waldhäuser Ost, die über eine Umlage refinanziert wird.

- Acht von zwölf städtischen Hochwasserrückhaltebecken wurden auf ihre Sicherheit überprüft. Kleinere Mängel wurden saniert, für das Hochwasserrückhaltebecken Schindhau wurde eine Sanierungsplanung begonnen.
- Zu erwähnen ist eine große Zahl von kleineren Sanierungsmaßnahmen an Brücken, Treppen und Mauern.
- Nach kalten und schneereichen Wintern wurde eine Vielzahl von Schlaglöchern beseitigt.
- 82 großteils historische Brunnenanlagen werden regelmäßig gewartet, darunter 29 im Innenstadtbereich und
 53 in den Stadtteilen. Im Frühling werden die Brunnen immer vor Ostern wieder in Betrieb genommen.
- Mehr als eine Million Euro kosteten die neuen Parkscheinautomaten einschließlich der Programme und Geräte zur zentralen Datenerfassung und -verarbeitung.

Was kommen wird

Dass sich die Stadt künftig selbst um die Ortsdurchfahrten der Bundesstraßen kümmern muss, wird sowohl finanziell als auch vom Personalaufwand her zu Buche schlagen. Darüber hinaus werden große Anstrengungen nötig, um die öffentliche Infrastruktur zu erhalten und sanieren. Das betrifft alle Tübinger Straßen, Wege, Brücken, Treppen, Mauern, Grünanlagen, Spiel- und Sportplätze.

Stadtwerke Tübingen

Eine sichere und zuverlässige Versorgung der Tübinger Bürgerinnen und Bürger mit Dienstleistungen, die für das tägliche Leben unverzichtbar sind – das ist die zentrale Aufgabe der Stadtwerke Tübingen (swt). Die letzten Jahre waren geprägt von dem Ziel, die Arbeitsqualität auf gewohnt hohem Niveau zu halten und zu verbessern, neue Angebote zu schaffen und verstärkt an umweltfreundlichen Dienstleistungen zu arbeiten – von der Erweiterung der Produktpalette bis hin zu gezielten Investitionen in den Ausbau und die Nutzung erneuerbarer Energien.

Die Stadtwerke Tübingen konnten seit 2007 einen Zuwachs der Umsatzerlöse und analog dazu auch der Jahresüberschüsse verzeichnen. Dies kommt der Stadt als Eigentümerin zu Gute. Die Bürgerinnen und Bürger profitieren durch stark vergünstigte Parkhäuser, Bäder und Busverkehrsangebote. Wurden 2007 noch unter 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, sind es 2014 rund 450.

Entwicklung in den Energie-Sparten

Das Bewusstsein der swt-Kundinnen und -kunden in Bezug auf eine umweltfreundliche Versorgung mit Strom, aber auch mit Fernwärme, Gas und Pellets ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen.

Strom

Heute versorgen die swt mehr als 85.000 Kunden mit Strom. Innerhalb der ersten fünf Jahre, in denen die swt den Ökostrom bluegreen angeboten haben, hat sich der prozentuale Anteil der Ökostrom-Kunden im Verhältnis zur Gesamtkundenzahl bereits verzehnfacht: 2012 wurde der 10.000. Ökostrom-Kunde der Stadtwerke Tübingen gezählt. Über 12 Prozent der Stromkunden beziehen heute Ökostrom.

Fernwärme

Wohl kein Bauvorhaben der Stadtwerke Tübingen war im Jahr 2008 bedeutender als die Arbeiten am Gemeinschaftskraftwerk Tübingen (GKT) und den dazugehörigen Fernwärmenetzen. Im Sommer 2007 ging das bereits 1929 erbaute damalige Heizwerk in den alleinigen Besitz der Stadtwerke Tübingen über. Im Juli 2008 starteten die umfangreichen Sanierungsmaßnahmen am so genannten GKT-Nordnetz, über das vor allem Gebäude der Universität und des Universitätsklinikums (UKT) mit Wärme versorgt werden. Mit einer Investition von rund 8,9 Millionen Euro stellten die swt in mehreren Teilschritten den fast 80 Jahre alten, nördlichen Leitungsstrang von einer ineffizienten Dampf- auf eine mo-

derne, energiesparende Heißwasserversorgung um. 2012 investierten die swt in eine 550 Meter lange Fernwärmetrasse zur Versorgung der Hügelschule in der Tübinger Südstadt. Für das Neubaugebiet Alte Weberei entwickelte man gemeinsam mit der Tübinger Stadtverwaltung ein zukunftsweisendes Nahwärmekonzept mit Vorbildcharakter, bei dem CO₂-neutrales Klärgas der städtischen Kläranlage als Energieträger zum Einsatz kommt.

Neue Produkte

Die Stadtwerke Tübingen haben ihre umweltfreundliche Produktpalette erweitert und setzen parallel zu den beiden Ökostrom-Tarifen bluegreen und energreen auch im Bereich Gas auf erneuerbare Energien. Seit Oktober 2008 können Kunden das neue Produkt TüGas Natur mit einem Anteil von inzwischen 15 Prozent Biogas von den swt beziehen. Das Biogas, das man aus nachwachsenden Rohstoffen wie Bioabfall, Gülle oder Energiepflanzen gewinnt, wird in Produktionsstätten in Baden-Württemberg hergestellt und dem normalen Erdgas anteilig beigemischt.

Seit 2013 liefern die swt zudem Holzpellets. Unter dem Produktname TüPellets werden regional produzierte Pellets angeboten. Auf diese Weise wird nicht nur die regionale Holzwirtschaft gefördert, sondern auch durch kurze Transportwege die Umwelt zusätzlich geschont.

Eigenerzeugung

Mit dem Ausbau der Eigenerzeugung haben die swt in den vergangenen Jahren verschiedene Ziele verfolgt – und tun dies auch in Zukunft: Zum einen verspricht ein höherer Eigenerzeugungsanteil größere Unabhängigkeit von den Großkonzernen und deren Preisdiktat. Zum anderen führt ein Ausbau der Eigenerzeugung zu einem Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Stadtwerke Tübingen wollen den Anteil der selbst erzeugten, umweltfreundlichen Strommenge bis 2020 auf 50 Prozent erhöhen. Zu diesem Zweck werden bis 2016 rund 50 Millionen Euro investiert – in den Bau neuer Anlagen, in Beteiligungen und in Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz.

Die Stadtwerke Tübingen erzeugen bereits seit mehr als 100 Jahren Strom aus erneuerbaren Energien. Angefangen hat alles mit der Wasserkraft. Zu den neuesten Errungenschaften im Kraftwerkspark gehören der Solarpark in Engstingen-Haid (2012) und der Windpark in Neunkirchen im Bayerischen Odenwald (2013). Mit einer Nennleistung von 2,4 Megawatt

pro Anlage sollen dort pro Jahr rund 12 Millionen Kilowattstunden umweltfreundlicher Strom aus Windkraft erzeugt werden. Das reicht aus, um über 3.000 Vier-Personen-Haushalte zu versorgen. Die swt beteiligen sich außerdem am Unternehmen Windpool, zu dem sich mehrere kommunale Stadtwerke und Energiegenossenschaften zusammengeschlossen haben mit dem Ziel, gemeinsam Onshore-Windparks zu betreiben.



Die Stadtwerke Tübingen beteiligen sich am Windpark Neunkirchen, Landkreis Miltenberg. Bild: swt

Im Jahr 2011 ging in Horb am Neckar ein modernes Flusswasserkraftwerk in Betrieb. Die komplette Anlage produziert jährlich rund 2,4 Millionen Kilowattstunden Strom. Damit wird der Bedarf von rund 600 Vier-Personen-Haushalten gedeckt.

Die größte Photovoltaik-Dachanlage der swt steht seit 2012 auf acht Dächern eines Gebäudekomplexes in Stutensee und produziert mit einer Leistung von über 1,2 MW rund 1,2 Millionen kWh umweltfreundlichen Strom pro Jahr. Die Leistung der im Netz der swt installierten Photovoltaik-Anlagen hat sich seit 2007 nahezu verzehnfacht, 2013 wurde die 10-MW-Grenze überschritten.

Innovation

Nicht nur der Ausbau des Erzeugungsportfolios ist ein wichtiges Anliegen. Auch der Einsatz neuer Technologien nimmt einen besonderen Stellenwert in der Unternehmensstrategie ein. So haben die swt 2013 beispielsweise einen sogenannten Elektroerhitzer im Fernheizwerk WHO in Betrieb genommen – als eines der ersten süddeutschen Stadtwerke. Die Idee: Überschüssiger Strom aus erneuerbaren Energien wird in Form von Wärmeenergie gespeichert.

Mobilität

Stadtverkehr Tübingen (SVT)

Seit 2011 erbringen die swt mit 53 Prozent über die Hälfte der Fahrleistungen im Tübinger Stadtverkehr selbst. Dazu wurde eine neue Tochtergesellschaft gegründet: die TüBus GmbH. Der Grund für die Umstrukturierung waren Veränderungen in den rechtlichen Vorgaben der Europäischen Union. Auch im Bereich "saubere Mobilität" hat der SVT große Fortschritte erzielt: Bereits 2008 wurden acht Alt-Fahrzeuge durch neue emissionsarme Busse ersetzt, die mit dem Umweltgütesiegel "Der Blaue Engel" ausgezeichnet sind. Weitere Neuanschaffungen, etwa vier extralange, so genannte CapaCity-Busse, leisten ebenfalls einen Beitrag zur Verbesserung der SVT-Klimabilanz: Obwohl sie mit ihren über 19 Metern Fahrzeuglänge größer sind und ein höheres Platzangebot bieten, sind die Emissionen vergleichbar mit denen eines herkömmlichen Gelenkbusses. Das bedeutet: weniger CO₃-Ausstoß pro Fahrgast und noch mehr Klimafreundlichkeit im Stadtverkehr.

Förderprogramme

Die swt bieten verschiedene Förderprogramme an, so zum Beispiel rund um das Thema Mobilität. Im Mittelpunkt stehen umweltfreundliche Technologien, mit deren Hilfe der CO₂-Ausstoß reduziert und die Umwelt entlastet wird. Gefördert wird der Kauf von erdgasbetriebenen Fahrzeugen und von E-Bikes. Gleichzeitig unterstützen die swt die Weiterentwicklung der Elektromobilität mit dem Ausbau einer nutzerfreundliche Infrastruktur: Seit Juli 2010 ermöglichen die swt das Betanken von E-Fahrzeugen mit ihrer ersten öffentlichen E-Tankstelle.

Ausblick

Profitables Wachstum und eine hohe Versorgungssicherheit vor dem Hintergrund eines verantwortungsvollen Umgangs mit Klima und Umwelt – das ist die Herausforderung unserer Zeit. Bereits in den letzten Jahren haben sich die Stadtwerke Tübingen diesem Motto verschrieben. Das zeigt auch der Plan, in den nächsten Jahren 50 Millionen Euro in den Ausbau der erneuerbaren Energien zu investieren. So leisten die swt einen aktiven Beitrag zum Gelingen der Energiewende in Tübingen und Umgebung.

Altenhilfe Tübingen gGmbH

Konzeptionelle und bauliche Entwicklung

Zwischen 2007 und 2014 hat die Altenhilfe Tübingen zwei größere Bau- und Organisationsprojekte umgesetzt. 2008 wurde im Bürgerheim ein Wohngruppenkonzept verwirklicht. In der Zeit von morgens bis abends werden die 31 Bewohnerinnen und Bewohner versorgt und betreut. Dafür sorgen in den vier Gruppen feste Bezugspersonen. Die baulichen Voraussetzungen dafür wurden durch den Umbau 2007 und 2008 geschaffen.



Wohngruppen wie hier im Bürgerheim ermöglichen ein Zusammenleben in Gemeinschaft. Bild: Steffen Müller Fotografie, Hildrizhausen

Nach über acht Jahren Vorplanung wurde im Herbst 2012 das Seniorenzentrum Tübingen-Pfrondorf eingeweiht. Es ist ein kommunales Gemeinschaftsprojekt, bei dem die Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau Tübingen mbH (GWG) und die Altenhilfe Tübingen gGmbH (AHT) zusammengearbeitet haben. Es besteht aus drei Elementen:

Das Pflegeheim

Für ältere Menschen wohnortnahe Infrastrukturen zu schaffen, ist in Anbetracht der demographischen Entwicklung von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Es hat sich zunehmend etabliert, stationäre Einheiten zentral im Herzen des Gemeinwesens einzurichten. Dieser Entwicklung trägt auch die Pflegeeinheit im Seniorenzentrum Pfrondorf in vollem Maße Rechnung. Dort entstand ein Kleinheim mit 15 Zimmern, das von der AHT nach dem Hausgemeinschaftsprinzip betrieben wird.

Das Betreute Wohnen

Viele Menschen wünschen sich, im Alter ihre Selbständigkeit und Individualität möglichst lange erhalten zu können. Beim Älterwerden spielt außerdem das Bedürfnis nach Sicherheit eine wichtige Rolle, ebenso wie der Wunsch nach schneller und zuverlässiger Hilfe und Unterstützung immer dann, wenn man sie braucht. Eine wichtige Ergänzung sind niedrigschwellige Beratung und Gemeinschaftsangebote. Das Betreute Wohnen im Seniorenzentrum Pfrondorf nimmt diese Bedürfnisse älterer Menschen ernst. Die Einrichtung ermöglicht es ihren Bewohnerinnen und Bewohnern, auch bei nachlassender Leistungsfähigkeit selbständig und sicher in der eigenen Wohnung leben zu können. Diese Wohnform trägt dazu bei, sozialer Isolation älterer Menschen entgegenzuwirken und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern.

Der Begegnungsraum

Ebenfalls im Gebäude liegt ein Raum, der als Gesprächsraum dient und für Nachbarschaftstreffen des Betreuten Wohnens genutzt wird. Denkbar sind auch viele weitere Zwecke des Gemeinschaftslebens. Insbesondere lädt der Raum dazu ein, dass dort die Bewohnerinnen und Bewohner des Hauses und die Dorfgemeinschaft einander begegnen können. Schon seit den ersten Wochen bietet der Freundeskreis des Seniorenzentrums im Begegnungsraum ein wöchentliches Dorfcafé an, das sehr gut angenommen wird.

Geeigneten Wohnraum für Seniorinnen und Senioren zu bauen hat auch eine wohnraumpolitische Bedeutung. Denn so erhalten ältere Menschen eine attraktive Möglichkeit, ihre Wohnsituation zu verkleinern, nachdem ihre Kinder aus dem Haus sind. Auf diesem Wege wird wieder geeigneter Wohnraum für junge Familien frei.

Nach nur gut zehn Wochen waren alle Plätze im Pflegeheim belegt, es ist seitdem komplett ausgelastet. Seit September 2013 sind auch alle 18 Betreuten Wohnungen belegt.

Im Pauline-Krone-Heim wird seit 2008 ein besonderes Gruppenkonzept umgesetzt. Heimbewohnerinnen und Heimbewohner mit Demenz werden im Rahmen dieses Konzepts betreut und gefördert. Dies geschieht auf eine Art und Weise, die weit über den gesetzlichen Leistungsrahmen hinausgeht. Ermöglicht wird dieses Angebot durch eine Förderung der Universitätsstadt Tübingen, die der Gemeinderat 2007 beschlossen hat.

Personelle und finanzielle Entwicklung

In der Zeit von 2007 bis 2014 ist das Wirtschaftsvolumen der AHT von 5,7 auf 7,3 Millionen Euro gewachsen. Es wurden knapp 15 neue Vollzeitstellen geschaffen, die sich auf 23 neue Arbeitsplätze verteilen. Die meisten dieser Stellen sind in der Pfrondorfer Einrichtung sowie im Rahmen des Betreu-

ungs- und Förderungsangebots für Menschen mit Demenz entstanden. Insgesamt beschäftigt die AHT regelmäßig über 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Der Stellenplan 2014 umfasst 111 Vollzeitstellen.

In fünf von sieben Jahren, von 2006 bis 2012, ist es gelungen, einen Kostendeckungsgrad von 99 Prozent oder mehr zu erreichen und gleichzeitig eine Einrichtungseröffnung zu schultern. Die Altenhilfe hat noch immer Verbindlichkeiten aus der Zeit der gGmbH-Gründung im Jahr 2002. Diese Verbindlichkeiten konnten zum Ende des Jahres 2013 auf 2,9 Millionen Euro abgebaut werden. Der Ausgangsstand Ende 2003 war, bereinigt um die Sondereffekte durch die gGmbH-Gründung, bei 5,0 Millionen Euro gelegen. Durch eine Zuwendung der Universitätsstadt Tübingen im Jahr 2012 in Höhe von 500.000 Euro wurde die AHT zudem in die Lage versetzt, die für das Pauline-Krone- und das Bürgerheim in den kommenden Jahren anstehenden Sanierungsbedarfe besser schultern zu können. Die Maßnahmen haben großteils auch einen energetischen Charakter.

Ende 2008 verließ die Geschäftsführerin Stefanie Lohrmann nach fünfeinhalb Jahren die AHT. Markus Kaufmann wurde ihr Nachfolger.

Prüfungen

Seit dem 2010 werden alle Pflegedienste und Heime jährlich begutachtet. Dies übernimmt der Medizinische Dienst der Krankenversicherung. Im stationären Bereich kommen weitere Prüfungen hinzu, die jährlichen Heimnachschauen der örtlichen Heimaufsicht. Von 2010 bis 2013 wurden der Ambulante Pflegedienst, das Pauline-Krone-Heim und das Bürgerheim jeweils dreimal bewertet, das Pflegeheim Pfrondorf einmal. Alle Prüfungen wurden sehr gut abgeschlossen, bei acht der zehn Prüfungen gab es die Note 1,0. Obwohl diese so genannten Pflegenoten öffentlich und fachlich nicht unumstritten sind, freut sich die AHT über ihre Ergebnisse und wertet sie als Beleg für engagierte und kompetente Arbeit.

Heute und darüber hinaus

Die AHT ist heute ein modernes mittelständisches Unternehmen und zugleich ein sozialer Dienstleistungsträger, der tief in der lokalen Gesellschaft verwurzelt ist. Innovative Führungs- und Organisationsansätze haben genauso ihren Platz wie freiwilliges Engagement sowie Kooperationen mit Gruppen und Institutionen aus dem sozialräumlichen Umfeld. Der christliche Glaube hat in jedem Haus seinen Platz, ohne verbindlich zu sein, so dass die AHT auch unter interkulturellen Gesichtspunkten gut aufgestellt ist für die kommenden acht Jahre.

Was sind die Fragen und Anforderungen der Zukunft? Die größte Herausforderung wird weiterhin der Alltag bleiben. Die AHT versorgt Tag für Tag über 250 Tübinger Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichster Form. Es wird der wichtigste Fokus bleiben, dies stets mit hoher fachlicher Qualität und zugleich mit großer Menschlichkeit zu tun.

Parallel hierzu wird weiterhin um angemessene Wirtschaftlichkeit zu kämpfen sein. Um pflegerische Versorgungstrukturen ökonomisch gesund zu halten, ist die Sozialpolitik ebenso gefordert wie die Fachpolitik auf der Selbstverwaltungsebene.

Es wird in den kommenden Jahren nicht nur darum gehen, den Pflegebedürftigkeitsbegriff zu überarbeiten, den Leistungskatalog der Kranken- und der Pflegeversicherung fortzuschreiben und die überbordende Bürokratie endlich zu begrenzen. Vielmehr sind auch die örtlichen und überörtlichen Träger der Sozialhilfe und die Pflegekassen gefragt, endlich ihre Blockadehaltung in Pflegesatzverhandlungen aufzugeben. Objektive Kostensteigerungen müssen voll in Pflegesatzerhöhungen erstattet werden. Tariftreue Träger wie die AHT müssen in der Pflegesatzbemessung tatsächlich so belohnt werden, wie es die gesetzlichen Leitungsträger in den vergangenen acht Jahren stets behauptet haben.

Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau Tübingen (GWG)

Sanierungsprogramm

Die Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau Tübingen (GWG) hat 2008 ein umfangreiches Sanierungsprogramm für ihren gesamten Wohnungsbestand entwickelt. Es wurde bei einer Klausurtagung vom Aufsichtsrat zusammen mit der Geschäftsleitung festgelegt. Sein Ziel: Bis zum Jahr 2020 sollten alle Wohnungen aus dem Bestand auf den Stand gebracht werden, dass sie pro Jahr und Quadratmeter weniger als 120 Kilowattstunden Energie verbrauchen. Genau 937 Wohnungen mit rund 63.970 Quadratmetern Wohnfläche galt es hierfür zu sanieren, was zum damaligen Zeitpunkt etwa der Hälfte des gesamten Wohnungsbestands der GWG entsprach. Hierfür wurden rund 90 Millionen Euro veranschlagt.

Das Programm kommt gut voran. Bis zum Ende des Jahres 2013 wurden rund 329 Wohnungen, also etwa 35 Prozent, nach diesen Vorgaben saniert. Bis zum Jahr 2018 sind weitere 382 Wohnungen zur Sanierung vorgesehen, womit rund 75 Prozent des vorgegebenen Pensums erfüllt sein werden. Bis zum Jahr 2020 ist somit der größte Teil der vorgesehenen Sanierungsprojekte entweder abgeschlossen oder begonnen. Der gesamte Wohnungsbestand der GWG wird dann in einem zeitgemäßen und modernen baulichen Zustand sein.

Die energetischen Ziele für die rund 1.000 Wohnungen sollen bis 2020 ebenfalls erreicht und sogar übertroffen werden. Das zeigt ein Vergleich der Energieverbräuche. Sie lagen bis 2008 bei mindestens 160 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr – ein geschätzter Wert, da für den Altbestand keine exakten Daten vorliegen. Erreicht werden durch die Sanierungen Werte von rund 70 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr, sodass die Einsparungen bei rund 55 Prozent oder höher liegen dürften.

Miet- und Sozialwohnungsbau

Eine der wichtigsten Aufgaben der GWG ist es, günstigen Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung bereit zu stellen. Seit Jahren verfolgt die GWG deswegen konsequent das Ziel einer sozialen Durchmischung; dies gelingt speziell im Rahmen von Quartiersentwicklungen. Wenn neu gebaut wird, kombiniert die GWG Eigentumswohnungen stets mit Mietwohnungen, die teils frei finanziert werden, teils als geförderte Mietwohnungen entstehen.

Im Jahr 2009 hat die GWG zum dritten Mal ein Immobilienpaket von der Stadt übernommen, 114 Wohnungen. Gleichzeitig wurde das Portfolio bereinigt: Kleinere sanierungsbedürftige Objekte wurden verkauft; der Erlös wurde in den Neubau und die Sanierung von Wohnungen investiert, also in die qualitative Verbesserung des Wohnungsbestands.

Insgesamt ist der Bestand im Berichtszeitraum auf nahezu gleichbleibendem Niveau geblieben. Aktuell besitzt das Unternehmen 2.046 Wohnungen und Gewerbeflächen. Zum Vergleich: 2007 waren es 1.960. Die Zahl der geförderten Mietwohnungen ist von 671 Wohnungen im Jahr 2007 auf 540 im Jahr 2013 zurückgegangen. Grund dafür waren politische Rahmenbedingungen. Weil die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Baden-Württemberg in den 1990er-Jahren nahezu eingestellt wurde, hat man landauf, landab über etliche Jahre hinweg kaum mehr geförderte Wohnungen gebaut. Die Zahl der Sozialwohnungen sank überall, auch in Tübingen. Mittlerweile hat Tübingen jedoch eine Trendumkehr erreicht. Als 2010 wieder eine Förderung für neue Sozialwohnungen eingeführt wurde, hat Tübingen diese intensiv genutzt, stärker als jede andere Stadt im Land. Dazu hat auch die GWG beigetragen mit 31 bereits fertig gestellten neuen Sozialwohnungen. In den nächsten Jahren wird die GWG kontinuierlich in den Bau von geförderten Mietwohnungen investieren. Bis 2018 sollen weitere 62 geförderte Mietwohnungen fertig gestellt sein, neue Projekte sind in Planung.

Die durchschnittlichen Mieten konnten in den vergangenen Jahren auf einem niedrigen Niveau gehalten werden, und dies, obgleich die GWG stark investiert hat. Im Jahr 2007 betrug die durchschnittliche Miete für eine geförderte Mietwohnung rund 4,51 Euro je Quadratmeter Wohnfläche und Monat. Im Jahr 2012 lag sie bei 4,97 Euro pro Quadratmeter und Monat. Das entspricht einer Steigerung von rund 10 Prozent. Das ist vergleichsweise wenig: Bei den frei finanzierten Mietwohnungen lag die Steigerungsrate der durchschnittlichen Mieten im selben Zeitraum bei rund 17 Prozent (von 4,98 Euro pro Quadratmeter auf 5,83 Euro pro Quadratmeter im Monat). Der allgemeine Tübinger Wohnungsmarkt hat noch stärkere Preisanstiege verzeichnet.

Bauträgergeschäft

In Tübingen herrscht nach wie vor eine sehr hohe Nachfrage nach Wohneigentum. Das hat sich in den vergangenen Jahren eher noch verstärkt. Gründe dafür sind die anhaltend niedrigen Zinsen der letzten Jahre, die gute Konjunktur und auch die hohe Attraktivität von Tübingen als Stadt mit besonders hoher Freizeit- und Wohnqualität. Es gab außerdem einen deutlichen Zuwachs bei den Arbeitsplätzen und Studienplätzen

in Tübingen. Die GWG war daher auch im Bauträgergeschäft kontinuierlich tätig und hat dabei konsequent darauf geachtet, Miet- und Eigentumswohnungen zu kombinieren und so eine gute soziale Durchmischung zu erreichen. Gebaut wurde überwiegend auf eigenen Grundstücken, wo veraltete Gebäudebestände ersetzt oder Lücken geschlossen wurden. Gute Beispiele hierfür sind die Entwicklung des Gebiets Stuttgarter Straße/Königsberger Straße oder auch der Neubau von Wohnungen im Wennfelder Garten, der jüngst begonnen wurde. Eine vergleichbare Wohnanlage gibt es in der Herrenberger Straße mit insgesamt 40 Wohnungen. Darüber hinaus hat sich die GWG in den neuen Baugebieten Mühlenviertel und Alte Weberei beteiligt. Zusammen mit der Kreisbaugesellschaft hat sie das Grundstück des ehemaligen Landratsamts in der Doblerstraße entwickelt. Auch in den Stadtteilen war die GWG aktiv. So wurden in Kilchberg im Bereich Vormorgen Eigentumswohnungen errichtet und Einfamilienhäuser geplant, die in Zusammenarbeit mit einem privaten Bauträger umgesetzt werden. In Hirschau wurde im Heerweg neuer Wohnraum geschaffen. Außerdem hat die GWG als Bauträger Altbauten saniert: in der Uhlandstraße 22 und in der Schwärzlocher Straße 6.

Die Baukosten sind während der vergangenen Jahre deutlich gestiegen. Gründe dafür waren neben der guten Konjunktur die steigenden gesetzlichen Anforderungen, darunter die Höherstufung der Universitätsstadt Tübingen in der Erdbebengefährdung, sowie höhere bauliche Standards. Die durchschnittlichen Verkaufspreise haben sich in den Jahren von 2007 bis 2013 um fast 30 Prozent erhöht.



Die Seniorenwohnanlage im Pfrondorfer Baumwiesenweg wurde 2013 fertiggestellt. Bild: Steffen Müller Fotografie, Hildrizhausen

Beitrag zur Stadtrendite

Mit ihrem Wohnungsbestand ist die GWG nicht nur der größte Vermieter für Wohnraum in Tübingen. Durch ihr umfangreiches Auftragsvolumen für Bau- und Bauunterhaltungsmaßnahmen ist sie gleichzeitig auch ein großer Auftraggeber für Handwerker und Dienstleister – also ein maßgeblicher wirtschaftlicher Faktor in der Region. Weil

sie ihren Wohnungsbestand kontinuierlich erneuert, leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung. Außerdem hat die GWG während der vergangenen Jahre einen erheblichen sozialen Mehrwert für die Stadt geschaffen. Sie baut und vermietet eine Vielzahl an Gebäuden, die für die soziale Infrastruktur wichtig sind. Mehrere Kindergärten wurden errichtet oder saniert: in der Derendinger Straße, das Kirchplatzschulhaus in Lustnau sowie ein zweigruppiger Kindergarten in der Königsberger Straße. Außerdem vermietet die GWG Räume, beispielsweise für eine Schülermensa in der Hechinger Straße oder für soziale Vereine. Im Wennfelder Garten hat die GWG ein Wohngebäude für obdachlose Männer mit 22 Apartments gebaut, das 2013 eingeweiht wurde. Im Bereich der Alten Weberei hat die GWG für die Bruderhausdiakonie Reutlingen zwei Immobilien erstellt: eine tagesstrukturierende Einrichtung für mehrfachbehinderte Menschen sowie Wohnraum für eine integrative Wohngemeinschaft aus behinderten und nichtbehinderten Menschen. Als Bauherrin steht die GWG auch hinter dem Projekt "Betreutes Wohnen" in Pfrondorf. Dort wurde vor zwei Jahren eine Wohnanlage für Seniorinnen und Senioren mit 19 betreuten Wohnungen sowie einem angeschlossenen Pflegeheim mit 15 Plätzen in Betrieb genommen. Die dortigen Wohnungen wurden im vergangenen Jahr mit dem "Qualitätssiegel für Betreutes Wohnen in Baden-Württemberg" ausgezeichnet. Und nicht zuletzt übernimmt die GWG regelmäßig die Aufgabe, Menschen in sozialen Notlagen Wohnraum anzubieten. Hierbei arbeitet sie eng mit der Sozialverwaltung der Stadt zusammen.

Entwicklung der GWG

Dass die GWG in den vergangenen Jahren so umfangreich gebaut hat, spiegelt sich auch in der Bilanz des Unternehmens wider. So ist die Bilanzsumme um fast 40 Prozent angestiegen: von 86,8 Millionen Euro im Jahr 2007 auf rund 121 Millionen Euro im Jahr 2013. Im selben Zeitraum stiegen die Schulden von rund 70,7 Millionen Euro auf rund 84 Millionen Euro. Trotzdem ging auch die Eigenkapitalquote nach oben, von 16,8 Prozent im Jahr 2007 auf 20,7 Prozent im Jahr 2013. Das Stammkapital des Unternehmens beträgt nach wie vor 240.000 Euro. Mit einem Jahresüberschuss von knapp 2 Millionen Euro hat die GWG im Geschäftsjahr 2012 ihr bestes Jahresergebnis seit Bestehen erwirtschaftet. Hierfür waren nicht etwa die Vermietungen entscheidend, sondern jene Gewinne, die bei dem Verkauf von Wohnungen erwirtschaftet wurden, bei denen die GWG also als Bauträger auftrat.

Um die umfangreichen Aufgaben bewältigen zu können, wurde die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöht. 2007 waren es 24, heute sind es 34, darunter 2 Auszubildende.

Tübinger Sporthallenbetriebsgesellschaft mbH

Die Tübinger Sporthallenbetriebsgesellschaft mbH ist seit 2004 Pächterin der Sporthalle an der Europastraße. Diese wurde im Jahr 2007 durch das Namenssponsoring der Paul Horn GmbH zur Paul Horn-Arena. Mit der Generalsanierung im Jahr 2009 kam auch die Sporthalle Waldhäuser Ost neben der Geschwister-Scholl-Schule in die Verwaltung der GmbH.

Die durchschnittlichen Betriebskosten lagen in den letzten Jahren jeweils bei etwa 650.000 Euro. Davon übernimmt die Universitätsstadt Tübingen 450.000 Euro pro Jahr in Form eines Defizitausgleichs.

Die Hallen

Die Paul Horn-Arena ist eine Dreifachsporthalle mit insgesamt 1426 Quadratmetern. Mit ausfahrbaren Sitz- und Stehtribünen bietet sie Platz für 3.008 Zuschauerinnen und



Zu einem Basketballspiel der Walter Tigers strömen die Zuschauerinnen und Zuschauer in die Paul Horn-Arena. Bild: Gerd Kaeser

Zuschauer. Zusätzlich gibt es in ihrem Inneren einen Turnraum mit fest installierten Turngeräten und eine Laufbahn mit Weitsprunggrube. Im Außenbereich der Halle wurde eine Halfpipe gebaut, die jede und jeder frei nutzen kann. An einer der Außenwände befindet sich die erste große Kletterwand Tübingens. Sie wird seit vielen Jahren unter der Regie der TSG Tübingen e.V. geführt und ist allen Klettersportlerinnen und -sportlern zugänglich.

Die Sporthalle Waldhäuser Ost ist eine Dreifachsporthalle, die seit der Sanierung eine moderne und komfortable Sportstätte ist. Genutzt wird sie sowohl vom Schulsport und seinen Arbeitsgemeinschaften als auch von den Vereinen für Training und Spielbetrieb.

Die Mieter

Die Paul Horn-Arena wurde in den vergangenen Jahren zur festen Heimat des Spitzensports in der Region. Die Walter Tigers Tübingen ziehen mit ihren Basketballspielen der ersten Liga seit dem Bau der Paul Horn-Arena tausende Zuschauerinnen und Zuschauer in ihren Bann. Seit dem Jahr 2006 ist mit dem TV Rottenburg auch Volleyball der Spitzenklasse in der Paul Horn-Arena vertreten. Seit Einzug des TV Neuhausen e. V. im Jahr 2012 kommen nun auch die Fans des Handballsports in den Genuss von Bundesligaspielen. In den vergangenen zwei Jahren konnten pro Saison um die 50 Heimspiele in drei Sportarten in der Halle live mitverfolgt werden. Die Tübinger Fans und die Sportbegeisterten aus dem Umland haben diese Angebote gut angenommen.

In der Wintersaison nutzen Leistungs- und Nachwuchssportlerinnen und -sportler der LAV Stadtwerke e.V. die vielfältigen Trainingsmöglichkeiten für die Leichtathletik. Eine große Rolle spielt in beiden Sporthallen der Schul- und Vereinssport. Von morgens bis zum Nachmittag werden dort Schülerinnen und Schüler im Fach Sport unterrichtet oder besuchen eine der angebotenen Sport-Arbeitsgemeinschaften. Der späte Nachmittag und der Abend gehören dem Vereinssport. Rhythmische Sportgymnastik, Leichtathletik und Ballsport aller Art findet in den Hallenteilen statt. Mit dem Turnraum steht zusätzlich für die Turnvereine eine gut ausgestattete Trainingsstätte zur Verfügung, die gerne und viel genutzt wird.

Events

Die Paul Horn-Arena ist zwar keine Veranstaltungshalle, aber sie bietet sich in Tübingen trotzdem dafür an. Neben den Sportevents rund um den Ligabetrieb sind die jährlichen Turngalas weitere fest etablierte Veranstaltungen auf hohem Niveau, die die TSG Tübingen und das Turngau Achalm in Verbindung mit dem Schwäbischen Turnerbund organisieren. Weitere Höhepunkte in der Paul Horn-Arena waren die Show der Harlem Globetrotters 2006, das Hermann-Hesse-Festival mit Udo Lindenberg 2010, die Feier des Rollstuhlsport- und Kulturvereins Tübingen zum 30-jährigen Jubiläum 2010, ein Boxkampf 2011, der Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf Einladung der örtlichen CDU 2011 sowie etliche Veranstaltungen der Tübinger Vereine: Hockeyspiele, Judoturniere, Turntage, Fußballcups und viele andere.

In der Sporthalle Waldhäuser Ost ist seit vielen Jahren der Nikolauslauf des Postsportvereins zu Gast. Mit der Volleyball-Frauenmannschaft des Fördervereins Tübinger Modell ist auch in dieser Halle der Leistungsport gut vertreten.

Ausblick

Im Jahr 2014 wird die Sporthallenbetriebsgesellschaft mbH gemeinsam mit der Paul Horn-Arena zehn Jahre alt. Die zehn Jahre stehen für hochkarätigen Bundesligasport in mittlerweile drei Sportarten, für eine sehr wandlungsfähige Halle, die fast alles mitmacht, für eine multifunktionale Halle, die Schulen, Vereinen und großen Veranstaltungen in Tübingen ein Zuhause ist. Alle diese Nutzungen gehen nicht spurlos an den Hallen vorbei, Investitionen in die Substanzerhaltung nehmen künftig zu.

Hinzu kommen nötige Investitionen in die technische Ausstattung: Auch Sportveranstaltungen sind heute Events, die Anforderungen an eine moderne Sport- und Veranstaltungshalle steigen. Technische Ausstattung wie ein Breitbandanschluss für Live-Übertragungen ins Internet spielt dabei ebenso eine Rolle wie ein zeitgemäßes Beleuchtungskonzept und Raummanagement. Diesen Herausforderungen stellt sich die Betriebsgesellschaft auch weiterhin.



Der TV Rottenburg lockt zahlreiche Volleyballfans in die Paul Horn-Arena. Bild: Stephan Körner

Kommunale Servicebetriebe Tübingen (KST)

Zum 1. Januar 2011 wurden die bisher separat geführten Eigenbetriebe EBT und SBT verschmolzen zu den Kommunalen Servicebetrieben Tübingen (KST). Diese Zusammenführung war eines der großen Themen der vergangenen Jahre. Am Ende des Prozesses entstand ein neuer Eigenbetrieb der Universitätsstadt Tübingen mit 165 Beschäftigten, 23 Millionen Euro Umsatzvolumen und 8 Millionen Euro Investitionsvolumen pro Jahr. Bei den KST wird ein Großteil aller Arbeiten erledigt, die mit der Infrastruktur der Universitätsstadt Tübingen zusammenhängen. Dazu gehören beispielsweise die Bereitstellung und Wartung der Fahrzeugflotte für die Stadtverwaltung, die Straßenreinigung, Abfallentsorgung und Grünflächenpflege, der Betrieb der 13 Tübinger Friedhöfe und die Sicherstellung der kompletten Stadtentwässerung.

Projekt "Minus 10 Prozent" – eine große Herausforderung

Ziel der Verschmelzung zweier Eigenbetriebe war es, Verwaltungsabläufe zu vereinfachen und Doppelstrukturen abzubauen. Rückblickend lässt sich sagen, dass dies gelungen ist, trotz des heterogenen Leistungsspektrums im Betrieb. Heute sind die Verwaltungsaufwendungen und die Schnittstellen zur Stadt deutlich reduziert. Viele Abläufe konnten vereinfacht oder zusammengefasst werden. Damit leistete die Verschmelzung auch einen wesentlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung im Projekt "Minus 10 Prozent". Insgesamt war den KST auferlegt worden, Einsparungen in Höhe von 750.000 Euro für den städtischen Haushalt zu ermöglichen. Um diesen großen Schritt zu schaffen, setzten die KST auf einen Dreiklang: Sie senkten die Standards bei vielen Unterhaltungsarbeiten, sie verzichteten auf Stellenneubesetzungen, hinzu kamen die Einsparungen durch die Verschmelzung der Eigenbetriebe. Mit dem Wirtschaftsplan 2013 hatten die KST das ambitionierte Ziel tatsächlich erreicht. Möglich geworden ist dies durch das engagierte Zutun aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den Stellenabbau kompensieren mussten. Inzwischen wurde deutlich, dass an bestimmten Punkten wieder nachgesteuert werden muss. Es wurden neue Personalstellen für die Innenstadtreinigung und Grünpflege geschaffen. Insgesamt war es für den Betrieb ein guter Prozess, dass einmal alle Aufgaben und Projekte grundlegend auf Einsparpotenziale untersucht wurden.

Elektromobilität im betrieblichen Alltag

Die KST sollen ihre Aufgaben möglichst umweltschonend erledigen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, beschäftigte sich der Betrieb mit alternativen Antriebsformen. 2007 wurden einige Gasfahrzeuge für die Fahrzeugflotte der Stadtverwaltung beschafft. Im Jahr 2012 kamen erstmals elektrisch betriebene Laubbläser zum Einsatz. Zum Jahreswechsel 2012/2013 wurde für sechs Monate die Einbindung von Elektrofahrzeugen für die Fuhrparkflotte der KST untersucht. Dies geschah im Rahmen des Projektes "Elektromobilisiert.de" des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO sowie des Instituts für Arbeitswissenschaft und Technologiemanagement (IAT) der Universität Stuttgart. Dabei wurde der bestehende Fuhrpark analysiert. Bei einem dreimonatigen Feldversuch sammelte man praktische Erfahrungen mit sechs Elektro-Pkw und einem Elektro-Zweirad. Die Projektergebnisse waren aufschlussreich: Mittlerweile wurden zwei konventionelle Pkw durch Elektrofahrzeuge ersetzt. Im Lauf der nächsten Jahre soll die Anzahl der Elektro-Pkw sukzessive erhöht werden, wann immer dies bei Ersatzbeschaffungen sinnvoll ist.

Bereich Infrastruktur

Die rund 125 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Infrastruktur sind für ein breites Spektrum zuständig. Ihr erstes großes Aufgabengebiet ist alles, was mit den städtischen Straßen und Gehwegen zu tun hat: Reinigung und Unterhaltung, Straßenmarkierungsarbeiten, Aufstellung und Unterhaltung von Verkehrszeichen, Pollern, Lichtsignalanlagen (= Ampeln), Parkuhren und Parkscheinautomaten. Zweites großes Gebiet sind Pflege und Unterhalt für Gewässer und alle städtischen Grünflächen. Dazu gehören Rasen-, Hecken- und Baumpflege an Spielplätzen, Schulen, Turnhallen, Kindergärten, Kinderhäusern und Schülerhorten, die Pflege des Straßenbegleitgrüns, der Bäume und aller



Rund 300 Blumenkästen und 80 Ampeln schmücken alljährlich Brücken, Geländer und Laternenmasten in Tübingen. Bild: Universitätsstadt Tübingen

weiterer Grünanlagen im Stadtgebiet. Plus die Gestaltung und Pflege des Blumenschmucks sowie die professionelle Sportplatzpflege. Im Winter bildet der Winterdienst einen großen Schwerpunkt im Dienstplan. Eine organisatorisch abgegrenzte Abteilung kümmert sich um die Abfallentsorgung, die im Auftrag des Landkreises für das Stadtgebiet Tübingen übernommen wird.

Stadtreinigung im gesellschaftlichen Wandel

Die Sauberkeit in der Stadt, speziell der Innenstadt, rückte in den vergangenen Jahren immer stärker in den Fokus. Weil sich ein allgemein beobachtbarerer gesellschaftlicher Wandel vollzogen hat: Immer mehr Menschen verlegen ihre Freizeitaktivitäten in den öffentlichen Raum, auf den Plätzen und Straßen der Altstadt wird zu fast jeder Jahreszeit gefeiert und gelebt. Leider wird der mitgebrachte Müll häufig nicht selbst entsorgt, eine deutlich angestiegene Vermüllung ist die Folge. Seit 2008 wurden deshalb die Kapazitäten für die Stadtreinigung immer weiter erhöht. Mittlerweile werden besonders frequentierte Stellen mindestens zwei Mal täglich (auch am Wochenende) gereinigt, um die Sauberkeit der Stadt zu gewährleisten.

Neuerungen beim Winterdienst

Im Berichtszeitraum ist der Winterdienst, der im Auftrag des Fachbereichs Tiefbau ausgeführt wird, sukzessive ausgebaut und verbessert worden. Und dies, obgleich parallel Personal abgebaut wurde. Dies wurde erreicht:

Räum- und Streuplan für Radwege

Erstmals wurde im Winter 2007/ 2008 ein eigenständiger Räum- und Streuplan eingerichtet, der die wichtigsten Radwegeverbindungen umfasst. Wichtig sind die Wege zwischen den Stadtteilen und der Kernstadt. Dieser Plan wurde mehrfach aktualisiert, zuletzt für den Winter 2013/2014 in Abstimmung mit den Fahrradverbänden.

Räumen der Nachtbus-Strecken

Seit dem Winter 2010/ 2011 werden die Strecken der Nachtbuslinien bei Glätte rund um die Uhr von einem Räumfahrzeug abgestreut, so dass auch die Klinikzufahrten grundsätzlich rund um die Uhr im Räum- und Streuplan abgedeckt sind.

Ausweitung des Winterdienstes in der Altstadt

Der Winterdienst in der Altstadt wurde mit einer eigenständigen Winterdienstroute und einem eigens eingesetzten Streufahrzeug weiter ausgebaut. Ein Grund dafür war die Vielzahl an Märkten und Veranstaltungen in der Innenstadt, die auch im Winter stattfinden. Dieser neue Service wurde erstmals im Winter 2011/ 2012 eingeführt.

Verbesserung der Steuerung der Winterdiensteinsätze

Seit dem Winter 2013/ 2014 sind sämtliche Streufahrzeuge mit einem Transpondersystem ausgerüstet. So kann die Einsatzleitung stets den aktuellen Standort der eingesetzten Streufahrzeuge sehen. Das ermöglicht schnelle Reaktionen: Wird irgendwo ein Streufahrzeug gebraucht, beispielsweise weil ein Linienbus hängen geblieben ist, kann die Einsatzleitung schnell eines oder mehrere Fahrzeuge umdirigieren.

Anmietung von Streufahrzeugen

Bereits seit dem Jahr 2011 werden für den Winterdiensteinsatz Fahrzeuge angemietet. Bis zu sieben gemietete Kleinräumfahrzeuge waren während der kalten Jahreszeit zusätzlich im Einsatz. Auf diese Weise können auch Strecken, die bisher von Hand geräumt wurden, sehr viel schneller und effizienter geräumt und gestreut werden.

Neues Schichtmodell und Einsatz externer Firmen

Um das alles leisten zu können, werden zunehmend Dritte für den Winterdienst eingesetzt. Im Winter 2013/ 2014 werden drei Routen von Fremdfirmen betreut.

Um die Arbeits- und Dienstzeiten der KST-Beschäftigten entsprechend der rechtlichen Vorgaben zu begrenzen, wurde mit dem Personalrat im Jahr 2013 eine Dienstvereinbarung abgeschlossen. Darin ist ein Schichtmodell vorgesehen, das bei absehbarem Winterdiensteinsatz aktiviert werden kann. Es deckt den Winterdienst über den Tag hinweg in zwei Schichten ab. Damit bleiben die Belastungen für die Beschäftigten in einem verträglichen Rahmen. Zugleich erhält der Betrieb ausreichend Flexibilität, um auch während der Winterzeit noch seinen anderen Aufgaben nachzukommen.

Bevorratung von Streusalz in einem Salzsilo auf der Morgenstelle

Im Jahr 2013 wurde der Baubeschluss für den Neubau eines zusätzlichen Salzlagers an der Morgenstelle gefasst, im Einsatzschwerpunkt für den Winterdienst. Damit wird es ab dem Winter 2014/ 2015 möglich sein, insgesamt rund 800 Kubikmeter Salz so zu bevorraten, dass jedes Fahrzeug rund um die Uhr beladen werden kann, schnellstmöglich und ohne zusätzlichen Aufwand.

Langfristige Sicherung der Arbeitsplätze bei der Abfallentsorgung

Im Bereich Abfallentsorgung stand zuletzt ein Thema im Mittelpunkt: die Neuausschreibung der Müllabfuhr durch den Landkreis, es ging um den Zeitraum 2013 bis 2020. Mittlerweile ist das Ziel erreicht – die Stadt hat den Zuschlag erhalten, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Landkreis

wurde verlängert. So ist es gelungen, die Arbeitsplätze weiterhin langfristig zu sichern, und dies mit der gegenüber privaten Entsorgern deutlich besseren Bezahlung nach TVÖD.

Der Weg bis zu diesem Ziel war mit großen Anstrengungen verbunden. Klar war, dass das maximale Leistungsentgelt ab dem Jahr 2013 deutlich abgesenkt wird, um etwa 15 Prozent. Deswegen wurden 2012 alle betrieblichen Abläufe genau überprüft, um mögliche Einsparpotenziale auszuloten. Wo immer es möglich war, wurden im Vorfeld der Neuausschreibung bereits Kostenoptimierungen vorgenommen. Einige andere Punkte, darunter die Routenplanung, werden noch optimiert. Erst wenn gewisse Erfahrungswerte mit dem neuen Abfuhrsystem gesammelt wurden, kann man absehen, ob Änderungen weitere Vorteile für den Betrieb bringen können.

Die Neuausschreibung brachte nicht nur finanzielle Veränderungen, sondern auch technische. Dazu gehört, dass die Abfallgebühren nun leerungsbezogen abgerechnet werden. Um dies möglich zu machen, wurden zum Ende des Jahres 2012 alle bisher genutzten Abfallgefäße ausgetauscht. Die neuen Mülleimer sind mit einem Chip ausgestattet, der bei jeder Leerung automatisch registriert wird. Diese Daten werden von den KST an den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises weitergeleitet. Dort erfasst man die Anzahl der Leerungen pro Haushalt und Jahr. Auf dieser Grundlage werden die jeweiligen Abfallgebühren berechnet.

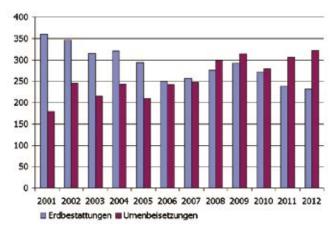
Bereich Friedhofswesen

Die 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Friedhofswesens kümmern sich um den Betrieb und die Unterhaltung der 13 Friedhöfe, die es in der Universitätsstadt Tübingen und ihren Ortsteilen gibt. Ein großer Teil dieser Arbeiten hat das Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern einen Platz zur Erholung von alltäglichen Umwelteinflüssen zu bieten und einladende Rahmenbedingungen auf den Tübinger Friedhöfen zu schaffen. Am Bergfriedhof und am Stadtfriedhof wird der Erfolg dieser Anstrengungen besonders deutlich, da diese auch weit über die Stadtgrenzen hinaus eine große Wertschätzung genießen und jedes Jahr viele Besucherinnen und Besucher aus nah und fern anziehen.

Die Bestattungsgebühren wurden zum 10. Oktober 2011 neu kalkuliert, zugrunde lag eine Kostendeckung von 100 Prozent.

Veränderte Bestattungskultur

Beobachtet man die Anzahl der Bestattungen in Tübingen über mehrere Jahre, so fallen erhebliche Schwankungen auf. Der absolute Höchstwert lag bei 606 Bestattungen im Jahr 2009. In den letzten vier Jahren blieb der Durchschnitt bei etwa 550 Bestattungen pro Jahr. Im Lauf der Zeit zeigte sich, dass Urnenbeisetzungen beliebter werden, Erdbestattungen hingegen zurückgehen. In den Jahren 2006 und 2007 hielten sich beide Bestattungsarten noch die Waage, im Geschäftsjahr 2008 waren es erstmals mehr Urnenbeisetzungen. Besonders viele waren es 2012 mit über 58 Prozent Urnenbeisetzungen.



Die Zahl der Erdbestattungen in Tübingen nimmt seit 2001 ab, während die der Urnenbeisetzungen steigt. Grafik: Universitätsstadt Tübingen

Gemeinschaftsgrabanlagen auf dem Bergfriedhof

Dieser Trend wirkt sich auch auf die Gestaltung und das Erscheinungsbild der Friedhöfe aus. Der Bereich Friedhofswesen hat Gemeinschaftsgrabanlagen gestaltet, die sehr stark nachgefragt sind. Deswegen wurden seit 2007 fünf Anlagen neu geschaffen: 2009 der Garten der Zeit II, im Jahr 2011 der Garten der Erinnerung und der Baumbeisetzungshain Buchengrund. 2012 kam die Erdgemeinschaftsgrabstätte Rosengarten hinzu, 2014 folgt Mein letzter Garten. Diese Anlagen erhöhen den Aufenthalts- und Erholungscharakter der Friedhöfe.

Auf dem Bergfriedhof hat die Stadt 2010 die große Trauerhalle umgestaltet und aufgewertet, 2011 folgten die Aufbahrungsräume. Außerdem wurde 2007 die denkmalgeschützte Waldkapelle wiedereröffnet, nach 38 Jahren im Dornröschenschlaf. Sie wird seither gerne für kleine Trauerfeiern genutzt.

Umweltverträgliche Tübinger Friedhöfe

2003 erreichte Tübingen die erste Umwelt-Zertifizierung nach EMAS. Im Jahr 2012 gelang die EMAS-Revalidierung. Außerdem erhielt das Tübinger Friedhofswesen im März 2008 die Auszeichnung "Projekt des Monats" der Deutschen Umwelthilfe. Dies zeigt den Erfolg der großen Bemühungen, das Friedhofswesen in Tübingen möglichst umweltverträglich zu gestalten.

Bereich Stadtentwässerung

Die 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Stadtentwässerung sind für alle Leistungen rund um die Abwasserbeseitigung zuständig. Dazu gehört die Verantwortung für die drei Teilbereiche Kanalnetz, Regenwasserbehandlung und Klärwerk. Das Tübinger Kanalnetz erstreckt sich über eine Gesamtlänge von rund 423 Kilometern und führt das Abwasser von insgesamt 137.500 Menschen. Nicht nur der Tübingerinnen und Tübinger: Durch die städtischen Kanäle fließt zusätzlich Abwasser des Abwasserzweckverbands Ammertal sowie aus den Ortsteilen Mähringen und Immenhausen, die zur Gemeinde Kusterdingen gehören. Hinzu kommen Abwässer von Industrie, Gewerbe, Universität und Kliniken.

Der Bereich Stadtentwässerung finanziert sich durch Abwassergebühren und -beiträge sowie die Auflösung von Überschüssen. Im Jahr 2009 wurde bei der Universitätsstadt Tübingen die gesplittete Abwassergebühr (GAG) eingeführt, ein System, bei dem Gebühren für Schmutz- und Niederschlagswasser getrennt erhoben werden. Alle zwei Jahre werden die Gebühren überprüft und bei Bedarf angepasst.

Kanalisation

Der Zustand der Kanäle wird regelmäßig ermittelt, indem einzelne Abschnitte mit Kameras befahren werden. Die Ergebnisse werden in einem digitalen Kanalkataster dokumentiert. Seit 2007 wurden auf diese Weise insgesamt 158 Kilometer des kommunalen Kanalnetzes untersucht.

Damit kein Abwasser versickert, wird das Kanalnetz kontinuierlich saniert. Die Sanierungs- und Neubauprojekte werden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs Tiefbau geplant und ausgeschrieben. Sie überwachen auch die Ausführung durch Fremdfirmen. Kleinere Schäden in der Kanalisation lassen sich durch ein grabenloses Verfahren sanieren. Nach diesem Prinzip wurden in den vergangenen acht Jahren etwa 12,5 Kilometer Kanal saniert; in offener Bauweise kamen weitere 800 Meter hinzu.

Reicht die Leistungsfähigkeit eines Kanals nicht mehr aus, muss er aufgeweitet werden. Aus diesem Grund wurden seit 2007 etwa 1,7 Kilometer des Kanalnetzes erneuert. Weitere Kanäle sind hinzugekommen, meist für die Erschließung neuer Baugebiete wie Käppelesäcker oder Mühlenviertel. Insgesamt wurden in den letzten acht Jahren Kanäle im Wert von 2.217.200 Euro gebaut. Aufgrund von Abschreibungen hat sich das Anlagevermögen dennoch verringert von 33.641.300 Euro auf 28.634.250 Euro (Stand: 31. Dezember

2013). Die KST besitzen ein eigenes Kanalspülfahrzeug. Es wird regelmäßig für Reinigungen eingesetzt, um Verschmutzungen und Rückstauschäden zu verhindern.

Regenwasserbehandlung

Durch die spezielle Regenwasserbehandlung wird sichergestellt, dass auch bei starkem Regen kein ungereinigtes Wasser in Gewässer eingeleitet wird. Hierfür wird das Mischwasser gespeichert und zumindest mechanisch gereinigt, bevor es in die Gewässer gelangt. Genügend Speicherkapazitäten entstehen dank der sogenannten Regenüberlaufbecken (RÜB). Ein RÜB nimmt bei starkem Regen einen Teil der im Kanal ankommenden Wassermenge auf und gibt sie nach dem Regen langsam wieder ab. So werden der Kanal unterhalb des Beckens und auch die Kläranlage bei großen Wassermengen gezielt entlastet. Ein weiterer Vorteil: Wenn es anfängt zu regnen, werden durch den sogenannten Spülstoß besonders hohe Schmutzfrachten durch die Kanäle geschwemmt. Weil dieser Schmutz im RÜB gespeichert wird, landet er nicht im Vorfluter. Dass die RÜB funktionieren, kann über eine Fernwirkanlage vom Klärwerk aus überwacht und gesteuert werden. Von dort aus werden Daten zum Funktionsstand der Anlagen abgerufen, Störungen automatisch gemeldet und Korrekturen vorgenommen.

Das Kanalnetz und die Regenwasserbehandlung sind untrennbar miteinander verbunden. An Stellen, wo Kanäle eher klein dimensioniert sind, braucht man entsprechend mehr zusätzlichen Speicherstauraum bei den RÜB. Die Konzeption der Regenwasserbehandlung wird regelmäßig mit geprüft, wenn die Verlängerung der Einleiterlaubnis beantragt wird.

Die größte Baumaßnahme seit 2007 war die Inbetriebnahme des RÜB Bismarckstraße. Mit seinem Fassungsvermögen von 3.000 Kubikmetern und Baukosten in Höhe von 3,3 Millionen Euro ist es das größte der nunmehr 20 Tübinger Regenüberlaufbecken. Der Ausbaugrad der Regenwasserbehandlung liegt inzwischen bei 97 Prozent.

Eines der letzten im Abwasserprogramm vorgesehenen Projekte ist das RÜB Hirschauer Straße, hier sind die Bauarbeiten im Gange. Mit 100 Kubikmetern Fassungsvermögen wird es eher zu den kleineren Becken gehören.

Zum Einzugsgebiet der Tübinger Stadtentwässerung gehört auch das Verbandsgebiet des Abwasserzweckverbands Ammertal und weitere benachbarte Orte.

Klärwerk

Das Klärwerk Tübingen reinigt das Abwasser der gesamten Stadt sowie aus dem Ammertal, aus Mähringen und Immenhausen, es stammt von insgesamt rund 137.500 Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Jahr 2012 waren es etwa 13,72 Millionen Kubikmeter. Damit aus Schmutzwasser wieder klares, sauberes Wasser wird, muss es zehn bis 39 Stunden in der Kläranlage behandelt werden. Die Abwasserreinigung hat zwei Stufen, eine mechanische und eine biologische Reinigung. Die Behandlung des Klärschlamms ist ein weiterer wichtiger Prozessschritt. Während des gesamten Reinigungsvorgangs legt das Wasser in der Kläranlage einen Weg von 1,2 Kilometern zurück und wird danach in den Neckar eingeleitet.

Die Reinigungsleistung des Klärwerks wurde seit 2007 deutlich verbessert. Details dazu können den Umwelterklärungen der vergangenen Jahre entnommen werden (www. tuebingen.de/umwelt).

In den vergangenen acht Jahren wurde das Klärwerk mehrfach verbessert. Auch, weil die Einleiterlaubnis der Kläranlage zum 1. Januar 2011 erneuert werden musste. Es gelten inzwischen neue, strengere Grenzwerte. Um sie einhalten zu können, waren gezielte Schritte notwendig:

- Kohlenstoff-Quelle
 Um die Grenzwerte für Ammonium einhalten zu können,
 wurde in die biologische Stufe der Kläranlage eine Anlage
 zur Kohlenstoffzudosierung integriert.
- Belüfter der Biologie
 Die Belüfter der biologischen Stufe wurden ersetzt. Das spart Strom, etwa 25 Prozent.
- Hebewerk im Zulaufsammler
 Dieses Hebewerk war notwendig, damit die Schmutzstoffe gleichmäßiger in der Kläranlage ankommen. Voraussichtlich im Sommer 2014 soll das Hebewerk fertig sein.

Auch aus betrieblichen Gründen waren einige Investitionen ins Klärwerk notwendig:

- Biofilter
 - Um Gerüche zu minimieren, wurden auf der Kläranlage drei Biofilteranlagen eingerichtet. Dort wird die Abluft über eine Schicht aus Rindenmulch geleitet, Geruchspartikel werden mikrobiologisch abgebaut. Abluft aus den Nacheindickern, dem Faulturms und dem Rechengebäude wird auf diese Weise aufbereitet.
- Prozessleitsystem
 Das Prozessleitsystem, mit dem sämtliche Abläufe auf der Kläranlage überwacht und gesteuert werden, wurde erneuert und modernisiert.

Schlammbehandlung

Die Schlammbehandlung der Kläranlage wurde in großen Teilen überarbeitet und neu gestaltet. Der Grund dafür war, dass die alte Trocknungsanlage weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll weiter betrieben werden konnte. Deswegen wurde sie rückgebaut. Um sie zu ersetzen, wurden neue Zentrifugen installiert. Das bestehende Blockheizkraftwerk wurde um zwei weitere BHKWs erweitert, wo der Schlamm aus der Kläranlage ebenso wie das daraus entstehende Klärgas nun effizient verwertet werden können: Daraus wird Strom und Wärme gewonnen.

Besonders innovativ ist das Wärmekonzept für das Stadtquartier Alte Weberei. Mit der Abwärme des nahegelegenen Klärwerks und mit Hilfe von Kraft-Wärme-Kopplung werden die 700 Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers künftig ihre Wohnungen heizen und warmes Wasser bekommen. Normalerweise dient die Abwärme des Klärwerks dazu, nur den eigenen Wärmebedarf zu decken, so zum Beispiel für die Faulschlammtrocknung. Vor allem in den Sommermonaten wurde dabei ein großer Teil der Wärme ungenutzt an die Umgebung abgegeben. Mit dem neuen Konzept konnte erreicht werden, dass keine Primärenergie für das Wohngebiet verwendet werden muss.

Auch für die Aischbachschule und das Kinderhaus West gibt es seit 2009 eine innovative Wärmeversorgung. Ein Abwasserkanal, der an den Gebäuden vorbeiführt, wurde mit Wärmetauschern bestückt, die dem Abwasser Wärme entziehen. So dient das Abwasser als Wärmelieferant für die beiden Gebäudekomplexe.



Umweltminister Franz Untersteller war dabei, als in Tübingen das innovative Nahwärmekonzept für die Alte Weberei vorgestellt wurde. Bild: Gudrun de Maddalena

Städtepartnerschaften und internationale Beziehungen

In den vergangenen Jahren hat der Fachbereich Kunst und Kultur die Städtepartnerschaften geprüft: Wie zukunftsfähig sind sie? Dabei ging es nicht nur um Kontakte in der Bürgerschaft, zunehmend wurden auch politische Fragen in den Fokus gerückt, die in den jeweiligen Gesellschaften und aus europäischer und globaler Perspektive von Relevanz sind. Partnerschaften haben heute nicht mehr primär das Hauptziel von Versöhnungsarbeit, sondern sollen auch die Bürgergesellschaft für ein Gelingen der europäischen und internationalen Zusammenarbeit mit in die Verantwortung nehmen.

Der Bereich der Städtepartnerschaften war geprägt durch das 50-jährige Bestehen der Partnerschaft zwischen Tübingen und Aix-en-Provence, das mit einem aufwendigen Jubiläumsprogramm gefeiert wurde. Außerdem wurde der neue Arbeitsbereich Entwicklungspartnerschaften eingerichtet. Im Rahmen dieser Entwicklungspartnerschaften wurden Projekte zur Müllvermeidung in Villa El Salvador unterstützt, es gelang außerdem, eine Städtepartnerschaft mit der afrikanischen Stadt Moshi in Tansania auf den Weg zu bringen. Beide Partnerschaften werden von der Bürgerschaft getragen. Sie haben neben dem kulturellen Austausch klare Schwerpunkte in umweltpolitischen Fragen wie Müllvermeidung oder nachhaltiger Energieversorgung. Tübingen übernimmt auf diese Weise auf lokaler Ebene Verantwortung für globale Themen.

Europäische und transatlantische Städtepartnerschaften

Im Bereich der traditionellen Städtepartnerschaften mit den europäischen Partnerstädten und Ann Arbor (USA) wurden erneut zahlreiche Austausche von Vereinen, Organisationen und Privatpersonen organisiert. Neben diesen klassischen Begegnungen standen bei der Partnerschaftsarbeit insbesondere der thematische Austausch sowie gemeinsame inhaltliche Projekte im Vordergrund.

Dazu gehört beispielsweise die Reihe "Deutsch-Französischer Dialog". Sie wird regelmäßig in Zusammenarbeit mit dem Institut Culturel Franco-Allemand durchgeführt und findet großen Anklang beim Tübinger Publikum. Experten aus Deutschland und Aix-en-Provence diskutierten über Gemeinsamkeiten und Unterschiede in beiden Ländern. Dazu gehörte ein Abend über Integration und ein weiterer über das unterschiedliche gesellschaftliche Verständnis rund um berufstätige Mütter und Kinderbetreuung.

Der Fachbereich Kunst und Kultur sowie die Fachabteilung Jugendarbeit haben ein Projekt im Bereich Hip-Hop-Jugend-kultur konzipiert. Es bot Jugendlichen aus Aix-en-Provence und Tübingen die Möglichkeit, sich während zwei Begegnungen in beiden Städten über das verbindende Element Hip-Hop kennenzulernen. In Workshops ging es um Themen wie Kriminalität, Migration und Sexualität. Inhaltlicher Austausch war auch Ziel des Jugendprojekts "Girls with goals", das auf Initiative des Mädchentreffs e. V. im Frauenprojektehaus Tübingen entstand. Mädchen aus Tübingen und Durham diskutierten Fragen rund ums Mädchen-Sein sowie die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Mädchen und jungen Frauen in beiden Städten.

Vier Partnerschaftsjubiläen mit vielseitigen Jubiläumsprogrammen wurden groß gefeiert: 2009 wurde die Partnerschaft zwischen Tübingen und Monthey 50 Jahre alt. Im selben Jahr feierte die Partnerschaft zwischen Tübingen und Perugia das 25-jährige Bestehen. 2010 folgten die Feierlichkeiten für die Partnerschaft von Tübingen mit Aix-en-Provence, die ebenfalls schon seit 50 Jahren gepflegt wird. 2013 beging Hirschau das 50-jährige Bestehen seiner Partnerschaft mit Kingersheim. Im Jahr 2014 jährt sich die Vertragsunterzeichnung der Städtepartnerschaft mit Petrosawodsk zum 25. Mal.

Nord-Süd-Partnerschaften

Einen besonderen Stellenwert haben während der vergangenen Jahre die beiden partnerschaftlichen Verbindungen in den so genannten globalen Süden eingenommen, mit Villa El Salvador (Peru) und Moshi (Tansania).

Mit Villa El Salvador besteht bereits seit 2006 eine offizielle Partnerschaft, die von der Tübinger Bürgerschaft aktiv mitgestaltet wird. 2009 reiste der Erste Bürgermeister Michael Lucke erstmals nach Villa El Salvador, um offizielle Kontakte zu knüpfen. Jedes Jahr gehen Abiturientinnen und Abiturienten des Uhland-Gymnasiums für zwölf Monate nach Peru an die Schule Fe y Alegría. Sie gestalten dort den Schulalltag aktiv mit und tauchen intensiv in das Alltagsleben einer südamerikanischen Megacity ein.

2012 besuchte eine offizielle Delegation die Partnerstadt in Peru. Der Erste Bürgermeister Michael Lucke und die Stadträtin Annette Schmidt der Fraktion AL/Grüne festigten die Beziehungen zur dortigen Stadtverwaltung und knüpften wichtige neue Kontakte zu ortsansässigen Institutionen. Aufgrund dessen konnte die Stadtverwaltung Tübingen gegen Ende des Jahres 2013 ein Projekt zusammen mit der Nichtregierungsorganisation DESCO zur Förderung der Umweltbildung an Schulen in Villa El Salvador initiieren.

Eine Tübinger Bürgerin hat sich aufgemacht, um ihr Fachwissen an peruanische Frisör-Lehrlinge weiterzugeben. Im Jahr 2013 reiste eine Theatergruppe aus Villa El Salvador nach Tübingen und zeigte in Theaterstücken, wie das Leben in der Partnerstadt aussieht. Hinter diesen und vielen anderen Aktivitäten steht der sehr engagierte Partnerschaftsverein Villa El Salvador – Tübingen e. V. Ergänzend haben viele Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeiten der neuen Medien genutzt, um in Kontakt zu treten und über das Leben des Gegenübers etwas zu erfahren. Stellvertretend soll hier die Initiative der Hirsch-Begegnungsstätte genannt werden, die im Brief- und Mailaustausch mit Los Martincitos steht, einer Einrichtung zur Unterstützung älterer, bedürftiger Bewohnerinnen und Bewohner.

In den letzten Jahren wurde die Verwaltung damit beauftragt, partnerschaftliche Beziehungen nach Moshi aufzubauen. Dabei sollte es besonders um Klimaschutz und -anpassung gehen. Seit 2011 nehmen beide Kommunen teil am Projekt "50 Klimapartnerschaften bis 2015", das die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt initiiert hat, finanziell getragen wird es durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. In

diesem Rahmen haben die beiden Städte ein gemeinsames Handlungsprogramm zum Themenfeld Klimaschutz und -anpassung entwickelt – als Grundlage, um in den folgenden Jahren die Klimapartnerschaft weiter auszubauen.

Beide Partnerschaften sind gewachsen, längst geht es auch um andere Themen als Klimaschutz. Es gab offizielle Delegationsreisen und Besuche einzelner Bürgerinnen und Bürger, mittlerweile sind Freundschaften gewachsen, Schulpartnerschaften und musikalische Begegnungsprojekte entstehen. Aller Voraussicht nach wird Moshi zur elften offiziellen Partnerstadt der Universitätsstadt Tübingen werden. Der Tübinger Gemeinderat wird darüber im Frühjahr 2014 entscheiden, sodass im Sommer 2014 die Partnerschaftsurkunden unterzeichnet werden könnten.

Die Partnerschaften in den Globalen Süden sind ganz anders als die traditionsreichen Partnerschaften Tübingens: Sie sind viel komplexer und erfordern ein hohes Maß an Fingerspitzengefühl und interkultureller Kompetenz, um beispielsweise mit den unterschiedlichen ökonomischen Standards umzugehen. Dies stellt die Verwaltung wie auch die Bürgerschaft vor Herausforderungen. Zugleich sind es gerade diese Erfahrungen, die einen Mehrwert für Tübingen bedeuten: In einer globalisierten Welt gilt es, den Blick immer wieder zu weiten. In der Begegnung mit dem vermeintlich Fremden kann man das eigene Handeln hinterfragen und erhält dadurch neue Impulse.



2009 besuchte Tübingens Erster Bürgermeister Michael Lucke gemeinsam mit der Stadträtin Annette Schmidt einen Kindergarten in Villa El Salvador. Bild: Michael Lucke

Mitglieder des Gemeinderats 2007 bis 2014

Nach Abschaffung der unechten Teilortswahl 1996 hatte der Gemeinderat in den Amtsperioden 1999 bis 2004 und 2004 bis 2009 die erhöhte Zahl von 48 Mitglieder. Seit 2009 hat er 40 Mitglieder.

Amtsperiode 2004 bis 2009

Seit den Kommunalwahlen am 13. Juni 2004 bestand der Gemeinderat aus sechs Fraktionen:

AL/Grüne 12 Mitglieder

(ab November 2006, zuvor 13 Mitglieder)

UFW/WUT 11 Mitglieder
CDU 9 Mitglieder
SPD 9 Mitglieder

(ab November 2006, zuvor 8 Mitglieder)

TÜL-L 4 Mitglieder FDP 3 Mitglieder

Änderungen:

Im Juli 2008 wurde die Fraktionsgemeinschaft aus UFW (6 Mitglieder) und WUT (5 Mitglieder) beendet.

Dem Gemeinderat gehörten von 2007 bis 2009 an:

AL/Grüne

Holger Augustin (nachgerückt 21. Juli 2008), Matthias Bruder, Beatrice Bürker (ausgeschieden 21. Juli 2008), Roland de Beauclair, Bruno Gebhart-Pietzsch, Christoph Hölscher, Dr. Sabine Koch, Eva de Beauclair, geb. Lehmbruch, ausgeschieden 5. Mai 2008), Ulrich Narr (ausgeschieden 1. März 2007), Ilka Neuenhaus, Mark Obrembalski (nachgerückt 5. Mai 2008), Cordula Rutz, Annette Schmidt (nachgerückt am 26. März 2007), Aynur Söylemez, Helga Vogel

UFW/WUT

UFW

Dieter Barth (nachgerückt 30. Juni 2008), Peter Bosch, Gerhard Dieterle, Margot Hamm, Gerhard Kehrer, Georg Kern (ausgeschieden 30. Juni 2008), Jürgen Steinhilber

WUT

Gottfried Gehr, Ulrike Heitkamp, Dr. Uwe Heldmaier, Hans-Peter Horn (ausgeschieden am 24. September 2007), Michael Römpp (nachgerückt am 11. Juni 2007), Ulf Siebert (ausgeschieden am 11. Juni 2007), Anja Tressel (nachgerückt 24. September 2007)

CDU

Hans-Martin Dittus, Dr. Bertram Flehmig, Ute Friesch (ausgeschieden 20. Oktober 2008), Rudi Hurlebaus (nachgerückt 20. Oktober 2008), Helmut Kost, Dr. Albrecht Kühn, Karl Künstle, Ulrich Latus, Sabine Lüllich, Dr. Gretel Schwägerle

SPD

Erika Braungardt-Friedrichs, Roland Glaser, Andrea Le Lan, Gertrud Miller-Poth, Irmgard Rittberger-Rückert, Dr. Martin Rosemann, Hans Schreiber, Klaus te Wildt, Hannah Tiesler

TÜL-L

Anton Brenner, Edeltraud Horn-Metzger, Bernd Melchert, Gerlinde Strasdeit

FDP

Anne Kreim, Dietmar Schöning, Dr. Kurt Sütterlin

Bis 2009 hatte der Gemeinderat sechs beschließende Ausschüsse gebildet:

- Verwaltungsausschuss
- Sozialausschuss
- Planungsausschuss
- Verkehrsplanungs- und Umweltausschuss
- Kultur-, Schul- und Sportausschuss
- Südstadtausschuss

Amtsperiode 2009 bis 2014

Seit den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 gehören dem Gemeinderat 40 Mitglieder an.

AL/Grüne 14 Mitglieder

CDU	8 Mitglieder
SPD	7 Mitglieder
UFW	3 Mitglieder
Linke	3 Mitglieder
FDP	3 Mitglieder
WUT	2 Mitglieder

Änderungen

Die UFW-Fraktion hat sich im Oktober 2012 aufgelöst. Seit November 2012 gibt es die Piraten-Fraktion mit zwei Mitgliedern sowie ein fraktionsloses Mitglied.

Seit 2009 gehören dem Gemeinderat an:

AL/Grüne

Susanne Bächer, Dr. Doris Bartelt-Rutz, Ulrike Baumgärtner, Roland de Beauclair (ausgeschieden 24. Oktober 2011), Evelyn Ellwart-Mitsanas, Bruno Gebhart-Pietzsch, Arvid Goletz, Bernd Gugel, Beate Kolb (nachgerückt 24. Oktober 2011), Dr. Birgit Locher-Finke (ausgeschieden 13. Dezember 2010), Heinrich Schmanns, Annette Schmidt, Aynur Söylemez, Helga Vogel, Alisa Volkert (ausgeschieden 12. März 2012), Aster Yeman (nachgerückt 13. Dezember 2010), Dieter Zeller (nachgerückt 12. März 2012)

CDU

Hans-Martin Dittus, Dr. Lisa Federle, Dr. Bertram Flehmig (nachgerückt 30. Januar 2012), Rudi Hurlebaus, Dr. Albrecht Kühn, Ulrich Latus (ausgeschieden 30. Januar 2012), Sabine Lüllich, Arnold Oppermann, Dr. Gretel Schwägerle

SPD

Manuaela Heffner (ausgeschieden 30. September 2013), Dorothea Kliche-Behnke, Amely Krafft, Andrea Le Lan, Gertrud Miller-Poth (nachgerückt 30. September 2013), Dr. Martin Rosemann (ausgeschieden 21. März 2011), Dr. Martin Sökler, Klaus te Wildt, Hannah Tiesler (nachgerückt 21. März 2011)

UFW

Dieter Barth (nachgerückt 5. Juli 2010, verstorben 20. September 2012), Jürgen Höritzer (ausgeschieden 12. März 2012), Gerhard Kehrer (ausgeschieden 4. Oktober 2010), Ilona Raiser (nachgerückt 25. Oktober 2012 als fraktionsloses Mitglied, ab November 2012 Piraten-Fraktion), Jürgen Steinhilber (nachgerückt 4. Oktober 2010, ab 30. Januar 2012 fraktionsloses Mitglied, ab November 2012 Piraten-Fraktion), Thomas Truffner (ausgeschieden 5. Juli 2010), Dr. Ursula Welz (nachgerückt 12. März 2012, ab 25. Oktober 2012 fraktionsloses Mitglied)

Linke

Anton Brenner, Angela Hauser, Gerlinde Strasdeit

FDP

Anne Kreim, Dietmar Schöning, Dr. Kurt Sütterlin

WUT

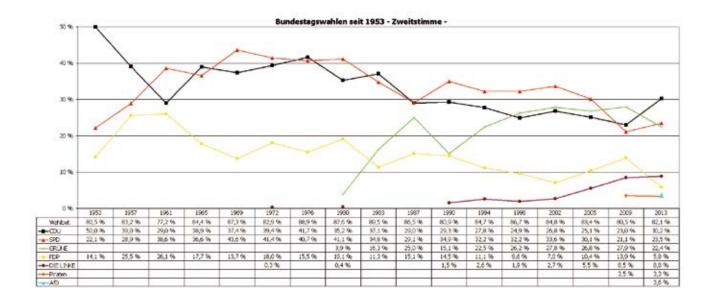
Gottfried Gehr, Ulrike Heitkamp

Nach der Wahl 2009 hat der Gemeinderat vier beschließende Ausschüsse gebildet:

- Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Verwaltung, ab 30. Januar 2012: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie und Umwelt
- · Ausschuss für Soziales, Bildung, Jugend und Sport
- Ausschuss für Planung, Verkehr, Energie und Umwelt, ab 30. Januar 2012: Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung
- · Ausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung

Wahlergebnisse

Europawahl 2009			Landtagswahl 2011		
GRÜNE	33,7 %		Lede-Abal, GRÜNE	40,8 %	
CDU	22,6 %		Dr. Federle, CDU	23,2 %	
SPD	17,8 %		Haller-Haid, SPD	22,7 %	
FDP	11,6 %		Freiherr von Rassler, FDP	4,6 %	
DIE LINKE	6,5 %		Strasdeit, DIE LINKE	4,4 %	
Piraten	1,7 %		Kremer, Piraten	2,4 %	
sonstige	6,0 %		sonstige	1,9 %	
Wahlbeteiligung	58,5 %		Wahlbeteiligung	76,8 %	
5			Donale de manaldon	2000	2012
Gemeinderatswahl 2009			Bundestagswahlen	2009	2013
AL/GRÜNE	32,9 %	14 Sitze	Widmann-Mauz, CDU	23,0 %	30,2 %
CDU	19,3 %	8 Sitze	Dr. Rosemann, SPD	21,1 %	23,5 %
SPD	16,5 %	7 Sitze	Kühn¹¹, GRÜNE	27,9 %	22,4 %
UFW	8,8 %	3 Sitze	Dr. Gohl ²⁾ , FDP	13,9 %	5,8 %
TÜL/PDS	7,9 %	3 Sitze	Hänsel, DIE LINKE	8,5 %	8,8 %
FDP	7,6 %	3 Sitze	Nerz, PIRATEN -	3,5 %	3,3 %
W.U.T.	6,9 %	2 Sitze	Speichert, AfD -	-	3,6 %
Wahlbeteiligung	56,3 %		sonstige	2,1 %	2,3 %
			1) 2009: Hermann 2) 2009: Bucher		
			Wahlbeteiligung	80,5 %	82,0 %



Zensusergebnisse 2011

Amtliche Einwohnerzahl	82.511				Personen mit Abschluss				
darunter weiblich	43.600	52,8	%						
darunter Ausländer	9.430	11,4	%		Personen ab 15 Jahren nach	höchst	em Schu	ılabschlu	ISS
						insg.	in v.H.	männl.	weibl.
davon nach Familienstand					ohne Schulabschluss	3.360	4,6 %	1.780	1.580
ledig	46.070	55,8	%		Hauptschulabschluss	9.850	13,6 %	4.570	5.280
verheiratet	28.340	34,3	%		Mittlere Reife	11.170	15,5 %	4.310	6.860
verwitwet	3.490	4,2	%		Abitur/Fachabitur	47.910	66,3 %	23.020	24.890
geschieden	4.600	5,6	%						
					Personen ab 15 Jahren nach h	nöchster	n berufli	chem Ab	schluss
davon nach Zugehörigkeit	zu einer R	Religion	sgemeir	nschaft	ohne	25.530	35,3 %	11.090	14.440
evangelisch	32.470	39,4			mit beruflicher Ausbildung	22.190	30,7 %	9.550	12.640
katholisch	20.830	25,2			mit Hochschulabschluss			13.050	11.510
sonstige, keine	29.210	35,4							
<i>J</i> .		,							
darunter					Personen / Migrationshint	ergrund	I		
Erwerbspersonen	42.940	52,5	%						
Erwerbstätige	41.600	50,8	%		Personen nach Migrationsh	intergru	nd		
Erwerbslose	1.340	1,6	%		ohne	62.940	76,9 %	29.340	33.610
					mit	18.890	23,1 %	8.970	9.920
Erwerbspersonen nach Wi	irtschafts	zweig			Personen mit Migrationshin	tergrun	d nach Z	Zuzugsjal	hr
	insg.	in v.H.	männl	. weibl.	1956 – 1989	3.600	19,1 %	1.800	1.800
produzierendes Gewerbe	6.220	14,5 %	4.750	1.470	1990 – 1999	2.940	15,6 %	1.170	1.780
Dienstleistungsbereiche	36.290	84,6 %	16.210	20.080	2000 – 2011	4.420	23,4 %	2.050	2.370
Erwerbspersonen nach Ste	llung im E	Beruf			Personen mit Migrationshin	tergrun	d nach R	Regionen	1
Angestellte/Arbeiter/-in	33.200	77,4 %	16.080	17.130	EU27-Land	8.180	43,3 %	3.910	4.270
Beamte	3.740	8,7 %	1.790	1.950	sonstiges Europa	5.150	27,3 %	2.300	2.850
Selbstständige					sonstige Welt	5.560	29,4 %	2.750	2.800
 mit Beschäftigten 	1.870	4,4 %	1.260	610					
 ohne Beschäftigte 	3.450	8,0 %	1.870	1.580	Personen mit Migrationshinte	ergrund	nach Auf	enthalt in	Jahren
Mith. Familienangehörige	610	1,4 %			unter 5	4.800	25,4 %	2.300	2.500
					5 – 9	2.240	11,9 %	1.080	1.160
Erwerbstätige nach Arbeits	ort				10 – 14	1.810	9,6 %	790	1.020
Erwerbstätige in Tübingen		66,4 %	12.830	14.790	15 – 19		10,1 %	840	1.060
3 3		,			20 und mehr		43,1 %	3.950	4.190
Binnenpendler	24.480	58,8 %	11.320	13.150			•		
überwiegend zu Hause	3.150	7,6 %	1.510	1.630					
		.,,,,,							
Erwerbstätige Auspendler									
FIWEIDSIANCE ANCHEUME	13 980	33.6 %	7710	6 270					
Erwerbstätige Einpendler	13.980 27.250		7.710 12 610	6.270 14.640					

Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung

Gebäude mit Wohnraum 13.717 darunter Wohngebäude 13.024 darin Wohnungen insg. 40.869

davon nach Baujahr:	Gebäude	Wohnungen
vor 1919	1.743	4.591
1919 – 1948	1.683	3.900
1949 – 1978	5.707	17.753
1979 – 1986	1.079	4.744
1987 – 1990	489	1.289
1991 – 1995	731	2.767
1996 – 2000	656	2.466
2001 – 2004	389	1.046
2005 – 2008	383	1.424
2009 und später	164	889
Zahl der Wohnungen im Ge	ebäude	
1 Wohnung	5.970	5.961
2 Wohnungen	2.945	5.839
3 – 6 Wohnungen	2.877	11.212

Entwicklung der Amtlichen Einwohnerzahl

837

395

7.210

10.647

83.496
83.740
83.813
85.344
87.788
88.358
83.248
84.496

7 – 12 Wohnungen

13 und mehr Wohnungen

Hinweis: bis 31. Dezember 2010 auf Basis Volkszählung 1987, ab 2011 auf der Basis des Zensus 2011 – Stichtag: 9. Mai 2011

Haushalt

Die Entwicklung der Finanzkraft der Stadt ist aus den folgenden vier Grafiken ablesbar. Grafik 1 enthält die wichtigsten Einnahmearten der Stadt. Daraus wird die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt entwickelt (Grafik 2). Diese Grafik spiegelt die Weltwirtschaftskrise 2009 und die anschließende

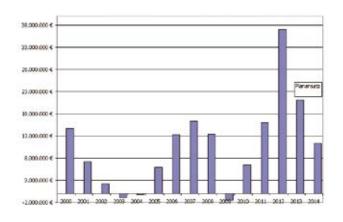
Erholung mit dem Höchststand 2012. Der Schuldenstand der Jahre 2006 bis 2014 ergibt sich aus der dritten Grafik. Die letzte Grafik informiert über den Stand der Rücklagen im selben Zeitraum.

Einnahmen	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Grundsteuer A + B	12.376.000	12.315.724	12.590.691	15.120.860	15.252.583	15.337.117	15.470.000	15.570.000
Gewerbesteuer	36.786.132	32.203.662	24.969.225	23.544.654	29.789.038	42.174.755	35.000.000	40.000.000
Einkommensteueranteil	28.274.600	34.564.572	31.170.974	31.066.852	32.832.406	36.654.171	37.485.600	40.609.400
Umsatzsteueranteil	2.461.770	2.610.389	2.916.044	2.933.782	3.115.639	3.481.348	3.666.040	3.692.130
Schlüsselzuweisungen	28.446.750	37.028.570	35.231.531	43.651.429	45.681.158	48.028.647	54.274.000	51.759.000
Familienleistungsausgleich	2.132.000	2.516.681	2.611.043	3.523.240	3.131.610	3.244.313	3.350.280	3.389.320
Sonstige Einnahmen	1.583.810	1.334.441	1.503.206	1.681.472	1.988.418	2.041.831	2.262.250	2.155.800
gesamt	104.274.930	122.574.039	110.992.714	121.522.289	131.790.852	150.962.183	151.508.170	157.175.650

Ausgaben

						Planansatz	,	
Überschuss	50.626.880	66.832.489	55.558.879	62.614.619	74.721.089	91.725.809	89.089.790	86.947.460
gesamt	53.648.050	55.741.550	55.433.835	58.907.669	57.069.763	59.236.374	62.418.380	70.228.190
Sonstige Ausgaben	35.440	33.588	28.660	31.420	31.310	32.735	50.740	30.740
Kreisumlage	31.014.450	30.730.597	31.064.261	32.312.585	31.558.860	32.275.519	33.448.150	37.310.700
Finanzausgleichsumlage	16.717.600	19.059.632	20.438.231	21.844.850	19.663.118	21.575.589	22.564.230	25.623.550
Gewerbesteuerumlage	5.880.560	5.917.733	3.902.683	4.718.814	5.816.474	5.352.532	6.355.260	7.263.200

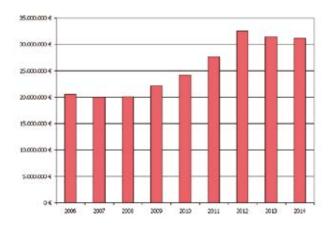
Grafik 1, oben: Die wesentlichen Einnahmen und Ausgaben der Stadt von 2007 bis 2014

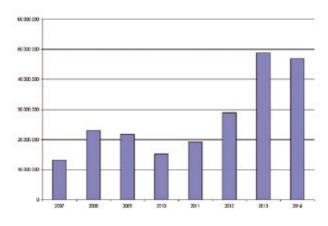


Grafik 2, links: Zuführungsrate 2000 bis 2014

Grafik 3, links unten: Entwicklung der Schulden 2006 bis 2014

Grafik 4, rechts unten: Stand der Rücklagen 2006 bis 2014





Aus der Tübinger Stadtchronik 2006 – 2013

November 2006

- Mit einem Spatenstich am Tübinger Festplatz beginnt symbolisch der 1,5 km lange vierspurige Ausbau der Bundesstraße 28 a zwischen Tübingen und Weilheim.
- 17. Amtseinsetzung von Bernd Engler als neuem Rektor der Universität.
- 24. Wahl von Christian Schäfer und Axel Krause zu neuen Intendanten des Zimmertheaters (als Nachfolger von Vera Sturm).
- 28. Im früheren Offizierskasino in der Wöhrdstraße eröffnet die Gaststätte "Casino am Neckar". Die GWG hat das Gebäude für 2.7 Millionen Euro saniert.
- Rund 500 Studenten protestieren in der Innenstadt gegen die geplante Einführung von Studiengebühren zum Sommersemester 2007. Zuvor hatten sie in einer Vollversammlung einen Zahlungsboykott beschlossen.

Dezember 2006

Seit diesem Advent ziert eine neue Weihnachtsbeleuchtung die Altstadt. Lichterketten illuminieren Häusergiebel von Neckargasse, Holzmarkt und Kirchgasse.

- 5.-10. Erstes internationales Tübinger Schokoladenfestival "ChocolART".
- 15. Verabschiedung von Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer im Rathaus.
- 30. Das Löwen-Kino in der Kornhausstraße wird geschlossen. Seit 1949 hatte im Saal des früheren Gasthauses zum Löwen ein Kino bestanden.
- 31. Die Buchhandlung Hugo Frick GmbH in der Nauklerstraße 7 schließt zum Jahresende.

Januar 2007

- Amtseinsetzung von Oberbürgermeister Boris Palmer im Kino Museum. Tausend Gäste verfolgen das Ereignis im Kinosaal und vor einer Leinwand in den oberen Sälen.
- 17. Beginn der Jubiläumsveranstaltungen zu "500 Jahre Mathematik an der Universität Tübingen". Am 5. Juli 1507 war dort mit Johannes Stöffler der erste Professor für Mathematik und Astronomie eingestellt worden.
- 26. Erster Neujahrsempfang von Oberbürgermeister Boris Palmer im Rathaus.



Bei der chocolART sind die Fassaden in stimmungsvolles Licht getaucht. Bild: Werner Radtke

Februar 2007

- Beginn der Bauarbeiten für die sieben Millionen Euro teure Schüler-Mensa der Gymnasien in der Uhlandstraße. (Inbetriebnahme am 18. September 2008).
- 9. Hoher Staatsbesuch. Bundespräsident Horst Köhler und der italienische Staatspräsident Giorgio Napolitano diskutieren mit Studenten im Historischen Lesesaal der Universitätsbibliothek über die Zukunft Europas. Im Blauen Saal des Schlosses Bebenhausen tragen sie sich anschließend in das Goldene Buch der Universitätsstadt Tübingen ein.

März 2007

- Im Stadtmuseum eröffnet die Ausstellung "Belehrung und Urteilskraft". Sie präsentiert Werke aus der städtischen Kunstsammlung, welche der frühere Kulturamtsleiter Rudolf Huber in seiner Amtszeit von 1949 bis 1961 angekauft hatte.
- 3. Über 300 Demonstranten ziehen vom Europaplatz zum Holzmarkt und protestieren gegen die Rente ab 67.
- Der Tübinger Mäzen Georg Zundel stirbt im Alter von
 Jahren in Salzburg.
- 18. Die Buchhändlerin Gudrun Schaal, Gründerin der Buchhandlung Gastl, stirbt 89-jährig in Tübingen.
- 19. Gedenkveranstaltung zum 100. Geburtstag des Literaturwissenschaftlers und Essayisten Hans Mayer (1907-2001) im Stadtmuseum.
- 24. Die Freie Waldorfschule weiht ihren neuen Mehrzweckbau mit Schulmensa ein.
- 31. Erich Fritz, seit 1993 Leiter des Stadtplanungsamts, tritt in den Ruhestand.

April 2007

- Das Gasthaus Waldhörnle an der B 27, das auf eine 200-jährige Geschichte zurückblicken kann, wird abgerissen.
- 30. Bei der ersten Tübinger Mayday-Parade für globale soziale Rechte ziehen 500 Teilnehmer durch die Straßen und prangern soziale Missstände an. An verschiedenen Stationen gibt es Redebeiträge und politische Aufführungen.
- 30. Das Maisingen der Verbindungsstudenten findet wegen einer Blockade durch Gegendemonstranten am Lustnauer Tor statt.

Mai 2007

- 8. Altbundeskanzler Helmut Schmidt hält auf Einladung von Hans Küng die 7. Weltethosrede vor fast 2.000 Zuhörerinnen und Zuhörern in der Neuen Aula.
- 11. Die Geschwister-Scholl-Schule feiert nach drei Jahren Bauzeit die umfassende Sanierung und Erweiterung ihres Schulgebäudes.
- 12. Erste Tübinger Kulturnacht: Unter dem Motto "Szenenwechsel" gibt es 70 Veranstaltungen an 50 Orten. Im großen Sitzungssaal des Rathauses wird ein Teil der Oper "Il cacciatore deluso" von Niccolo Jommelli aufgeführt.



Bei der ersten Kulturnacht spielten Los Franco Neros an den Fenstern des Epplehauses.Bild: Alexander Gonschior

- 13. Tag der offenen Tür bei der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik aus Anlass des 50-jährigen Bestehens.
- 17. Der Freundeskreis ehemaliger französischer Fremdenlegionäre trifft sich zum letzten Mal in seinem Vereinshaus in der Mathildenstraße 36. Das Gebäude, einst Andachtsraum und Leichenhalle des Garnisonslazaretts, wird im Sommer zugunsten eines Wohnhauses abgerissen.
- 24. Feierlicher Auftakt zur Bebauung des neuen Stadtquartiers Mühlenviertel.

Juni 2007

- Ab sofort bezieht die Stadtverwaltung nur noch reinen Ökostrom, der aus Wasserkraft gewonnen wird.
- 15. Dem früheren Ministerpräsidenten Erwin Teufel wird im Festsaal der Neuen Aula die Ehrendoktorwürde der katholisch-theologischen Fakultät verliehen.

- 22. Im Stadtmuseum eröffnet die Ausstellung "Hin und weg. Tübingen in aller Welt".
- 29. Beginn des dreitätigen Festwochenendes zum 150-jährigen Bestehen des Musikvereins Hirschau.
- 30. Das "Rappschüle" feiert Geburtstag. Vor 100 Jahren wurde das Haus Rappstraße 45 als Kindergarten gebaut.

Juli 2007

- Der Weltkonzern Flexotronics übernimmt den insolventen Tübinger Automobilzulieferer Sidler. Zum Jahresbeginn 2010 wird die Produktion ganz nach Frickenhausen verlegt.
- Der Gemeinderat wählt Tim von Winning zum Leiter des neu geschaffenen Fachbereichs Planen Entwickeln Liegenschaften.
- 2. Der Gemeinderat beschließt die Benennung des "Platzes des Unbekannten Deserteurs" im Französischen Viertel. Er soll an die hingerichteten Fahnenflüchtigen im Zweiten Weltkrieg erinnern, die es nach Zeitzeugenberichten auch in den Tübinger Kasernen gegeben hat (Anbringung einer Tafel am 21.10.2008).

- Premiere beim Sommertheater auf der Neckarinsel:
 Das Landestheater inszeniert Shakespeares Komödie "Was ihr wollt".
- Der Sängerkranz Derendingen feiert sein 150-jähriges Bestehen im Sparkassen-Carré. Erstmals tritt dort der neu gegründete Kinderchor des Vereins auf.
- 14. Im Stadtmuseum wird die Ausstellung des Stadtarchivs "Und grüßen sie mir die Welt!" eröffnet. Sie präsentiert alte Tübingen-Postkarten aus dem Nachlass des Tübinger Postkartensammlers Willi Hartmaier.
- 17. Das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung feiert seinen 50. Geburtstag. Bundespräsident Horst Köhler, von 1969 bis 1976 wissenschaftlicher Referent am Institut, eröffnet den Festakt in der Neuen Aula mit einem Grußwort.
- 21. "Vielfalt statt Einfalt" lautet das Motto des "Internationalen Bürgerfests", mit dem Tübingen gegen den Aufmarsch der "Jungen Nationaldemokraten" am Hauptbahnhof demonstriert. 82 Gruppen und Initiativen sind dem Aufruf der Stadtverwaltung gefolgt und beteiligen sich mit verschiedenen Aktionen in der Stadt. Bei der zentralen Kundgebung auf dem Marktplatz sprechen Oberbürgermeister Boris Palmer, Dekanin Marie-Luise Kling de Lazzer und Professor Ur-



10.000 Menschen verhindern im Juli 2007 mit einer friedlichen Gegendemonstration und einem Bürgerfest eine Neonazikundgebung in Tübingen. Bild: Anne Faden

- ban Wiesing. Im Anschluss daran stehen sich dreieinhalb Stunden lang rund 10.000 Gegendemonstranten und 230 Neonazis am Europaplatz gegenüber. Durch die Interventionen von Polizei und Oberbürgermeister Boris Palmer eskaliert die Lage nicht. Der Zug der Neonazis kann friedlich verhindert werden.
- 23. Der Gemeinderat wählt den Architekten Andreas Haas zum Leiter des neu geschaffenen Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft.

August 2007

 Zum Schutz der Nichtraucher tritt in Baden-Württemberg ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden und in Gaststätten in Kraft.

September 2007

Die direkte Busverbindung von Tübingen nach Straßburg wird nach 57 Jahren zum Ende des Monats September eingestellt.

- 4. Rathausempfang für Weltmeister Bernard Lagat. Er siegte über 1.500 Meter und über 5.000 Meter bei der Leichtathletik-Weltmeisterschaft in Osaka.
- 19. Helmut Calgéer wird Ehrenbürger der Universitätsstadt Tübingen.

- 28. Im Französischen Viertel wird das letzte Richtfest am Haus Nr. 3 der Französischen Allee gefeiert. Inzwischen leben hier fast 2.400 Menschen, es gibt 780 Wohnungen und 540 Studentenzimmer.
- 28. Rund 500 Eltern, Schüler, und Lehrer demonstrieren in einem Fackellauf auf dem Österberg gegen Lehrermangel.
- 29. Die Tü-Arena bekommt den Namen Paul Horn-Arena. Die Firma Horn stellt dafür eine Million Euro für den Tübinger Sport zur Verfügung.



Im September 2007 wird die Tü-Arena in Paul Horn-Arena umbenannt. Zuvor hat die Firma Horn eine Million Euro für den Tübinger Sport gestiftet. Bild: Otto Buchegger



Professor Helmut Calgéer bekommt im September 2007 die Ehrenbürgerurkunde verliehen. Das Bild zeigt den Preisträger bei dem Festakt zusammen mit Oberbürgermeister Boris Palmer, Maria Schmid und Eugen Schmid, dem früheren Oberbürgermeister (von links). Bild: Nicole Herzel

Oktober 2007

- Das für 22 Millionen Euro erbaute Fachmarktzentrum auf dem ehemaligen Depot-Areal in der Reutlinger Straße wird eröffnet.
- 19. Das Tübinger Hertie-Institut für klinische Hirnforschung wird in die Exzellenzinitiative des Bundes aufgenommen. Die Einrichtung eines Center for Integrative Neuroscience (CIN) wird in den nächsten fünf Jahren mit 32,5 Millionen Euro gefördert.
- 21. Der Filmemacher Harald Bergmann erhält den Friedrich-Hölderlin-Preis.
- 26. Im westlichen Teil des Alten Botanischen Gartens wird ein zweiter Taubenturm eingeweiht und offiziell in Betrieb genommen.
- 28. Joachim Zelters erstes Theaterstück "Alpha-Park" wird im Zimmertheater uraufgeführt.

November 2007

- Die renovierte Waldkapelle auf dem Bergfriedhof steht nach 38 Jahren wieder für Trauerfeiern zu Verfügung.
- Der neue Betten-Trakt der Medizinischen Klinik ist fertiggestellt und kann bezogen werden. Die Baukosten betrugen rund 30 Millionen Euro.
- 20. Das neue Kinderhaus in der Derendinger Straße wird mit einer Feierstunde eröffnet.
- 23. Die Öffentlichkeit erfährt, dass es mindestens 55 aus Tübingen stammende "Euthanasie"-Opfer gibt. Fünf der von den Nationalsozialisten ermordeten pflegebedürftigen Personen sind auf dem Stadtfriedhof bestattet. Dies ergaben Recherchen des Stadtarchivs.

Dezember 2007

- 5. Die Agentur für Klimaschutz wird gegründet. Die gemeinnützige Gesellschaft im Kreis Tübingen bietet eine neutrale und unabhängige Beratung zur Energieeinsparung an.
- 8. Der jüdische Verein "Bustan Shalom" gedenkt zusammen mit Oberbürgermeister Boris Palmer der Einweihung der ehemaligen Synagoge vor 125 Jahren.
- 12. Am 25. Todestag von Lilli Zapf legt Oberbürgermeister Boris Palmer einen Kranz an ihrem Grab auf dem Stadtfriedhof nieder.
- 22. 1.701 Flötenspieler haben auf dem Marktplatz Weihnachtslieder gespielt und damit einen neuen

- Weltrekord aufgestellt (wird bereits im Sommer 2009 wieder eingestellt).
- 28. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft (GWG) kauft den Löwen in der Kornhausstraße 5. Der frühere Kinosaal des Hauses soll weiterhin für kulturelle Veranstaltungen genutzt werden. (Die Wiedereröffnung als Kleinkunstbühne folgt am 2. Oktober 2010. Vor allem das Tübinger Zimmertheater wird das Haus künftig bis zur Sanierung bespielen.)

Januar 2008

Die erste Tübinger Umweltbeauftragte Sybille Hartmann wechselt nach fast 22 Jahren ihre Arbeitsstelle und wird persönliche Referentin von Baubürgermeisterin Ulla Schreiber. Als neuer Umweltbeauftragter beginnt im Juli 2008 Bernd Schott.

- Rathausempfang für Percy Schmeiser. Auf dem Marktplatz zeigen sich Bauern der Region mit dem Anti-Gentechnik-Aktivisten solidarisch.
- 27. Im Stadtmuseum beginnt eine Kabinettsausstellung zum 200. Geburtstag von David Friedrich Strauß.

Februar 2008

- 15. Die Ausstellung "Typisch Tübingen" mit Karikaturen von Sepp Buchegger wird im Stadtmuseum eröffnet.
- 20. Die städtische Wirtschaftsförderungsgesellschaft kauft für ein neues Stadtquartier ein 1,3 Hektar großes Areal der früheren Textilfabrik Egeria südlich der Nürtinger Straße.

März 2008

- Die Tübinger Umweltzone tritt in Kraft. Nur Autos mit Feinstaub-Plakette ist es von jetzt an erlaubt, die durch Schilder ausgewiesenen Sperrbezirke im Gebiet der Kernstadt zu befahren.
- 3. Der Gemeinderat legt die Grenzen des Sanierungsgebiets Östlicher Altstadtrand fest.
- 7. Die große Dauerausstellung über die Scherenschnittkünstlerin Lotte Reiniger wird im Stadtmuseum eröffnet.
- Einweihung des Kinderhauses Janusz Korczak in der Königsberger Straße 15.
- 31. Auftaktveranstaltung zum 100-jährigen Bestehen der Tübinger Hütte des Alpenvereins im Montafon.

April 2008

- 7. Der Gemeinderat beschließt, die Leitung des Fachbereichs Bürgerdienste an Richard Heß zu übertragen.
- 18. Feierlicher Auftakt zum Vorleseprojekt Lesehaus im Sparkassen-Carré. Das von der Bürgerstiftung und der Stadtbücherei ins Leben gerufene Projekt möchte bei Kindern den Umgang mit Büchern und die Lust am Lesen wecken.



Bei gutem Wetter findet das Lesehaus im Freien statt. Dann können Kinder den Lesepatinnen und -paten zum Beispiel im Alten Botanischen Garten zuhören. Bild: Otto Buchegger

- Der CVJM Derendingen feiert seinen 100. Geburtstag.
 Gäste sind der frühere Ministerpräsident Erwin Teufel und der ehemalige Landesbischof Gerhard Maier.
- 25. Der für 570.000 Euro sanierte Sportplatz in der Jahnallee wird wieder eröffnet.
- 26. Die städtische Klimaschutzkampagne "Tübingen macht blau" startet offiziell mit einem Aktionstag. Ziel ist es, den CO₂-Ausstoß in Tübingen bis zum Jahr 2010 um zehn Prozent zu reduzieren. Zum Start der Kampagne hat Oberbürgermeister Boris Palmer seinen Dienstwagen gewechselt. Statt eines Toyota Prius fährt er nun einen noch umweltfreundlicheren Smart fortwo micro hybrid.
- 26. Das für zwei Millionen Euro renovierte spätmittelalterliche Nonnenhaus wird offiziell eröffnet. Neben Wohnungen beherbergt es auch gewerblich genutzte Räume.

Mai 2008

Die Firma Strebel-Hiltwein, Optik und Akustik, in der Langen Gasse feiert ihr 100-jähriges Bestehen.

 Die Gesellschaft Kultur des Friedens feiert ihren 20. Geburtstag mit fast tausend Gästen im Festsaal der Neuen Aula. Alma Hämmerle wird Ehrenbürgerin der Universitätsstadt Tübingen.



Alma Hämmerle erhält 2008 von Oberbürgermeister Boris Palmer die Ehrenbürgerurkunde. Bild: Gerhard Groebe

- Zum 75. Jahrestag der Bücherverbrennung lesen zwölf Stunden lang stadtbekannte Persönlichkeiten aus Büchern, die im Nationalsozialismus verboten waren.
- 27. Stadt und Universität präsentieren gemeinsam im Großen Sitzungssaal des Rathauses die neue Publikation "Tubingensia. Impulse zur Stadt- und Universitätsgeschichte". Die Festschrift ist zum 65. Geburtstag von Wilfried Setzler erschienen.
- 31. Die Adventgemeinde feiert ihr 100-jähriges Bestehen.

Juni 2008

Stadt und Universität Tübingen feiern den 500. Geburtstag des slowenischen Reformators und Derendinger Pfarrers Primus Truber mit Symposium, Festvortrag und Ausstellung.

- 6. Die zweite Tübinger Kulturnacht "Spätschicht" bietet über hundert Veranstaltungen.
- 12. Tausend Schüler demonstrieren auf dem Marktplatz für eine bessere Bildung.
- 27. Theater-Premiere hinter der Stiftskirche: Das Zimmertheater bringt im Juli das von den Tübinger Autoren Joachim Zelter und Eva Christina Zeller gemeinsam verfasste Stück "Tod in Tübingen" heraus.
- 28. Der erste der beiden früheren Getreidespeicher auf dem Depot-Areal ist zum Wohnhaus umgebaut. Er beherbergt nun 79 Appartements. Das zweite Gebäude soll bis zum Herbst fertig gestellt sein.



Seit einem Umbau dient einer der beiden Getreidespeicher auf dem Depot-Areal als Wohnhaus. Bild: Otto Buchegger

Juli 2008

- 5. Die Öffentlichkeit erfährt, dass die Essigfabrik Schweickhardt den Betrieb eingestellt hat. Die Abbrucharbeiten am Fabrikgebäude haben bereits begonnen.
- 6. Der erste Tübinger Friedhofstag lockt rund tausend Besucherinnen und Besucher auf den Bergfriedhof.

- 12. Auf dem Festplatz findet das Musikfestival "Campus Invasion" des Musiksenders MTV statt. Zu der Veranstaltung kommen 12.000 Fans.
- 16. Premiere des Lindenhof-Theaters beim Sommertheater. Zusammen mit Bewohnern des Französischen Viertels wird dort das Stück "Aussem Paradies eine Stadtgeschichte" von Siegfried Bühr und Oliver Moumouris aufgeführt.
- 17. Das Schwäbische Tagblatt verleiht nach zwanzig Jahren zum letzten Mal Umweltpreise für besondere Verdienste um den Natur- und Umweltschutz im Kreis Tübingen.
- 18.-19. Das 22. Internationale Viva Afro Brasil Festival ist nach 2004 wieder in Tübingen. Der Musik-Event wird erstmals im Foyer der Mensa Morgenstelle ausgetragen.
- 21. Der Gemeinderat wählt Daniela Rathe zur neuen Leiterin des Fachbereichs Kultur. Sie ist damit Nachfolgerin von Wilfried Setzler, der nach 28 Jahren Ende Dezember in Pension geht.
- 22. Mit breiter Mehrheit stimmt der Gemeinderat für die Beteiligung der Stadtwerke am Kohlekraftwerk Brunsbüttel. (Das Projekt des Stadtwerkeverbunds Südweststrom wird durch Gesellschafterbeschluss vom 19. Juli 2012 aufgegeben.)



Das Tanztheater Treibhaus begeistert bei der zweiten Tübinger Kulturnacht 2008 mit seiner Darbietung auf der Neckarbrücke. Bild: Manfred Grohe

August 2008

- 12. Die Öffentlichkeit erfährt, dass die in Insolvenz geratene Genossenschaftsdruckerei Tübinger Chronik (TC-Druck) Ende Oktober 2008 den Betrieb einstellen wird.
- 14. Nach elf Monaten ist die Restaurierung des Unteren Schlossportals von Hohentübingen beendet.

September 2008

- Georges Leyenberger folgt als Leiter des "Institut Culturel Franco-Allemand" (ICFA) der scheidenden Anne Rabeyroux nach.
- 9. 400 Pflegekräfte der Tübinger Kliniken demonstrieren gegen den Pflegenotstand.
- 22. Das Wildermuth-Gymnasium feiert das Ende der Baumaßnahmen zur energetischen Sanierung des Schulgebäudes. Auf dem Dach wurden auch Photovoltaik-Anlagen installiert.



Solarzellen auf dem Dach des Wildermuth-Gymnasiums wandeln seit einer Sanierung Sonnenlicht in elektrische Energie um. Bild: Manfred Grohe

Oktober 2008

- Ernst Seidl ist neuer Leiter des Universitätsmuseums.
 Er folgt auf Anke te Heesen.
- 16. Die Photovoltaik-Anlage am ersten Tübinger Null-Energie-Haus wird offiziell in Betrieb genommen. Das Haus mit dem Namen "elementar" steht im neuen Stadtquartier Mühlenviertel. Im November soll es bezugsfertig sein.
- 23. Oberbürgermeister a. D. Eugen Schmid wird mit der silbernen Verdienstmedaille des Städtetags Baden-Württemberg ausgezeichnet.

- 25. Nach sieben Jahren Planung wird der Golfplatz beim Hofgut Kreßbach eröffnet.
- 29. Auftaktlesung der ersten Tübinger Stadtschreiberin Lisa Dickreiter im Großen Sitzungssaal. Das Stadtschreiber-Stipendium für Lyrik wird künftig von der Universitätsstadt Tübingen jährlich neu vergeben. Es soll den Autoren ermöglichen, drei Monate lang an ihrem aktuellen Schreibprojekt zu arbeiten. Die Stadtschreiber wohnen im einstigen Aufseherhaus des Stadtfriedhofs.

November 2008

Abbruch zweier Gebäude des ehemaligen Landratsamts (Doblerstraße 13 und 15). An deren Stelle werden die städtische Wohnungsgesellschaft GWG und die Kreisbaugesellschaft im nächsten Jahr drei Häuser mit Wohnungen errichten.

- 4. Am Haus Haaggasse 19 wird eine von der Volksbank gestiftete Gedenktafel enthüllt. Sie erinnert an die frühere Bewohnerin Regina Bardili, die als "Schwäbische Geistesmutter" gilt.
- 8. Die Neuapostolische Kirchengemeinde in Tübingen feiert ihr 100-jähriges Bestehen.
- Eröffnung der 25. Französischen Filmtage mit dem Schauspieler Ulrich Tukur. Zum Jubiläum wird ein Ehrenpreis der Stadt Tübingen verliehen, den am 14. November die Filmemacherin Agnès Varda entgegennimmt
- Auftaktveranstaltung mit einem Vortrag der Schriftstellerin Herta Müller beim Internationalen Kolloquium des Projekts "Wertewelten" zum Thema "Dialog der Kulturen – Kulturen des Dialogs" im Kupferbau.

Dezember 2008

- Der Gemeinderat beschließt, 131 stadteigene Wohnungen an die städtische Wohnungsgesellschaft (GWG) zu verkaufen.
- 1. Der Gemeinderat stimmt der Einführung einer Zweitwohnungssteuer zum 1. Januar 2009 zu. Dadurch steigen die Einwohnerzahlen mit Erstwohnsitz schnell an.
- Zum 50jährigen Bestehen des Zimmertheaters findet im Großen Sitzungssaal des Rathauses eine Jubiläumsfeier statt.
- 11. Die Himmelwerk Hoch- und Mittelfrequenzanlagen GmbH zieht in ihren Neubau im Gewerbepark Neckaraue (Jopestraße 10) ein.

- 11. Am Stadtausgang der Weststadt eröffnet ein neues Einkaufszentrum mit Aldi-Markt (Rosentalstraße 2).
- Im Museum Schloss Hohentübingen werden in einer Sonderausstellung erstmals "Das Mammut vom Vogelherd" und andere Funde der Tübinger Archäologen präsentiert. Es sind die ältesten erhaltenen Kunstwerke der Welt.
- 15. Der Gemeinderat beschließt ein Konjunkturprogramm im Volumen von sieben Millionen Euro, um der Bauwirtschaft in der Rezession zu helfen. Das Gesamt-Haushaltsvolumen 2009 überschreitet mit der Rekordmarke von 201 Millionen erstmals die 200-Millionen-Euro-Grenze. Besondere Ausgabenschwerpunkte bilden dabei Klimaschutz, Bildung und Kinderbetreuung.

Januar 2009

- In der Silvesternacht gerät das Fachwerkhaus Am Markt 5 durch einen Feuerwerkskörper in Brand. Als Folge dieses Ereignisses wird künftig das Abbrennen von Feuerwerkskörpern in der Altstadt verboten.
- 400 Menschen demonstrieren auf dem Holzmarkt gegen den Einmarsch der israelischen Armee im Gazastreifen
- 26. Der Gemeinderat beschließt mit großer Mehrheit den Bebauungsplan Pfleghofstraße.

Februar 2009

- 6. Das Stadtmuseum eröffnet die Ausstellung "In ewiger Freundschaft" mit Stammbüchern aus Weimar und Tübingen.
- Es wird bekannt, dass der Automobilzulieferer Modine seine Produktion im Gewerbepark Neckaraue Mitte des Jahres einstellen wird.
- 28. Eröffnung der 35. Ausstellung "Für die Familie" auf dem Festplatz. Sie wird mit einem neuen Besucherrekord von 79.000 Personen schließen.

März 2009

- 13. Erstes Tübinger Kinderrathaus. An dem vom Jugendgemeinderat initiierten Aktionstag beteiligen sich rund 140 Dritt- und Viertklässler.
- 17. Die Neubauten des Luise-Wetzel-Stifts werden offiziell eröffnet: ein Pflegeheim für 120 Personen und ein Haus mit 59 betreuten Wohnungen.
- 20. Bei einem ökumenischen Gottesdienst in der Stiftskirche gedenken mehr als 2.000 Schüler der Opfer des Amoklaufs von Winnenden.
- 23. Der Gemeinderat beschließt, die Verkehrsführung um das Zinser-Dreieck neu zu regeln. Der Einbahnstraßenverkehr soll nach 47 Jahren aufgegeben werden.



April 2009

Daniel J. Schreiber tritt seine Stelle als geschäftsführender Kurator der Tübinger Kunsthalle an. Er löst Martin Hellmold ab.

- 20. Gründung des bundesweit ersten deutschen Wissenschaftscampus in Tübingen. Das Leibniz-Institut für Wissensmedien hat diesen interdisziplinären Forschungsverbund zusammen mit der Universität Tübingen initiiert.
- 24. Feierlicher Empfang zum 10. Geburtstag des Tübinger Jugendgemeinderats im Großen Sitzungssaal des Rathauses.
- 25. 10. Tübinger Regionalmarkt. Im Rathaus findet zeitgleich ein Klimatag statt.
- Die elektronischen Anzeigetafeln an 37 Tübinger Stadtbus-Haltestellen gehen offiziell in Betrieb. Sie geben Auskunft, in wie vielen Minuten der n\u00e4chste Bus eintrifft.

Mai 2009

- 5. Der Konzern Google fotografiert Tübingens Straßen für sein Projekt "Street View".
- Soiree im Stadtmuseum zum 100. Geburtstag der Augenklinik. Unter dem Motto "Gemeinsam in die Zukunft blicken" finden drei Jubiläumsvorträge statt.
- 13. Der Archäologe Nicholas Conard präsentiert die "Venus vom Hohle Fels", die 2008 bei Ausgrabungen auf der Schwäbischen Alb gefunden wurde. Die Figur aus Mammut-Elfenbein gilt als älteste Menschendarstellung weltweit.
- Anlässlich seines 50-jährigen Bestehens spendet der Tübinger Lions-Club 50.000 Euro für 26 engagierte Jugendprojekte im Kreis Tübingen.
- 17. Statt des Maieinsingens veranstalten die Studentenverbindungen erstmals einen Bürgerschoppen auf dem Platz vor der Burse. Es kommen 300 Gäste und 40 Gegendemonstranten.
- 25. Beginn der Bauarbeiten in der Bursagasse. Der Platz vor der Burse wird neu gepflastert und gestaltet.

Juni 2009

7. Europawahl. Die Ergebnisse in der Stadt Tübingen sind: Grüne 33,7 %, CDU 22,6 %, SPD 17,8 %, FDP 11,6 % und Die Linke 6,5 %. Die Wahlbeteiligung lag bei 58,5 %. Kommunalwahlen in Baden-Württemberg. Die Ergebnisse für den Tübinger Gemeinderat: AL/Grüne 14 Sitze (32,9 %), CDU 8 (19,3 %), SPD 7 (16,5 %), UFW 3 (8,8 %), TÜL/Die Linke 3 (7,9%), FDP 3 (7,6%), WUT 2 (6,9 %). Die Wahlbeteiligung lag bei 56,3 %.

Die Ergebnisse für den Kreistag: Grüne 7 Sitze (31,6 %), CDU 5 (20,2%), SPD 4 (19,2 %), FWV 3 (13,1 %), TÜL/ Die Linke 3 (8 %), FDP 1 (8 %). Die Wahlbeteiligung lag bei 56,1 %.

- 9. 30 Tübinger Kindergärten und Schülerhorte werden bestreikt. 500 Erzieherinnen und Sozialarbeiterinnen demonstrieren in der Innenstadt für bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung.
- 10.-13. Unter dem Motto "Kunst tut gut" finden die ersten Jugendkulturtage auf dem Lustnauer Egeria-Gelände statt.
- 13. Der Tübinger Tennisclub feiert seinen 100. Geburtstag.
- Der frühere südafrikanische Erzbischof und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu hält auf Einladung von Hans Küng die Weltethosrede in der Neuen Aula.
- 17. 2.000 Schüler demonstrieren in der Innenstadt gegen die Bildungsmisere. Mit einer Sitzblockade am Lustnauer Tor behindern sie den Verkehr.
- 18. Der Südstadtausschuss des Gemeinderats tagt zum letzten Mal.
- 23. Der Stadtschreiber Thomas Weiß liest zum Abschluss seines Aufenthalts aus seinem Debütroman "Schmitz" in der Stadtbücherei.
- 27. Mit einem Festakt feiert die Dorfackerschule in Lustnau ihren 100. Geburtstag.
- Die katholische Studentenverbindung Guestfalia begeht mit einem Festakt in der Neuen Aula ihr 150. Stiftungsfest.

Juli 2009

- 3. Der Stuckateurbetrieb Johannes Maier feiert sein 150-jähriges Bestehen.
- Mit freier Fahrt und einem Bürgerfest werden der 100.
 Geburtstag der Ammertalbahn und ihre Wiedereröffnung vor zehn Jahren gefeiert.
- 16. Feierlicher Empfang anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft mit Monthey sowie des 25-jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft mit Perugia. Im Großen Sitzungssaal wird zur Bekräf-

- tigung der ältesten Tübinger Städtepartnerschaft mit Monthey eine Urkunde unterzeichnet.
- 16. Felicia Langer wird mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse für ihr jahrzehntelanges Engagement für Frieden, Gerechtigkeit und Wahrung der Menschenrechte ausgezeichnet. Sie erhält den Orden im Rahmen eines Empfangs von Staatssekretär Hubert Wicker in der Stuttgarter Villa Reitzenstein überreicht.
- 22. Siegfried Rapp wird vom Ortschaftsrat in Pfrondorf zum neuen Ortsvorsteher gewählt und löst Anton Hellstern ab.
- 23. Werner König wird vom Ortschaftsrat in Bebenhausen zum neuen Ortsvorsteher gewählt. Er ist Nachfolger von Rainer Pohl.
- 28. Gerhard Neth wird vom Ortschaftsrat in Bühl zum neuen Ortsvorsteher gewählt. Er löst Achim Sailer ab.

August 2009

- 5. Abbruch des Hauses Mühlstraße 3, das der bevorstehenden Umgestaltung der Mühlstraße im Wege ist.
- 25. Die letzten Heimbewohnerinnen und Heimbewohner verlassen das Haus am Österberg in der Hundskapfklinge. Sie ziehen in die neu erbauten Heime, ins Samariterstift Mühlenviertel oder in das Christiane-von-Kölle-Stift in der Gösstraße, um. Nach Abriss des früheren Kreisaltenheims wird das Siedlungswerk auf dem Gelände Mehrfamilienhäuser bauen.
- 29. Die Universitäts-Frauenklinik lädt aus Anlass des 100-jährigen Bestehens der Tübinger Hebammenschule zu einem Tag der offenen Tür ein. Den Festvortrag hält Ministerpräsident Günther Oettinger.

September 2009

- 26. Das für 1,83 Millionen Euro sanierte SV-03-Stadion wird mit einem Massenlauf offiziell wieder eröffnet.
- 27. Bundestagswahl: Annette Widmann-Mauz (CDU) gewinnt mit 38,9 % der Erststimmen das Direktmandat im Tübinger Wahlkreis. Martin Rosemann (SPD) erhält 20,1 % und erringt kein Mandat. Der Grüne Winfried Hermann (21,6 %) und Heike Hänsel von der Linken (6,9 %) ziehen über die jeweilige Landesliste in den Bundestag ein.

Die Ergebnisse der Zweitstimmen im Wahlkreis Tübingen: CDU 30,7 %, SPD 18,9 %, Grüne 19 %, FDP 17,1 %, Linke 7,9 %, Sonstige 6,5 %. Die Wahlbeteiligung liegt bei 75,7 %. In Berlin bildet sich eine Koalition aus CDU und FPD unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Oktober 2009

- Im Stadtmuseum eröffnet die Ausstellung "Stadtbild
 Weltbild" mit Tübinger Stadtansichten des 16. bis
 19. Jahrhunderts.
- 8. Baubürgermeisterin Ulla Schreiber eröffnet den Planeten-Park bei der Sternwarte auf der Oberen Viehweide. Die für 320.000 Euro errichtete Anlage bildet das Planetensystem um die Sonne (Sternwarte) nach. Zum Park gehört auch eine begehbare Sonnenuhr.
- 10. Die neue Beleuchtung in der Ammergasse wird erstmals eingeschaltet. Das Lichtkonzept illuminiert einzelne Fassaden, das Wasser des Ammerkanals und den Baum an der Krummen Brücke.
- 26. Beginn der neunteiligen Vortragsreihe "Vom braunen Hemd zur weißen Weste?", die den Umgang mit der NS-Vergangenheit in Tübingen nach 1945 thematisiert.

November 2009

- Auf Einladung des Stadtarchivs präsentiert Donald von Frankenberg im Großen Sitzungssaal die Biografie über seinen Vater. Der später als Autorennfahrer bekannt gewordene Richard von Frankenberg fotografierte in der Reichspogromnacht die brennende Tübinger Synagoge.
- 4. Tübingen erhält für das Projekt "Tübingen erleben" den Stadtmarketingpreis des Einzelhandelsverbandes Baden-Württemberg. Das Preisgeld von 40.000 Euro wird für ein spezielles Beleuchtungskonzept in der Innenstadt und der Platanenallee verwendet.
- Studenten besetzen den größten Hörsaal im Kupferbau. Nach einer Woche wird er bei Eintreffen der Polizei freiwillig geräumt. Bis zum 17. Dezember gibt es noch weitere Studentenproteste und Demonstrationen für eine bessere Bildung.
- 6. Der Hölderlin-Herausgeber D.E. Sattler wird im Rathaus mit dem Hölderlinpreis ausgezeichnet.

- 6. Die Tübinger Aktivistin für Frieden und Menschenrechte Ursula Schröder stirbt im Alter von 93 Jahren.
- Die Kindervilla Alexanderpark wird offiziell eröffnet.
 Es ist die größte Kleinkindbetreuungseinrichtung der Stadt. Mit 60 neuen Plätzen wird ein großer Schritt im Ausbauprogramm der Stadt vollendet.
- 16. Der Gemeinderat benennt eine neue Straße auf dem Österberg nach Simon Hayum und erinnert damit an den 1939 aus Tübingen vor den Nationalsozialisten geflohenen jüdischen Rechtsanwalt.
- 16. Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung, mit der Stadt Moshi in Tansania erste Kontakte im Hinblick auf eine Städtepartnerschaft aufzunehmen. Eine kleine Tübinger Delegation mit Oberbürgermeister Boris Palmer wird Moshi erstmals im Juli 2010 einen Besuch abstatten. Beim ersten Gegenbesuch in Tübingen wird eine Absichtserklärung zur Bildung einer Städtepartnerschaft unterzeichnet (23. Juli 2011).
- 27. Feierliche Verabschiedung für Gerhard Kaufmann im Gemeindehaus "Lamm". Zum Jahresende tritt der Kantor der Stiftskirche und Tübinger Bezirkskantor nach 23 Jahren in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Ingo Bredenbach, der sein Amt als Rektor der Evangelischen Hochschule für Kirchenmusik Tübingen aufgibt.
- 28. Die umgestaltete Mühlstraße wird nach fünf Monaten Bauzeit mit einem Fest wieder eröffnet.
- 29. Im Mühlenviertel eröffnet im Samariterstift offiziell der erste Tübinger Stadtteiltreff.

Dezember 2009

- Die Stadtwerke Tübingen und die Stadt Horb gründen die Energie Horb am Neckar GmbH. Das erste große Projekt wird der Bau eines Flusskraftwerks in Horb sein (Inbetriebnahme April 2011).
- 13. Am Hauptbahnhof f\u00e4hrt erstmals ein Intercity ein. Zum Fahrplanwechsel richtet die Deutsche Bahn eine direkte Fernverkehrsverbindung von und nach T\u00fcbingen ein.

Januar 2010

18. In Tübingen eröffnet erstmals eine Vesperkirche. Drei Wochen lang werden in der Martinskirche Mittagessen, Kaffee und Kuchen kostenlos oder gegen eine Spende serviert.

Februar 2010

- Oberbürgermeister Boris Palmer unterzeichnet bei einem Festakt die Erklärung von Barcelona. Damit verpflichtet sich die Stadt, Menschen mit Behinderung die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Tübingen zu ermöglichen.
- 5. Das Stadtmuseum eröffnet die Ausstellung "Schätze aus dem Verborgenen: Sammeln und Sammlungen in Tübingen".
- 27. Der Türkische Verein Tübingen feiert sein 30-jähriges Bestehen in der Hermann-Hepper-Halle.

März 2010

- Cord Soehlke wird vom Gemeinderat zum Baubürgermeister gewählt. Seine Vorgängerin Ulla Schreiber ist nach acht Jahren nicht mehr zur Wahl angetreten.
 Soehlke wird das Amt zum 2. April übernehmen.
- 16. Das Baustoffunternehmen Kemmler feiert in der Kelter sein 125-jähriges Bestehen.
- 27. Die Freiwillige Feuerwehr Hirschau feiert ihr 150-jähriges Bestehen in der Turn- und Festhalle.
- 27. Tübingen beteiligt sich an der "Earth Hour", der internationalen Klimaschutzaktion des WWF, und verzichtet für eine Stunde auf die Fassadenbeleuchtungen an der Neckarfront und am Rathaus.
- 31. Die Stadtverwaltung hängt neue Informationstafeln an historischen Gebäuden und Sehenswürdigkeiten auf. Die zweisprachigen Schilder für Einheimische und Touristen ersetzen die bisherigen braunen Hinweistafeln aus dem Jahr 1978. Sie passen im Design zu den 2006 aufgestellten Infostelen an den Zugängen zur Altstadt.

April 2010

In der Mühlstraße werden die ersten acht von zehn Platanen gepflanzt.

- Die Abbrucharbeiten auf dem Gelände der ehemaligen Egeria beginnen.
- Richtfest am "Depot 3" in der Eisenbahnstraße. Der sechsstöckige Bau beherbergt 50 Wohnungen (Fertigstellung Oktober 2010).
- Helmut Calgéer, Tübinger Ehrenbürger und Gründer der Musikschule, stirbt im Alter von 87 Jahren.

- 23. Das Stadtmuseum eröffnet die Ausstellung "Vom Schüler der Burse zum Lehrer Deutschlands" über Philipp Melanchthon in Tübingen.
- 26. Das neue Stadtviertel auf dem früheren Egeria-Areal erhält die Bezeichnung "Alte Weberei". Dies war der siegreiche Vorschlag im Namenswettbewerb des Runden Tisches Lustnau.

Mai 2010

- Die Hirschauer Wallfahrtskapelle ist frisch renoviert.
 Der Abschluss der aufwändigen Bauarbeiten wird gefeiert.
- 8. Zur dritten Tübinger Kulturnacht "Blaupause" kommen 5.000 Besucher.
- 11. Das Kepler-Gymnasium feiert den 100. Geburtstag seines Schulgebäudes. Architekt war Martin Elsaesser.
- 13.-16. Der 33. Buko-Kongress wird in diesem Jahr von 15 Tübinger Initiativen und Einzelpersonen, unter ihnen die Informationsstelle Militarisierung, das Bündnis gegen Abschiebehaft, der Weltladen und das Zent-

ralamerikakomitee, im Sudhaus ausgerichtet. Die Mitglieder der Bundeskoordination Internationalismus (Buko) wenden sich gegen den Kapitalismus und die neoliberale Globalisierung.

Jni 2010

- 4.-6. Erstes Afrika-Festival auf dem Tübinger Festplatz.
- Tausend Schüler und Studenten demonstrieren in der Stadt und fordern eine kostenlose "Bildung für alle".
- 19. Der sechste literarische Radweg Baden-Württembergs wird am Hölderlinturm eröffnet.
- 25. Rathausempfang zum 50-jährigen Bestehen der Städtepartnerschaft zwischen Tübingen und Aix-en-Provence. Oberbürgermeister Boris Palmer unterzeichnet mit Vertretern aus Aix-en-Provence eine Urkunde zur Bekräftigung der Partnerschaft. Ein Höhepunkt innerhalb der über fünfzig Veranstaltungen im Jubiläumsjahr ist das Konzert in der Stiftskirche am 26. Juni. 1.300 Besucher hören dort Beethovens 9. Sinfonie, aufgeführt vom Jugendsinfonieorchester der



Der Blumenschmuck am Tübinger Rathaus ist anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft zwischen Tübingen und Aix-en-Provence in den Farben der französischen Flagge, Blau, Weiß und Rot, gehalten. Bild: Werner Radtke

- Musikschule Tübingen und dem Chor der Kathedrale von Aix-en-Provence.
- 29. Im Schlosshof von Hohentübingen wird eine Salutkanone aufgestellt. Sie ist ein Inventarstück des Stadtmuseums, das nach 47 Jahren im Hohenzollerischen Landesmuseum in Hechingen wieder nach Tübingen zurückkehrt. Die Kanone steht in der Tradition der 1514 von Herzog Ulrich an Tübingen überlassenen Feldschlangen für die Mithilfe der Stadt bei der Niederschlagung des Bauernaufstandes im Remstal.
- 30. Karlheinz Wiegmann, Leiter des Stadtmuseums, wechselt nach fünf Jahren von Tübingen nach Mönchengladbach.

Juli 2010

Der Verein "Frauen helfen Frauen" ist dreißig Jahre alt. Er unterhält ein Frauenhaus, eine Beratungsstelle und die Interventionsstelle Häusliche Gewalt.

Der Tübinger Unternehmer Christian Otto Erbe wird zum neuen Präsidenten der IHK Reutlingen gewählt.

- Oberbürgermeister Boris Palmer ehrt Tilmann Pröllochs mit der Hölderlinmedaille der Universitätsstadt Tübingen. Pröllochs, seit 1994 Verwaltungsdirektor am Landestheater Tübingen, wechselt an das Staatstheater Oldenburg.
- 5. Die städtische Integrationsbeauftragte Susanne Omran legt dem Gemeinderat ein Integrationskonzept zur besseren Eingliederung von Migranten vor.
- 17. Trotz Regen besuchen 1.200 Zuhörerinnen und Zuhörer das erste Singer-Songwriter-Festival "Tübingen lauscht" auf dem Marktplatz.
- 17.-18. Festwochenende der Lustnauer Feuerwehr zum 150-jährigen Bestehen.
- 20. Die Martin-Bonhoeffer-Häuser laden zum Tag der offenen Tür in ihren neuen Hauptsitz am Lorettoplatz 30 ein. Der Jugendhilfeträger "Tübinger Verein für Sozialtherapie" ließ das Gebäude für 1,5 Millionen Euro umbauen.
- Udo Lindenberg gastiert mit dem Hermann-Hesse-Festival und Panikpreis-Finale vor knapp 3.000
 Zuhörerinnen und Zuhörern in der Paul Horn-Arena.
- 26. Uwe Wulfrath wird zum neuen Leiter der Abteilung Projektentwicklung im Technischen Rathaus gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Cord Soehlke an.



Nach 47 Jahren kehrt die Salutkanone von Hechingen nach Tübingen zurück. Die Universitätsstadt Tübingen soll die Kanone vor rund fünfzig Jahren für 70 Mark gekauft haben. Bild: Ulrich Metz

August 2010

- Im Schlosshof von Hohentübingen wird Verdis Oper "Nabucco" aufgeführt. Das Gastspiel der Schlesischen Staatsoper Bytom ist mit mehr als tausend Besuchern ausverkauft. Es bleibt dort die vorläufig letzte Großveranstaltung, da in der Folge Brandschutzauflagen weitere Aufführungen blockieren.
- 26. Feierstunde auf dem Stadtfriedhof zum 150. Todestag von Friedrich Silcher.
- 27. Oberbürgermeister Boris Palmer geht in Elternzeit bis Ende Oktober 2010.

September 2010

- 11. Die Friseurinnung feiert im Haus des Handwerks ihr 100-jähriges Bestehen.
- Grundsteinlegung für das neue Zentrum für Molekularbiologie auf der Morgenstelle. Damit ist zugleich der erste Baustein für die neue Wissenschaftsstadt der Universität gelegt.
- 17. Das neue Assistenzzentrum für behinderte Menschen in der Christophstraße 11 wird feierlich eröffnet. Es ist ein Projekt des "Freundeskreises der beschützenden

- Werk- und Heimstätten für Behinderte in Gomaringen".
- 24. Walter Schwenninger, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Grünen und Tübinger Alt-Stadtrat, stirbt im Alter von 68 Jahren.
- 24. Das Stadtmuseum eröffnet die Ausstellung "Ansichten Einsichten" mit Tübinger Stadtansichten ab dem Jahr 1850.
- 28. Der 1,5 Millionen Euro teure Erweiterungsbau des Kinderhauses Weststadt in der Sindelfinger Straße wird offiziell übergeben.

Oktober 2010

Die Sanierung des ehemaligen Maschinenmagazins der Firma Wurster und Dietz ist abgeschlossen. Das Gebäude Magazinplatz 15 beherbergt nun ein Kinderhaus, eine Fachschule für Altenpflege und Betreute Wohnungen. Es ist das einzige Gebäude im Mühlenviertel, das von der früheren Bebauung übrig geblieben ist.

Tübingen führt eine KinderCard ein. Diese berechtigt Kinder von Geringverdienenden zu vielen kostenlosen oder ermäßigten Angeboten in den Bereichen



Vielfältig und lebendig ist das gemischt genutzte Mühlenviertel, das heute rund 600 Bewohner hat. Das Bild zeigt den Magazinplatz, das Zentrum des neuen Quartiers. Bild: Otto Buchegger

- Sport, Kultur und Bildung. Die KinderCard gibt es zusätzlich zu der seit zwölf Jahren bestehenden Bonuscard für Geringverdiener.
- 2. Der Schwäbische Heimatbund kauft das Haus Haaggasse 26b. Der Club Voltaire wird weiterhin Hauptveranstalter im Gebäude bleiben.
- 3. Der Ludwig-Uhland-Liederweg wird von 350 Anhängern des Chorgesangs eröffnet. Zehn Tafeln mit vertonten Gedichten Uhlands säumen die Wegstrecke zwischen Schlossberg und Wurmlinger Kapelle.
- Der dritte Tübinger Stadtschreiber Rolf Hermann stellt sich dem Publikum mit Gedichten aus seinem Lyrikband vor.
- 8. 450 Gegner des Bauprojekts Stuttgart 21 demonstrieren auf dem Tübinger Holzmarkt gegen den brutalen Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten.
- 14. Beginn der Peru-Filmtage, die vom Partnerschaftsverein Tübingen – Villa el Salvador zum ersten Mal veranstaltet werden.
- 15. Die Stadtbücherei ist seit 25 Jahren am Standort Nonnengasse. Die Festrede zur Geburtstagsfeier hält Inge Jens.
- 22. Die Gewerbliche Schule feiert mit einem Festakt ihren 100. Geburtstag.
- 31. Christian Fischer wird im Rahmen eines Festgottesdienstes in sein neues Amt als Rektor der Evangelischen Hochschule für Kirchenmusik Tübingen eingesetzt.

November 2010

- 4. Die Französischen Filmtage eröffnen erstmals unter der Leitung von Christopher Buchholz.
- Nach einer Kundgebung auf dem Marktplatz blockieren Demonstranten den Zugang zum großen Sitzungssaal des Rathauses. Sie protestieren gegen die vom Gemeinderat geplanten Kürzungen im Sozial- und Kulturetat.
- 22. Im Stuttgarter Rathaus findet unter der Leitung von Heiner Geißler die Schlichtung statt. Boris Palmer nimmt als Bahnexperte der Grünen an einigen Sitzungen teil.
- 22. Der Tübinger Gemeinderat spricht sich für Stuttgart 21 aus. Ebenfalls mit knapper Mehrheit stimmt er für einen Volksentscheid über das Bahnprojekt.
- 26. Die Öffentlichkeit erfährt, dass der Kilchberger Spielwarenproduzent "Pustefix" zum 1. Januar 2011 an die Spielwaren-Gruppe Stadlbauer in Salzburg verkauft wird.

- 26. Der Förderverein für krebskranke Kinder eröffnet das neuerbaute Elternhaus (José-Carreras-Haus) in der Frondsbergstraße 51.
- 26. Im Stadtmuseum eröffnet die Ausstellung "feste formen" über Tübinger Bräuche und Feste von Advent bis Ostern.

Dezember 2010

- 1. Tübingen erhält den offiziellen Titel Fairtrade-Stadt.
- Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (De-HoGa) zeichnet das Hotel "La Casa" in der Hechinger Straße mit fünf Sternen aus. Das im Mai 2008 eröffnete Hotel ist damit eines von zwanzig Fünf-Sterne-Hotels in Baden-Württemberg.
- Der britische Bankmanager Stephen K. Green hält auf Einladung von Hans Küng die zehnte Weltethosrede im Festsaal der Universität.

Januar 2011

- Die beiden städtischen Eigenbetriebe EBT (Entsorgungsbetriebe) und SBT (Stadtbaubetriebe) fusionieren zu den Kommunalen Servicebetrieben (KST).
- Die Stadtwerke übernehmen mit ihrer neu gegründeten TüBus GmbH rund 50 Prozent der Leistungen des Stadtverkehrs Tübingen durch eigene Busse und Busfahrer.
- 15. Der Stadtteiltreff im Einkaufszentrum Waldhäuser Ost wird eröffnet.

Februar 2011

- 7. Der Gemeinderat beschließt, für zwei Millionen Euro das ehemalige Foyer-Grundstück mit der Bauruine an der Blauen Brücke zu kaufen.
- 18. Wahlkampfauftritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Paul Horn-Arena vor über 2.000 Zuhörern.
- 26. Knapp hundert Tübinger solidarisieren sich auf dem Holzmarkt mit der libyschen Freiheitsbewegung. Zu der Kundgebung haben die Gesellschaft Kultur des Friedens und der Tübinger Verein Arabischer Studenten und Akademiker aufgerufen.
- Die Eberhardsgemeinde in der Südstadt feiert den 100. Geburtstag der Eberhardskirche. Das Gebäude stammt vom Architekten Martin Elsaesser.
- 27. Das Zentrum für den Musikverein Pfrondorf wird eingeweiht.

28. Der Konkursbuch Verlag Claudia Gehrke wird mit dem Landespreis für literarisch ambitionierte kleinere Verlage 2010 ausgezeichnet. Die Preisverleihung findet im Zimmertheater mit einer Lesung von Yoko Tawada und einem Empfang statt.

März 2011

Die Bürgerenergie Tübingen eG begrüßt zu ihrem zweiten Geburtstag die 200. Genossin. Die Genossenschaft initiiert Projekte, die zur Nutzung und damit zum Ausbau erneuerbarer Energien in Stadt und Region beitragen.

Petra Wucherer, Leiterin der Stadtbücherei, wechselt von Tübingen nach Radolfzell. Ihre Nachfolgerin wird Martina Schuler.

4. Vertreter der Tübinger Bauverwaltung sowie der Wohnungsbaugesellschaften GWG und GSW präsentieren den Siegerentwurf des kleinen städtebaulichen Wettbewerbs für das Quartier im unteren Wennfelder Garten. Dort sollen in den nächsten Jahren 260 neue Wohnungen, die Hälfte davon als Sozialwohnungen, gebaut werden.

- 5. Über 200 Demonstranten protestieren in der Innenstadt gegen das Bauprojekt Stuttgart 21. Dabei wird von Aktivisten ein Transparent "Tübinger Platanen gegen Stuttgart 21" zwischen die alten Baumkronen auf der Neckarinsel gehängt.
- Die evangelische Kirchengemeinde Unterjesingen weiht in einem Festgottesdienst ihre neue Orgel. Das Instrument hat 1896 William Sweetland in England gebaut.
- Zum 100. Internationalen Frauentag präsentieren sich die Tübinger Frauengruppen mit Infoständen und einem vielfältigen Programm auf dem Holzmarkt.
- 14. Über 500 Tübinger gedenken auf dem Holzmarkt der Erdbeben-, Tsunami- und Strahlenopfer in Japan und fordern von Bund und Land, Atomkraftwerke sofort abzuschalten.
- Auf dem Platz vor der Burse wird ein Denkmal für Lotte Zimmer der Öffentlichkeit übergeben. Die Bronzeskulptur zu Ehren von Hölderlins Pflegerin schuf der Tübinger Bildhauer Johannes Kares.
- 21. Der Gemeinderat beschließt die Umbenennung der Karl-Adam-Straße in Johannes-Reuchlin-Straße. Anlass ist die bekannt gewordene Haltung des katholischen Theologen Karl Adam in der NS-Zeit.
- 25. Der Neubau des Luise-Poloni-Heims in Lustnau wird offiziell eröffnet. Das Altenzentrum bietet 59 Betreuungsplätze.



Unmittelbar nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima protestieren Tübingerinnen und Tübinger auf einem Stocherkahn mit Transparenten gegen Atomkraftenergie. Bild: Erich Sommer



Ein Denkmal auf dem Platz vor der Burse erinnert seit März 2011 an Hölderlins Pflegerin Lotte Zimmer. Bild: Otto Buchegger

- 26. In der Kunsthalle eröffnet die Retrospektive "Leben und Bauen zwischen Neckar und Bosporus" über den Architekten Paul Bonatz. Im Zentrum der umfassenden Ausstellung steht der Stuttgarter Hauptbahnhof.
- 27. Bei der Landtagswahl gewinnt der Grüne Daniel Lede Abal das Direktmandat im Wahlkreis Tübingen mit einem Vorsprung von nur 21 Stimmen auf Lisa Federle (CDU). Beide erreichen 32,1 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 73,4 %. Lede Abal zieht gemeinsam mit Rita Haller-Haid von der SPD (21,8 %) in den Landtag ein. Die FDP kommt auf 5 %. Die Linke (3,6 %) und die Piraten (2,2 %) sind nicht im Landtag vertreten. Die Wahlergebnisse in der Stadt Tübingen: Grüne 40,8 %, CDU 23,2 %, SPD 22,7 %, FDP 4,6 %, Linke 4,4 %, Piraten 2,4 %, Sonstige 1,9 %.

In Stuttgart muss die CDU nach 58 Jahren die Regierungsverantwortung an eine Koalition aus Grünen und SPD abgeben. Mit Winfried Kretschmann wird erstmals ein Grünen-Politiker zum Regierungschef eines deutschen Bundeslandes gewählt.

April 2011

- 12. Auftaktlesung der neuen Stadtschreiberin Marion Poschmann im Großen Sitzungssaal des Rathauses.
- 15. Im Stadtmuseum eröffnet die Ausstellung "Sterne über Tübingen" zum 100-jährigen Bestehen des Musikvereins Derendingen.
- 15. Die Lebenshilfe Tübingen e.V. feiert mit 400 Gästen ihr 50-jähriges Bestehen im Sparkassen-Carré.

Mai 2011

- Der Tübinger Verleger Georg Siebeck wird mit dem Max-Hermann-Preis in der Berliner Staatsbibliothek ausgezeichnet.
- Der Liederkranz Pfrondorf feiert sein 100-jähriges Vereinsjubiläum mit einem Festkonzert in der Schönbuchhalle.
- 15. Erster Tübinger Familientag. Die Stadteiltreffs und weitere Stationen öffnen die Türen für Jung und Alt und bieten ein buntes Programm.
- 20. Die Grundschule im Aischbach feiert den Abschluss der dreijährigen Umbau- und Sanierungsarbeiten an ihrem Schulgebäude.
- 21. Die Kilchberger Ortsgruppe des Schwäbischen Albvereins feiert ihr 100-jähriges Bestehen.
- 25. Daniela Rathe, Leiterin des Fachbereichs Kultur, stellt der Öffentlichkeit die in den letzten Monaten erarbeitete Kulturkonzeption für Tübingen vor.
- 28. Der neue Sportpark in Kilchberg wird eingeweiht.
- 30. Der Gemeinderat wählt Wiebke Ratzeburg zur neuen Leiterin des Stadtmuseums. Sie ist Nachfolgerin von Karlheinz Wiegmann.

Juni 2011

- Im Stadtmuseum eröffnet die Ausstellung "Schwelle zur Moderne", die an den Anschluss Tübingens ans Eisenbahnnetz vor 150 Jahren erinnert.
- 20. Im Edith-Stein-Karmel in der Neckarhalde wird ein Abschiedsgottesdienst mit Weihbischof Thomas Renz gefeiert. Nach dem Willen der katholischen Kirche soll das 1978 gegründete Kloster mit dem bevorstehenden Auszug der beiden letzten Nonnen aufgelöst werden.
- Der vom Darmstädter Institut für Wohnen und Umwelt ausgearbeitete Mietspiegel wird vom Gemeinderat anerkannt. Damit hat Tübingen erstmals einen qualifizierten Mietspiegel.

Juli 2011

1. Der Liederkranz Lustnau feiert seinen 150. Geburtstag in der Lustnauer Festhalle.

- 2. Der neue Anbau der Universitäts-Hautklinik wird anlässlich ihrer Hundertjahrfeier seiner Bestimmung übergeben.
- Das städtische Kinderhaus Hirschau wird offiziell eingeweiht.
- Die evangelische Diakoniestation feiert ihr 100-jähriges Bestehen mit einem Festakt im Gemeindehaus der Eberhardskirche.
- 24. Der frühere Tübinger Regierungspräsident Max Gögler stirbt im Alter von 79 Jahren.
- 25. Der Stations-Neubau der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie wird offiziell übergeben. Die Baukosten betrugen 25 Millionen Euro.



In der neuen Psychiatrie schmückt eine fünf Meter hohe, 20 Jahre alte und 500 Kilogramm schwere Schwarze Olive (Bucida Buceras) den Eingangsbereich. Bild: Werner Radtke

29. Erste Tübinger Waldkulturnacht. Zum internationalen Jahr der Wälder bieten Forstamt und Stadtbücherei ein vielfältiges Programm mit Literatur, Musik und Kleinkunst im Forsthof beim Heuberger Tor.

August 2011

20.-25. Der Europäische Kongress zur Evolutionsbiologie tagt mit 1.300 Forschern in Tübingen. Ein zentrales Thema ist "Klimawandel und Evolution".

September 2011

- Der Informationsstelle Militarisierung e.V. wird der Aachener Friedenspreis überreicht. Der 1996 gegründete Tübinger Verein versteht sich als Mittler zwischen Friedensforschung und Friedensbewegung.
- Sébastien Morgan ist neuer Direktor des "Institut Culturel Franco-Allemand" (ICFA) und damit Nachfolger von Georges Leyenberger.
- Die Dominica, die älteste der Glocken im Stiftskirchenturm, feiert den 600. Geburtstag. Sie läutet zum Auftakt der Antikriegstagsveranstaltung des Friedensplenums auf dem Holzmarkt.
- Ein heftiger Hagelsturm zieht über den Norden von Tübingen. Besonders groß sind die Schäden in Pfrondorf, wo Fensterscheiben zu Bruch gehen und Gärten verwüstet werden.
- Im Hauptbahnhof werden die neuen Aufzüge und Rampen zu den Gleisen in Gegenwart von Bahnchef Grube eingeweiht. Damit sind die Züge barrierefrei erreichbar.
- 11. Die Tübinger Offensive Stadtmission (TOS) eröffnet in der Eisenbahnstraße ihr neues Gemeindezentrum.
- Das Ronald-McDonald-Haus in der Elfriede-Aulhorn-Straße wird eröffnet. Es bietet Familien schwer kranker Kinder während der Behandlung im Universitätsklinikum ein Zuhause.
- 17. In der Kunsthalle wird zu ihrem 40-jährigen Bestehen der erste Teil einer großen Jubiläumsschau mit Werken von "Cézanne, Renoir, Picasso & Co" eröffnet. Viele der Bilder waren früher schon einmal in Ausstellungen der Kunsthalle zu sehen.
- 30. Im Rahmen der Interkulturellen Woche vergibt die Universitätsstadt Tübingen erstmals einen Integrationspreis. Damit soll herausragendes Engagement im Bereich der Eingliederung von Migranten gewürdigt werden. Das Patenprojekt Sprachfreunde an der Grundschule Winkelwiese/WHO erringt den diesjährigen ersten Platz unter den insgesamt drei Preisträgern.

Oktober 2011

Der Pfrondorfer Hans-Jörg Hinderer ist im spanischen Granada zum Ritter geschlagen worden. Prinz Enrique de Bourbon nahm ihn in den Kaiserlich-Spanischen Orden Karls des Fünften auf. Er wurde damit für seine Verdienste um den Bevölkerungsschutz in Katastrophenfällen ausgezeichnet.

- 21. Der Lyriker und Übersetzer Jan Wagner erhält den gemeinsam von Stadt und Universität Tübingen verliehenen Hölderlinpreis.
- 23. Das katholische Kinderhaus St. Martin in Hirschau wird feierlich eröffnet.

November 2011

- 12 Der Tübinger Spiel- und Sportclub (SSC) weiht mit mehr als 600 Gästen seinen zweiten Sportplatz auf dem Holderfeld ein.
- 24. Oberbürgermeister Boris Palmer übergibt im Großen Sitzungssaal eine Thorascheibe an den Enkel des Stifters, Dr. Avner Falk aus Jerusalem. Aus diesem Anlass fand zwei Tage zuvor auch eine Podiumsdiskussion mit dem Titel "Deutsche Verantwortung und der Umgang mit Beutekunst, NS-Raubkunst und Restitution" statt. Die Thorascheibe war 1994 aus dem Nachlass eines Tübinger Professors an das Stadtmuseum übergeben worden.
- 25. Der Künstler Gunter Demnig verlegt in der Südstadt 26 Stolpersteine. Diese erinnern namentlich an 26 Opfer des Nationalsozialismus, die dort bis zu ihrer Flucht oder Deportation gewohnt haben, und sind im Gehweg vor deren letztem Wohnsitz eingelassen.

- Initiiert wurde das Projekt von der evangelischen Eberhardsgemeinde, der katholischen Gemeinde St. Michael und der Stadtteilinitiative Lorettina.
- 27. Bei der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 stimmen in Tübingen 57,7 Prozent für den Ausstieg aus dem Bahnprojekt. Die Wahlbeteiligung liegt bei 62,3 Prozent. Baden-Württemberg entscheidet sich indes mehrheitlich für den Bau des Tiefbahnhofs in Stuttgart mit 58,9 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Dezember 2011

- 12. Am Haus Uhlandstraße 15 enthüllt der Präsident der Tübinger Anwaltskammer Christoph Geprägs eine Gedenktafel für die von den Nationalsozialisten verfolgten jüdischen Kollegen der ehemaligen Kanzlei Hayum. Sie erinnert an Simon Hayum, Julius Katz, Heinrich Hayum und Erich Dessauer, der 1944 im Konzentrationslager Auschwitz ermordet wurde.
- 16. Im Stadtmuseum eröffnet der Künstlerbund seine Jahressaustellung "gebündelt – 40 Jahre Künstlerbund Tübingen". In der Jubiläumsschau sind fast alle Künstler des Vereins mit eigenen Werken vertreten.

Januar 2012

Die im Oktober 2007 begonnenen Umbau- und Restaurierungsmaßnahmen an der Alten Aula kommen zum Abschluss. Im Februar kann die Präsenzbibliothek des Erziehungswissenschaftlichen Instituts wieder einziehen.



2012 ist die Grundsanierung der Alten Aula nach drei Jahren abgeschlossen. Das Bild zeigt den Veranstaltungssaal im Erdgeschoss. Bild: Universitätsstadt Tübingen

- 16. Das neue Zentrum für islamische Theologie an der Universität Tübingen wird mit einem großen Festakt offiziell eröffnet. Mit Beginn des Wintersemesters wurde bereits der Lehrbetrieb aufgenommen. Als Interimslösung für die ersten Semester ist das Zentrum in der Villa Köstlin untergebracht.
- 30. Der Gemeinderat beschließt die Benennung der Straßen im neuen Stadtviertel "Alte Weberei". Geehrt werden Elisabeth Käsemann, Hermann Schweitzer, Jörg Unkair, Josephine Lang und Johannes Stöffler. Später wird dort noch eine zusätzliche Straße nach dem Schriftsteller Hans Sahl benannt (12. März 2012).

Februar 2012

- Der Rosecker Fasnetsclub Tübingen feiert sein 25-jähriges Bestehen mit einem großen Umzug durch die Altstadt. 3.800 Narren aus 104 Zünften nehmen daran teil.
- 9. Zum traditionellen Neujahrsempfang der Stadt kommt als Ehrengast der Münchener Oberbürgermeister Christian Ude. 500 Bürgerinnen und Bürger hören Udes Rede zum Thema "Was kann, was muss die Stadt heute leisten?".
- Götz Adriani wird Ehrenbürger der Universitätsstadt Tübingen.
- Mit Werken von "Beuys, Warhol, Polke & Co" wird der zweite Teil der großen Jubiläumsschau zu 40 Jahren Kunsthalle Tübingen eröffnet.

März 2012

- 3. Der Hochwasserdamm im Goldersbachtal vor Lustnau wird offiziell eingeweiht. Damit gehen eine beinahe 60 Jahre alte Planungsgeschichte und eine Bauzeit von fast sieben Monaten zu Ende. Die Baukosten betragen rund 3,5 Millionen Euro.
- Ministerpräsident Winfried Kretschmann und SAP-Gründer Dietmar Hopp besuchen das Biotechnologiezentrum auf der Oberen Viehweide. Der Ministerpräsident gibt seine Zusage zur Finanzierung eines weiteren Gebäudes für den Technologiepark.

April 2012

- Das vom Landestheater Tübingen inszenierte Stück "Nosferatu" hat Premiere. Spielort ist der Gewölbekeller unter dem Rathaus am Markt.
- 12. Auftaktlesung der neuen Stadtschreiberin Daniela Danz im Großen Sitzungssaal des Rathauses.
- 19. Bundespräsident Joachim Gauck besucht Tübingen im Rahmen seines offiziellen Antrittsbesuchs in Baden-Württemberg. Nach dem Besuch der Geschwister-Scholl-Schule trägt er sich im Rathaus ins Goldene Buch der Stadt ein. Anschließend findet im Evangelischen Stift auf Einladung von Ministerpräsident Kretschmann ein Bürgerempfang statt. Als Geschenkgabe der Universitätsstadt Tübingen erhalten beide Präsidenten eine Faksimile-Ausgabe des Tübinger Vertrags von 1514.



Seit 2012 ist Götz Adriani Ehrenbürger der Universitätsstadt Tübingen. Mit der Ausstellung "Cézanne Renoir Picasso & Co – 40 Jahre Kunsthalle Tübingen" feiert die Institution 2011/12 ihr 40-jähriges Bestehen und erinnert damit an Götz Adrianis wegweisende Ausstellungsinitiativen. Bild: Ulrich Metz

- 22. Das Institut Culturel Franco-Allemand ist erstmals Wahllokal bei der französischen Präsidentschaftswahl. 460 Franzosen geben hier ihre Stimme ab. Anders als in Frankreich wählen sie mehrheitlich Nicholas Sarkozy.
- 24. Werner König gibt sein Ehrenamt als Ortsvorsteher in Bebenhausen auf. Sein Nachfolger wird Wolfgang G. Wettach.
- 28. Im Haus der Burschenschaft Germania wird zum 225. Geburtstag von Ludwig Uhland eine Tafel enthüllt, die in Kürze an der Eingangsmauer der Gartenstraße angebracht werden soll.

Mai 2012

- 6. Der Kreisfeuerwehrverband feiert mit einem Festkonzert in der Neuen Aula sein 100-jähriges Bestehen.
- 14. Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Sanierung des Rathauses am Marktplatz. Während der Umbauphase wird der Blaue Turm, das Bürogebäude in der Friedrichstraße 21, für Teile der Verwaltung zu einem Ausweichquartier. Der Gemeinderat wird im Sitzungssaal des Landratsamts tagen.
- 18.-20. Der Evangelische Bezirkskirchentag in Tübingen wird von 12.000 Menschen besucht.

Juni 2012

- 9. Eine Bürgerversammlung und eine Stadtführung bilden den Auftakt für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Umgestaltung des südlichen Stadtzentrums. Oberbürgermeister Boris Palmer und Baubürgermeister Cord Soehlke informieren rund 300 Interessierte in der Hermann-Hepper-Turnhalle über die Vorhaben der Stadt und die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung.
- 9.-10. Zum Landesbläserwettbewerb treffen 55 Bläsergruppen mit 800 Jagdhornbläsern in Tübingen ein. Auf Einladung des Landesjagdverbands und der Kreisjägervereinigung musizieren sie auf Stocherkähnen oder in der Platanenallee. Das Abschlusskonzert findet auf dem Marktplatz statt.
- 13. Das Evangelische Stift feiert die 750-jährige Geschichte seines Hauses, welches 1262 als Augustinerkloster erbaut wurde. Den Festgottesdienst in der Stiftskirche hält Landesbischof Frank Otfried July.
- 15. Die Universität erhält im Rahmen der dritten deutschen Hochschul-Exzellenziniative den Status einer

- Eliteuniversität und damit in den nächsten fünf Jahren Fördergelder in Höhe von 110 Millionen Euro.
- 16.-17. Die Schützengesellschaft Tübingen beschließt ihr 450-jähriges Jubiläum mit einem zweitägigen Schützenfest. Den Höhepunkt bildet ein Festumzug durch die Altstadt.
- Der Landtag von Baden-Württemberg feiert das 60-jährige Landesjubiläum mit einem Symposium in Bebenhausen.
- 22.-24. Das als Epplehaus bekannte Jugendhaus feiert seinen 40. Geburtstag mit einem 40-stündigen Fest. Den Auftakt bildet eine Tanzdemo von der Neuen Aula bis zur Karlstraße, die an die Hausbesetzung vor vierzig Jahren erinnern soll.
- 29. Das Universitätsklinikum wird mit der Eröffnung eines hochmodernen Operationsraums zum "Deutschen Herzkompetenzzentrum".
- 30. Jochen Großhans, Leiter des Fachbereichs Interne Dienste (früher Hauptamt), geht nach vierzig Dienstjahren bei der Stadtverwaltung in den Ruhestand. Der Aufgabenbereich wird neu organisiert. Nachfolger werden Ulrich Dieter und Ulrich Narr.

Juli 2012

- Der Gemeinderat begrüßt einstimmig die gemeinsame Bewerbung mit der Universitätsstadt Marburg/ Lahn um die Anerkennung als Weltkulturerbe der UNESCO.
- Erwin Geist, Tübinger Ehrenbürger und SPD-Politiker, stirbt im Alter von 96 Jahren in Schönaich. Die Beisetzung findet am 20. Juli auf dem Tübinger Bergfriedhof statt.



In den sechziger Jahren bekommt Erwin Geist (Mitte) das Versehrtensport-Abzeichen in Gold von Hans Gmelin (rechts), dem damaligen Tübinger Oberbürgermeister, verliehen. Bild: Alfred Göhner

- 6. Im Stadtmuseum eröffnet die Ausstellung "Künstler für Studenten" mit Werken der Universitätszeichenlehrer aus den Jahren 1780 bis 2012.
- 6. In Kilchberg wird die zum Dorfgemeinschaftshaus umgebaute Dorfscheune mit einem Fest eröffnet.
- 14. Das neuerbaute Gesundheitszentrum des Universitätsklinikums in der Hoppe-Seyler-Straße 6 lädt zum Tag der offenen Tür ein. Hauptnutzer des neungeschossigen Gebäudes ist das Medizinische Trainingsund Rehabilitationszentrum (MTR).



Nach dreijähriger Bauzeit öffnet das Gesundheitszentrum des Universitätsklinikums im Sommer 2012 seine Pforten. In dem ovalen Neubau befinden sich ein Konferenzraum, ein Restaurant, eine Cafébar sowie ein Gästehaus. Bild: Werner Radtke

- Die Stadtwerke feiern ihren 150. Geburtstag mit einem Tag der offenen Tür, einem Jubiläumsfest und einer Wanderausstellung.
- 15. Dekanin Marie-Luise Kling de Lazzer wird nach 17 Amtsjahren mit einem Festgottesdienst in der Stiftkirche verabschiedet. Der Amtsantritt ihrer Nachfolgerin Elisabeth Hege wird im Dezember sein.
- 17. Das Uhland-Gymnasium feiert den offiziellen Beginn der Bauarbeiten für den Erweiterungsbau.
- Premiere beim diesjährigen Sommertheater auf dem Platz vor der Burse: Das Zimmertheater zeigt eine Inszenierung von Hauffs "Das Wirtshaus im Spessart".

- 25. Der Abriss der Bauruine an der Blauen Brücke beginnt. Das von dem Tübinger Konzertpianisten Wei Tsin-Fu geplante Konzerthaus war 1998 begonnen und dann wegen Geldmangels eingestellt worden. Nach dem Abriss soll auf dem Grundstück ein Hotel entstehen.
- 27. Die Freiwillige Feuerwehr Unterjesingen beginnt ihr 150-jähriges Jubiläum mit einem Festakt und geladenen Gästen in der Unterjesinger Kelter.

August 2012

- 17. Auf dem Festplatz beginnt das fünftägige Internationale Straßenkunstfestival "Carpe viam".
- Die Musikkneipe "Zentrum Zoo" im Schleifmühleweg schließt nach dreißig Jahren mit einer großen Abschiedsparty.

September 2012

- Die erste Bewohnerin zieht in das von der Altenhilfe Tübingen betriebene Pfrondorfer Pflegeheim im Baumwiesenweg.
- 22. Das neue Jugendzentrum "Freiraum" in der Eugenstraße öffnet erstmals seine Türen. Damit möchten die sieben evangelischen Kirchengemeinden in Tübingen eine gemeinsame Anlaufstelle für Jugendliche schaffen.

Oktober 2012

Die Studierendenzahlen erreichen mit über 27.000 Immatrikulierten im Wintersemester einen historischen Höchststand.

- Der Gemeinderat beschließt, für das sanierungsbedürftige Technische Rathaus einen Realisierungswettbewerb auszuschreiben.
- Im Stadtmuseum eröffnet eine Ausstellung über den Dichter Ludwig Uhland aus Anlass seines 150. Todestages.
- Der neue Kinderspielplatz am Anlagensee wird mit einem Fest eröffnet. Die Belegschaft der Stadtwerke hat ihn als Beitrag zum 150-jährigen Bestehen der Stadtwerke gebaut.
- 22. Der 90.000. Einwohner wird im Bürgeramt begrüßt. Die Amtliche Einwohnerzahl muss allerdings im Mai 2013 nach Bekanntwerden der Ergebnisse des Zensus 2011 um rund 5.700 nach unten korrigiert werden.



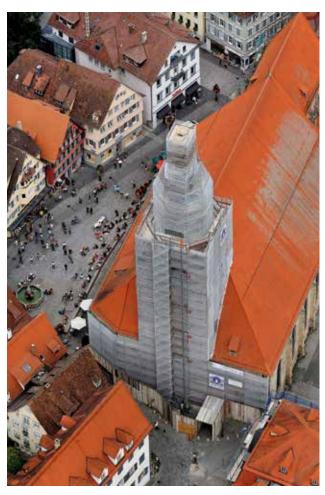
Das Piratenschiff auf dem Spielplatz am Anlagensee sticht im Oktober 2012 erstmals in See. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtwerke Tübingen haben den Kinderspielplatz in Zusammenarbeit mit der Universitätsstadt Tübingen gebaut. Bild: Gudrun de Maddalena

- 26. Nach 18 Monaten sind die Neubauten und Umbauarbeiten am Theologenkonvikt Johanneum in der Brunstraße fertig gestellt und werden feierlich mit Bischof Gebhard Fürst eingeweiht.
- 31. Im Eingangsbereich der Tübinger Stiftskirche wird ein Stolperstein des Künstlers Gunter Demnig für den Pfarrer Richard Gölz gesetzt. Er soll daran erinnern, dass Gölz dort am 23. Dezember 1944 während eines Gottesdienstes festgenommen und ins Konzentrationslager Welzheim gebracht wurde.

November 2012

Nach dreijähriger Sanierung kann das letzte Gerüst an der Stiftskirche entfernt werden. Durch die Spendenaktion "2 für 1" hat sich die Stadtverwaltung an den Kosten der Kirchengemeinde beteiligt, indem sie jeden gespendeten Euro verdoppelt hat. Dadurch konnten die noch fehlenden 200.000 Euro zu der insgesamt 1,5 Millionen Euro teuren Sanierung aufgebracht werden.

- 8. Im Wilhelmsstift wird die Stele "Redeverbot" eingeweiht. Sie erinnert an den früheren Stiftler und Pater Rupert Mayer, der unter den Nationalsozialisten Redeverbot hatte.
- 14. Filmpremiere im Kino Museum. Auf Einladung des Stadtarchivs sehen knapp 500 Zuschauer das Filmporträt "Tübingen. Der Film. Die Geschichte.", welches durch 90 Jahre Tübinger Stadtgeschichte führt.
- Der Gemeinderat beschließt den Rahmenplan für das Gelände beim früheren Güterbahnhof. Auf dem Areal soll ein neues, zentrumsnahes Stadtquartier entstehen.
- Der Stadtwerkeverbund Südweststrom zieht sich wegen zu hoher Risiken aus dem Windparkprojekt BARD 1 in der Nordsee zurück.
- 21. Die Tempo-30-Zone wird auf die Durchgangstraßen in der Innenstadt ausgedehnt, um die Schadstoffbelastung der Luft zu minimieren. Proteste von Autofahrern gegen die Geschwindigkeitsbeschränkung lassen den Gemeinderat nach gutachtlicher Prüfung schließlich für Tempo 40 stimmen (Juli 2013).



Im November 2012 ist die Sanierung der Stiftskirche abgeschlossen – das letzte Gerüst kann abgebaut werden. Die Spendenaktion "2 für 1" der Universitätsstadt Tübingen hat die Instandsetzung möglich gemacht. Bild: Manfred Grohe

21. Die Universitätsbibliothek eröffnet am 100. Jahrestag der Einweihung des Bonatzbaus eine Jubiläumsausstellung. Neben diesem Jubiläum werden auch 50 Jahre Hauptgebäude und zehn Jahre Ammerbau gefeiert.

Dezember 2012

- 4.-9. 7. Schokoladenfestival "ChocolART". Das von einem Konditor angebotene "Tübinger Mohrenköpfle" löst eine heftige und bundesweite Rassismus-Debatte aus.
- Tübingen ist eine von Deutschlands nachhaltigsten Städten mittlerer Größe und wird mit einer Urkunde von der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet.
- 14. Zum 25-jährigen Bestehen der städtischen Gleichstellungsstelle findet eine Jubiläumsveranstaltung im Forum der Kreissparkasse statt.
- 16. Christiane Nüsslein-Volhard wird in die Hall of Fame der Deutschen Forschung berufen.
- 20. Ein Benefizkonzert zugunsten "25 Jahre Tübinger Asylzentrum" lockt 650 Besucher in das Sudhaus.
- 21. Der "Kommunale Interessenverein Landesbühne Tübingen" wird gegründet. Zweck des Vereins ist die finanzielle und ideelle Förderung des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern durch den Landkreis Tübingen und seine Kreisgemeinden.

Januar 2013

- 16. "Buch & Bühne", die Lesereihe namhafter Jungautoren, findet nach knapp zehn Jahren zum letzten Mal im Landestheater Tübingen statt.
- 18. Neujahrsempfang von Oberbürgermeister Palmer im Kino Museum.
- 25. Im Stadtmuseum eröffnet die Ausstellung "Tierisch belebt. Wilde Tiere in der Stadt".

Februar 2013

- Karl-Josef Kuschel hält im Kupferbau vor 600 Zuhörern seine letzte Vorlesung vor der Emeritierung. Kuschel lehrte Theologie der Kultur und des interreligiösen Dialogs an der Katholisch-Theologischen Fakultät.
- Das Tübinger Seminar für Zeitgeschichte feiert mit einem öffentlichen Kolloquium sein 50-jähriges Bestehen. Anlass der Gründung 1962 war der Umgang der jungen Bundesrepublik mit der unbewältigten NS-Vergangenheit.
- 8. Sr. Carlagnese Nanino wird Ehrenbürgerin der Universitätsstadt Tübingen.
- 11. Papst Benedikt XVI. gibt bekannt, dass er zum 28. Februar sein Amt aufgeben wird.
- 21. Der Abriss des Derendinger Bahnhofs beginnt. An dessen Stelle wird die Volksbank eine neue Filiale bauen.



Die Ordensschwester Carlagnese Nanino bekommt im Februar 2013 von Oberbürgermeister Boris Palmer für ihre Verdienste in der Kinderarbeit das Ehrenbürgerrecht verliehen. 1987 hat sie das erste Kinderhaus in Tübingen begründet. Bild: Erich Sommer

- 22. Auf Einladung des CDU-Stadtverbands findet eine Gedenkveranstaltung zum 70. Todestag von Hans und Sophie Scholl in der Geschwister-Scholl-Schule statt. Der frühere Ministerpräsident Erwin Teufel hält die Gedenkrede.
- 27. Die erste Starkstromtankstelle für Elektroautos wird im Parkhaus des Behördenzentrums Mühlbachäcker eröffnet.

März 2013

18. Oberbürgermeister Boris Palmer und Stadtrat Klaus te Wildt (SPD) enthüllen eine Gedenktafel. Sie erinnert an die 1933 erfolgte Gleichschaltung des Gemeinderats und die dadurch zwangsweise ausgeschiedenen Tübinger Stadträte. Sie soll im Rathaus nach dessen Sanierung angebracht werden.

April 2013

- 8. Beginn der Sanierung des Schlossbergtunnels.
- 9. Auftaktlesung des neuen Stadtschreibers André Rudolph im Zimmertheater.
- 11. Auf dem Schnarrenberg wird der Grundstein für den Neubau des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen (Otfried-Müller-Str. 23) gelegt.
- 12. Thorsten Weckherlin wird zum neuen Intendanten des Landestheaters Tübingen (LTT) gewählt und tritt 2014 die Nachfolge von Simone Sterr an.
- 17.-24. Das Filmfestival CineLatino feiert ein Doppeljubiläum: 20 Jahre CineLatino und 10 Jahre CineEspañol. Künstlerischer Leiter ist der Brasilianer Paulo Roberto de Carvalho.
- Das Universitätsmuseum eröffnet auf Schloss Hohentübingen die Ausstellung "Wie Schönes Wissen schafft".
- 19. Christian Schäfer, einer der beiden Intendanten des Zimmertheaters, verlässt Tübingen nach sechs Jahren und wechselt nach Gütersloh.
- Das Beginenhaus in der Mauerstraße wird eröffnet.
 Das Wohnprojekt der Beginenstiftung bietet sieben Frauen ein Zuhause.
- 22. Hans Küng übergibt offiziell die Leitung der Weltethos-Stiftung an Eberhard Stilz und verabschiedet sich mit einer Rede vor 600 Zuhörern im Kupferbau.
- 25. Vor der Tübinger Stiftskirche wird das millionenfach vergrößerte Modell einer DNS-Doppelhelix aufgestellt, deren Struktur vor 60 Jahren erstmals aufgeklärt wurde. Dazu hat Friedrich Miescher einen

wesentlichen Beitrag geleistet, als er in Tübingen vor 150 Jahren das Nuklein entdeckte.

Mai 2013

- 3.-4. Die Universität Tübingen ehrt Walter Jens, der am8. März neunzig Jahre alt geworden ist, mit einem Festakt und Symposium.
- 29. Das Hesse-Kabinett wird in den früheren Räumen der Buchhandlung Heckenhauer am Holzmarkt 5 offiziell eröffnet. Den Festvortrag in der Alten Aula hält Volker Michels, Herausgeber der Werke Hermann Hesses beim Suhrkamp Verlag.
- 31. Beginn der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen des Johann-Gottlieb-Fichte-Hauses in der Herrenberger Straße.

Juni 2013

- 9. Walter Jens, Ehrenbürger der Universitätsstadt Tübingen, stirbt im Alter von 90 Jahren und wird am 17. Juni auf dem Stadtfriedhof beigesetzt. Zum Gottesdienst in die Stiftskirche kommen fast tausend Trauergäste.
- Der neue Trinkwasserspeicher der Ammertal-Schönbuchgruppe (ASG) in Hagelloch wird offiziell eingeweiht.
- 17. Der Gemeinderat beschließt, dem früheren Oberbürgermeister Adolf Scheef, dem Philosophen Theodor Haering und dem ehemaligen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg aufgrund ihrer Verstrickung in das nationalsozialistische Herrschaftssystem die Ehrenbürgerwürde der Universitätsstadt Tübingen zu entziehen.
- 20. Das Cyberneum des Max-Planck-Instituts für biologische Kybernetik eröffnet seinen Erweiterungsbau.
- 21. Das Biotechnologiezentrum (BTZ) auf der Oberen Viehweide feiert sein zehnjähriges Bestehen. Inzwischen arbeiten hier 300 Menschen und das Gebäude ist voll belegt. Die Firma CeGaT, einer der Hauptmieter, wird im nächsten Jahr ausziehen. Sie baut ein neues Labor- und Bürogebäude direkt nebenan.
- Heinrich Riethmüller, Inhaber der Osianderschen Buchhandlung, wird in Berlin zum neuen Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels gewählt.
- 27. Das neue Biomasse-Heizwerk auf der Morgenstelle wird offiziell in Betrieb genommen. Nach seiner Modernisierung versorgt es das Universitätsklinikum Tübingen mit umweltfreundlicher Wärme.

29.-30. Hirschau und Kingersheim feiern das 50-jährige Jubiläum ihrer Partnerschaft.

Juli 2013

- 3. Das jüngst restaurierte Kunstharmonium der Stiftskirche wird der Öffentlichkeit vorgestellt. Jahrelang hatte es ungenutzt auf dem Dachboden gestanden, von wo es im Januar nur mit einem Kran geborgen werden konnte.
- 4. Premiere beim Sommertheater auf dem obersten Parkdeck des Neckarparkhauses: Das Landestheater zeigt Shakespeares Drama "Der Sturm".
- 6. Oberbürgermeister Palmer eröffnet offiziell die neue Treppe von der Mühlstraße auf den Schulberg und übernimmt die erste Führung entlang der Schulbergterrassen. Das Bauprojekt war heftig umstritten.
- 7. Zu seiner ersten Bürgerversammlung begrüßt Oberbürgermeister Boris Palmer rund 200 Zuhörerinnen und Zuhörer im Rathaus. Er erläutert im Wechsel mit dem Ersten Bürgermeister Michael Lucke die aktuelle Lage der städtischen Finanzen, die durch sinkende Einnahmen infolge der globalen Wirtschaftskrise gekennzeichnet ist.

- 19.-21. Der TSV Hagelloch feiert sein 100-jähriges Bestehen mit einem Festwochenende auf dem Sportgelände.
- 21. Das soziokulturelle Zentrum im Sudhaus feiert sein 25-jähriges Bestehen.
- 28. Ein schwerer Hagelsturm zieht über die Region und verursacht auch in Tübingen große Sachschäden an Gebäuden und Autos.

August 2013

- 2. Das islamische Kultur- und Begegnungszentrum lädt im Fastenmonat Ramadan erstmals zu einem öffentlichen Fastenbrechen nach Sonnenuntergang ein. An dem Festmahl auf dem Marktplatz nehmen 200 Gäste teil.
- Aktivisten besetzen bis zum 5. August Teile des früheren Güterbahnhofs in der Eisenbahnstraße. Sie fordern Raum für eine Stadtentwicklung von unten.

September 2013

8. Die Eröffnung der Kindertagesstätte Kreuzkirche in der Payerstraße wird mit einem Gottesdienst gefeiert.



Hunderte nehmen Abschied von Walter Jens bei der Trauerfeier in der Stiftskirche im Juni 2013. Bild: Franziska Kraufmann

- 20. Im Stadtmuseum eröffnet die Ausstellung "Natur. Hier bin ich Mensch, hier will ich sein" zum 100-jährigen Bestehen der Naturfreunde Tübingen.
- 22. Bundestagswahl: Annette Widmann-Mauz (CDU) gewinnt mit 46,9 % der Erststimmen das Direktmandat im Tübinger Wahlkreis. Ihr Gegenkandidat Martin Rosemann (SPD) erhält 20,4 % und zieht wie der Grüne Chris Kühn (16,5 %) und Heike Hänsel von der Linken (6,5 %) über die jeweilige Landesliste in den Bundestag ein.

Die Ergebnisse der Zweitstimmen im Wahlkreis Tübingen: CDU 41,7 %, SPD 20,5 %, Grüne 14,8 %, Linke 6,6 %, FDP 5,5 %, AfD 4,6 %, Sonstige 6,3 %. Die Wahlbeteiligung liegt bei 77,6 %. In der Folge bildet sich in Berlin eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die FDP ist erstmals seit 1949 nicht mehr im Parlament vertreten.

24. In der Altstadt wird damit begonnen, die Straßenlaternen auf die energiesparende LED-Technik umzurüsten.

- 29. Die evangelisch-methodistische Gemeinde Tübingen feiert mit einem Festgottesdienst ihr 150-jähriges Bestehen.
- 30. Beginn der Festwoche um Richard Gölz, den "Kantor Schwabens" und früheren Tübinger Stiftsmusikdirektors im Evangelischen Stift.

Oktober 2013

Zum Semesterbeginn verzeichnet die Universität mit 28.700 immatrikulierten Studenten einen neuen Rekordstand. Der Frauenanteil liegt bei 58,4 Prozent.

- 7. Der Gemeinderat beschließt, die Tübinger Musikschule ab Januar 2014 als städtischen Eigenbetrieb weiterzuführen.
- Das Tübinger Asylzentrum veranstaltet im Fußgängertunnel eine fünfstündige Mahnwache. Mit einer Lichterkette aus 200 Grablichtern wird der Flüchtlingsopfer vor der italienischen Insel Lampedusa gedacht.



Seit Oktober 2013 steht ein mobiles Schutzsystem aus roten Schläuchen bereit: Es soll im Hochwasserfall das Gebiet um die Alte Weberei schützen. Bild: Erich Sommer

- Die Tübinger Feuerwehr testet ein mobiles Schlauchwehr, welches das Gebiet um die Alte Weberei in Lustnau bei Hochwasser künftig schützen soll.
- 20. Der CVJM Tübingen feiert sein 150-jähriges Bestehen mit einem Festgottesdienst in der Stiftskirche.
- 21. Das Wasser im Anlagensee wird zum zweiten Mal nach 2002 abgelassen, damit sich über die Wintermonate die Schlammschicht am Grund des Sees abbauen kann.
- 29. Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät feiert ihren 150. Geburtstag mit 300 Gästen im Hörsaalzentrum in der Morgenstelle. 1863 war sie als erste in Deutschland gegründet worden.

November 2013

- Der Tübinger Handel- und Gewerbeverein wirbt mit der Kampagne "Wir sind Tübingen" für den Einkauf der Bevölkerung vor Ort.
- 6. Der dänische Künstler Peter Brandes wird in der Stiftskirche mit dem Hölderlinpreis ausgezeichnet.
- 9. Rund 200 Personen gedenken am Synagogendenkmal der Reichspogromnacht vor 75 Jahren.
- Hans Magnus Enzensberger eröffnet die diesjährige Poetik-Dozentur mit einem Vortrag vor rund 800 Zuhörerinnen und Zuhörern im Festsaal der Universität.
- 24. Mit einem Festgottesdienst wird die umfassende Sanierung der St. Paulus-Kirche auf der Wanne gefeiert.
- 29. Zur ersten Tübinger "Nacht der Nachhaltigkeit" gibt es 34 Veranstaltungen in der Innenstadt.
- 29. Die Öffentlichkeit erfährt, dass Tübingen nach jüngsten Schätzungen im Haushaltsjahr 2013 mit 48 Millionen Euro einen Rekord bei den Gewerbesteuereinnahmen verzeichnet und damit die Nachbarstadt Reutlingen erstmals in der Stadtgeschichte überholt.

Dezember 2013

- 3.-4. Die Studentinnen und Studenten der Universität wählen das erste Mal nach 1977 wieder einen Studierendenrat. Die Wahlbeteiligung liegt bei 9,5 Prozent.
- Auf der Morgenstelle wird das Zentrum für Molekularbiologie der Pflanzen offiziell übergeben. Die Baukosten für das neue Forschungszentrum betrugen 38 Millionen Euro.
- Der Gemeinderat wählt Ulrike Holzbrecher auf die neu geschaffene Leitungsposition im Fachbereich Finanzen.

- 16. Der Gemeinderat stimmt mehrheitlich für den Entwurf des Tübinger Architektenbüros Ackermann und Raff, auf dessen Grundlage das Technische Rathaus saniert und erweitert werden soll.
- 24. Adolf Theis, Tübinger Ehrenbürger und früherer Präsident der Universität Tübingen, stirbt im Alter von 80 Jahren in Berlin. Er wird am 11. Januar 2014 auf dem Tübinger Stadtfriedhof beigesetzt.

Januar 2014

- 9. Es wird öffentlich bekannt, dass die seit 17 Jahren verschwundene Gedenktafel für die 78. Infanterie- und Sturmdivision bei Obernau aufgefunden und nach Münsingen an das Museum des Truppenübungsplatzes übergeben wurde. Dort befindet sich seit 1999 auch der Tübinger Gedenkstein, auf welchem die Tafel angebracht war.
- 22. Auf einer Bürgerversammlung im Sparkassen Carré wird das Projekt der Karl-Schlecht-Stiftung vorgestellt, die ein Wohn- und Geschäftshaus mit integriertem Konzertsaal beim Museum an der Wilhelmstraße bauen will. Das Vorhaben wird kontrovers diskutiert. Etwa die Hälfte der Anwesenden stimmt gegen das Projekt. In der Folge zieht die Stiftung ihr Angebot zurück.
- 24. Beim städtischen Neujahrsempfang in der Neuen Aula bekommt Mieciu Langer von Oberbürgermeister Boris Palmer und Ministerpräsident Winfried Kretschmann die Bürgermedaille der Universitätsstadt Tübingen überreicht.
- 29. Der Historiker Michael Jaesrich stellt auf Einladung der Stadt und der Eberhards-Kirchengemeinde seine Biographie über Lilli Zapf vor.
- 31. Das private Pflegeheim auf Schloss Roseck wird geschlossen. Das Anwesen ging an einen neuen Eigentümer über.

Februar 2014

- 4. Tübingen liegt mit einer Durchschnittsmiete von 7,95 Euro pro Quadratmeter nach München und Stuttgart auf Platz sechs im bundesweiten Vergleich. Das ergab die Analyse eines Hamburger Marktforschungsunternehmens.
- Baubürgermeister Cord Soehlke gibt bekannt, dass die Universitätsstadt Tübingen das Areal der früheren Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der

- Tiere auf der Oberen Viehweide kaufen wird. Das Gelände ist für die Erweiterung des Technologieparks vorgesehen.
- 20. Auf dem Platz hinter der Stiftskirche verbrennt sich der aus dem Iran stammende Flüchtling und Menschenrechtsaktivist Kahve Pouryazdani.
- 26. Die Öffentlichkeit erfährt, dass die Himmelwerk Hoch- und Mittelfrequenzen GmbH von den beiden bisherigen Eigentümern an eine Gruppe von Privatinvestoren verkauft wurde.

März 2014

- 7. Mit einem Festakt in der Stiftskirche beginnt das Jubiläumsjahr zum Tübinger Vertrag, der vor 500 Jahren unterzeichnet wurde. Rund 1.500 Bürgerinnen und Bürger hören die Reden von Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Oberbürgermeister Boris Palmer und dem Vorsitzenden der Stiftung Kunsthalle, Prof. Dr. Götz Adriani.
- 8. "1514. Macht Gewalt Freiheit. Der Vertrag zu Tübingen in Zeiten des Umbruchs". So heißt die Ausstellung in der Kunsthalle, die bis 31. August zu sehen ist. Sie beleuchtet die Errungenschaften und Ideen, Krisen und politische Willkür der Zeit um 1514. Mit Werken von Albrecht Dürer, Hans Burgkmair d.Ä., Albrecht Altdorfer, Lucas Cranach, Andy Warhol und Sigmar Polke.



Oberbürgermeister Boris Palmer und Ministerpräsident Winfried Kretschmann beim Rundgang durch die Ausstellung "1514. Macht Gewalt Freiheit. Der Vertrag zu Tübingen in Zeiten des Umbruchs" in der Tübinger Kunsthalle am 7. März 2014. Bild: Gudrun de Maddalena

Impressum

© 2014

Universitätsstadt Tübingen

Berichte: Fachbereiche, Ämter und Dienststellen, Geschäfts- und Verwaltungsstellen, Eigenbetriebe

Redaktion: Sabine Schmincke, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktionsassistenz: Carmen Haug

Lektorat: Veronika Renkenberger, www.renkenberger.net

Gestaltung: Susanne Kalk, Reprostelle

Fotos, Zeichnungen und Grafiken:

ANP Architektur- und Planungsgesellschaft/ GTL Landschaftsarchitekten; Architekturbüro Ackermann + Raff; BioRegio STERN Management GmbH; Otto Buchegger; Sepp Buchegger; CeGaT GmbH; Einzelhandelsverband Baden-Württemberg; Anne Faden; Alfred Göhner; Alexander Gonschior; Gerhard Groebe; Manfred Grohe; Dominik Hatt; Danner Yildiz Architekten Tübingen; Nicole Herzel; Peter Jammernegg; Gerd Kaeser; KIRU, Stephan Körner; Franziska Kraufmann; Gudrun de Maddalena; Ulrich Metz; Steffen Müller Fotografie, Hildrizhausen; Werner Radtke; Jürgen Schneider, Landratsamt Tübingen; Martin Schreier; (se) arch Architekten BDA Stuttgart; Klaus Selle; Solarstrom-Betreibergemeinschaft Wildermuth-Gymnasium Tübingen GbR; Erich Sommer; Stadtwerke Tübingen (swt); Universitätsklinikum Tübingen; Universitätsstadt Tübingen; weinbrenner.single. arabzadeh. Architektenwerkgemeinschaft; Fa. Zeutschel.

Druck: Druckerei Gulde

Auflage: 500 plus elektronische Medien

Internet: www.tuebingen.de/verwaltungsbericht

Kontakt: presse@tuebingen.de

